



Bericht

der Landesregierung

Wirtschaftsbericht 2004

Federführend ist das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Wirtschaftsbericht 2004

Stand: 18. Mai 2004

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
Special: Clusterpolitik in Schleswig-Holstein	8
2. Wirtschaftsentwicklung in Schleswig-Holstein	22
2.1 Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2003.....	22
2.2 Die Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins	26
2.3 Die Entwicklung in den Wirtschaftszweigen	29
3. Politik für Schleswig-Holsteins Wirtschaft	33
3.1 Mittelstandspolitik	33
3.2 Arbeitsmarktpolitik	40
3.3 Ausbildung, Weiterbildung und Qualifizierung	43
3.4 Ansiedlungspolitik	49
3.5 Technologiepolitik	54
3.6 Regionale Wirtschaftspolitik	60
3.7 Norddeutsche Zusammenarbeit	67
3.8 Außenwirtschaftspolitik	71
3.9 Tourismuspolitik	72
3.10 Energiepolitik	74
3.11 Schiffbaupolitik	76
3.12 Gesundheitswirtschaft	77
3.13 Umweltwirtschaft	78
4. Verkehrspolitik für Schleswig-Holstein	80
4.1 Europäische und nationale Verkehrspolitik	80
4.2 Straßeninfrastruktur	82
4.3 Schienenwege	84
4.4 Güterverkehr	87
4.5 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	87
4.6 Schifffahrtspolitik	88
4.7 Luftverkehr	91
5. Wirtschaftsförderung von A bis Z	93
6. Anlagen	109

1. Einleitung

In Schleswig-Holstein haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren massiv verändert. Die allgemeine Wachstums- und Beschäftigungskrise, die die strukturellen Schwächen der deutschen Wirtschaft deutlich aufdeckte, erfasste auch das nördlichste Bundesland. Die Globalisierung und die Öffnung der EU nach Osteuropa haben den Standortwettbewerb nochmals verschärft. Dieser Trend wird sich fortsetzen und verlangt weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Standortqualität.



Trotz schwieriger Rahmenbedingungen ist es beachtlich, dass sich Schleswig-Holstein in den letzten zehn Jahren annähernd im Gleichschritt mit den westdeutschen Ländern entwickelt hat:

- Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen ist von 1991 bis 2003 in Schleswig-Holstein stärker gestiegen als in Westdeutschland.
- Bei den Neugründungen liegt Schleswig-Holstein seit Jahren im bundesweiten Spitzenfeld.
- Die ausländischen Direktinvestitionen stiegen in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich stark an.
- Die Ausbildungsbereitschaft ist in Schleswig-Holstein deutlich höher ausgeprägt als im Bundesdurchschnitt.
- Der strukturell bedingte Rückstand bei der Exportorientierung wurde deutlich verringert.

Schleswig-Holstein ist aus Sicht von Unternehmen, Investoren und Existenzgründern ein attraktiver Standort und kann sich im Standortwettbewerb behaupten. Die Politik des Landes hat den Strukturwandel unterstützt und dazu beigetragen Nachteile zu mildern und Vorteile zu stärken.

Die Strategie des Wirtschaftsministeriums ist darauf ausgerichtet, Schleswig-Holstein als eine Wirtschaftsregion zu positionieren,

- die sich als ein gemeinsamer Wirtschaftsraum zusammen mit der Metropole Hamburg versteht,
- die ihre Chancen im erweiterten und sich dynamisch entwickelnden Ostseeraum nutzt,
- die auf ein gutes Wirtschaftsklima und eine vor allem auf mittelständische Unternehmen ausgerichtete Wirtschaftsförderung der kurzen Wege setzt,
- die den Abbau noch bestehender Engpässe bei der Verkehrsinfrastruktur zügig vorantreibt,
- die konsequent auf den Ausbau unserer besonders chancenreichen Wirtschaftsbereiche (z.B. Mittelstand, Medizintechnik, Tourismus, Maritime Wirtschaft) in der Region setzt,
- die die unternehmensnahe berufliche Aus- und Weiterbildung durch vielfältige Maßnahmen unterstützt.

Auf allen diesen Feldern hat die Landesregierung gemeinsam mit der Wirtschaft in den letzten Jahren beachtliche Erfolge erzielt. Die Strategie hat sich bewährt. Für einen grundlegenden Wechsel dieser wirtschafts-, technologie- und beschäftigungspolitischen Strategie für Schleswig-Holstein besteht somit kein Anlass. Allerdings gibt es Gründe, die Strategie in einigen Punkten an das veränderte Wettbewerbsumfeld, an Veränderungen bei den regionalen Entwicklungsmustern sowie an Verschiebungen bei den großen Trends anzupassen. Diese Anpassung der wirtschaftspolitischen Gesamtstrategie ist - etwa bei der Neuausrichtung unserer Förderprogramme und Förderinstitute - bereits eingeleitet und wird die Politik der nächsten Jahre bestimmen.

Herausforderungen und Antworten

Existenzprobleme des Mittelstandes lösen

Die kleinen und mittleren Unternehmen in Schleswig-Holstein werden auch künftig vor besonders schwierigen Anpassungsprozessen stehen. Die zu geringe Eigenkapitalbasis, die Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung, mangelnde Ressourcen für Forschung und Entwicklung und für den Weg auf neue Märkte und ins Ausland, der Kostendruck, weiter sinkende Margen für kleine Zulieferer, die Tendenz zu Unternehmenszusammenschlüssen, bürokratische Hemmnisse und Nachfolgeprobleme belasten viele kleine Unternehmen immer stärker. Für viele mittelständische Betriebe stellt sich kurz- und mittelfristig die Existenzfrage.

Für Schleswig-Holstein, das überdurchschnittlich von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt ist, folgt daraus: Noch konsequentere Ausrichtung aller Förderungen auf den Mittelstand, Überprüfung aller Gesetze auf ihre Verträglichkeit für den Mittelstand, Entlastung von vermeidbaren bürokratischen Hemmnissen, Durchsetzung mittelstandsfreundlicher Rahmenbedingungen auf Bundes- und EU-Ebene. Schleswig-Holstein muss seinen Vorteil einer *Wirtschaftsförderung der kurzen Wege* noch stärker nutzen.

Dem Entwicklungstrend schnell wachsender Zentren intelligent begegnen

Die seit Jahren anhaltende Tendenz zur Konzentration von Wachstum und Beschäftigung auf die Ballungsräume wird sich fortsetzen. Die Zentren profitieren von Größenvorteilen, von der Dichte der Zulieferer und Dienstleistungsnetze, von Logistik und Kommunikation, von der Attraktivität des relativ breiteren Arbeitsplatzangebots beim Beschäftigungswechsel. Nur größere Regionen verfügen über kritische Massen an Forschung und Entwicklung, leistungsfähigen und vernetzten Unternehmen, spezialisierten Qualifikationen und staatlichen Ressourcen. Für Schleswig-Holstein bedeutet dies, die Wachstums- und Beschäftigungskraft der Metropole Hamburg zu nutzen, gleichzeitig aber auch auf die Vorteile eines attraktiven Flächenlandes zu setzen. Das Pendleraufkommen wird weiter steigen, so dass das Verkehrsanbindung in der Fläche weiter zu verbessern ist. Schleswig-Holstein wird die Vision der „wachsenden Stadt“ Hamburg mit dem Konzept einer „blühenden Wachstumsregion Nord“ bereichern.

Cluster ausbauen und fördern

Zunehmend solche Regionen entwickeln sich positiv, die zumindest für einige Branchen- und Technologiefelder Vorteile der Clusterbildung ausweisen. Cluster brauchen enge Zulieferer-, Dienstleistungs-, Innovations- und Kommunikationsnetze zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen.

Dies zwingt insbesondere weniger zentrale und verdichtete Regionen - wie Schleswig-Holstein -, sich noch deutlicher auf die hier besonders starken und zukunftsfähigen Branchen und Technologien zu konzentrieren, die räumlich schon eine kritische Masse an Umfang und Vernetzung erreicht haben (sogenannte Cluster) und auf zukunftsfähige Märkte zielen. Zu den chancenreichsten Clustern in Schleswig-Holstein zählen

- Medizintechnik und medizinische Biotechnologie (Life Sciences),
- die maritime Wirtschaft,
- der Tourismus,
- die Ernährungswirtschaft,
- die Informations- und Telekommunikationstechnologie,
- die Mikrosystemtechnik,
- Windenergie und erneuerbare Energien sowie
- die Chemieindustrie.

Cluster sind Keimzellen für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze.

Angesichts der strategischen Tragweite befasst sich dieser Wirtschaftsbericht in einem *Special Clusterförderung in Schleswig-Holstein* mit diesem neuen Element der Wirtschaftspolitik.

Potenziale neuer technologischer Trends ausschöpfen

Die Leitinnovation der nächsten Jahre werden - nach Experteneinschätzung - Technologiefelder sein, die den Clustern in Schleswig-Holstein besondere Dynamik verleihen. Dazu bedarf es einer Unterstützung in den Bereichen Qualifizierung, Wissenschaft und Forschung. Das erfordert - trotz Ressourcenknappheit - entsprechende Schwerpunktsetzungen an Schulen, Hochschulen und Forschungsinstituten.

Um die Chancen dieser neuen Technologiefelder zu nutzen, wird Schleswig-Holstein ihre Entwicklung umfassend unterstützen: Durch Stärkung entsprechender Forschungsbereiche an den Hochschulen und Instituten, durch Ansiedlung zusätzlicher Forschungsinstitute, durch konsequente Schwerpunktförderung, durch Projekte und Netzwerke. Damit kleine und mittlere Unternehmen diese technologischen Entwicklungen nutzen können, müssen ihnen Wege eröffnet werden, besser untereinander und mit den Forschungszentren zu kooperieren.

Demografischen Wandel als Chance nutzen

Der demografische Wandel führt in Deutschland zu einer massiven Zunahme des Anteils älterer Menschen, zu einer veränderten Konsumstruktur, zu ungünstigen Finanzierungsschlüsseln in der Sozialversicherung und damit zu anhaltendem Reformbedarf. Kürzere Basisausbildungen und im Gegenzug lebenslange Fort- und Weiterbildung sind unerlässlich. Soziale Dienstleistungen, Gesundheit, Wohnen, Lifestyle Reisen, Finanzdienstleistungen sowie altersgerechte Verkehrsangebote werden verstärkt nachgefragt werden.

Schleswig-Holstein muss die Attraktivität des Landes gerade auch für ältere Menschen nutzen und seine Infrastruktur stärker auf sie ausrichten. In den Betrieben gilt es, ältere Arbeitnehmer weiter zu qualifizieren, um ihre Potenziale auszuschöpfen. Gleichzeitig muss Schleswig-Holstein aber auch weiterhin ein attraktives Land für junge Menschen und insbesondere für Familien sein.

Hochwertige Aus- und Fortbildung gewährleisten

Lebenslange Weiterbildung wird immer bedeutsamer. Das Hochlohnland Deutschland kann sich im schärfer werdenden internationalen Wettbewerb nur behaupten, wenn hohe Kosten durch hohe Produktivität und damit durch Qualifizierung und Innovation aufgefangen werden. Die Stärkung der Qualifikation der Menschen über alle Ausbildungs- und Lebensphasen (Schule, duales System, Fach- und Hochschule, Zweitausbildung, Fort- und Weiterbildung) wird künftig immer mehr zur Schlüsselaufgabe.

Schleswig-Holstein muss daher einen Großteil der verfügbaren Ressourcen auf diesen Schwerpunkt konzentrieren. In allen Ausbildungsstufen muss die Kooperation mit der Wirtschaft und die Orientierung an den neuen beruflichen Anforderungen für das lebenslange Lernen verstärkt werden.

Wachsendem Bedarf an Mobilität gerecht werden

Die zunehmende internationale Arbeitsteilung und die weiter steigende Nachfrage der Menschen nach Mobilität wird - durch die neue Informationstechnik kaum gebremst - zu einem weiterhin rasant anwachsenden Verkehrsaufkommen bei allen Verkehrsträgern führen. Infolge der besonderen Wachstumsdynamik in Nord- und Nordosteuropa wird der grenzüberschreitende Güterverkehr einer der Hauptwachstumsträger sein.

Schleswig-Holstein muss daher die geplanten Ausbauvorhaben auf der Straße, auf der Schiene, auf Straße und Schiene kombiniert sowie in den Häfen und Flughäfen mit maximal möglichem Tempo umsetzen.

Strategische Nachjustierung

Die Wirtschafts- und Beschäftigungsstrategie der Landesregierung trägt den Trends und Herausforderungen der Zukunft Rechnung. Im Rahmen einer strategischen Nachjustierung werden in den Bereichen Mittelstandspolitik, Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarkt und Regionalpolitik neue, wachstumsstärkende Akzente gesetzt.

Fokussierung der Mittelstandspolitik

Nahezu 99 % der Unternehmen in Schleswig-Holstein sind kleine und mittlere Unternehmen. Daher ist Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein stets auch eine Politik für den Mittelstand.

Die Zukunft der mittelständischen Unternehmen in unserem Lande ist abhängig von mittelstandsfreundlichen Rahmenbedingungen. Die berechtigten Erwartungen des Mittelstandes umfassen ein breites Spektrum. Es geht um flächendeckende Verkehrsverbindungen zu Ballungs- und Marktzentren und um wirtschaftsorientiertes Verwaltungshandeln. Die regionale Sicherung der Kreditversorgung gehört dazu und eine mittelstandsgerechte Steuergesetzgebung. Niedrige Lohnnebenkosten und eine beschäftigungswirksame Arbeitsmarktpolitik sollen Beschäftigungsanreize erhöhen. Für viele dieser Ziele sind von Bund und Ländern Reformen eingeleitet. Damit ist ein weiterer Schritt zu besseren mittelstandsfreundlichen Rahmenbedingungen getan. Weitere Reformen - insbesondere zur Senkung der Lohnnebenkosten, zur Stärkung der Kapitalbasis der KMU und zum Bürokratieabbau - müssen zügig folgen.

Das Wirtschaftsministerium hat in den letzten Jahren die Mittelstandspolitik sowohl auf regionaler als auch auf nationaler Ebene verstärkt in den Blickpunkt gebracht und etablierte sich als verlässlicher Partner des Mittelstandes (siehe Kapitel 3.1).

Neuordnung der Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein ist anerkannt leistungsfähig. Gleichwohl sind von den Unternehmen, externen Gutachtern, Partnern und von den Akteuren selbst immer wieder Verbesserungen der bestehenden Strukturen und der Organisation der Beratungs- und Betreuungsaktivitäten angeregt worden. Die Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein wird zum 1. Juli 2004 neu ausgerichtet: Sie steht künftig auf drei Säulen, wird straff und transparent organisiert und setzt noch stärker als bisher auf Kundenorientierung und Effizienz.

Die erste Säule besteht aus der Fusion von Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH (WSH) und Technologie Transfer Zentrale Schleswig-Holstein GmbH (ttz) in gemeinsamer Trägerschaft von Land und Industrie- und Handelskammern. Sie wird eng mit den hochschulnahen Einrichtungen des Technologie-Transfers, wie der Patentverwertungsagentur, zusammenarbeiten.

Die zweite Säule bildet sich aus der Fusion der Technologiestiftung und der Energiestiftung Schleswig-Holstein. Die neue Stiftung wird wie die Energiestiftung gemeinsam mit E.ON als Public-Private-Partnership betrieben. Die künftige Innovationsstiftung wird Strategien in den Zukunftsfeldern Technologie und Energie, einschließlich Klimaschutz entwickeln. Sie wird die Entwicklung, den Transfer und die Implementierung von innovativen Technologien fördern und den Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft intensivieren.

Die dritte Finanzierungssäule aus Investitionsbank, Mittelständischer Beteiligungsgesellschaft und Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein bleibt eigenständig und unverändert erhalten. Die Institute erarbeiten zurzeit ein Konzept, um den gemeinsamen Auftritt zu verbessern und ihre Angebote für die mittelständische Wirtschaft zu verbreitern.

Mit dem ***Haus der Wirtschaft*** entsteht in Kiel bis Ende 2004 ein gemeinsam vom Land und von den Industrie- und Handelskammern getragenes Kompetenzzentrum der kurzen Wege. Mit der räumlichen Zusammenlegung der Bürgschaftsbank, der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft und des Teilbereichs Wirtschaftsförderung der Investitionsbank kann den Kunden ein deutlich verbesserter Service angeboten werden.

Mit der neuen Förderstruktur wird das Image Schleswig-Holsteins als Wirtschaftsstandort mit klaren, einfachen und schnellen Förderwegen weiter gestärkt (siehe Kapitel 3.2).

Neuformulierung der Arbeitsmarktpolitik

Die Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein ist gekennzeichnet durch einen hohen politischen und sachlichen Konsens zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, den Kommunen, den sozialen Verbänden, den freien Trägern, der Arbeitsverwaltung und dem Land.

Die Umsetzung des Hartz-Konzeptes markiert bundesweit einen grundlegenden Systemwechsel in der Arbeitsmarktpolitik. Diesem stellt sich die Landesregierung Schleswig-Holstein aktiv

durch die Einbindung der Arbeitsmarktpolitik in das neue Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und eine Neuausrichtung ihrer Arbeitsmarktpolitik. Einzelmaßnahmen werden in sechs Handlungsschwerpunkten zusammen gefasst: ASH Jugendliche, ASH Existenzgründungen, ASH Qualifizierung, ASH Arbeitsmarktintegration, ASH Mittelstand sowie ASH Impulse und Chancengleichheit.

Die **Neuausrichtung des Landesarbeitsmarktprogramms Arbeit für Schleswig-Holstein** seit 2003 löst nicht nur in der Politik, sondern auch bei den Trägern arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen im Land einen Umsteuerungsprozess aus. Die Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik des Landes verknüpft die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik noch besser als zuvor und führt zu einem effizienteren und effektiveren Mitteleinsatz (siehe Kapitel 3.3).

Nachjustierung der Regionalpolitik

Das Regionalprogramm 2000 ist das Dach der regionalen Wirtschaftsförderung für die strukturschwachen Regionen Schleswig-Holsteins. Mit einem Volumen von über 350 Millionen Euro ist es das wichtigste und effektivste Förderprogramm für die wirtschaftliche Infrastruktur.

Die Ergebnisse der Zwischenevaluierung des Regionalprogramm 2000, verbunden mit der Halbzeitbewertung des europäischen Ziel-2-Programms Schleswig-Holstein 2000 - 2006 belegen: Das Regionalprogramm 2000 hat sich als geeignetes Instrument zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung in den strukturschwachen Landesteilen erwiesen. Die Ansätze der Programmstrategie sind angesichts der aktuellen sozio-ökonomischen Situation in den Fördergebieten richtig. Zugleich zeigen die Gutachter auch Nachjustierungsbedarf auf: Sie empfehlen eine Reduzierung der Gewerbeflächenförderung und im Gegenzug eine Verstärkung der Tourismusförderung und der beruflichen Qualifikationspotenziale. Die Förderstrategie des Landes sollte zudem noch stärker auf Entwicklungscluster setzen. - Die Gutachterergebnisse und die konkreten Nachjustierungen werden in diesem Wirtschaftsbericht dargestellt (siehe Kapitel 3.6).

Ausblick

Die wirtschaftlichen Perspektiven Schleswig-Holsteins für 2004 haben sich deutlich verbessert. Die konjunkturelle Erholung hat, wenngleich noch mit begrenzter Dynamik und Breite, eingesetzt. Entscheidend ist, dass Verbraucher und Investoren verstärkt Vertrauen in die künftige Entwicklung gewinnen. Wesentlich ist aber auch, dass die begonnenen Reformen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Lohnnebenkosten, Steuern und Bürokratieabbau konsequent und zügig fortgeführt werden.

Die Landesregierung Schleswig-Holstein passt ihre Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik flexibel den sich immer schneller verändernden Rahmenbedingungen an. Die positiven Gründer- und Ansiedlungszahlen zeigen: Schleswig-Holstein ist ein attraktiver Standort für unternehmerisches Handeln, zum Arbeiten und zum Leben.

Schleswig-Holstein besitzt besondere Chancen, die es zu nutzen gilt. Die einzigartige Maritime Wirtschaft, eine weltweit beachtete Medizintechnik, leistungsfähige Hochschulen, Forschungskompetenz und der das Küstenland prägende Tourismus sind nur einige Beispiele. Vieles ist schon auf den Weg gebracht. Entscheidend ist die Bereitschaft der Menschen und der Verantwortlichen im Lande zu Innovation und Veränderung, zu Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit und zu Aufbruchstimmung.

Clusterpolitik in Schleswig-Holstein

Was ist ein Cluster?

Wörtlich übersetzt, bezeichnet der englische Begriff *Cluster* einen „*Haufen*“. In der Wirtschaftspolitik ist ein Cluster eine **räumliche Konzentration von Betrieben** einer Wertschöpfungskette mit technologischen Schwerpunkten und intensiven Verflechtungen.

Wie sieht ein Cluster aus?

Bei den **Verflechtungen innerhalb eines Clusters** handelt es sich um Beziehungen der Betriebe untereinander sowie zwischen Betrieben und unterstützenden Einrichtungen. Sie basieren auf gemeinsamen oder komplementären Produkten und Produktionsfaktoren, Produktionstechnologien, Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, Ausbildungserfordernissen und Distributionswegen. Daher umfassen Cluster auch Behörden und andere Organisationen, wie z.B. Universitäten und andere Forschungseinrichtungen, Berufsausbildungsstätten und Unternehmensverbände.

Typisch für ein Cluster sind

- der Zugang zu einem Pool qualifizierter, spezialisierter Arbeitskräfte,
- eine große Nähe zu Zulieferbetrieben und zu nach geordneten Betrieben bzw. Kunden,
- der Zugang zu nicht-kodifiziertem Wissen und
- die Nutzung räumlich konzentrierter technologischer Spillover-Effekte.

Das personenungebundene Wissen, das nicht Büchern zu entnehmen ist oder in Bildungseinrichtungen weitergegeben wird, wird im Standortwettbewerb immer bedeutsamer. Dieses Wissen breitet sich durch persönliche Kontakte und den Austausch der Menschen untereinander aus. Daher sind intensive Verflechtungen ein wichtiger Faktor im Innovationsprozess. Zugleich ermöglichen die clusterprägenden Verflechtungen den Unternehmen die Realisierung von Synergien. Das sind externe Effekte, die zu geringeren Kosten, Markterfolg und Wachstum führen.

Beispiele

Die räumliche Konzentration ähnlicher Unternehmen ist ein Wesensmerkmal fortgeschrittener Volkswirtschaften. Das wohl bekannteste Cluster ist das kalifornische *Silicon Valley*. Aber auch in Europa und in Deutschland finden sich zahlreiche Cluster. Für etwa die Hälfte aller Industriebranchen in Deutschland lassen sich regionale Häufungen nachweisen. Räumlich konzentrierte Branchen sind die Regel, nicht die Ausnahme. Nur einige Beispiele sind

- die optische Industrie in der Region Wetzlar
- die britische Automobilherstellung in der Region um Silverstone
- die Pinselherstellung im fränkischen Bechhofen
- die Teppichbodenindustrie in Südwestflandern
- Schnittblumen aus den Niederlanden
- die Fliesenherstellung in zwei regionalen Clustern in Italien und Spanien
- Finanzdienstleistungen in Frankfurt und der Londoner City.
- die Drahtindustrie im sauerländischen Altena

Was ist vorteilhaft an Clustern?

Cluster setzen sich im internationalen Standortwettbewerb durch. Die enge räumliche Nähe, intensive Kontakte und Verflechtungen schaffen gegenüber isolierten Wettbewerbern wichtige Standortvorteile:

- Die **Innovativität der Unternehmen steigt** und der **Zeitbedarf vom Forschungsbeginn bis zur Markteinführung sinkt**: Wenn sich Unternehmen als Einzige an einem Ort mit einem bestimmten Thema beschäftigen, lernen sie zu wenig von anderen. In Clustern profitieren Unternehmen vom örtlichen Wissensaustausch und

sind deshalb innovativer. Innovationen entstehen immer seltener durch Einzelerfinder oder im Labor nur einer einzigen Firma. Zunehmend werden im Innovationsprozess Partner gebraucht, die Teilaufgaben lösen. Diese Partner müssen im Cluster vorhanden sein, voneinander wissen und zusammenarbeiten können und wollen. Man spricht von einem *innovativen Millieu*.

- **Forschung und Entwicklung** werden **kostengünstiger**: Isolierte Unternehmen sind im Innovationswettbewerb nicht nur langsamer, sondern tragen auch die gesamten Entwicklungskosten alleine.
- Die **Produktivität und Flexibilität steigen**, weil die Betriebe sich tiefer spezialisieren und eine bessere Auslastung und Skaleneffizienz erreichen.
- Unternehmen in Clustern benötigen infolge der geringeren Innovationskosten und der höheren Produktivität weniger Kapital. Folglich haben sie auch **niedrigere Finanzierungskosten**.
- **Beschaffungs- und Absatzrisiken verringern sich** in einer regionalen Häufung: Durch Mitarbeiterwechsel, informelle Kontakte oder direkte Beobachtung wissen Unternehmen in einem Cluster besser über ihre Geschäftspartner und Wettbewerber Bescheid als isolierte Firmen. Im Cluster kennt man einander, weiß, womit sich andere gerade beschäftigen und wie weit man einander vertrauen kann.
- Der intensive Informationsaustausch im Cluster verstärkt den Wettbewerbsdruck und ist scheinbar ein Nachteil. Im überregionalen (globalen) Wettbewerb wird die resultierende **höhere Wettbewerbsfähigkeit** aber zum Erfolgsfaktor.
- Mit der höheren Innovativität geht auch eine **steigende Gründungsaktivität** einher.

Die Standortvorteile im Cluster steigern die Wertschöpfung der Unternehmen und verschaffen ihnen Wettbewerbsvorteile. Dies ist nicht auf Hightech-Bereiche begrenzt. Empirische Studien zeigen, dass Betriebe im Cluster unter sonst gleichen Bedingungen im Durchschnitt erfolgreicher sind als ihre isolierten Wettbewerber. Die stärkere Wettbewerbsposition der Unternehmen verschafft ihnen eine dynamischere Entwicklung. Periphere Unternehmen laufen dagegen Gefahr, bei zyklischen Abschwüngen früh aus dem Markt auszuscheiden.

Nicht Einzelunternehmen, sondern ganze Wertschöpfungsketten sind im Standortwettbewerb erfolgreich. In Clustern angesiedelte Unternehmen profitieren voneinander. Wettbewerbskraft pflanzt sich entlang der Wertschöpfungskette fort. Erfolgreiche Hersteller greifen auf kompetente Lieferanten zurück, die ihrerseits durch wettbewerbsfähige Partner unterstützt werden. Erreicht die räumliche Konzentration eine kritische Masse, werden sich selbst verstärkende Produktivitäts- und Wachstumseffekte ausgelöst.

Clusterpolitik

Warum Clusterpolitik?

Ziele der Wirtschaftspolitik der Landesregierung Schleswig-Holstein sind mehr Wachstum und mehr Beschäftigung. Die Unterstützung von Clustern dient genau diesem Ziel. Sie stärkt die Position Schleswig-Holsteins im nationalen und internationalen Standortwettbewerb. Der Anschlag von sich selbst tragenden und verstärkenden kumulativen Entwicklungsprozessen gewinnt angesichts knapper werdender Fördermittel an Bedeutung. Zudem geht von Clustern im Standortmarketing ein positives Signal über die Kompetenz des Standortes aus.

Charakteristisch für Clusterpolitik ist der unternehmensübergreifende Ansatz. Die Unternehmen werden nicht als isolierte Branchenteile wahrgenommen. Neben dem horizontalen rückt auch das vertikale Beziehungsgeflecht der Unternehmen mit ins Blickfeld der Wirtschaftspolitik. Außer den Kernkompetenzen und -technologien werden auch die Infrastruktur, unterstützende Institutionen und Organisationen sowie die weiteren Rahmenbedingungen mit einbezogen. Die wirtschaftspolitischen Überlegungen im Rahmen der Clusterpolitik zielen auf die positiven Externalitäten im Cluster, den Ausbau dieser externen Effekte, ihre Ausbreitung und die Einbeziehung lokaler Betriebe in die Wertschöpfungsketten. Bei den einzelnen Maßnahmen handelt es sich im Wesentlichen um bekannte Instrumente; neu ist die auf das Ziel von Clusterbildung und -ausbau ausgerichtete Zusammenführung.

Was ist neu an Clusterpolitik?

Die Unterstützung von Clustern ist ordnungspolitisch gerechtfertigt: In einem Cluster finden sich zahlreiche positive externe Effekte, die der reine Marktmechanismus nicht hinreichend berücksichtigt. Diese Marktunvollkommenheiten haben zur Folge, dass eine effiziente Allokation der Ressourcen nicht erreicht wird und damit Chancen der Wohlfahrtssteigerung nicht wahrgenommen werden.

Die Strategie der Clusterpolitik in Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein wird der Ausbau und die Förderung von Clustern auf verschiedenen Ebenen - z.B. in den Kommunen und Regionen, bei Wirtschaftsförderungseinrichtungen und in verschiedenen Netzwerken - vorangetrieben. Das Wirtschaftsministerium Schleswig-Holstein initiiert seine Clusterpolitik in einem offenen Dialog mit den beteiligten Regionen, Unternehmen, Institutionen und allen wirtschaftspolitischen Akteuren.

Keine Ausgrenzung von Regionen, Branchen und Technologien

Die schleswig-holsteinische Clusterpolitik nimmt keine räumliche, technologische oder sektorale Ausgrenzung aus Clustern vor. Eine flächenmäßige Abgrenzung wird der Realität der Netzwerkstrukturen mit unterschiedlicher Reichweite der Akteure nicht gerecht. Die geringe Größe des Landes erlaubt es, jeden Standort in Schleswig-Holstein innerhalb kürzester Zeit zu erreichen. Eine Ausgrenzung innerhalb des Landes ist daher nicht zu rechtfertigen. Eine technologische und sektorale Ausgrenzung widerspricht dem branchenübergreifenden Charakter von Clustern. Auch die grundsätzliche Unsicherheit gegenüber zukünftigen technologischen und sektoralen Entwicklungen spricht gegen eine solche Ausgrenzung.

Funktionale Abgrenzung der Cluster

Die Cluster in Schleswig-Holstein grenzen sich funktional ab: Zum Cluster gehören alle Akteure, die die Ziele des Cluster unterstützen, zur Kooperation mit den Akteuren im Cluster bereit sind und mit ihrer Mitarbeit das Cluster stärken. Jedes Cluster ist offen für alle Regionen, Unternehmen, Institutionen und wirtschaftspolitischen Akteure. Alle sind aufgerufen, an der Stärkung der Cluster und damit der Wirtschaft Schleswig-Holsteins mitzuarbeiten.

In Schleswig-Holstein und seinen Regionen finden sich zahlreiche Ansätze für räumliche Konzentrationen von Betrieben mit unterschiedlichen technologischen Schwerpunkten. Große und voll ausgebaute Cluster bilden in Schleswig-Holstein noch die Ausnahme. Es finden sich jedoch bemerkenswerte Keimzellen von Clustern. Diese gilt es gezielt durch Clusterpolitik zu stärken und auszubauen, so dass sich selbst tragende, dynamische Entwicklungsprozesse möglich werden, die Schleswig-Holstein insgesamt auf einen höheren Wachstumspfad bringen.

Clusterkriterien

Die Auswahl der Cluster, die von der Wirtschaftspolitik des Landes unterstützt werden, setzt an den vorhandenen Strukturen und Keimzellen für regionale Cluster an. Sie orientiert sich dabei an folgenden Kriterien:

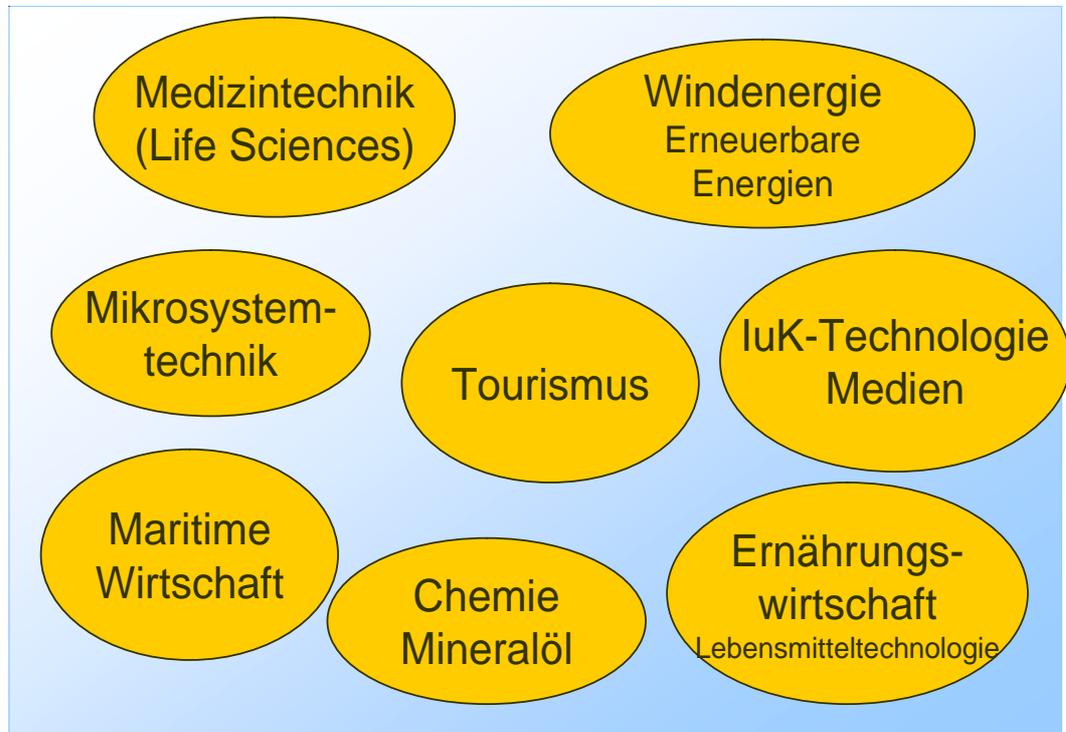
- **Clustertypische Strukturen:** Räumliche Konzentration und Verflechtung von Kernbetrieben, verwandten Betrieben mit gleicher und ähnlicher Technologie, nachgeordneten Betrieben, spezialisierten Zulieferbetrieben, Anbietern komplementärer Güter und Finanzdienstleistungen. Spezialisierte lokaler Arbeitsmarkt, Qualifikationsinfrastruktur (Hochschulen, Berufliche Bildung), F&E- und Wissenstransfereinrichtungen, unterstützende Einrichtungen (Existenzgründung, Unternehmensverbände, Kammern etc.), kommunale Institutionen, örtliche Infrastruktur.
- **Kritische Masse** und die Fähigkeit das Land und die Region nach vorne zu bringen: Damit es im Cluster zu einer Initialzündung und einer sich selbst verstärkenden dynamischen Entwicklung kommt, bedarf es einer hinreichenden Anzahl an Akteuren und Dichte der Vernetzung.
- **Clusterbewusstsein** der Akteure und Existenz einer gemeinsamen Cluster-Vision der beteiligten Betriebe und Institutionen.
- **Standortvorteile** des Clusters.
- **Beitrag zur Profilbildung** im Standortwettbewerb.
- **Zukunftsperspektiven und –risiken.**

Die Größe und Zusammensetzung von Clustern ist grundsätzlich individuell verschieden. Die räumliche Ausdehnung wird durch die Beziehungen zwischen den Akteuren innerhalb des Cluster bestimmt und kann Kreis- und Ländergrenzen überschreiten.

Cluster in Schleswig-Holstein

Unsere Cluster-Strategie umfaßt acht Wirtschafts- und Technikbereiche, die im Rahmen der Wirtschaftspolitik des Landes besonders ausgebaut und gefördert werden sollen:

Welche Cluster in Schleswig-Holstein?



Cluster Medizintechnik und medizinische Biotechnologie (Life Sciences)

Das Cluster Medizintechnik und medizinische Biotechnologie (Life Sciences) ist ein *landesweites Cluster* mit sektoralen und technologischen Schwerpunkte in der Herstellung von medizinischen und orthopädischen Geräten und Einrichtungen.

Die **Medizintechnik** ist in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich präsent: Der Beschäftigungsanteil der Medizintechnik am Verarbeitenden Gewerbe liegt in Schleswig-Holstein bei 4,3 % (Deutschland: 1,4 %). Innerhalb Schleswig-Holsteins hat die Medizintechnik einen Schwerpunkt im Großraum Lübeck. Weitere Konzentrationen finden sich im Raum Kiel und im Hamburger Umland. Auch die medizinische Biotechnologie konzentriert sich auf das Umfeld der Hochschulstandorte Kiel und Lübeck und das Hamburger Randgebiet.

In Schleswig-Holstein finden sich rund 200 medizintechnische Betriebe mit über 9.000 Beschäftigten und rund 90 Biotechnologiebetriebe mit mehreren hundert Beschäftigten. Dies ist eine hinreichende **kritische Masse** für eine dynamische Clusterentwicklung.

Zu den **Kernbetrieben** des Clusters gehören im Bereich der Medizintechnik z.B. die Firmen Dräger Medical (Lübeck), Ethicon (Norderstedt), Bauer und Häselbarth – Chirurg (Ellerau), ESKA Implants (Lübeck), Stryker Trauma (Schönkirchen), Zimmer Chirurgie (Kiel), Söring (Quickborn), Weinmann (Hamburg / Henstedt-Ulzburg) und Möller-Wedel (Wedel). Im Bereich der Biotechnologie finden sich z.B. Euroimmun (Groß Grönau), Strathmann Biotec (Bovenau) und die Medac Gesellschaft für medizinische Spezialpräparate (Wedel).

Neben diesen Kernunternehmen finden sich im schleswig-holsteinischen Cluster Medizintechnik und medizinische Biotechnologie zahlreiche Einrichtungen für **Forschung und Entwicklung**, zum **Wissenstransfer** und zur **Qualifizierung**:

- Universitäten Kiel und Lübeck: Humanmedizin, Biologie, Biochemie, Chemie, Molekularbiologie, Pharmazie, Mathematik, Informatik, Computational Life Science
- Fachhochschule Lübeck: Medizintechnik, Masterstudiengang Medical Technology gemeinsam mit der Universität Lübeck, MBA Health Care Management, Bachelor
Besonders hervorzuheben ist die Kombination des Fachhochschulstudiengangs Medizintechnik in Lübeck mit der Meisterausbildung Hörgeräteakustik.
- Fachhochschule Flensburg: Bioverfahrenstechnik
- Akademie für Hörgeräteakustik (Lübeck) als bundesweit einmalige Bildungseinrichtung.
- Fielmann Akademie (Schloss Plön): Aus- Fort- und Weiterbildung für die augenoptische Branche
- Forschungszentrum Borstel
- Fraunhofer Institut für Siliziumtechnologie ISiT
- GKSS- Forschungszentrum Geesthacht
- CEMET GmbH - Center of Excellence in Medical Technology, Lübeck
- ZBM Zentrum für Biochemie und Molekularbiologie an der CAU Kiel
- ZMB Zentrum für molekulare Biowissenschaften an der CAU Kiel (in Planung)
- Kompetenzzentrum für Qualitätsprozesse und Systemassessment am Technikzentrum Lübeck
- Kompetenzzentrum Tissue Engineering an der Universität zu Lübeck
- Kompetenzzentrum Drug Design und Target Monitoring an der Universität zu Lübeck

„An den Hochschulen Schleswig-Holsteins sind alle Basistechnologien, die zusammen die Medizintechnik bilden, vorhanden. Es ist nicht ersichtlich, dass Themengebiete bzw. Kompetenzfelder fehlen“ (Machbarkeitsstudie Medizintechnik-Campus, 2002).

Das hoch qualifizierte Arbeitskräftepotential im schleswig-holsteinischen Cluster Medizintechnik und medizinische Biotechnologie schlägt sich in der Forschungsleistung nieder: Im Jahr 2000 kamen 9,4 % aller deutschen Patentanmeldungen der Wirtschaft im Bereich medizinische, zahnärztliche und kosmetische Präparate aus Schleswig-Holstein. Der Vergleichswert für alle Bereiche liegt bei 1,8 %.

Medizintechnik und medizinische Biotechnologie in Schleswig-Holstein werden von den Netzwerken Arbeitsgemeinschaft Medizintechnik in Schleswig-Holstein e.V. (AGMT), Kompetenznetzwerk Medizintechnologie an der FH Lübeck und Bay to Bio – Förderkreis Life Sciences e.V. sowie den zentralen Anlauf- und Koordinierungsstellen *Koordinierungsstelle Biotechnologie bei der Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein* (ttz SH) und der I-Med/Nord GmbH sowie der Patent- und Verwertungsagentur PVA unterstützt.

Das Angebot an gut ausgebildeten Fachkräften und das exzellente wissenschaftliche Potenzial, die überschaubaren räumlichen Entfernungen zwischen den Schwerpunktstandorten Lübeck, Kiel und Hamburg, die Nähe auch zum Cluster Medicon Valley in der Öresundregion und die traditionelle Anbindung der Medizintechnik in der Region machen das schleswig-holsteinische Cluster Medizintechnik und medizinische Biotechnologie zu einem attraktiven Standort.

Medizintechnik und medizinische Biotechnologie sind Schlüsseltechnologien mit hohem Marktpotenzial: Der Bedarf an Hilfsmitteln und Arzneien, die die Behandlungsmethoden und Heilungschancen für Kranke verbessern oder zu Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen beitragen, wird künftig weiter steigen.

Beispielhafte Leitprojekte:

- Dienstleistungsagentur Life Science Hamburg / Schleswig-Holstein (i-med Nord)
- Kompetenzzentrum für Qualitätsprozesse und Systemassessment am Technikzentrum Lübeck

Cluster Tourismus

Das Tourismuscluster Schleswig-Holstein ist ebenfalls ein *landesweites Cluster*. Seine Schwerpunkte sind das Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, der Gesundheits-, der Wasser- und der Kulturtourismus sowie der Rad-, Reit- und Wandertourismus.

Schleswig-Holstein ist eine der bedeutendsten Tourismusregionen in Deutschland. Entsprechend ist die Tourismuswirtschaft in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich präsent. Das Tourismuscluster Schleswig-Holstein besitzt eine hinreichende *kritische Masse* um die Regionen und das Land spürbar nach vorne zu bringen: Mit 130.000 Beschäftigten ist der Tourismus fast so groß wie das Verarbeitende Gewerbe in Schleswig-Holstein. Mit einem Umsatz von ca. 4,5 Mrd. Euro erreicht der Tourismus die gleiche Größenordnung wie die die großen Industriebranchen Ernährungsgewerbe, Maschinenbau und Chemie. In den ländlichen Regionen an der Küste ist der Tourismus oft der wichtigste Ansatzpunkt zur Entwicklung der regionalen Wirtschaft.

Die **räumlichen Schwerpunkte innerhalb Schleswig-Holsteins** liegen an den Küsten: In Nordfriesland und Dithmarschen finden sich ca. 3.000 Betriebe und in Ostholstein ca. 1.000 Betriebe. Der Anteil des Tourismus am Volkseinkommen liegt an der Westküste bei 19,4 % (in Schleswig-Holstein insgesamt: 4,7 %).

Zu den **Kernbetrieben** des Tourismuscluster in Schleswig-Holstein zählen die ca. 4.800 *gewerblichen Beherbergungsbetriebe* sowie die ca. 10.000 *klassifizierten* und ca. 20.000 *nicht klassifizierten privaten Beherbergungsbetriebe*. Darunter finden sich etwa 70 Hotels mit Wellnessangeboten und ca. 60 Kur- und Rehakliniken. Des Weiteren sind etwa 175 „Bett & Bike“ Betriebe auf Fahrradurlauber spezialisiert.

Neben den Kernbetrieben umfasst das Cluster auch das Gastronomiegewerbe (Restaurants, Kneipen, Clubs, etc.) mit rund 7.000 Betrieben, den Einzelhandel und spezialisierte Dienstleistungen (z.B. Massagen, Solarien, Friseure) in den Tourismusregionen. Zum Tourismuscluster zählen auch spezialisierte Zulieferbetriebe wie Reisebüros, Touristinformationen sowie der Verleih von Fahrrädern, Booten und Kanus. Innerhalb des Tourismuscluster finden sich zahlreiche komplementäre Anbieter: Touristische Freizeiteinrichtungen (Freizeitparks, Erlebniszentren, Erlebnisbäder, Zoos, etc.), kommunale Einrichtungen wie Ferienbüchereien und Schwimmbäder, die Bahnunternehmen in Schleswig-Holstein, Flughäfen, Häfen und Taxiunternehmen.

Innerhalb des Tourismuscluster finden sich bemerkenswerte Kooperationen zwischen Betrieben, so z.B. die Kooperation mit Sparkassen im Rahmen des Sparkassen-Tourismusbarometers und mit zunehmender Tendenz auch die Kooperationen zwischen Hotels und Kliniken bei privaten Übernachtungen in Verbindung mit klinischen Anwendungen.

In Schleswig-Holstein finden sich zahlreiche Einrichtungen, die das Tourismuscluster bei der Schaffung eines **qualifizierten Arbeitskräfteangebotes**, bei **Forschung und Entwicklung** und im **Wissenstransfer** unterstützen:

- Fachhochschule Westküste (Tourismusmanagement)
- Berufsakademie Lübeck (Betriebswirtschaft im Bereich Tourismus)
- Berufsbildende Schulen in Lübeck, Flensburg, Kiel, Neustadt, Meldorf, Husum, Niebüll, Elmshorn (Berufsschulstandorte für duale Ausbildungen im Hotel- und Gaststättengewerbe) und Lübeck (Fachschule für das Hotel- und Gaststättengewerbe)
- Bildungszentrum für Tourismus und Gastronomie, WAK in Husum,
- Fortbildungsagentur für den Tourismus (FIT)

Zu den unterstützenden Einrichtungen zählen die Tourismusagentur Schleswig-Holstein, die regionalen Tourismus-Marketing-Organisationen, der Tourismusverband Schleswig-Holstein, die regionalen Tourismusverbände (Nordsee, Ostsee, Binnenland, Holsteinische Schweiz), die Kurverwaltungen und Tourismusbüros, der Hotel- und Gaststättenverband Schleswig-Holstein, der ADFC und der ADAC. Die Vernetzung der Beteiligten wurde bereits zu einem großen Teil durch die koordinierende Tätigkeit des Tourismusverbandes, der Tourismusagentur und des Tourismusreferates des Wirtschaftsministeriums verbessert. Im Zuge der Clusterpolitik soll die Vernetzung und die Kommunikation noch weiter ausgebaut werden.

Der Tourismus besitzt in Schleswig-Holstein eine Reihe von Standortvorteilen, zu denen vor allem die natürlichen Gegebenheiten („Land zwischen den Meeren“) und ein ausgesprochen positives Image zählen. Schleswig-Holstein ist ein attraktiver innerdeutscher Tourismusstandort: Das Land ist Marktführer bei Küstenreisen. Mit 12,7 Mio. Übernachtungen hat es einen Spitzenplatz im privaten Beherbergungssektor inne. Schleswig-Holstein liegt hinter Bayern an der Spitze der innerdeutschen Reiseziele.

Der Tourismus zählt zu den Wirtschaftsbereichen mit ausgesprochen günstigen Entwicklungsperspektiven. Gleichwohl gibt es eine Reihe von Branchentrends, die das touristische Angebot in Schleswig-Holstein vor Herausforderungen stellen: Der zu beobachtenden sinkenden Aufenthaltsdauer ist durch die verstärkte Entwicklung von Angeboten für Tagestouristen und „für eine Nacht“ zu entgegen. Angesichts der wachsenden Bedeutung von Service und Qualität, ist das Angebot ständig zu verbessern.

Beispielhafte Leitprojekte:

- Förderung von Qualitätsmanagement im Tourismus
- Begleitung einer Investitionsoffensive für Tourismusbetriebe
- Science Center Schleswig-Holstein
- Entwicklung der Nordsee- und Ostseecard
- Einführung der Premiummarke *Balance.Best of Spa* für Wellnessangebote

Cluster Maritime Wirtschaft

Schleswig-Holstein besitzt mit seiner Lage zwischen den Meeren besondere Standortqualitäten und –vorteile für den Einsatz maritimer Technologien. Zusammen mit dem großen Wachstumspotential der maritimen Wirtschaft ergeben sich hieraus erhebliche Beschäftigungspotentiale für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein.

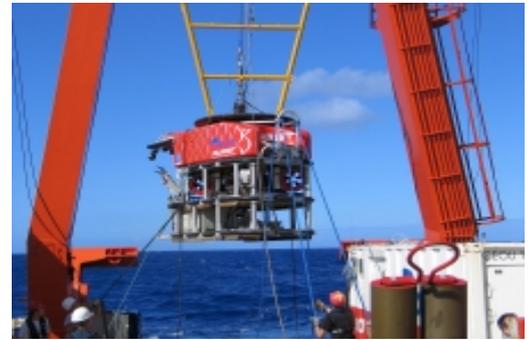
Die *Maritime Wirtschaft Schleswig-Holstein* ist ein landesweites Cluster. Es umfasst die Bereiche Schiffbau einschließlich Yachtbau, Schifffahrt und Häfen, Wassertourismus und Meerestechnik. Dabei umfasst die Meerestechnik alle industriell-technischen Disziplinen, die zur Nutzung und zum Schutz der Meere dienen und auf ingenieurwissenschaftlicher Grundlage stehen. Dies sind z.B. die

- Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen (Meeresbergbau),
- Energie (Offshoretechnik sowie Nutzung von Wind, Wellen und Gezeiten),
- die zugehörige Nutzung des Meeres als Transportweg (Schiffstechnik und maritime Leit- und Sicherheitstechnik,
- Marine Aquakultur,
- Marine Umweltschutztechnik,
- Hydrographie,
- Wasserbau und Küstenzonenmanagement,
- Polar- und Eistechnik,
- Unterwassertechnik sowie
- Meeresforschungstechnik.



BCL Recovery

In der K.E.R.N.-Region hat sich ein größeres Potenzial meeres technisch orientierter Unternehmen angesiedelt. Hierzu gehören z.B. L3 Comunication (ELAC-Nautik), Lindenau, CRM, Marilim, GO Systemelektronik, Mariscope, MBT und KUM-Umwelt- und Messtechnik Kiel GmbH.



Geomar quest

Auch der deutsche Schiffbau besitzt in Schleswig-Holstein traditionell eine räumliche Konzentration. So finden sich in Schleswig-Holstein 7 Seeschiffwerften und zahlreiche kleinere Bootswerften sowie eine Vielzahl industrieller, handwerklicher und tertiärer Zulieferbetriebe: Schiffsmaschinenbau und –elektronik, Yachthydraulik und -elektrik, Segelmacher, Rigger, Sachverständige und Designer für Yachten, Architekten und Innenarchitekten, Raumausstatter und Tischler.

Schleswig-Holstein verfügt über zahlreiche Forschung und Entwicklungseinrichtungen für die Maritime Wirtschaft sowie zum Wissenstransfer und zur Qualifikation von Arbeitskräften:

- das Leibniz-Institut für Meereswissenschaften (IFM und GEOMAR),
- Christian-Albrechts-Universität Kiel mit dem Forschungs- und Technologiezentrum Westküste Büsum,
- GKSS - Forschungszentrum Geesthacht (Küstenforschung),
- Biologische Anstalt Helgoland und Wattenmeerstation List des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung Bremerhaven.
- Fachhochschule Flensburg (Institut für Schiffsbetriebstechnik)
- Fachschule für Seefahrt Flensburg (Fort- und Weiterbildung für nautische und technische Patente)
- Fachhochschule Kiel (Schiffbauingenieurausbildung)
- Fraunhofer Institut für Siliziumtechnologie, Itzehoe (ISiT)
- Berufsbildungsstätte auf dem Priwall (Lübeck): Aus- Fort- und Weiterbildung von Bootsbauern, Segelmachern und Seilern
- ZAM – Zentrum für anwendungsnahe Meereswissenschaften an der CAU

Darüber hinaus finden sich verschiedene Netzwerke und Institutionen, die die Maritime Wirtschaft in Schleswig-Holstein fördern und unterstützen, z.B.

- die Initiative „Zukunft Meer“ der Landesregierung Schleswig-Holstein
- das Kompetenznetzwerk Meerestechnik
- die ttz-Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein mit der Koordinationsstelle Marikultur,
- der AK Maritime Wirtschaft der IHK zu Kiel
- das Maritime Forum Kiel
- der Nautischer Verein Kiel
- das Zentrum für maritime Technologie und Seefischmarkt ZTS Grundstücksverwaltung GmbH
- der Arbeitskreis Yachten (bei schiff)
- das geplante Maritime Kompetenzzentrum für Aus-, Fort- und Weiter-bildung, Lübeck-Travemünde

Initiative Zukunft Meer

Diese vielfältigen Aktivitäten belegen das stark ausgeprägte Clusterbewusstsein für die Maritime Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Mit der Initiative **Zukunft Meer** bündelt die Landesregierung die maritimen Kompetenzen weiter. Sie macht das Land damit national und international noch wettbewerbsfähiger. Der am 1. März 2004 von der Ministerpräsidentin gegründete Initiativkreis **Zukunft Meer** mit namhaften Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verbänden wird die Ressourcen und Experten des Landes zusammenbringen. Ziel ist es,

dass alle Unternehmen, Forschungsinstitute, Vereine, Verbände und Netzwerke, die mit dem Thema Meer in Berührung stehen, voneinander wissen und noch stärker zusammenarbeiten. Zudem wird die Landesregierung der EU-Kommission, dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament ein europäisches *Grünbuch zur Zukunft des Meeres* vorschlagen, das Defizite und Chancen der europäischen Meerespolitik offen legen soll.

Beispielhafte Leitprojekte:

- Maritimes Technologiezentrum Seefischmarkt in Kiel
- FuE-Anlage Marikultur in Büsum
- Science Center Schleswig-Holstein

Cluster Informations- und Kommunikationstechnologie und Medien

IuK-Technologie und Medien ist ein landesweites Cluster mit den sektoralen Schwerpunkten Telekommunikation, Informationstechnik, Elektronische Bauelemente, Kabel-, Mess-, Kontroll- und Prozesssteuerungstechnik, Unterhaltungselektronik sowie Medien, Werbung und Callcenter. Zu den bedeutenden Technologien zählen die Mobilfunktechnologie, Mobiles Internet, UMTS-Anwendungen, die Zuverlässigkeit von IT-Systemen, die Nanoelektronik, Wissenssysteme, Künstliche Intelligenz, Spracherkennung, Programmiersprachen, Computergrafik, Übersetzung und Mustererkennung.

Das Cluster IuK-Technologie und Medien umfasste in Schleswig-Holstein im Jahr 2002 mehr als 56.000 Beschäftigte. Dies sind mehr als ein Drittel der Industriebeschäftigten in Schleswig-Holstein. In Deutschland liegt der entsprechende Anteil lediglich bei einem Viertel. Besonders die Telekommunikation, die Herstellung von elektronischen Bauelementen, die Kabel-, Meß-, Kontroll- und Prozesssteuerungstechnik, die Unterhaltungselektronik sowie Medien und Callcenter sind in Schleswig-Holstein im Vergleich zu Deutschland überdurchschnittlich vertreten.

Das Cluster IuK-Technologie und Medien profitiert von einer leistungsfähigen Hochschullandschaft, renommierten Forschungseinrichtungen und kompetenten Partnern im Wissenstransfer. Das Fraunhofer Institut für Siliziumtechnologie ISiT beschäftigt sich mit der Entwicklung, der Fertigung und dem Entwurf von Komponenten der Mikrosystemtechnik. Mit 88 Berufsbildungsstätten an 33 Standorten und einem differenzierten Netz von Weiterbildungseinrichtungen (z.B. WAK, bfw, DAA, Volkshochschulen, Fachschulen) bestehen umfangreiche Aus- Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

- Universität Kiel: Informatik
- Fachhochschule Kiel: Internet Science and Technology, Multimedia Production, Wirtschaftsinformatik
- Multimedia Campus MMC: Multimedia-Management
- Universität Lübeck: Medizin- und Medieninformatik
- Fachhochschule Lübeck: Kommunikations-, Informations- und Medientechnik, Informationstechnologie und Gestaltung. Medieninformatik im Rahmen der virtuellen Fachhochschule.
- International School für New Media ISNM: Digital Media
- Fachhochschule Flensburg: Informatik, Kommunikationstechnologie, Wirtschaftsinformatik

Zur unterstützenden Infrastruktur des Clusters IuK-Technologie und Medien zählen z.B. der Multimedia-Verband Schleswig-Holstein, der Community Treff, der IT-Anwenderkreis, der Arbeitskreis IT und Medien der IHK Kiel sowie der Arbeitskreis *Informationstechnologie und Telekommunikation*.

Mit mehr als 6.000 Unternehmen ist eine hinreichende kritische Masse für eine dynamische Entwicklung im schleswig-holsteinisch Cluster IuK-Technologie und Medien gegeben. Neben der eigenen Clusterdynamik besitzt die IuK-Technologie auch Bedeutung als Querschnittstechnologie für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein insgesamt.

Die Entwicklungsdynamik in der Informations- und Kommunikationstechnologie ist Motor für die technologische und wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Wirtschaft. Die Digitalisierung und Vernetzung, insbesondere durch die Entwicklung der Breitband-Infrastruktur und der Breitband-Anwendungen, treiben die Konvergenz verschiedener Medienbranchen, der Informationstechnologie- und der Telekommunikationsbranche voran. Sich wandelnde Geschäftsmodelle, neue integrierte Wertschöpfungsprozesse, veränderte Organisationsstrukturen sowie innovative Leistungsangebote werden künftig in Schleswig-Holstein zu mehr Beschäftigung und Wachstum führen.

Beim Mobilfunk vollzieht sich derzeit ein vielversprechender Entwicklungssprung: Auf der Basis von UMTS wachsen Mobilfunk und Internet zusammen. Die Mobilfunktechnologie des Wireless LAN verspricht neue Anwendungsmöglichkeiten für die mobile Informationsgesellschaft.

Beispielhafte Leitprojekte:

- Aufbau der *Clusteragentur IT und Medien*: Diese Agentur übernimmt die Funktion eines Clustermanagements und wird aus dem Programm eRegion PLUS gefördert.
- Kompetenzzentrum eHealth in Lübeck
- Kompetenzzentrum *electronic commerce Schleswig-Holstein* (EC-SH) und Kompetenzzentrum für e-business *MMConsult*
- Aufbau eines Kompetenzzentrums Mobile Kommunikation in Flensburg

Cluster Ernährungswirtschaft / Lebensmitteltechnologie

Die Ernährungswirtschaft ist ein landesweites Cluster, dessen sektorale und technologische Schwerpunkte auf dem Ernährungsgewerbe und der Lebensmitteltechnologie liegen. Innerhalb des Ernährungsgewerbes in Schleswig-Holstein ist die Milchverarbeitung 2002 mit einem Umsatzanteil von mehr als 15 % die größte Branche. Sie ist zugleich einer der produktivsten Bereiche der Ernährungswirtschaft.

Die Ernährungswirtschaft ist in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich präsent: Ihr Beschäftigungsanteil am Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein (14,8 % im Jahr 2003) ist mehr als anderthalb mal größer als in Westdeutschland.

Innerhalb Schleswig-Holsteins finden sich bemerkenswerte räumliche Schwerpunkte:

- Süß- und Backwaren mit Verarbeitung von Überseeprodukten (Kakao, Kaffee, Tee, Gewürzen etc.) vornehmlich im Hamburger Umland und in Hafennähe.
- Fleisch- und Milchprodukte mit der Verarbeitung in Rohstoffnähe, d.h. Grünlandstandorte im Geest- und Marschbereich.
- Weitere Produktbereiche von Bedeutung (z.B. Getreide und Gemüse) sind nicht so eindeutig räumlich zuzuordnen. Mühlen und Weiterverarbeitung von Mühlenprodukten finden sich i.d.R. in Hafennähe.

Zu den Kernbetrieben des Clusters zählen Wurstfabriken, Meiereien, Süßwarenhersteller, Großbäckereien, Konserven und Feinkost sowie Brauereien. Hinzu kommen Handwerksbetriebe (z.B. Bäckereien, Fleischereien) und nachgeordnete Betriebe im Groß- und Einzelhandel, Discounter, Kantinen, Großküchen, Catering, Versandhandel, Direktvermarkter, der Hotel- und Gaststättenbereich sowie Handelskooperationen. Spezialisierte Zulieferer finden sich in Landwirtschaft, Fischwirtschaft, Schlachthöfen und Mühlen. Hierzu gehören auch die Hersteller von *Hilfsmitteln und Zusatzstoffe* (z.B. Aromen, Gewürze, Chemikalien zur Haltbarmachung und Desinfektion), Verpackungen) und spezialisierte *Geräte und Anlagenbauer* (z.B. Kühleinrichtungen, Verpackungsmaschinen, Spezialwerkzeuge, Berufskleidung) sowie auf Lebensmitteltransporte spezialisierte Spediteure. Spezielle Beratungs- oder Kreditangebote für Ernährungswirtschaft und Landwirtschaft finden sich bei der Landwirtschaftskammer, und den Genossenschafts- und Raiffeisenbanken.

Das Cluster Ernährungswirtschaft Schleswig-Holstein beinhaltet renommierte Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, z.B. das

- Institut für Ernährungswirtschaft und Verbrauchslehre der CAU Kiel
- Lebensmittelinstitut KIN e.V., Neumünster
- Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittelsicherheit in Kiel

Die Forschungsleistung der Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein ist beachtlich: Im Jahr 2000 entstammten 17,5 % aller deutschen Patentanmeldungen des Wirtschaftsbereiches Ernährung aus Schleswig-Holstein (Der Vergleichswert über alle Bereiche liegt bei 1,8 %).

Mit mehr als 19.000 Beschäftigten und fast 290 Betrieben über 20 Beschäftigten ist das Ernährungsgewerbe die drittgrößte Branche innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes und besitzt eine hinreichend kritische Masse für eine dynamische Entwicklung. Besondere Zukunftsperspektiven liegen in den Bereichen Novel-Food, Süßwaren und Convenience-Produkte.

Die Ernährungswirtschaft ist seit etwa zehn Jahren einem intensiven Strukturwandel ausgesetzt, der sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Das Fortschreiten der Unternehmenskonzentrationen im Lebensmitteleinzelhandel und die Vorliebe der Verbraucherinnen und Verbraucher, beim Einkauf für den täglichen Bedarf auf die Niedrigpreisangebote der Discounter zurückzugreifen, stärkt die Marktmacht großer Filialisten spürbar. Viele Unternehmen der Lebensmittelbranche sind zu Preiszugeständnissen genötigt, die langfristig Auswirkungen auf die Substanz haben können.

In den zurückliegenden vier Jahren sanken die Umsätze in der Ernährungswirtschaft Schleswig-Holsteins um 450 Millionen Euro (-14,1%). Etwa 1.000 Arbeitsplätze (-8,4%) gingen verloren. Gleichzeitig entstanden aber auch neue Unternehmen: Zwölf zusätzliche Produzenten weisen auf einen Zuwachs von kleineren Betriebsstätten hin, die zwar nicht die Verluste der Großen ausgleichen können, aber jeder für sich mit neuen Produkten und neuen Ideen den Markt bereichern. Das Innovationspotential der Ernährungswirtschaft ist beachtlich. Häufig sind es die kleinen Unternehmen, die mit ihren neuen Produkten und Verkaufsstrategien in dem hart umkämpften Markt Fuß fassen. Die Ernährungswirtschaft ist nach wie vor einer der wichtigsten Wirtschaftsbereiche in Schleswig-Holstein.

Mit einer Exportquote von nahezu 13 % behauptete sich die Ernährungswirtschaft auf ihren traditionellen Auslandsmärkten. Die hohe Qualität und der gute Ruf der Produkte und Marken aus Schleswig-Holstein sicherten den Absatz im Premiumsegment.

Beispielhaftes Leitprojekt:

- Etablierung eines Innovationspreises für herausragende Produkte der Ernährungswirtschaft: Zusammen mit den im Cluster Ernährungswirtschaft versammelten Akteuren wird das Wirtschaftsministerium einen Innovationspreis für besonders innovative Produkte aus der Ernährungswirtschaft etablieren.
- Erhöhung der Förderansätze zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Ernährungswirtschaft: Im Rahmen des Zukunftsinnovationsprogramms ZIP hat das Wirtschaftsministerium den Ansatz zur Förderung der landwirtschaftlichen Ernährungswirtschaft deutlich erhöht. Insbesondere die Förderung von Unternehmen der Milchverarbeitung soll damit gestärkt werden.

Cluster Windenergie und regenerative Energien

Die *Windenergie und regenerative Energien* ist ein landesweites Cluster mit sektoralen und technologischen Schwerpunkten in der Konzeption, Prüfung, Projektierung, Herstellung und beim Aufbau und Service von Windenergieanlagen.

Bis zu 4.000 Beschäftigte sind in Schleswig-Holstein direkt oder indirekt von Windenergie abhängig. Dies ist etwa ein Zehntel der in Deutschland im Windenergie-Bereich Beschäftigten. Damit ist die deutsche Windenergie in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich vertreten.

Die Windenergie ist ein Cluster mit ausgeprägtem regionalen Schwerpunkt: Allein im Kreis Nordfriesland waren 2003 knapp 1.000 Beschäftigte im Wirtschaftszweig *Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung* tätig. Fast jeder fünfte Arbeitsplatz und fast 60 % des Umsatzes dieser Branche in Schleswig-Holstein entfallen auf den Kreis Nordfriesland.

Zu den **Kernbetrieben** zählen z.B. die Herstellerfirmen Vestas / NEG Micon (Husum), Repower Systems (Husum, Rendsburg), Nordex (Norderstedt), DeWind (Lübeck), die Fondsanbieter WKN (Husum), Prokon (Itzehoe), die Ingenieurbüros GEO (Enge-Sande) und Energy Consult (Husum) und das Prüflabor WINDTEST Kaiser-Wilhelm-Koog. Darüber hinaus finden sich **nachgeordnete Betriebe** wie z.B. das Ingenieurbüro für Elektrische Energietechnik (Kiel) und Windparkbetreiber (z.B. Butendiek). Anbieter komplementärer Güter und Finanzdienstleister sind Banken, Fonds- und Beteiligungsanbieter am Standort Husum (Reconcept, WKN, GEO) und mehrere Versicherungsmakler mit Spezialisierung auf Windenergieanlagen wie z.B. die Capital-Concept Assekuranz GmbH und das Versicherungsbüro für Umweltprojekte VfU (Quickborn). Die Betriebe im Cluster Windenergie werden durch Einrichtungen wie das Bildungszentrum für Erneuerbare Energien BZEE, das NIC, die WFG Nordfriesland und durch die Messe Husum Wind gefördert und unterstützt.

Bedeutendes Element des Clusters Windenergie sind spezialisierte Einrichtungen für Qualifizierung, Forschung und Entwicklung sowie Wissenstransfer:

- Weiterbildung zum Servicetechniker für Windenergieanlagen am Bildungszentrum für Erneuerbare Energien BZEE in Husum
- Entwicklung einer Fortbildung zum Servicetechniker Offshore
- Studiengang Regenerative Energietechnik mit Schwerpunkt Windenergie an der FH Flensburg
- Diplom-Studiengang Energie- und Umweltmanagement an der Uni Flensburg
- Nordakademie Elmshorn
- diverse Lehrveranstaltungen am FTZ Westküste in Büsum
- Kompetenzzentrum Windenergie Schleswig-Holstein (Verbundprojekt der Hochschulen in Schleswig-Holstein)

Die Kombination aus Windenergieanlagenherstellern mit bedeutenden Marktanteilen und Ingenieur- und Planungsbüros, die günstige Lage zu den Offshore-Einsatzgebieten, die zielgerichteten Qualifizierungsmaßnahmen und das spezialisierte Arbeitskräfteangebot machen das Cluster Windenergie und regenerative Energien zu einem attraktiven Standort.

Obwohl das Cluster vergleichsweise klein ist, besitzt es eine kritische Masse mit erheblicher Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung insbesondere der Westküstenregion: Zwei Drittel des Industrieumsatzes im Kreis Nordfriesland und 27 % der Industriebeschäftigung entfallen allein auf die *Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung*.

Beispielhafte Leitprojekte:

- Vermarktung des Windenergiestandortes Schleswig-Holstein
- Ausbau des Husumer Hafens zum Offshore-Service-Hafen
- Forschungsplattform Windenergie vor der Nordseeküste

Cluster Mikrosystemtechnik

Die Mikrosystemtechnik ist ein schleswig-holsteinisches Cluster mit einem regionalen Schwerpunkt im Raum Itzehoe. Die sektoralen und technologischen Schwerpunkte liegen in der Mikrosystemtechnologie und der Informationstechnologie. Sie resultieren aus dem Forschungs- und Tätigkeitsspektrum des Fraunhofer Instituts für Siliziumtechnologie, des Innovationszentrums Itzehoe IZET und der ansässigen Kernunternehmen, z.B. den Firmen Vishay-Semiconductor und SMI. Zu den weiteren Betrieben in diesem Cluster zählen z.B. die eBiochip Systems, Solid Energy und Condias.

Zur Infrastruktur des Clusters Mikrosystemtechnik zählen das Netzwerk MP-CC mit den Firmen Basler Vision Technologies, Kuhnke und Scana Holographie sowie das Innovationszentrums Itzehoe IZET (Stadt Itzehoe, Kreis Steinburg, UV Untere Elbe Westküste, VTG des DGB, IHK zu Kiel). Das IZET übernimmt für den Innovationsraum Itzehoe bereits jetzt Funktionen eines Clustermanagements.

Das Cluster Mikrosystemtechnik Itzehoe ist vergleichsweise klein. Für die Entwicklung der Region besitzt der räumliche Schwerpunkt des Clusters (Innovationsraum Itzehoe) aber ein großes Gewicht: Im Herbst 2003 waren im Innovationsraum Itzehoe-Nord über 500 Beschäftigte tätig. Dies sind etwa 8 % der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe des Kreises Steinburg und mehr als 18 % der Beschäftigten in der Stadt Itzehoe. Die aktuell geplanten Ansiedlungsvorhaben sehen in den kommenden Jahren einen Beschäftigungsausbau im Innovationsraum Itzehoe-Nord auf nahezu 700 Beschäftigte vor. Dies sind etwa 23 % der derzeitigen Industriebeschäftigung in der Stadt Itzehoe.

Im Zentrum des Clusters Mikrosystemtechnik stehen Forschung und Entwicklung im Fraunhofer Institut für Siliziumtechnologie in Itzehoe sowie der Wissenstransfer durch das IZET. Die hohe Qualifikation der Arbeitskräfte in der Region wird auch durch die WAK Elmshorn gefördert, die in Kooperation mit der Firma Vishay, der Beruflichen Schulen des Kreises Steinburg in Itzehoe und der WAK Itzehoe die Ausbildung und Umschulung zum Mikrotechnologen anbietet. Zu einem leistungsstarken Arbeitskräfteangebot in diesem Cluster trägt auch der Studiengang *Mechatronik und Feinwerktechnik* im Fachbereich Maschinenbau an der Fachhochschule Kiel bei.

Die Perspektiven des Clusters Mikrosystemtechnologie sind ausgesprochen positiv: Die Mikrosystemtechnologie ist eine zukunftssträchtige Querschnittstechnologie mit vergleichsweise starker Entwicklungsdynamik. Qualifizierte Arbeitskräfte, Kompetenz und Infrastruktur von Fraunhofer Institut und IZET machen das Cluster zu einem attraktiven Standort.

Beispielhaftes Leitprojekt:

- *MP-CC Microplastic Competence Centrum*: Dieses Projekt bringt in idealer interdisziplinärer Weise die Kompetenzen in Schleswig-Holstein in traditionellen Verfahren wie der Feinwerk- und Kunststofftechnik mit der Silizium-Mikrotechnik zusammen.

Cluster Chemische Industrie

Das Chemie-Cluster ist ein schleswig-holsteinisches Cluster mit ausgeprägtem regionalem Schwerpunkt im Raum Brunsbüttel – Hemmingstedt / Heide. Es beinhaltet die Chemische Industrie und die Mineralölindustrie.

Die Chemische Industrie ist in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich präsent: Der Beschäftigungsanteil der chemischen Industrie von rund 10 % am Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein ist etwa ein Fünftel größer als in Deutschland. Mit 62 Betrieben und knapp 13.400 Beschäftigten ist die Chemische Industrie die viertgrößte Branche innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes.

Zu den **Kernbetrieben** zählen die Firmen Bayer AG, DyStar, Sasol Germany, Hydro Agri, Elf Bitumen Deutschland, SHELL & DEA Oil - Erdölwerke Holstein. Nachgeordnete Betriebe finden sich in den weiterverarbeitenden Bereichen der Chemischen Industrie (Pflanzenschutzmittel, Agrar-, Industriechemikalien etc.), der Kunststoffverarbeitung (Auto-, Möbel-, Bauindustrie etc.), der Gummiverarbeitung, im Straßenbau, der Bauindustrie (z.B. Bitumenbahnen, Gebäudedichtungen), der Schiffsbunkerung und der Lagerung von Rohstoffen (Erdöl, Erdölfraktionen, Chemikalien, Erdgas). Zu den spezialisierten Zulieferbetrieben gehören die Rohstofflieferanten und die Spediteure. Komplementäre Anbieter sind Servicebetriebe wie Schlossereien, Elektrowerkstätten, Reinigungsfirmen und Abfallentsorgungsbetriebe.

Forschung und Entwicklung im Bereich Chemie findet an den Hochschulen und Fachhochschulen in Kiel, Lübeck und Hamburg statt. Für qualifizierte Arbeitskräfte sorgen darüber hinaus die regionalen Gewerbeschulen und zusätzlich die betriebseigene Ausbildung.

Die Lage zwischen Nord- und Ostsee im Schnittpunkt bedeutender Nord-Süd- und Ost-West Verkehrsverbindungen mit guter bis sehr guter Straßen-, Wasser-, Schienen- und Luftverkehrsanbindung ist ein wichtiger Standortvorteil des Chemie-Clusters Schleswig-Holstein. Mit der ab 2007 geplanten Anbindung an das überregionale (Ethylen-) Pipelinenetz nehmen die Entwicklungschancen weiter zu.

Beispielhafte Leitprojekte:

- Ethylen-Pipeline Stade-Brunsbüttel als Teil der ChemCoast Initiative
- Regionalmanagement Industriepark Wirtschaftsraum Brunsbüttel

Clusterentwicklung und -förderung

Für jedes der schleswig-holsteinischen Cluster werden zur Zeit - soweit sie noch nicht komplett vorliegen - **Ausbau- und Entwicklungskonzeptionen** erarbeitet. Die Clusterentwicklungskonzepte sind der zentrale Orientierungsrahmen für alle Akteure sowie für die Wirtschaftspolitik. Sie beschreiben die Schwerpunkte der einzelnen Cluster in technologischer, sektoraler und räumlicher Hinsicht und nennen die konkreten Ziele des Clusters, die Prioritäten und den Maßnahmebedarf. Damit die Cluster ihre Wirkungskraft entfalten, müssen in Kooperation aller Beteiligten Prioritäten für zusätzliche (Infrastruktur-, Qualifizierungs-, Kooperations- oder Kommunikations-) Maßnahmen entwickelt werden. Clusterpolitik bedeutet nicht das Ende von Regionalförderung. Allerdings wird die Zugehörigkeit zu Clustern eine stärkere Rolle bei der Prioritätensetzung spielen.

Jedes Cluster braucht ein Netzwerk und operative Fördermanager (**Clustermanagement**): Die schon bestehenden Netzwerke in den Clustern müssen ausgebaut werden. Verantwortliche Fördermanager müssen die Aktivitäten in den Clustern koordinieren. Für Clustermanagements sollen vorhandene Institutionen und Strukturen soweit wie möglich genutzt werden.

Spezifische Fördermaßnahmen für Cluster:

- unterstützende institutionelle Förderung von Clustermanagements
- unterstützende Finanzierung von Cluster-Entwicklungskonzepten
- **Unterstützung der clusterspezifischer Infrastruktur.** z.B. Vernetzung durch technische IuK-Infrastruktur
- **Konzentration der öffentlichen Fördermittel auf die Schwerpunktbranchen und -technologien**
- **Konzentration der Außenwirtschaftsförderung auf Cluster**
- **Profilierte Außendarstellung für jedes Cluster**

2. Wirtschaftsentwicklung in Schleswig-Holstein

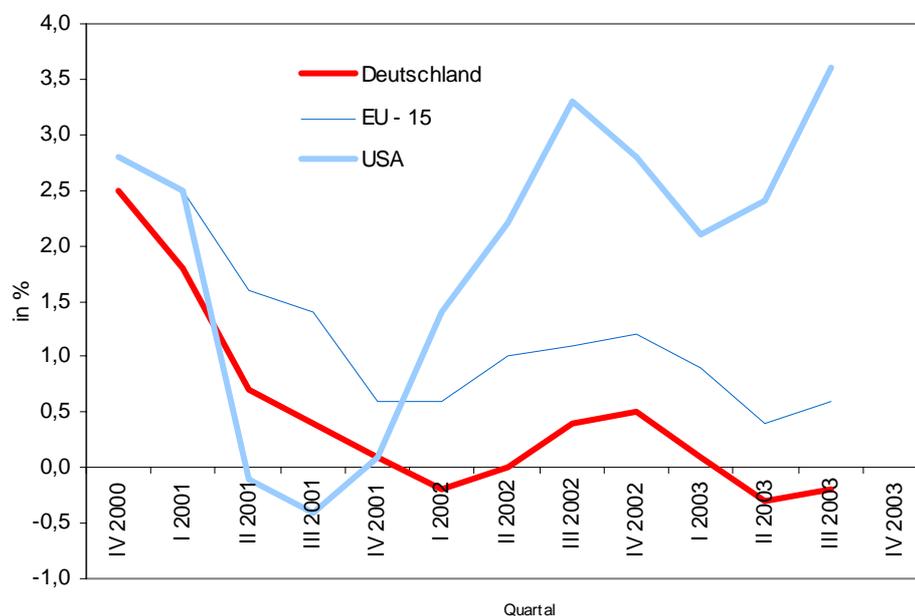
2.1 Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2003

Aufschwung hat begonnen

Der weltwirtschaftliche Aufschwung hat begonnen. Ausgehend von einer äußerst dynamischen Expansion in den USA belebte sich die Konjunktur im Laufe des Jahres 2003 weltweit. Im ersten Halbjahr kam es zwar nur zu einer schwachen Zunahme, danach nahm die wirtschaftliche Aktivität aber deutlich zu. Mit dem Ende des Irak-Krieges setzten sich die Auftriebskräfte mehr und mehr durch, obwohl der Ölpreis nur wenig sank und auch die weltpolitische Unsicherheit hoch blieb.

Wirtschaftliche Entwicklung in den USA, Deutschland und Europa

Prozentuale Veränderung des realen Bruttoinlandsproduktes - saisonbereinigt - gegenüber dem Vorjahresquartal



Quelle: Eurostat, Grafik: MWAV S.-H.

Der Euroraum folgte der konjunkturellen Dynamik mit Verzögerung: In der ersten Jahreshälfte 2003 stagnierte die Wirtschaft nahezu. Ab Sommer verzeichnete aber auch die Eurozone eine Belebung. Gleichwohl wurden die Erwartungen auf einen schnellen Konjunkturaufschwung in Europa nicht erfüllt.

In Deutschland stagnierte das Bruttoinlandsprodukt im dritten Jahr in Folge. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm um 0,1 % ab. Die Ursachen für diese Stagnation lagen in der sehr schwachen Inlandsnachfrage und in den dämpfenden außenwirtschaftlichen Einflüssen der ersten Jahreshälfte 2003. Die deutschen Ausfuhren sanken zu Beginn des Jahres 2003 infolge der verlangsamten weltwirtschaftlichen Dynamik und der Aufwertung des Euro. Erst in der zweiten Jahreshälfte sorgte die anziehende Weltkonjunktur für einen kräftigen Exportanstieg. Da die Importe gleichzeitig zurückgingen, konnte der Außenbeitrag im zweiten Halbjahr den stärksten Wachstumsbeitrag leisten. Der Konsum der privaten Haushalte stagnierte 2003. Mit einem Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen belastete die Investitionstätigkeit das Wachstum. Auch die Lage der öffentlichen Haushalte verschlechterte sich, so dass die Bundesregierung eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erklärte.

Vertrauen wächst

Wichtige vorlaufende Indikatoren - wie der Ifo-Geschäftsklimaindex und die Umfrageergebnisse des Mannheimer ZEW unter Finanzanalysten - hatten bereits ab dem zweiten Quartal 2003 eine einsetzende konjunkturelle Erholung angezeigt. Seit Sommer 2003 verbesserte sich nicht

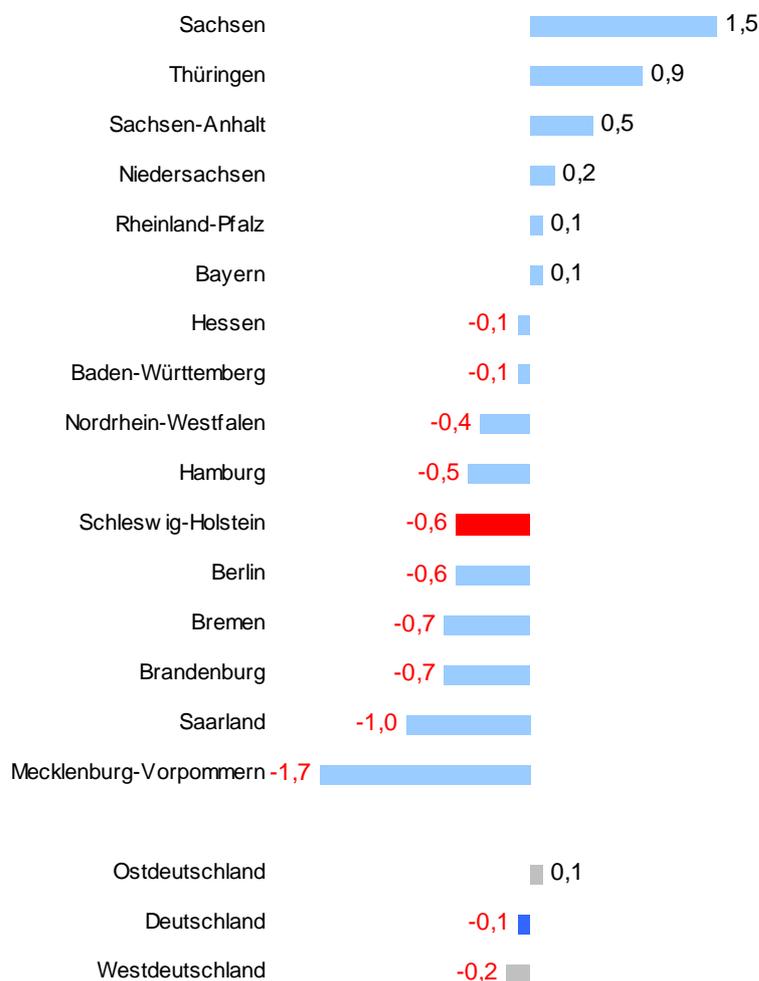
nur das Klima, sondern wird auch die Geschäftslage zunehmend positiver beurteilt. Die deutschen Unternehmen sehen inzwischen ihre Geschäftsaussichten inzwischen so positiv wie seit neun Jahren nicht mehr. Der konjunkturelle Erholungsprozess ist in Gang gekommen und gewinnt an Kraft. Dieser Aufwärtstrend schlägt sich auch in den „harten“ Daten der Auftragseingänge und der Industrieproduktion nieder.

Schleswig-Holstein

Die schleswig-holsteinische Wirtschaft hat besonders im 1. Halbjahr 2003 – wie Deutschland insgesamt – eine ausgesprochen schwierige Zeit durchlaufen. Positive Veränderungen in der zweiten Jahreshälfte konnten die Entwicklung nicht kompensieren. Das Bruttoinlandsprodukt nahm im Jahr 2003 um 0,6 % ab.

Wachstumsraten 2003 in den Ländern

Veränderung des realen Bruttoinlandsproduktes 2003 gegenüber dem Vorjahr in %

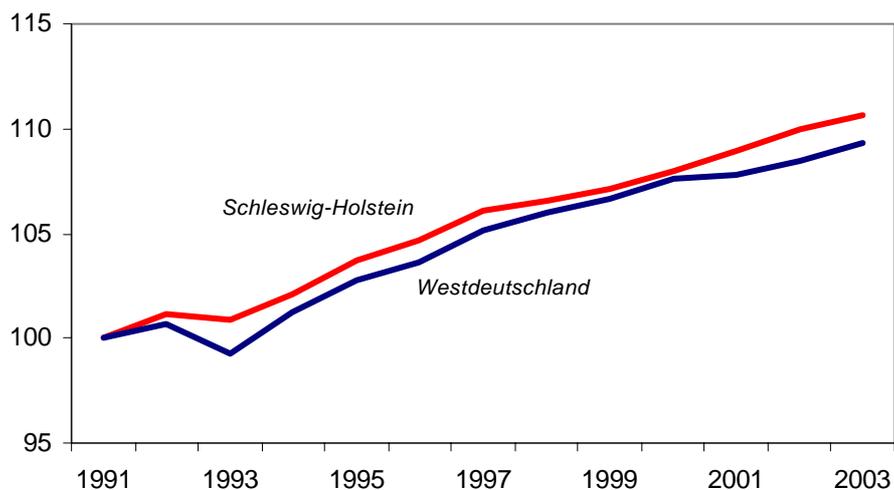


Quelle: Arbeitskreis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder - Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein; Stand: 06.02.2004, Grafik: MWAV S.-H.

Das vergleichsweise ungünstige Abschneiden Schleswig-Holsteins beim Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2003 ist vor allem auf die Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes zurückzuführen. Die Wertschöpfung in der Industrie lag 2003 um 4,0 % unter dem Vorjahresniveau. Vor allem im Maschinenbau und in der Chemischen Industrie hat es hohe Umsatzrückgänge gegeben. Beide Branchen haben in Schleswig-Holstein großes Gewicht.

Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen

(1991 = Index 100)



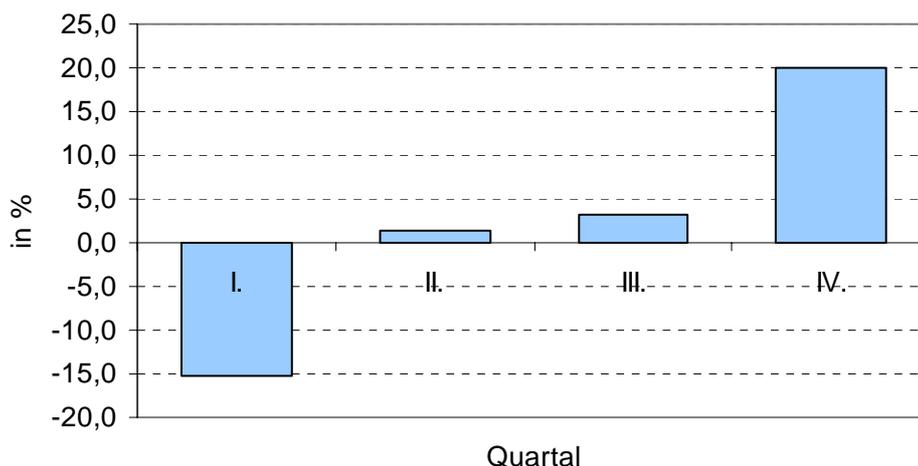
Quelle: Statistisches Landes- und Bundesamt, Grafik: M WAV S.-H.

Schleswig-Holstein hat sich im längerfristigen Vergleich zu Westdeutschland überdurchschnittlich entwickelt.

In der zweiten Jahreshälfte 2003 hat sich auch in Schleswig-Holstein die Konjunktur zunehmend belebt: Immer mehr Unternehmen bewerten ihre aktuelle Geschäftslage als gut – immer weniger Betriebe melden eine schlechte Geschäftslage. Das ist das Ergebnis der Umfrage der Industrie- und Handelskammer zum 4. Quartal 2003. Die Stabilisierung im Laufe des Jahres 2003 zeigt sich auch in harten Daten zur Umsatzentwicklung.

Konjunkturerholung 2003 in Schleswig-Holstein

Prozentuale Veränderung des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Vorquartal



Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Grafik: M WAV S.-H.

Die wieder anziehende Auslandsnachfrage ist durch den gestiegenen Euro-Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar bisher nicht beeinträchtigt worden. Die schleswig-holsteinischen Exporte gehen überwiegend in Länder des Euroraumes. Von dieser Exportzunahme profitiert mit einer gewissen Zeitverzögerung auch die Binnennachfrage.

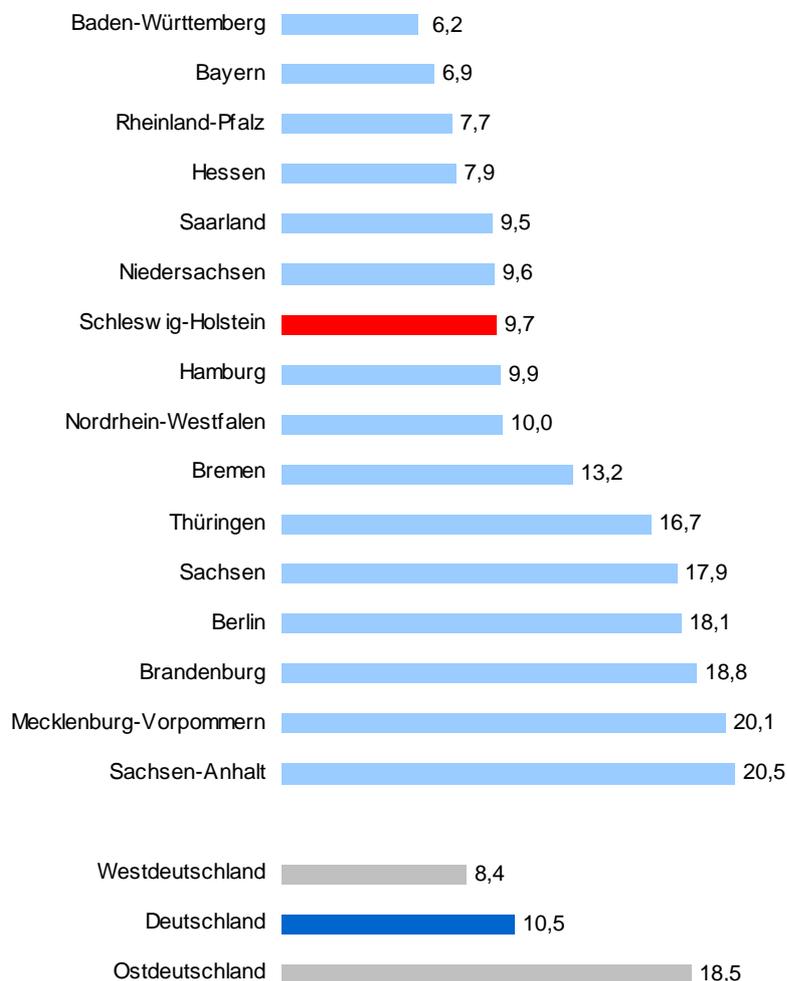
Arbeitsmarkt Schleswig-Holstein

Die konjunkturelle Wachstumsschwäche des Jahres 2003 hat auch den Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein belastet. Die Beschäftigung ging zurück (-1,2 %) und die Arbeitslosigkeit stieg deutlich (+11,9 %). Im Jahresdurchschnitt 2003 waren im Lande 136.100 Männer und Frauen arbeitslos. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 9,7 %. In Deutschland betrug die Quote 10,5 % (Westdeutschland: 8,4 %). Die Situation auf dem Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein ist damit alles andere als zufrieden stellend.

Gleichwohl weist Schleswig-Holstein auch 2003 gegenüber den anderen norddeutschen Ländern eine vergleichsweise günstige Arbeitslosenquote auf - nur Niedersachsen hat eine niedrigere Quote.

Schleswig-Holstein: Konjunkturschwäche schlägt auf den Arbeitsmarkt durch

Arbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt 2003 (Berechnung auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen)



Quelle: Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit; Stand: 12.01.2004, Grafik: MWAV S.-H.

Erfolge auf dem Arbeitsmarkt

Die Zahl der Arbeitslosen in Schleswig-Holstein konnte 2003 mit Hilfe des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums um 27.000 Personen reduziert werden. Dadurch sank die Arbeitslosenquote um 1,9 Prozentpunkte. Dieser Entlastungseffekt war genauso stark wie im Vorjahr.

Im Jahresverlauf 2003 wurden erste Erfolge der Reformen auf dem Arbeitsmarkt sichtbar: Während die Arbeitslosigkeit im April noch um 18.300 Personen (+15,4 %) über dem Vor-

jahresniveau lag, hat sich dieser Abstand zum Jahresende auf 7.900 Personen (+6,0 %) verringert.

Mit der weiteren konjunkturellen Erholung ist mit einer allmählichen Entlastung auch auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen. Auch die im Dezember 2003 im Vermittlungsausschuss beschlossenen Gesetze für moderne Dienstleistungen werden mit ihren positiven arbeitsmarktpolitischen Wirkungen zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein führen.

Ausblick

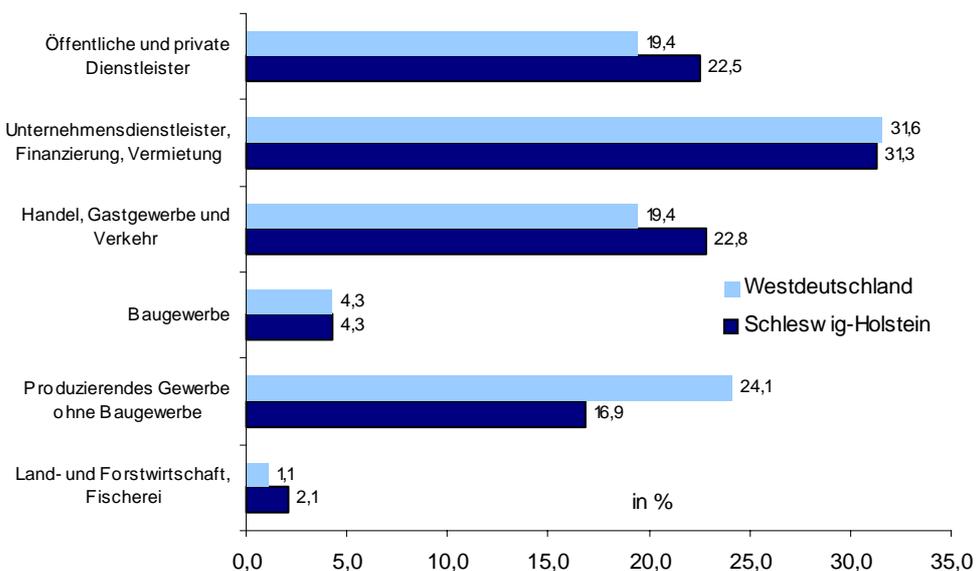
Der Aufschwung hat auch in Schleswig-Holstein spürbar eingesetzt. Zu Beginn des Jahres 2004 beschleunigte sich der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Die privaten Konsumausgaben werden sich aufgrund der steuerlichen Entlastungen der privaten Haushalte ausweiten. Die weltweite Konjunkturerholung und günstige Finanzierungsbedingungen verbessern die Absatzperspektiven der Unternehmen. In der Folge verstärkt sich die Investitionstätigkeit. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung rechnet für 2004 mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland um 1,8 Prozent.

2.2 Die Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins

Die Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holstein wird vor allem vom Dienstleistungsbereich geprägt: Hier werden 76,7 % der Wertschöpfung erzeugt; deutlich mehr als in den westdeutschen Ländern (70,5 %).

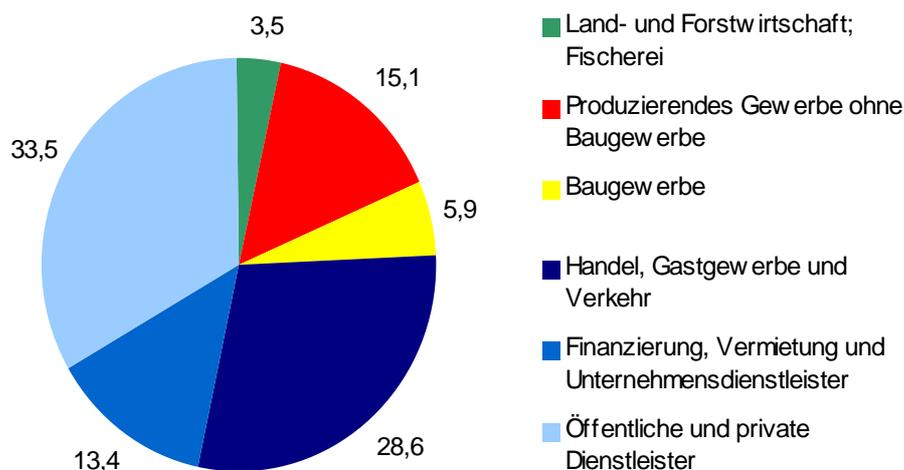
Die größten Wirtschaftsbereiche in Schleswig-Holstein sind die Unternehmensdienstleistungen einschließlich Finanzierung, Vermietung sowie die Öffentlichen und Privaten Dienstleistungen. Es folgt der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr. Das Produzierende Gewerbe hat in Schleswig-Holstein mit 21,3 % einen geringeren Wertschöpfungsanteil als in Westdeutschland (28,4 %).

Sektorale Struktur der realen Bruttowertschöpfung 2002



Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder"; Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein - Stand: Februar 2004
 Grafik: MWAV S.-H.

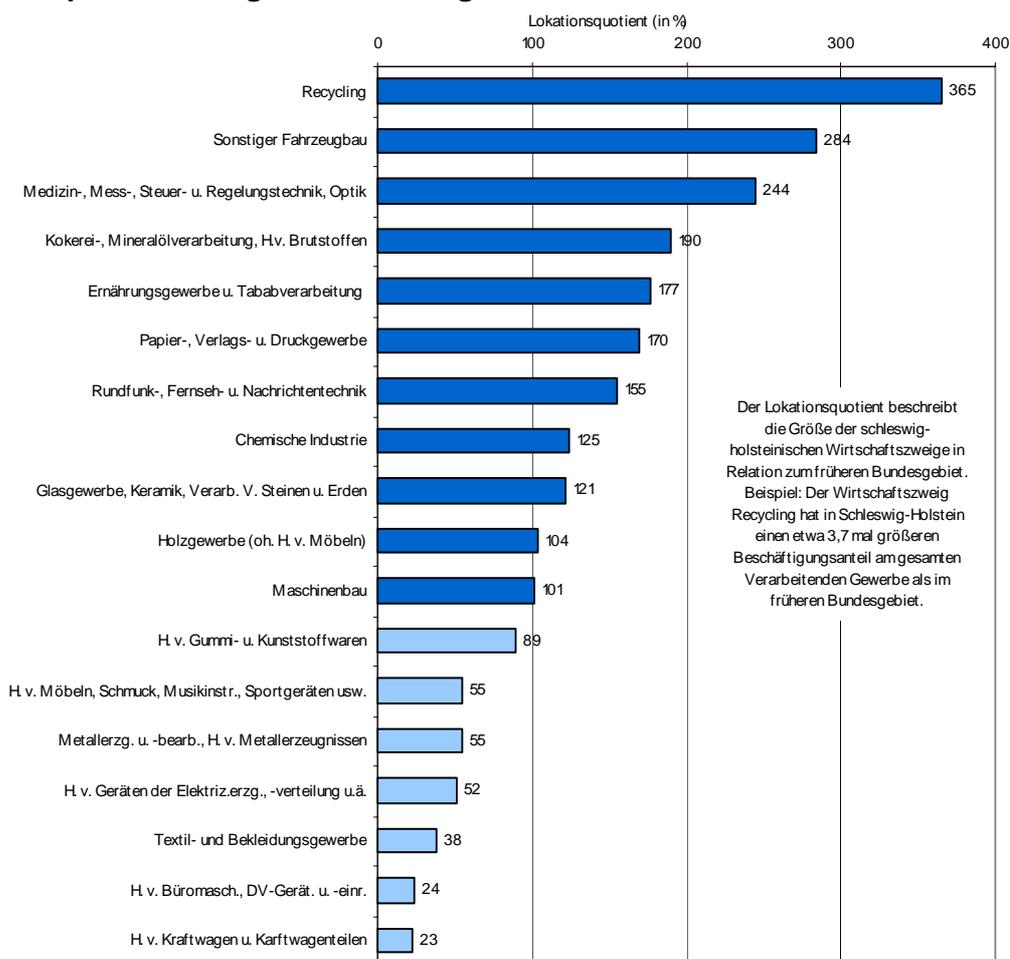
Sektorale Arbeitsplatzstruktur in Schleswig-Holstein 2003 in Prozent der Erwerbstätigen



Quelle: Arbeitskreis "Erwerbstätigenrechnungen des Bundes und der Länder"; Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein - Stand: 22.01.2004

Grafik: MWAV S.-H.

Spezialisierung der schleswig-holsteinischen Industrie



Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein und Statistisches Bundesamt
Eigene Berechnungen und Grafik: MWAV S.-H.

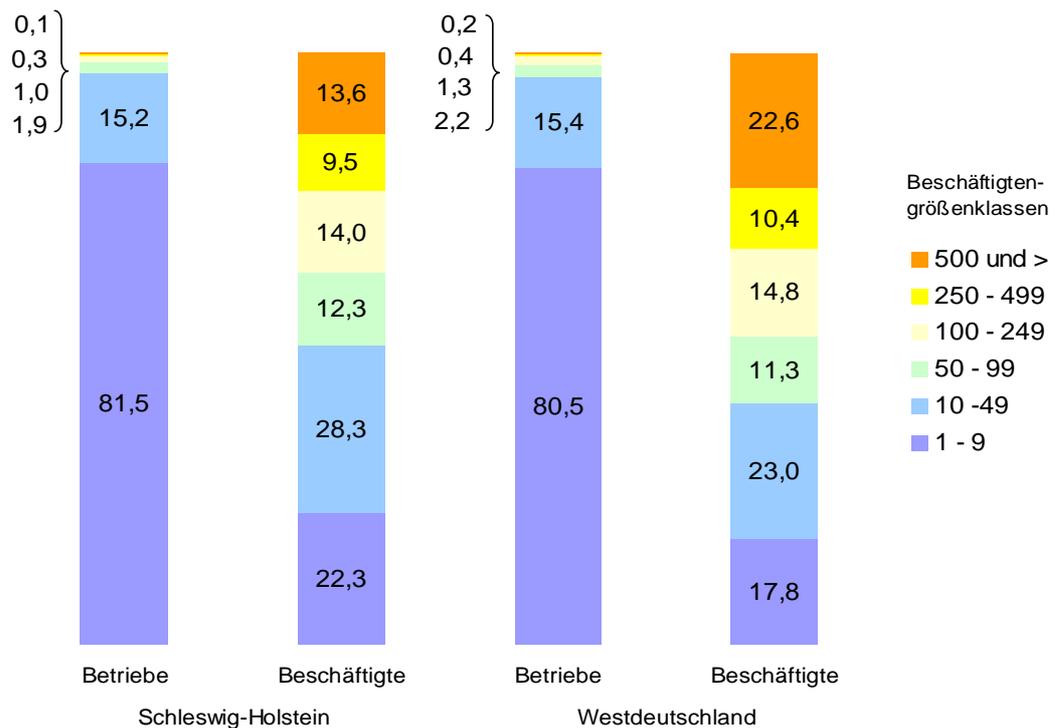
Trotz des hohen Dienstleistungsanteils ist die Industrie für die Beschäftigungsentwicklung des Landes von großer Bedeutung: Die jährliche Arbeitsplatzentwicklung in Schleswig-Holstein basiert vor allem auf Veränderungen im Verarbeitenden Gewerbe.

Schleswig-Holstein weist innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes ein landestypisches Spezialisierungsmuster mit einem bemerkenswerten und viel versprechenden Branchenmix auf: Nicht nur der Schiffbau und das Ernährungsgewerbe, sondern auch die Recyclingbranche, die Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, die Mineralölverarbeitung, die Nachrichtentechnik und das Verlags- und Druckgewerbe sind am Standort Schleswig-Holstein relativ stärker vertreten als in Westdeutschland. Der Maschinenbau in Schleswig-Holstein ist mindestens ebenso bedeutsam wie in Westdeutschland. Diesen Wirtschaftszweigen bietet das Land offensichtlich besonders attraktive Standortbedingungen.

Schleswig-Holstein ist von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt: Unter den mehr als 74.600 Betrieben im Lande haben gut 99,6 % weniger als 250 Beschäftigte. In Schleswig-Holstein finden sich lediglich 327 Großbetriebe (mit mehr als 250 Beschäftigten). Mit mehr als 108.000 Beschäftigten besitzen diese Großbetriebe gleichwohl beachtliche Bedeutung für die Beschäftigungsentwicklung insgesamt.

Betriebsgrößenstruktur in Schleswig-Holstein

Prozentuale Anteile der Betriebe und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Größenklassen am 30.06.2003



Quelle: Bundesagentur für Arbeit v. 04.02.04 - Datenbasis für Juni 2003 ist vorläufig

2.3 Die Entwicklung in den Wirtschaftszweigen

Die einzelnen Wirtschaftszweige des Landes waren im abgelaufenen Jahr von der allgemeinen Entwicklung in unterschiedlichem Maße betroffen. Dies ist vor allem bedingt durch Unterschiede in der Exportorientierung und in der Absatzorientierung auf den Binnenmarkt.

Verarbeitendes Gewerbe

Nachdem sich das Verarbeitende Gewerbe in Schleswig-Holstein im Vorjahr besser entwickelt hatte als im westdeutschen Bundesgebiet, verlief die Entwicklung 2003 in Schleswig-Holstein ungünstiger: Der Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes Schleswig-Holsteins verringerte sich im Jahr 2003 deutlich. Damit verbunden war eine Abnahme der Beschäftigung. Schleswig-Holstein folgte hierin dem westdeutschen Trend. Die Exportquote erreichte mit 35,2 % das bisher höchste Niveau.

Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2003

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet West	Deutschland
Umsatz	-1,0	0,1	0,6
darunter:			
Inland	-3,3	1,0	0,3
Ausland	+3,3	1,6	1,1
Beschäftigte	-2,6	-2,9	-2,5

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Statistisches Bundesamt

In wichtigen inländischen Branchen zeichnet sich zum Jahresanfang 2004 ein verbesserter Auftragseingang - vor allem aus dem Ausland - ab. Damit eröffnen sich im laufenden Jahr für die schleswig-holsteinische Industrie günstige Perspektiven.

Entwicklung in den größten Branchen

Die - gemessen an Umsatz und Beschäftigung - größten Branchen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein sind

- die Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik,
- der Maschinenbau,
- das Ernährungsgewerbe und
- die Chemische Industrie.

Auf diese vier Branchen entfielen im Jahr 2003 gut 62 % des Umsatzes und über 58 % der Beschäftigung innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes.

Die Beschäftigung in den Bereichen **Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik** nahm um 5,3 % auf 22.000 Personen ab. Der Umsatz stieg auf 5,5 Milliarden Euro (+1,0 %). Dies ist vor allem auf die kräftige Zunahme der Auslandsumsätze zurückzuführen (+7,1 %). Die inländischen Nachfrage ging dagegen zurück. Die Exportquote erreichte 51,0 %.

Im **Maschinenbau** sank die Beschäftigung auf knapp 21.500 Beschäftigte (-2,7 %). Der Umsatz sank auf 3,6 Milliarden Euro (-3,4 %). Auch hier nahm die Exportquote mit 57,7 % weiter zu.

Im **Ernährungsgewerbe** incl. Tabakverarbeitung hat die Beschäftigung auf mehr als 19.700 Personen (+ 1,1 %) zugenommen. Damit rangierte dieser Wirtschaftsbereich auf Platz drei der beschäftigungsstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein. Der Umsatz nahm um 0,3 % auf 4,4 Milliarden Euro und der Export um 11,9 % auf 0,6 Milliarden Euro zu.

Strukturprobleme halten an

Die **Chemische Industrie** – der viertgrößte Wirtschaftszweig – wies eine sehr differenzierte Entwicklung gegenüber dem Vorjahr auf: Während die Beschäftigung um 3,3 % auf knapp 13.400 Beschäftigte zunahm, verringerte sich der Umsatz um 3,5 % auf 3,7 Milliarden Euro. Die Exportquote erhöhte sich auf 37,8 %. Innerhalb der chemischen Industrie nahm die Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen mit einem Beschäftigtenanteil von 55,6 % und einem Umsatzanteil vonebenfalls 55,6 % eine starke Stellung ein. In diesem Bereich erhöhte sich die Beschäftigung sogar beachtlich (+ 6,1 %). Der Umsatz stieg dagegen nur leicht an.

Bauwirtschaft

Die Lage in der Bauwirtschaft ist unverändert kritisch. Die Situation wurde durch die konjunkturelle Entwicklung der letzten Jahre erheblich verstärkt, hat ihre eigentliche Ursache aber in Strukturproblemen der Baubranche selbst.

Die Strukturprobleme der deutschen Bauwirtschaft halten bereits seit mehreren Jahren an: Nachfrage, Produktion und Beschäftigung gehen zurück. Diese Entwicklung hat sich auch 2003 fortgesetzt. Die Zahl der Beschäftigten ist 2003 um 10,9 % gesunken. Der baugewerbliche Umsatz hat um 6,4 % abgenommen. Mit -9,5 % und -8,0 % war der Rückgang im industriellen und im Wohnungsbau besonders stark, während er im öffentlichen und Verkehrsbau nur -0,7 % betrug.

Die Diskussion um die Kürzung der Eigenheimzulage führte zum Jahreswechsel 2002/2003 zu einem Boom an Genehmigungen für Eigenheime, der sich auch im Verlauf des Jahres fortsetzte: In den ersten zehn Monaten genehmigten die Baubehörden in Schleswig-Holstein den Bau von über 11.200 Wohnungen, gut 22 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Dies konnte die ungünstige Entwicklung der Bauwirtschaft jedoch nicht umkehren.

Handwerk und freie Berufe

Das **Handwerk** ist von der im Jahre 2003 ausgebliebenen schnellen Erholung nicht verschont worden. Alle Gewerke mussten in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2003 Einbußen bei Umsatz (-2,2 %) und Beschäftigung (-5,1 %) hinnehmen.

Die ungünstige Umsatzentwicklung traf vor allem das Glas-, Papier-, keramische und sonstige Gewerbe (-14 %) und das Holzgewerbe (-9,5 %). Lediglich Betriebe der Gesundheits- und Körperpflege sowie das chemische und Reinigungsgewerbe (+2,2%) erwirtschafteten Umsatzzuwächse.

Vom Beschäftigungsabbau waren daher das Holzgewerbe (-9,5%) sowie das Glas-, Papier-, keramische und sonstige Gewerbe (-9,2%) am stärksten betroffen. Die geringsten Personalreduzierungen innerhalb der schleswig-holsteinischen Handwerksunternehmen registrierte das Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege sowie das chemische und Reinigungsgewerbe (-2,1 %).

Die von Bund und Ländern eingeleiteten Reformvorhaben, wie die Reform der Handwerksordnung und die günstigen Konjunkturprognosen für 2004 haben inzwischen im Handwerk zu einer positiven Stimmungswende geführt: Für 2004 wird eine verhalten optimistische Geschäftsentwicklung erwartet.

Die **Freien Berufe** umfassen eine große Vielfalt an Berufen und Berufsbildern. Mit rund 25.000 Unternehmen und rund 50.000 Beschäftigten nehmen sie einen festen Platz im Wirtschaftsleben Schleswig-Holsteins ein (Da die Freien Berufe keine Kategorie im Klassifizierungsschema der amtlichen Statistik sind, ist die Informationslage hier spärlich. Viele Freie Berufe finden sich unter den unternehmensnahen Dienstleistungen).

Im Frühjahr 2004 findet ein erstes Branchengespräch des Wirtschaftsministers mit den Freien Berufen statt.

Handel

Die Einzelhandelsumsätze lagen in Schleswig-Holstein real um 0,6 % über dem Vorjahreswert. Gleichwohl spürten viele Sparten die Verunsicherung der Konsumenten über die weitere wirtschaftliche Entwicklung und eine zurückhaltende Kaufbereitschaft.

Zu den Branchen, die im Berichtsjahr (real) Umsatzsteigerungen verzeichnen konnten, gehörten vor allem

- Einzelhandel hauptsächlich mit Nahrungsmitteln (+4,0 %),
- Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln (+0,2 %),
- Einzelhandel außerhalb von Verkaufsräumen (+1,7 %) und
- Apotheken und Facheinzelhandel mit medizinischen Artikeln (+1,1 %).

In den übrigen Einzelhandelssegmenten stagnierten die Umsätze oder gingen zurück, so im

- Sonstigen Facheinzelhandel (-2,6 %) und im
- Sonstigen Einzelhandel mit Waren verschiedener Art in Verkaufsräumen (-8,0 %).

In der Folge reduzierte sich die Vollzeitbeschäftigung um 4,9 %. Die Teilzeitbeschäftigung stieg um 2,6 %. Damit nahm die Zahl der Beschäftigten in den schleswig-holsteinischen Einzelhandelsunternehmen um insgesamt 1,1 % ab.

Auch der **Großhandel** musste im Berichtsjahr einen Umsatzrückgang von nominal -1,2% (real -0,6%) gegenüber dem Vorjahr hinnehmen.

Tourismus und Gastgewerbe

Schleswig-Holsteins Tourismus hat sich 2003 trotz schwieriger konjunktureller Rahmenbedingungen und trotz der unglücklichen Ballung der Sommerferientermine gut behaupten können. Das hervorragende Sommerwetter hat hierzu seinen Beitrag geleistet.

Die Zahl der Übernachtungen ist 2003 in Schleswig-Holstein um 0,6% gestiegen. Die Gästezahlen sind mit +4,5 % deutlich stärker gestiegen. Im Vorjahr waren sowohl Übernachtungen als auch Gästezahlen zurückgegangen.

Mit dieser Entwicklung schnitt Schleswig-Holstein vergleichsweise günstig ab: Im Bundesdurchschnitt ging die Zahl der Übernachtungen um 0,7 % zurück. Viele der Hauptkonkurrenten der schleswig-holsteinischen Tourismuswirtschaft wiesen zum Teil deutlich ungünstigere Entwicklungen auf (Bayern -1,9 %, Niedersachsen -2,0 %, Baden-Württemberg -2,9 %). Von den neuen Ländern konnten nur Sachsen (+5,4 %) und Mecklenburg-Vorpommern (+5,4 %) Zuwächse erzielen. Die Spitzenreiter bei den Übernachtungszahlen war Hamburg (+6,5 %).

Entwicklung des Tourismus im Jahr 2003

	Schleswig-Holstein	Deutschland
Übernachtungen	+ 0,6 %	- 0,7%
Gäste	+ 4,5 %	+ 0,8%
Aufenthaltsdauer	4,6 Tage	3,0 Tage

Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand: März 2004

Die Ergebnisse in den Tourismusregionen Schleswig-Holsteins waren 2003 sehr unterschiedlich: Während die Nordsee (+ 2,3 %) und die Ostsee (+ 0,2 %) ein Plus bei den Übernachtungszahlen aufwiesen, hatte das übrige Binnenland mit -1,5 %, vor allem die Holsteinische Schweiz (-4,9 %) Rückgänge zu verkraften.

Die schleswig-holsteinische Tourismuswirtschaft hat im Vergleich aller inländischen Urlaubsziele 2003 einen Marktanteil von 4,0 %. Damit liegt Schleswig-Holstein derzeit auf Platz 4 der beliebtesten inländischen Reiseziele der Deutschen. Zugleich steht Schleswig-Holstein im Vergleich aller in- und ausländischen Urlaubsgebiete auf einem guten achten Platz (Rangfolge: Spanien, Italien, Österreich, Bayern, Türkei, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen).

Im Gastgewerbe zeigte sich 2003 eine deutliche Konsumzurückhaltung der Urlauberinnen und Urlauber: Bis Ende Dezember ging der Umsatz nominal um 3,0 % zurück (real -3,9 %). Die Zahl der Beschäftigten musste um 1,9 % reduziert werden. Die negative Umsatzentwicklung traf das Gaststättengewerbe stärker als das Beherbergungsgewerbe. Im Bundesdurchschnitt war sogar ein nominaler Umsatzrückgang von 4,9 % (real: -5,8 %) gegenüber dem Vorjahr zu registrieren.

Dank eines ausgezeichneten Sommers zeigt sich bei der Beurteilung der aktuellen Geschäftslage in der Sommersaison 2003 ein leichter Aufwärtstrend: Immer mehr Unternehmen bezeichnen ihre Lage als gut, immer weniger als schlecht. Auch der Konjunkturklima-Index im Tourismus ist spürbar angestiegen.

Unternehmensnahe Dienstleistungen

Zu dem sehr heterogenen Bereich der unternehmensnahen Dienstleister zählen Unternehmen und Einrichtungen des Grundstücks- und Wohnungswesens, der Vermittlung beweglicher Sachen, der IT-Branche, der Forschung und Entwicklung sowie der Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen. Zu der letztgenannten Kategorie zählen Freie Berufe wie Rechtsanwälte, Steuerberater und Architekten, aber auch Reinigungsfirmen, Detekteien und Inkassobüros.

In Schleswig-Holstein gab es im Jahr 2001 knapp 19.400 Unternehmen, die unternehmensnahe Dienstleistungen erstellten. Diese Unternehmen beschäftigten fast 149.800 Personen. Der Umsatz lag bei 12,3 Milliarden Euro.

Im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe ist der Dienstleistungsbereich durch eine hohe Arbeitsintensität und kleinbetriebliche Strukturen gekennzeichnet. Aufgrund ihrer speziellen Aufgabenstellung und ihrer Verflechtungen mit der Industrie sind die unternehmensnahen Dienstleistungen von erheblicher gesamtwirtschaftlicher Bedeutung.

Verkehrsdienstleistungen und Nachrichtenübermittlung

Der Wirtschaftsbereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung umfasst in Schleswig-Holstein etwa 2.500 Unternehmen mit 31.500 Beschäftigten. Innerhalb des Bereiches Verkehr und Nachrichtenübermittlung sind die meisten Personen im Landverkehr tätig. Bedeutend sind auch die Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr sowie in der Verkehrsvermittlung. Hierzu gehören auch Frachtumschlag, Lagerei, Reisebüros und Reiseveranstalter.

3. Politik für Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein

3.1 Mittelstandspolitik

Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein ist Mittelstandspolitik. Die Zukunft der mittelständischen Unternehmen in unserem Lande ist abhängig von mittelstandsfreundlichen Rahmenbedingungen. Die spezifischen Bedürfnisse des Mittelstandes umfassen ein breites Spektrum:

- flächendeckende Verkehrsverbindungen zu Ballungs- und Marktzentren,
- wirtschaftsorientiertes Verwaltungshandeln,
- regionale Sicherung der Kreditversorgung,
- mittelstandsgerechte Steuergesetzgebung,
- investitionsfreundliche Lohnnebenkosten,
- beschäftigungswirksame Arbeitsmarktpolitik.

Mittelstand in Schleswig-Holstein

Unter den fast 80.000 Unternehmen in Schleswig-Holstein gibt es lediglich 500 (Groß-) Unternehmen, die nicht zum Mittelstand gehören. Im Mittelstand arbeiten mehr als drei Viertel aller Beschäftigten (fast 800.000 Menschen). Hier werden die meisten Ausbildungsplätze angeboten und findet die Integration junger Menschen in das Arbeitsleben statt. Der Mittelstand ist nicht nur das größte und vielfältigste Segment der schleswig-holsteinischen Wirtschaft, er ist vielmehr Motor für Wachstum und Beschäftigung. Viele mittelständische Unternehmen sind Zulieferer und Dienstleister für die vergleichsweise wenigen industriellen Großbetriebe in Schleswig-Holstein.

Im Vergleich zu den übrigen Bundesländern arbeiten in Schleswig-Holstein deutlich mehr Personen in kleinen und mittleren Betrieben. Allein im Handwerk werden in 21.000 Betrieben knapp 150.000 Mitarbeiter beschäftigt. Über 25.000 Freiberufler – Anwälte, Ärzte aber auch Logopäden und Künstler - beschäftigen in ihren Praxen oder Ateliers fast 85.000 Menschen.

Gute Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen

Die konkrete Wettbewerbssituation der kleinen und mittleren Firmen in Schleswig-Holstein ist sehr unterschiedlich. Besonders der Einzelhandel, die Ernährungswirtschaft, die Bauwirtschaft und das Handwerk haben mit strukturellen Anpassungen zu kämpfen.

Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen sind auf gute Rahmenbedingungen angewiesen:

1. **Verkehrsinfrastruktur:** Eine gute Erreichbarkeit innerhalb des Landes und darüber hinaus insbesondere nach Süden ist existentiell. Das Land bleibt aufgefordert, die Verkehrsinfrastruktur besonders zu den Ballungs- und Marktzentren auszubauen.
2. **Finanzierungsbedingungen:** Kleine und mittlere Unternehmen sind hinsichtlich der Finanzierung ihrer Aktivitäten auf eine gute Kreditversorgung und hochwertige Finanzdienstleistungen angewiesen. Sie erwarten, dass das Land alle Möglichkeiten der Unterstützung der KMU ausschöpft und unbürokratisch zugänglich macht.
3. **Flexibilität:** Kleine und mittlere Unternehmen sind auf flexible und mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen angewiesen. Sie erwarten einen flexiblen Arbeits-

markt, geringe Steuersätze und unbürokratische Regelungen und Genehmigungsverfahren.

4. **Wirtschaftsförderung der kurzen Wege:** Land und Kommune müssen durch schnelle Entscheidungen und kompetente Beratung Investition und Innovation umfassend unterstützen.

Die Landesregierung und das Wirtschaftsministerium verstehen sich als **Partner des Mittelstandes:**

- Wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrs-Infrastruktur wurden auf den Weg gebracht. Auch wenn wegen geringerer Finanzierungsmittel manche Projekte nicht so schnell wie gewünscht realisiert werden können, sind einige vorrangige Projekte in Bau oder Bauvorbereitung (A 1, A 20, A 21, Ortsumgehungen).
- Bereits Ende 2001 hatte das Ministerium das Thema BASEL II und die Folgen für die Kreditversorgung des Mittelstandes zusammen mit den Kammern und Verbänden im Land thematisiert und rechtzeitig Maßnahmen zur besseren Information der Betriebe vereinbart. Damit sind die kleinen und mittleren Unternehmen in Schleswig-Holstein besser auf die Anforderungen aus dem Umstrukturierungsprozess der Finanzdienstleister vorbereitet.
- Mit der „Agenda für Wachstum, Innovation und Beschäftigung in Deutschland“ vom Herbst 2002 hat das Wirtschaftsministerium Schleswig-Holstein neue Akzente in der Mittelstandspolitik gesetzt. Die Themen Kreditversorgung des Mittelstandes, mittelstandsfreundliche Steuergesetze, Reduzierung der Lohnnebenkosten, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und dem Bürokratieabbau wurden über Schleswig-Holstein hinaus auf die bundespolitische Tagesordnung gesetzt. Innerhalb Schleswig-Holsteins wurden insbesondere im Bereich der Kreditversorgung des Mittelstandes konkrete Maßnahmen zur besseren Versorgung der KMU mit Finanzmitteln umgesetzt. Die Landesregierung hat dazu dem Landtag im September 2003 ausführlich berichtet (LT Drs. 15/2896).
- Durch die Integration der Arbeitsmarktpolitik in den Aufgabenbereich des Wirtschaftsministeriums werden die Initiativen zu einer mittelstandsfreundlichen Arbeitsmarktpolitik neu gebündelt.
- Das Wirtschaftsministerium hat zusammen mit Kammern und Verbänden im Frühjahr 2003 eine Arbeitsgruppe zur Konkretisierung des Bürokratieabbaus eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe hat wichtige Hinweise für weitere Deregulierungen gegeben. Im Bereich der Statistik wurden Reduzierungen umgesetzt. Insbesondere viele Handwerksbetriebe werden davon profitieren.
- Die Landesregierung hat am 2. Juli 2003 das Zukunftsinvestitionsprogramm 2004 (ZIP) mit einem Volumen von 100 Millionen Euro beschlossen. Mit dem ZIP werden zusätzliche beschäftigungswirksame Zukunftsinvestitionen möglich, die die Wachstums- und Beschäftigungschancen in den kommenden Jahren verbessern. Die mittelständische Wirtschaft - insbesondere Bauwirtschaft und Handwerk - erhalten durch das ZIP zusätzliche Impulse.
- Mit dem neuen Mittelstandsförderungsgesetz vom Oktober 2003 hat sich das Land einen modernen mittelstandsfreundlichen Förderrahmen gegeben. Das Gesetz wurde einstimmig von allen Fraktionen im Landtag unterstützt.
- Branchengespräche mit dem großflächigen Einzelhandel, der Druckindustrie, der Bauwirtschaft, der chemischen Industrie, dem Ernährungsgewerbe und branchenübergreifend mit dem Handwerk führten zu konkreten Unterstützungsmaßnahmen.
- Im November 2003 wurde die Debatte über Angelegenheiten des Mittelstandes im Landtag durch einen Bericht über die Lage in der Ernährungswirtschaft fortgesetzt.
- Durch die im Dezember 2003 umgesetzten Aktivitäten der „Agenda 2010“ der Bundesregierung werden dem Mittelstand neue Impulse gegeben.

Maßnahmen zugunsten des Mittelstandes

1. Ausbau der Verkehrsinfrastruktur:

Im Vordergrund der Verkehrsmaßnahmen in den nächsten Jahren steht die überregionale Anbindung an das übrige Bundesgebiet. Um eine bedarfsgerechte Leistungsfähigkeit des Verkehrsnetzes zu erreichen, müssen bedeutende Verkehrsachsen und überregionale Verbindungen in Schleswig-Holstein ausgebaut werden. Das Schlüsselprojekt auf der Straße ist der Neubau der Bundesautobahn A 20 einschließlich einer westlichen Elbquerung bei Glückstadt. Weitere wesentliche Straßenbauprojekte sind der sechsspurige Ausbau der A 7 vom Bordschholmer Dreieck bis zur Landesgrenze nach Hamburg und die noch fehlenden Teilstrecken des Ausbaus der B 404 zur A 21 von Kiel bis an die A 1.

Um das zu erwartende Verkehrsaufkommen von und nach Skandinavien bewältigen zu können, ist der Bau einer festen Fehmarnbelt-Querung sowie für den Bereich der schleswig-holsteinischen Schieneninfrastruktur die Elektrifizierung der Strecke Hamburg – Lübeck/ Travemünde, die Beseitigung des Schienenengpasses Pinneberg – Elmshorn und die Sanierung und Leistungssteigerung der Eisenbahnhochbrücke Rendsburg erforderlich.

Die LKW-Maut wird einen Anreiz schaffen, Transportkapazitäten besser auszunutzen und Transportketten zu optimieren. Die Verkehrsträger Schiff und Bahn werden dadurch an Attraktivität gewinnen. Gleichzeitig werden die finanziellen Voraussetzungen geschaffen, die überregionale Verkehrsinfrastruktur zu verbessern. Damit ergeben sich auch für schleswig-holsteinische Betriebe positive Auswirkungen.

2. Neuordnung der Wirtschaftsförderung:

Mit der Investitionsbank, der Bürgschaftsbank und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (MBG) verfügt das Land über mittelstandsnahe und effiziente Wirtschaftsfördereinrichtungen. Die Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein zielt auf eine Erhöhung der Wertschöpfung im Land, des wirtschaftlichen Wachstums und der Beschäftigung insbesondere im Mittelstand. Die Zahl der Selbständigen soll weiter zunehmen. Dabei dient die öffentliche Förderung lediglich als Anschub - das Ziel ist immer eine sich selbst tragende, erfolgreiche wirtschaftliche Tätigkeit.

Die Landesregierung lässt sich bei der Ausgestaltung der Instrumente von den folgenden Grundsätzen leiten:

- Keine flächendeckenden kostspieligen Zuschussprogramme (kein Gießkannenprinzip), sondern vielmehr Konzentration auf sachliche Schwerpunkte (Regionalförderung, Technologieförderung, Schiffbau etc.).
- Verzahnung der Förderangebote der Mittelstandsbank des Bundes mit denen des Landes und seiner Förderinstitute (Investitionsbank, Bürgschaftsbank, MBG) sowie privaten Beteiligungsgesellschaften. Ziel ist die Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen und die Verbesserung ihrer Kreditschöpfungsmöglichkeiten .
- Beibehalt des Hausbankprinzips, um die Chance auf eine selbsttragende und nachhaltige Konsolidierung zu erhöhen (Ausnahmen nur bei Marktversagen)
- Integration von Fördermaßnahmen und Beratungsangeboten (z.B. bei der Bürgschaftsbank)

Darüber hinaus stehen den schleswig-holsteinischen KMU mit der **Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (WSH)** und der **Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein (ttz-sh)** zwei Dienstleistungseinrichtungen zur Seite. Die WSH unterstützt bei der Erschließung von Auslandsmärkten. Die ttz berät und unterstützt Innovationsprozesse in KMU und hilft beim Technologietransfer und bei der Vermarktung und dem Patentschutz innovativer und hochtechnologischer Produkte.

Im Interesse einer konsequenten Kundenorientierung und einer stärkeren Schwerpunktsetzung im Bereich Bestandsentwicklung werden beide Einrichtungen im ersten Halbjahr 2004 zusammenggeführt. Für Bestandsentwicklung, Technologietransfer, betriebliche Innovationen und Exportförderung hat der Mittelstand in Schleswig-Holstein künftig einen leistungsstarken Partner.

Die Wirtschaftsförderung wird künftig auf drei Säulen stehen und noch stärker als bisher sich an Kundenorientierung und Effizienz orientieren und eine straffe und transparente Organisation besitzen.

Säule 1:

Fusion der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH (WSH) und der Technologie Transfer Zentrale Schleswig-Holstein GmbH (ttz) in der gemeinsamen Trägerschaft von Land und Industrie- und Handelskammern zum 1. Juli 2004. Damit wird die operative Expertise in einer Wirtschaftsfördersäule mit starkem Kundenfokus gebündelt. Durch eine enge Kooperation mit der Patentverwertungsagentur (PVA) wird die Zusammenarbeit mit den Hochschulen weiter intensiviert.

Säule 2:

Fusion der Technologiestiftung Schleswig-Holstein (TSH) und der Energiestiftung Schleswig-Holstein (ESSH) zum 1. Juli 2004. Die neue Stiftung wird wie die Energiestiftung gemeinsam mit E.ON als Public-Private-Partnership betrieben. Die künftige Innovationsstiftung wird Strategien für das Land in den zukunftsorientierten Themenfeldern Technologie und Energie, einschließlich Klimaschutz entwickeln. Sie fördert die Entwicklung, den Transfer und die Implementierung von innovativen Technologien.

Säule 3:

Die Finanzierungssäule aus Investitionsbank (IB), Mittelständischer Beteiligungsgesellschaft (MBG) und Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein bleibt eigenständig und unverändert erhalten. Die Institute werden gemeinsam auftreten und ihre Angebote für die mittelständische Wirtschaft verbreitern.

Die Zusammenarbeit mit den hochschulnahen Einrichtungen des Technologie-Transfers wird verstärkt. In enger Zusammenarbeit mit Hamburg wird es mit der Förderagentur „i-med“ für den besonders zukunftssträchtigen Bereich der Medizin- und Biotechnik künftig erstmals eine länderübergreifende Förderinstitution geben.

Im neuen **Haus der Wirtschaft** in Kiel wird bis Ende 2004 ein gemeinsam vom Land und von den Industrie- und Handelskammern getragenes Kompetenzzentrum entstehen. Mit der räumlichen Zusammenlegung der Bürgschaftsbank, der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft und des Teilbereichs Wirtschaftsförderung der Investitionsbank wird den Kunden ein beratungs- und Finanzierungskonzept der kurzen Wege und damit mehr Service geboten.

3. Mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen

Der Mittelstand braucht einen **flexiblen Arbeitsmarkt**. Die Landesregierung unterstützt im Bundesrat die Bundesregierung bei der weiteren Umsetzung der Vorschläge der Hartz Kommission. Die Ergebnisse aus dem Vermittlungsverfahren im Dezember 2003 waren ein wichtiger Schritt.

Das arbeitsmarktpolitische Programm der Landesregierung **ASH 2000** wird neu ausgerichtet. Im Mittelpunkt stehen verbesserte Rahmenbedingungen mit dem ASH-Handlungsfeld Mittelstand, eine noch engere Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, Existenzgründungen und Qualifizierung.

Durch die weiteren Aktivitäten zur Reform der Sozialen Sicherungssysteme muss das Ziel der **Senkung der Lohnnebenkosten** konsequent weiterverfolgt werden.

Dabei muss auch über eine stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme nachgedacht werden. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer darf in der Diskussion nicht ausgeklammert werden.

Mit dem Anfang des Jahres 2003 beschlossenen **Tariftreuegesetz** und mit dem im Herbst in Kraft getretenen **Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz** schafft das Land faire Voraussetzungen, um mittelständischen Unternehmen in einem transparenten Wettbewerb den Zugang zu öffentlichen Aufträgen in Schleswig-Holstein zu erleichtern:

- Das Tariftreuegesetz verhindert, dass sich Bieter einen Wettbewerbsvorteil dadurch verschaffen, dass sie die für ihre Konkurrenten die vor Ort geltenden Lohn- und Gehaltstarife unterschreiten und darauf basierend ihre Leistung zu einem niedrigeren Preis anbieten können. Damit wirkt das Gesetz nicht nur Wettbewerbsverzerrungen entgegen, sondern trägt gleichzeitig nachhaltig den Interessen der schleswig-holsteinischen Wirtschaft Rechnung. Das Tariftreuegesetz wird nicht nur vom Land als öffentlichem Auftraggeber angewandt, sondern zunehmend auch von Kommunen.
- Das **Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz** sorgt in Schleswig-Holstein für die notwendige Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge auch unterhalb der von der EU festgelegten Schwellenwerte: Öffentlichen Auftraggeber werden stärker an die Verdingungsordnungen bzw. die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen und eine rechtzeitige Information der nicht berücksichtigten Bieter gebunden.

Die Landesregierung unterstützt die Maßnahmen der Bundesregierung zum Abbau von Bürokratie abzubauen. Zum „Masterplan Bürokratieabbau“ der Bundesregierung gehören die Reduzierung der amtlichen Statistik, die Reform der Handwerksordnung, die Förderung von Existenzgründungen und Kleinunternehmen, Maßnahmen zur Modernisierung der Arbeitsstättenverordnung, die verstärkte Bereitstellung von Online-Diensten bei Anträgen und Verwaltungsverfahren und die Verschlinkung des Vergaberechts.

Der Abbau von Bürokratie ist eine ständige Aufgabe der schleswig-holsteinischen Wirtschaftspolitik und dient insbesondere der Attraktivitätssteigerung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein. Zu den jüngst erfolgreich abgeschlossenen Maßnahmen zählen insbesondere:

- **Vorschriftenabbau:** Das Wirtschaftsministerium hat 43 Regelungen von 140 gültigen Vorschriften unterhalb der Gesetzes- und Verordnungsebene außer Kraft gesetzt. Alle übrigen Verordnungen sind gesetzlich auf eine Geltungsdauer von 5 Jahren begrenzt; sie können höchstens einmal um weitere fünf Jahre verlängert werden. Spätestens nach zehn Jahren verlieren sie ihre Gültigkeit.
- **Übertragung von Kompetenzen nach der Handwerksordnung auf die Industrie- und Handelskammern:** Die novellierte Handwerksordnung öffnet neue Tätigkeitsfelder für Existenzgründer. In 35 von 41 zulassungspflichtigen Handwerken besteht für erfahrene Gesellen die Möglichkeit, auch ohne Meisterbrief eine Berechtigung zur selbstständigen Handwerksausübung zu erhalten. Die Umsetzung dieser so genannten Altgesellenregelung hat die Landesregierung den schleswig-holsteinischen Handwerkskammern übertragen. Diese Delegation dient der Deregulierung und der Beschleunigung der Verwaltungsverfahren.
- **Gaststättenrecht:** Grundsätzlich müssen Gaststätten Toiletten für ihre Gäste anbieten. Auf Veranlassung des Wirtschaftsministeriums sind Betriebe mit bis zu zehn Sitzplätzen und maximal 30 Quadratmeter Schankraumfläche nunmehr von dieser Pflicht befreit.
- **Einrichtung einer Arbeitsgruppe Entbürokratisierung,** die sich künftig speziell mit Fragen der Entbürokratisierung zugunsten des Mittelstandes befasst. Hier werden insbesondere Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung aus Unternehmen, Kammern und Verbänden aufgenommen, geprüft und umgesetzt.

Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Wirtschaft wird das Wirtschaftsministerium den **Wettbewerb Unternehmensfreundliche Gemeinde** ausrufen. Damit wird ein stetiger Prozess zur Überprüfung von Hemmnissen im Verwaltungsvollzug der Behörden eingeleitet und kleinen und mittleren Unternehmen konkrete Erleichterungen bei Behördenkontakten geboten.

Zukunftsinvestitionsprogramm

Mit dem am 2. Juli 2003 beschlossenen **Zukunftsinvestitionsprogramm 2004 (ZIP)** hat die Landesregierung investive Mittel für zusätzliche wachstums- und beschäftigungswirksame Investitionen bereitgestellt, die für die Zukunft des Landes von erheblicher Bedeutung sind.

Schwerpunkte sind die Zukunftsbereiche Arbeit, Wirtschaft und Bildung neben der inneren Sicherheit als Schwerpunkte der Landespolitik festgelegt. Es werden daher solche Investitionen gesteigert, die Bildung und Forschung stärken, die wirtschaftsnahe Infrastruktur für private Folgeinvestitionen verbessern und Arbeitsplätze - vor allem in der maritimen Wirtschaft - sichern und schaffen.

Mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm erhält die schleswig-holsteinische Wirtschaft durch ein zusätzliches Auftragsvolumen in Höhe von über 800 Mio. Euro einen unmittelbaren Impuls zur Schaffung und zur Stabilisierung von Arbeitsplätzen.

Das Zukunftsinvestitionsprogramm zielt auf eine höhere Investitionsquote in Schleswig-Holstein. Die vorgesehenen Mittel sollen vorrangig auch die Inanspruchnahme von Mitteln Dritter, insbesondere EU- oder Bundesmitteln für landes- und strukturpolitisch wichtige Projekte ermöglichen, die ohne Kofinanzierung des Landes nicht realisierbar wären.

Damit werden die Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten in den kommenden Jahren verbessert, die Konjunkturbelebung gefördert, die Qualität von Bildung und Forschung gestärkt und mittelfristig Steuermehreinnahmen ausgelöst. Mit dem Investitionsprogramm 2004 setzt die Landesregierung ein deutliches Signal für ein zukunftsfähiges Schleswig-Holstein.

Instrumente und Institutionen der Wirtschaftsförderung

Für die Förderung von Unternehmen und Existenzgründungsvorhaben stehen in Schleswig-Holstein aufeinander abgestimmte Finanzierungsinstrumente zur Verfügung:

- Einzelbetriebliche Investitionsförderung aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA)
- Bürgschaften des Landes und der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH
- Zinsgünstige Darlehen und Sonderdarlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter (Mezzaninkapital) der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB)
- Beteiligungen der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG)

Der Finanzierungsbedarf besonders des Mittelstandes in Deutschland verändert sich in Folge der Globalisierung der Finanzmärkte sowie durch Veränderung steuerlicher, gesetzlicher und politischer Rahmenbedingungen in rasanter Weise. Kreditfinanzierungen stehen nicht mehr im bisherigen Umfang zur Verfügung, so dass sich mittelständische Unternehmen verstärkt um alternative Finanzierungsmöglichkeiten bemühen müssen.

Auf Bundes- und auf Landesebene sind 2003 erhebliche Anstrengungen unternommen worden, um die Finanzierungsbedingungen für mittelständische Unternehmen und für Existenzgründungsvorhaben nachhaltig zu verbessern:

Die Bundesregierung hat mit der Fusion der Finanzierungsinstitute KfW und DtA zur KfW **Mittelstandsbank** einen entscheidenden Schritt zur Schaffung eines effizienten und zukunftsfähigen Fördersystems auf Bundesebene getan. Die neue Mittelstandsbank bündelt die Finanzierungs- und Beratungsangebote für Gründer und mittelständische Unternehmen auf Bundesebene.

Eine ähnlich wirkungsvolle Maßnahme ist in Schleswig-Holstein mit der **Herauslösung der Investitionsbank aus der Landesbank** und ihrer rechtlichen Verselbständigung umgesetzt worden. Die Investitionsbank soll durch Weiterentwicklung der bewährten klassischen Finanzierungsinstrumente sowie Erschließung neuer, innovativer Förderansätze der mittelständischen Wirtschaft eine wirkungsvolle Hilfe für notwendiges Wachstum und eine ausreichende Stabilität zu geben.

Als Reaktion auf die veränderten Anforderungen durch Basel II hat die Investitionsbank das **Förderprodukt Kooperationsdarlehen** überarbeitet und erweitert. Nachdem bereits Kreditobligos von Banken und Sparkassen im Rahmen von Neugeschäften übernommen werden konnten, besteht seit 2003 auch die Möglichkeit, Bankenobligos aus dem Bestandsgeschäft zu übernehmen. Der Finanzierungsrahmen ist für die Jahre 2003 und 2004 auf 200 Millionen Euro festgelegt worden. Auf diesem Weg erhalten schleswig-holsteinische Kreditinstitute durch die Investitionsbank eine wesentliche Eigenkapitalentlastung, wodurch ihnen die Übernahme neuer Kreditengagements für die mittelständische Wirtschaft erleichtert wird.

Zur Erhöhung der Eigenkapitalquote mittelständischer Unternehmen hat die Landesregierung ein erhebliches Fördervolumen für **Mezzaninkapital** (eigenkapitalähnliche Darlehen) und **Beteiligungen** bereit gestellt. Der Finanzierungsrahmen des von der Investitionsbank angebotenen Sonderdarlehens mit eigenkapitalähnlichem Charakter ist 2003 um weitere 25 Millionen Euro auf 65 Millionen Euro erhöht worden.

Im Rahmen des **Zukunftsinvestitionsprogramms** (ZIP) stellt die Landesregierung seit Januar 2004 für fünf Jahre kleinen und mittleren Unternehmen zusätzlich 30 Millionen Euro Beteiligungskapital zur Verfügung. Die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft bietet im Rahmen des **Beteiligungssofortprogramms für Arbeitsplätze** mit einem schlanken und unbürokratischen Prüfungs- und Bewilligungsverfahren Beteiligungskapital für einen breiten Verwendungszweck. Erstmals erhalten auch wachstumsorientierte Handwerksbetriebe Zugang zu Beteiligungskapital.

Mit Beteiligungskapital der MBG werden seit 2003 auch **Außenhandelsaktivitäten** (Erschließung von Auslandsmärkten, Anbahnung und Durchführung von Außenhandelsaktivitäten) unterstützt.

Fördergeschäft 2003

Bürgschaften für den Mittelstand

Die **Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein** konnte ihren Förderbeitrag gegenüber dem Vorjahr erhöhen und hat mit der Bereitstellung von Ausfallbürgschaften zahlreiche Finanzierungen ermöglicht. Sie hat im Jahr 2003 für 415 Unternehmen (Vorjahr 418) Bürgschaften mit einem Volumen von 62 Millionen Euro (Vorjahr 57 Millionen Euro) neu bewilligt. Mit dem nunmehr leichten Zuwachs des Bürgschaftsvolumens konnte der rückläufige Trend gestoppt und eine Stabilisierung des Bürgschaftsgeschäftes erreicht werden.

Investitionszuschüsse und Darlehen

Die **Investitionsbank Schleswig-Holstein** hat im Jahr 2003 in 20 Fällen (Vorjahr 15) **Fördermittel aus der Gemeinschaftsaufgabe** in Höhe von knapp 24 Millionen Euro (Vorjahr 7 Millionen Euro) an Unternehmen bewilligt. Mit Hilfe dieser Zuschüsse wurden Investitionen in Höhe von 167,7 Millionen Euro (Vorjahr 69 Millionen Euro) ausgelöst und 479 neue Arbeitsplätze geschaffen sowie 1.691 Arbeitsplätze gesichert. Mit der Realisierung mehrerer Großprojekte hebt sich das Jahr 2003 deutlich von den Vorjahren ab. Alle bewilligungsreifen Anträge konnten bedient werden.

Darüber hinaus hat die Investitionsbank zinsgünstige Darlehen in Höhe von 101 Millionen Euro (Vorjahr 111 Millionen Euro) bewilligt. Das Fördervolumen lag damit knapp unter dem Vorjahresniveau. Auf Grund der regen Nachfrage wurden verstärkt **Sonderdarlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter** eingesetzt, welche kapitalschwachen kleinen und mittleren Unternehmen die Möglichkeit geben, geplante Investitionsfinanzierungen durchzuführen. Darüber hinaus hat auch das von der Kreditwirtschaft gut angenommene Produkt **Kooperationsdarlehen** dem hohen Fördervolumen beigetragen.

Beteiligungen

Die **Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH** (MBG) übernahm im Jahr 2003 in 46 Fällen (Vorjahr 43 Fälle) **stille Beteiligungen** an kleinen und mittleren Unternehmen in Höhe von rund 10,2 Millionen Euro (Vorjahr 10,5 Millionen Euro) und konnte damit ihr Förderengagement auf einem hohen Niveau stabilisieren. Das Bewilligungsvolumen wurde nicht zuletzt durch die große Nachfrage nach **Beteiligungskapital für Frühphasenfinanzierungen** aus dem Technologie- und Innovationsfonds (TIF) erreicht, der im Juni 2002 auf Initiative des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr aufgelegt wurde. Aus dem TIF wurden Mittel von rund 4,6 Millionen Euro bereitgestellt.

3.2 Arbeitsmarktpolitik

Arbeitsmarktpolitische Weichenstellungen auf europäischer und nationaler Ebene

Neujustierung der Europäischen Beschäftigungsstrategie

Die Europäische Beschäftigungsstrategie von 1997 koordiniert die beschäftigungspolitischen Prioritäten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die übergreifenden Ziele der 2003 überarbeiteten Europäischen Beschäftigungsstrategie sind

- Vollbeschäftigung,
- Steigerung der Arbeitsplatzqualität und Arbeitsplatzproduktivität und
- Stärkung des sozialen Zusammenhalt und soziale Eingliederung.

Die Handlungsprioritäten zur Erreichung dieser Ziele sind in zehn Leitlinien definiert. Dabei wurde der aktivierende und präventive Charakter der Europäischen Beschäftigungsstrategie noch verstärkt. Die Beschäftigungspolitik steht somit noch stärker als bisher im Einklang mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik.

Die reformierte Europäische Beschäftigungsstrategie ist eine wichtige Orientierung für die Landesregierung, nicht zuletzt aufgrund der Einbindung erheblicher europäischer Fördermittel in die Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung.

Agenda 2010 und Hartz-Reformen

Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt

Am 1. Januar 2004 ist das *Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt* in Kraft getreten. Damit ist ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der Agenda 2010 der Bundesregierung und zur Schaffung von mehr Wachstum und Beschäftigung getan. Vor allem in Kleinbetrieben und bei Existenzgründern werden Neueinstellungen gefördert und Lohnnebenkosten gesenkt.

Kündigungsschutz

Anhebung der Anwendungsschwellen

Seit dem 1. Januar 2004 gelten im *Kündigungsschutzgesetz* zwei Anwendungsschwellen: In Betrieben mit zehn oder weniger Arbeitnehmern gilt das Gesetz nicht für neu eingestellte Arbeitnehmer. Arbeitnehmer, die am Jahresende 2003 in einem Betrieb mit mehr als fünf Arbeitnehmern beschäftigt waren, haben weiterhin Kündigungsschutz. Diese Anhebung der Anwendungsschwellen wird Arbeitgeber in kleinen Betrieben ermutigen, auf eine verbesserte Auftragslage schneller als bisher mit Neueinstellungen zu reagieren und so Arbeitssuchenden bessere Beschäftigungschancen eröffnen.

Im Interesse *größerer Rechtssicherheit* wird bei betriebsbedingten Kündigungen die Sozialauswahl auf die Dauer der Betriebszugehörigkeit, das Lebensalter, die Unterhaltspflichten und die Schwerbehinderung des Arbeitnehmers beschränkt. Von der Sozialauswahl können diejenigen Arbeitnehmer ausgenommen werden, deren Weiterbeschäftigung wegen ihrer Kenntnisse, Fähigkeiten und Leistungen oder zur Erhaltung einer ausgewogenen Personalstruktur im berechtigten betrieblichen Interesse liegt. Die gerichtliche Überprüfung der Sozialauswahl wird auf grobe Fehlerhaftigkeit beschränkt, wenn Arbeitgeber und Betriebsrat bei einer Betriebsänderung einen Interessenausgleich vereinbart und die zu kündigenden Arbeitnehmer in einer Namensliste benannt haben.

Einfache und kostengünstige Möglichkeit der außergerichtlichen Klärung

Im Falle einer betriebsbedingten Kündigung kann der Arbeitnehmer zwischen der Kündigungsschutzklage oder einer Abfindung in Höhe eines halben Monatsverdienstes je Beschäftigungsjahr wählen. Der Abfindungsanspruch setzt voraus, dass der Arbeitgeber im Kündigungsschreiben die Kündigung auf betriebsbedingte Gründe stützt und den Arbeitnehmer darauf hinweist, dass er die im Gesetz vorgesehene Abfindung beanspruchen kann, wenn er die dreiwöchige Frist für die Erhebung der Kündigungsschutzklage verstreichen lässt.

Die dreiwöchige Klagefrist, die bisher bereits für Kündigungen nach dem Kündigungsschutzgesetz gilt, wird auch für die gerichtliche Geltendmachung der Unwirksamkeit einer Kündigung aus anderen Gründen (z.B. bei nicht ordnungsgemäßer Betriebsratsanhörung) eingeführt. Damit besteht in jedem Fall einer Arbeitgeberkündigung alsbald Klarheit über den Fortbestand oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

Teilzeit- und Befristungsgesetz

Für Existenzgründer wird die befristete Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erleichtert. In den ersten vier Jahren des Bestehens eines neu gegründeten Unternehmens (nicht bei rechtlichen Umstrukturierungen von Unternehmen oder Konzernen) können befristete Arbeitsverträge ohne Sachgrund bis zur Dauer von vier Jahren abgeschlossen werden. Dabei wird berücksichtigt, dass in der schwierigen Aufbauphase eines Unternehmens der wirtschaftliche Erfolg besonders ungewiss und die Entwicklung des Personalbedarfs schwer abschätzbar ist.

Hartz-Reformen

Als erster Schritt zur Umsetzung der Reformvorschläge der Hartz-Kommission sind das *Erste und Zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt* im Wesentlichen zum Jahresbeginn 2003 in Kraft getreten. Beide Gesetze enthalten zahlreiche Neuerungen, die die Beschäftigung ankurbeln und bereits sichtbare Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen haben:

- Flächendeckende Einrichtung von PersonalServiceAgenturen (PSA)
- Frühzeitige Meldung beim Arbeitsamt bei drohender Arbeitslosigkeit
- Vereinfachung der Weiterbildungsförderung durch mehr Wettbewerb
- Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen für die Arbeitsaufnahme
- Verschärfung der Sperrzeitenregelung bei Pflichtverletzungen
- Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- Beitragsbonus für die Einstellung von über 55-jährigen Arbeitslosen
- Ausweitung der Möglichkeiten zur befristeten Beschäftigung Älterer
- Förderung der Gründung von "Ich-AG's" aus der Arbeitslosigkeit heraus
- Attraktive Ausgestaltung der so genannten "Minijobs"
- Verbesserung der Eingliederungschancen von benachteiligten Jugendlichen.

Das Kernstück der Hartz-Reformen, die organisatorische *Neuausrichtung der Arbeitsverwaltung* nebst einer Straffung des Leistungsrechts (Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt) sowie die *Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfe* zu einer einheitlichen Leistung für alle Langzeitarbeitslosen (Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt) sind zum Jahresende 2003 beschlossen worden und in Teilen bereits zum 1. Januar 2004 in Kraft getreten, Hartz IV soll zum 1. Januar 2005 folgen.

Arbeitsmarktprogramm des Landes

Die Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein ist gekennzeichnet durch einen hohen politischen und sachlichen Konsens zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, den Kommunen, den sozialen Verbänden, den freien Trägern, der Arbeitsverwaltung und dem Land.

Die Ziele der Arbeitsmarktpolitik und -förderung des Landes orientieren sich an nationalen und internationalen Vorgaben unter Berücksichtigung landesspezifischer Aspekte. Deshalb lagen die bisherigen Schwerpunkte

- in der Vermittlung in den regulären Arbeitsmarkt (Arbeitslose, arbeitsfähige Empfänger von Sozialhilfe sowie von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen),
- in der Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit (zweiter Arbeitsmarkt),
- in der Schaffung zusätzlicher Möglichkeiten zur Heranführung an Ausbildung und Arbeit (Sofort-Programm 2003), sowie
- bei Aus- und Weiterbildung und lebenslangem Lernen auf der Grundlage des Weiterbildungskonzeptes der Landesregierung und der Vereinbarungen im Rahmen der Bündnisse für Ausbildung und Arbeit.

Mit dem Programm **Arbeit für Schleswig-Holstein 2000** (ASH 2000) wurden bis 31. März 2004 insgesamt 136,8 Millionen Euro Haushaltsmittel gebunden (58,6 Millionen Euro Landes- und 78,2 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds ESF).

Für die Restlaufzeit von ASH bis 2006 stehen einschließlich der folgenden Auslaufjahre bis 2008 - vorbehaltlich der Haushaltsbeschlüsse 2006 bis 2008 - noch 138,2 Millionen Euro zur Verfügung (46,5 Millionen Euro Landes- und 91,7 Millionen Euro ESF-Mittel).

Bis 31. März 2004 sind mehr als 49.000 Menschen durch ASH 2000 gefördert worden. Hinzu kommen noch mehr als 74.000 Menschen, die im Rahmen „überbetrieblicher Lehrlingsunterweisung im Handwerk“ geschult wurden.

Allein im Jahr 2003 sind fast 11.500 Arbeitslose gefördert worden. Finanzielle Schwerpunkte bildeten die Bereiche *Aufstockung des Überbrückungsgeldes des Arbeitsamtes für Existenzgründungen*, die *Beschäftigung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern* und im Rahmen des im Jahr 2003 aufgelegten Sofortprogramms für Jugendliche die *Kombinierten Trainingsmaßnahmen zur Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung*. Darüber hinaus konnten durch die *ergänzende Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung im Handwerk* fast 21.200 Personen gefördert werden.

Die **Neuausrichtung von ASH** ab 2003 löste nicht nur in der Politik, sondern auch bei den Trägern arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen im Land einen Umsteuerungsprozess aus. Die Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik des Landes führt zu einem effizienteren und effektiveren Mitteleinsatz und verknüpft die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik noch besser als zuvor.

In einer ersten Stufe der Neuausrichtung hat die Landesregierung **neue Ziele und Schwerpunkte der Schleswig-Holsteinischen Arbeitsmarktpolitik** formuliert und mit den gesellschaftlich relevanten Gruppen im Lande diskutiert: Die Förderziele sehen weiterhin vor, Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen möglichst unverzüglich in das Arbeitsleben zu integrieren und Qualifizierung auf allen Ebenen zu fördern.

Die von der Landesregierung beschlossene zweite Stufe der Neuausrichtung berücksichtigt die **Reform der Arbeitsverwaltung** und die **Straffung des Leistungsrechts** sowie die **Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe**, soweit die Auswirkungen ab 1. Januar 2005 bereits eingeschätzt werden können.

Die neue Arbeitsmarktpolitik wird in sechs Handlungsfeldern Schwerpunkte setzen:

Handlungsschwerpunkt ASH Jugendliche (J)

- J 1 Lohnkostenzuschüsse für junge Arbeitslose
- J 2 Kombinierte Trainingsmaßnahmen zur Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung
- J 3 Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung
- J 4 Eingliederung von Strafgefangenen durch Qualifikation
- J 5 Berufsorientierter Sprachunterricht, Integration nichtdeutscher Jugendlicher
- J 6 Regionale Ausbildungsbetreuer
- J 7 Fördernetzwerke zur Integration benachteiligter Jugendlicher in der beruflichen Bildung

Handlungsschwerpunkt ASH Existenzgründungen (E)

- E 1 Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus
- E 2 Festigungscoaching

Handlungsschwerpunkt ASH Existenzgründungen (Q)

- Q 1 Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen
- Q 2 Weiterbildungsverbände

- Q 3 Förderung der wissenschaftlichen Weiterbildung und Qualifizierung
- Q 4 Förderung der beruflichen Weiterbildung von Beschäftigten in KMU

Handlungsschwerpunkt ASH Arbeitsmarktintegration (A)

- A 1 Integration von Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern in den ersten Arbeitsmarkt
- A 2 Beschäftigungs- und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern,

Handlungsschwerpunkt ASH Mittelstand (M)

- M 1 Wissens- und Kompetenztransfer für den regionalen Strukturwandel
- M 2 Potentialberatung
- M 3 Personalförderung im Forschungs- und Entwicklungsbereich / Innovationsassistent

Handlungsschwerpunkt ASH Impulse und Chancengleichheit (I)

- I 1 Frau und Beruf
- I 2 Freie Förderung

3.3 Ausbildung, Weiterbildung und Qualifizierung

Wissen wird für den Einzelnen wie auch für die Wirtschaft immer wichtiger. Ohne lebenslanges Lernen ist eine Teilhabe an Wirtschaftsleben und Arbeitswelt nicht mehr denkbar. Der nationale und internationale Standortwettbewerb ist ein Wettbewerb um Humanressourcen geworden. Angesichts des engen Zusammenhangs von Bildung, beruflicher und wirtschaftlicher Entwicklung erfordert die Sicherung des Standortes Schleswig-Holstein auch im Bereich von Ausbildung, Qualifizierung und Weiterbildung intensive Anstrengungen.

Ausbildungssituation 2003

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen konnte die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2003 gegenüber dem Vorjahr um 0,5 % auf fast 18.800 gesteigert werden. Schleswig-Holstein erzielte als einziges Bundesland eine Steigerung und damit das beste Ergebnis aller Bundesländer. Die Steigerung betrifft auch die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze. In allen anderen Bundesländern war ein Rückgang an Ausbildungsverträgen zu verzeichnen (Durchschnitt der alten Bundesländer - 2,8 %).

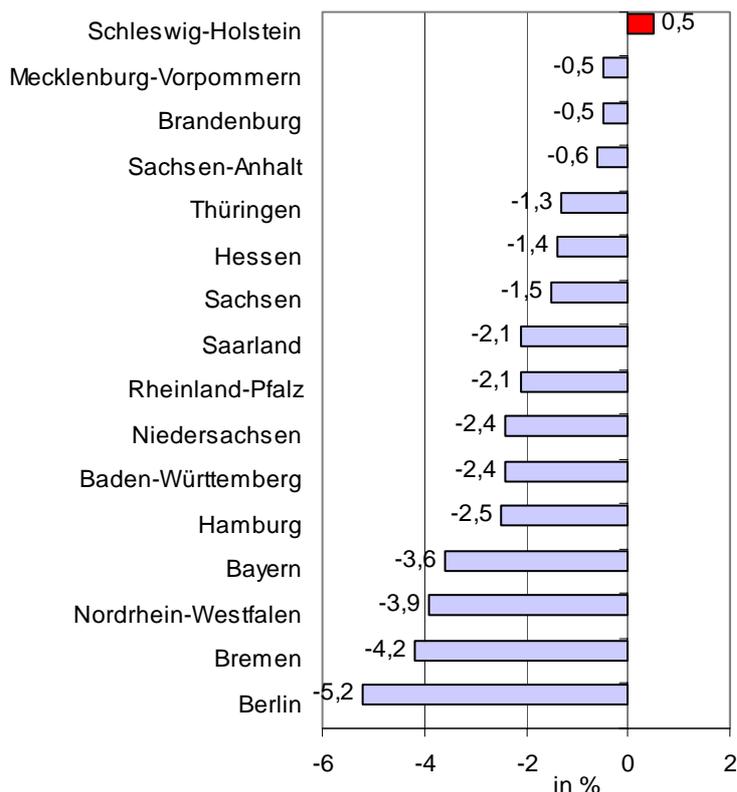
Nahezu ausgeglichene Ausbildungsbilanz

Angesichts der schwierigen Konjunkturlage im Jahr 2003 ist dies ein herausragendes Ergebnis, zumal steigende Schulabgängerzahlen aus den allgemeinbildenden Schulen sowie eine vermehrte Zahl von Bewerbern und Bewerberinnen aus dem Vorjahr den Ausbildungsmarkt zusätzlich belastet haben.

Der seit Jahren rückläufige Trend bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge konnte 2003 in Schleswig-Holstein gestoppt werden. Allerdings ist der Anteil der Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen die eine duale Ausbildung aufnehmen zurückgegangen. Die Gründe für diesen Rückgang sind vielschichtig: Die Schulabgängerzahlen steigen seit 1994 stetig. Viele Jugendliche streben einen höheren Bildungsabschluss über weiterführende Schulen oder Hochschulen an. Trotz erhöhter Nachfrage konnten angebotene Ausbildungsplätze im Handwerk und in der Industrie nicht besetzt werden

An den berufsbildenden Schulen im Lande werden mehr als 54.300 Auszubildende in rund 150 verschiedenen dualen Ausbildungsberufen unterrichtet. Neuen Entwicklungen in den Berufsbildern und Rahmenlehrplänen wird an den Schulen engagiert Rechnung getragen. Viele Bildungsangebote sind aufgrund der großen Nachfrage erheblich ausgeweitet worden. Mit

Prozentuale Entwicklung neu abgeschlossener Ausbildungsverträge 2003 gegenüber dem Vorjahr



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Erhebung zum 30. September

Schuljahresbeginn standen im ausbildungsvorbereitenden Jahr über 500 und in berufsqualifizierenden Bildungsgängen der Berufsfachschulen 200 zusätzliche Plätze zur Verfügung.

In den landesrechtlich geregelten Ausbildungsgängen an den Berufsfachschulen (z.B. in der Ausbildung zu Kaufmännischen Assistenten) wurden verbindliche Praktika in Betrieben und Einrichtungen eingeführt oder ausgeweitet. Damit wird der Praxisbezug verstärkt und eine verbesserte Qualifikation der Absolventinnen und Absolventen sichergestellt.

Sofortprogramm für mehr Ausbildung

Die schwierige Situation auf dem Ausbildungsmarkt im Frühjahr 2003 hat die Landesregierung veranlasst, in enger Abstimmung mit den Partnern im Bündnis für Ausbildung ein **Sofortprogramm für mehr Ausbildung und Qualifizierung** in Schleswig-Holstein aufzulegen. Schwerpunkte des Programms waren die Finanzierung von zusätzlichen Ausbildungsplatzakquisiteuren, zusätzlichen Plätzen an den Berufsfachschulen sowie in ausbildungs- und berufsvorbereitenden Maßnahmen. Das angestrebte Ziel von 2.100 zusätzlichen Plätzen im Jahr 2003 wurde mit nahezu 3.300 Plätzen weit übertroffen. Im Frühjahr 2004 wurde das Sofortprogramm im Rahmen der Neuausrichtung von *ASH 2000* überarbeitet. Die Förderung der betrieblichen Ausbildung für benachteiligte Jugendliche ist als neuer Programmschwerpunkt hinzugekommen. Darüber hinaus wurde die Förderung von zusätzlichen Ausbildungsplatzakquisiteuren aufgestockt.

Nach der Statistik der Arbeitsverwaltung wurden im Jahr 2003 in Schleswig-Holstein weniger Ausbildungsstellen (-10 %) von mehr jungen Menschen (+6 %) nachgefragt als im Jahr zuvor. Den Arbeitsämtern wurden insgesamt 16.700 Berufsausbildungsstellen gemeldet. 19.200 Jugendliche schalteten auf der Suche nach einer Ausbildungsstelle die Arbeitsämter ein. Ende September 2003 standen 701 unvermittelten Bewerbern 396 offene Lehrstellen gegenüber. Alle noch unvermittelten Bewerber und Bewerberinnen wurden in Nachvermittlungsaktionen der Kammern und Arbeitsämter erfasst. Rund 50 Prozent dieser Jugendlichen machten von dem Angebot Gebrauch. Ihnen wurden Ausbildungsplatzangebote unterbreitet oder Vorbereitungs- und Orientierungsmaßnahmen empfohlen. Somit konnte in Schleswig-Holstein eine nahezu ausgeglichene Ausbildungsbilanz erreicht werden. Dies ist ein beachtlicher Erfolg des *Bündnisses für Ausbildung* in Schleswig-Holstein. Die seit 1997 bestehende Zusammenar-

beit von Kammern, Verbänden, Gewerkschaften, Arbeitsverwaltung und Landesregierung hat sich erneut bewährt.

Ein weiterer Schwerpunkt im Bündnis für Ausbildung war die Berufsausbildung von Migrantinnen und Migranten. Im Juli 2002 hat die Landesregierung ein Konzept zur Integration von Migrantinnen verabschiedet. Darin ist die gezielte Sprachförderung ein vorrangiger Programmpunkt. Zahlreiche Maßnahmen in vorschulischen Einrichtungen, Grundschulen und weiterführenden Schulen dienen dem Ziel einer verbesserten Sprachfähigkeit.

Der Ausbau von Betriebs- und Wirtschaftspraktika für Schüler und Lehrkräfte sowie den Kontakten zwischen Schule und Wirtschaft verbessert die Ausbildungsfähigkeit. Auch in den Jahren 2004 und 2005 soll die bewährte Zusammenarbeit der Bündnispartner fortgesetzt werden, um die besonderen Herausforderungen am Ausbildungsmarkt durch gemeinsame Aktionen bewältigen zu können. Über das Projekt Ausbildung und Integration für Migranten wird verstärkt für Ausbildungsplätze bei ausländischen Betriebsinhabern geworben.

Weitere Informationen zum **Bündnis für Ausbildung Schleswig-Holstein 2002 – 2006** sind im Internet unter: www.wirtschaftsministerium.schleswig-holstein.de abrufbar.

Weiterbildung

Weiterbildungskonzept fortgeschrieben

Unter Beteiligung der Kommission Weiterbildung, die die Landesregierung in allen Fragen der Weiterbildung berät, wurde das Weiterbildungskonzept 2003 fortgeschrieben, neu ausgerichtet und im August 2003 dem Schleswig-Holsteinischen Landtag zur Unterrichtung zugeleitet. Das Ziel, die strukturellen Rahmenbedingungen - Information und Beratung, Kooperation und Modernisierung der Weiterbildungsinstitutionen sowie den Teilnehmerschutz - zu verbessern, wurde erreicht. Erstmals wurden über Ressortgrenzen hinweg alle Weiterbildungsbereiche dargestellt und mittelfristige Entwicklungsziele beschrieben.

Seit 2000 wurden wesentliche Verbesserungen erreicht:

- Entwicklung der Weiterbildung als Branche, Förderung der Weiterbildungsinformation und –beratung sowie Kooperation durch Initiierung und Förderung der elf regionalen Weiterbildungsverbände mit ihren rund 360 beteiligten Institutionen,
- Novellierung der staatlichen Anerkennung von Trägern und Einrichtungen der Weiterbildung gemäß Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz (BFQG) als Maßnahme des Teilnehmerschutzes,
- Neustrukturierung der Kommission Weiterbildung,
- Regionalisierte Erhebung zum Teilnahmeverhalten im Rahmen des *Berichtssystems Weiterbildung*,
- Beteiligung am Bundesprogramm *Lernende Regionen* (Akquirierung von vier Projekten mit einem Fördervolumen von etwa 4 Millionen Euro),
- Bundesweite federführende Koordinierung des Verbundprojektes *Qualitätstestierung in der Weiterbildung*
- Modernisierung der Berufsbildungsstätten und Förderung der gemeinnützigen Fielmann Akademie,
- Entwicklung der wissenschaftlichen Weiterbildung,
- Novellierung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) und Verbesserung der Förderkonditionen.

Mit der Kommission Weiterbildung und der interministeriellen Arbeitsgruppe Weiterbildung ist der Rahmen für die Koordination und Kooperation der Weiterbildungsaktivitäten auf Landesebene gut entwickelt. Auf regionaler Ebene arbeiten die Weiterbildungsverbände als Netzwerke, in denen an der Weiterbildung beteiligte Institutionen zusammenarbeiten. Sie beraten und informieren kleine und mittlere Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger zu allen Fragen der Weiterbildung. Mit dem elften Verbund in Ostholstein/Plön, der im Frühjahr 2003 seine öffentlichkeitswirksame Arbeit aufgenommen hat, konnte das flächendeckende Netz komplettiert werden. Nun stehen in jeder Region in Schleswig-Holstein Ansprechpartner für eine ortsnahe Information und Beratung zur Verfügung. Über das landesweite Info-Netz Weiterbildung sind die Verbände zu finden unter www.weiterbildung-sh.de

Flächendeckendes Netz mit bundesweitem Modellcharakter

Mit den Weiterbildungsverbänden hat sich inzwischen ein flächendeckendes Netz etabliert, das bundesweit Modellcharakter hat. Neben der Verbesserung der Transparenz bieten die Verbände regionale Kommunikationsplattformen innerhalb der Weiterbildung aber auch mit anderen Bildungsbereichen in der Beschäftigungs- und Regionalpolitik sowie Wirtschaftsförderung.

Das flächendeckende Netz der Verbände wird ergänzt durch vier weitere Bildungsnetzwerke im Rahmen des Bundesprogramms *Lernende Regionen*. Im Zusammenwirken aller Projekte wird der Netzwerkgedanke von der Metropolregion durch Mittelholstein bis nach Dänemark gestärkt und der Begriff vom „lebenslangen Lernen vor Ort“ mit Leben erfüllt.

Weiterbildung hat in Schleswig-Holstein ein ausgesprochen positives Image. Das Land verfügt über eine gute Informationsstruktur in der Weiterbildung. INFRATEST SOZIALFORSCHUNG hat im Auftrag des Wirtschaftsministeriums im Jahr 2002 erstmals auf repräsentative Daten über die Weiterbildungsbeteiligung der Bevölkerung und über Umfang und Richtung der Weiterbildungsnachfrage in Schleswig-Holstein vorgelegt:



- Von den 19- bis 64-jährigen Befragungspersonen aus Schleswig-Holstein haben sich bisher 28 % an beruflicher Weiterbildung beteiligt. Dies ist ähnlich hoch wie im Bundesgebiet.
- In Schleswig-Holstein hat die informelle berufliche Weiterbildung (z.B. Selbstlernen, Fachliteratur, Fachveranstaltungen) große Bedeutung. Mit bisher 69 % der Erwerbstätigen nahmen leicht überdurchschnittlich viele Personen daran teil.
- Einen guten Überblick über die Weiterbildungsmöglichkeiten haben 62 %. Im Vergleich zum Bundesgebiet (52%) ist dieser Anteil überdurchschnittlich hoch.
- 24 % der Befragten gaben an, dass Ihnen das Gütesiegel „staatlich anerkannt“ bekannt ist. Das Schleswig-Holsteinische Gütesiegel hat für die Weiterbildung eine erhebliche Bedeutung gewonnen.
- Für 72 % der erwerbstätigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer hat sich aufgrund der beruflichen Weiterbildung eine positive Veränderung im beruflichen Umfeld ergeben. Dieser Wert ist deutlich höher als der westdeutsche Wert von 55 %.

Weitere wichtige Ergebnisse der regionalisierten Erhebung enthält der Bericht der Landesregierung über die Durchführung des BFQG (LT-Drs: 15/2134).

Schleswig-Holstein wird sich künftig alle drei Jahre am bundesweiten Berichtssystem Weiterbildung (BSW) mit einer repräsentativen Erhebung beteiligen. Die nächste Erhebung findet 2004 statt.

Mit der **Förderung der überbetrieblichen Berufsbildungsstätten** der Aus- und Weiterbildung investiert die Landesregierung unmittelbar in die Modernisierung der Bildungsinfrastruktur und stärkt damit die Konkurrenzfähigkeit des Bildungs- und Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein. Das Land verfügt über ein bedarfsgerechtes, flächendeckendes Netz von Berufsbildungsstätten mit technisch hohen, modernen und zukunftsorientierten Standards.

Das Wirtschaftsministerium förderte die **Modernisierung der Berufsbildungsstätten** im Jahr 2003 mit Investitionszuschüssen in Höhe von rund 6 Millionen Euro. Ziele sind die Anpassung der Qualifikation der Auszubildenden und der Beschäftigten an die aktuellen Anforderungen, die Bekämpfung und Vorbeugung von Arbeitslosigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Betriebe.

Den Erfolg dieser Politik bestätigt die im Dezember 2003 öffentlich vorgestellte externe Zwischen-evaluierung des *Regionalprogramm 2000*, dem wesentlichen Finanzierungsinstrument im Bereich der Qualifizierung. Die positiven strukturellen Auswirkungen der Förderung der Berufsbildungsstätten werden ausdrücklich bestätigt: Bei Mittelumsetzung, Zahl der geförderten Projekte, geschaffenen oder modernisierten Schulungsplätze sind die Erfolge überdurchschnittlich.

Qualitätstestierung in der Weiterbildung

Bund und Länder etablieren gemeinsam ein nicht-staatliches, bundesweit akzeptiertes und auf Organisationsentwicklung ausgerichteten Testierungsverfahrens. Finanziert wird das länderübergreifende Verbundprojekt *Qualitätstestierung in der Weiterbildung* unter dem Dach des Programms *Lebenslanges Lernen* aus Mitteln des BMBF und des Europäischen Sozialfonds. Die bundesweite Koordinierung des Verbundprojektes hat das Wirtschaftsministerium Schleswig-Holstein sowohl für die Prüf- als auch für die zunächst zweijährige Durchführungsphase übernommen. An dem Testierungsverfahren nehmen zurzeit 275 Weiterbildungsinstitutionen teil, davon 28 aus Schleswig-Holstein.

Mit den bundesweiten Arbeitsmarktreformen hat das Verbundprojekt eine zusätzliche und neue Relevanz erhalten: Die Umstellung der derzeitigen Anerkennungs- und Förderpraxis für die berufliche Weiterbildung durch die Bundesagentur für Arbeit auf ein externes Zertifizierungssystem für die Weiterbildungseinrichtungen und die Weiterbildungsmaßnahmen sowie ein Bildungsgutscheinsystem für die Teilnehmer, erfordert die Etablierung entsprechender neuer Strukturen, wie sie das Projekt *Qualitätstestierung in der Weiterbildung* schafft.

Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsförderung

Das Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsförderung (AFBG) – so genanntes *Meister-BAföG* – ist ein wichtiger Schritt hin zu Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Weiterbildung. Für die Durchführung des Gesetzes stellte die Landesregierung 2003 gut 5,1 Millionen Euro an Landes- und Bundesmitteln zur Verfügung (Landesanteil von 1,7 Millionen Euro). Bis Ende Dezember 2003 gab es in Schleswig-Holstein insgesamt 2.600 Erstanträge, davon 658 Anträge nach der Handwerksordnung (566 Männer und 92 Frauen), 1.391 nach dem Berufsbildungsgesetz (721 Männer und 670 Frauen), 480 nach sonstigem Bundesrecht und nach landesrechtlich geregelten Fortbildungen (303 Männer und 177 Frauen) und 70 nach den Weiterbildungsrichtlinien der Deutschen Krankenhausgesellschaft (5 Männer und 65 Frauen). Insgesamt wurden 351 Folgeanträge gestellt.

Weiterbildung von Frauen

Die Landesregierung unterstützt seit 1993 mit dem Programm *Weiterbildungsmaßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg für Frauen* erfolgreich die Weiterbildung von Frauen. Das nahezu flächendeckende Kursangebot richtet sich an Frauen, die nach einer längerfristigen Unterbrechung in das Erwerbsleben zurückkehren möchten. Im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2002 konnten über 60% der teilnehmenden Frauen in Arbeit, Ausbildung, Umschulung oder Weiterbildung vermittelt werden. Im Jahr 2003 fanden wieder 33 Kurse mit rund 380 Teilnehmerinnen statt.

Anerkennungsverfahren von Trägern und Einrichtungen

Zu den Aufgaben der Kommission Weiterbildung gehört die Mitwirkung am staatlichen Anerkennungsverfahren von Trägern und Einrichtungen nach dem BFQG: Vom 1. Januar bis 31. Oktober 2003 nahmen mehr als 68.600 Personen an anerkannten Veranstaltungen teil. Von den Teilnehmenden nahmen nur etwa 5.100 Personen ihren Anspruch auf Bildungsfreistellung wahr. Nach dem BFQG wurden 37 Träger und 35 Einrichtungen im Jahr 2003 staatlich anerkannt. Weitere Informationen in den Anlagen (10ff.) und im Internet

- zu staatlich anerkannten Trägern und Einrichtungen unter www.landesregierung.schleswig-holstein.de.
- zu anerkannten Bildungsfreistellungs-Veranstaltungen wie auch über eine Unterrichtung zu gesetzlichen Regelungen unter www.bildungsfreistellung.schleswig-holstein.de und unter www.weiterbildung-sh.de.

Wirtschaftsrelevante Hochschulausbildung

Die gemeinsam von Bildungsministerium und Landesrektorenkonferenz beauftragte Expertenkommission unter Leitung von Prof. Erichsen hat Ende März 2003 ihre Empfehlungen zur Entwicklung der Hochschulen in Schleswig-Holstein vorgelegt. Die langfristige Ziele,

- die Existenz der Hochschulen angesichts des wachsenden nationalen und internationalen Wettbewerbs nachhaltig zu sichern,
- die Profile von Forschung und Lehre zu schärfen,
- die Qualität der Hochschulen zu steigern,

haben zu weitreichenden Empfehlungen, insbesondere in den wirtschaftsnahen Studien- und Forschungsbereichen geführt.

Neustrukturierung der Hochschul-landschaft Schleswig-Holstein

Das vorrangige Ziel aller im Dezember 2003 zwischen Land und Hochschulen abgeschlossenen Zielvereinbarungen ist die Stärkung des Wirtschafts- und Technologiestandortes Schleswig-Holstein durch Konzentration von Fachrichtungen und Profilierung einzelner Hochschulen bzw. Hochschulstandorte. Beispiele sind:

- Konzentration aller Studienangebote im Bauwesen Schleswig-Holsteins in Lübeck, Aufbau eines *Kompetenzzentrums Bauen* auf dem Campus der FH Lübeck, Aufgabe des Standortes Eckernförde und des Studiengangs Architektur an der Muthesius-Hochschule.
- Verlagerung des Maschinenbaus der FH Westküste an die FH Flensburg und Ausbau der betriebswirtschaftlichen Kompetenz der FH Westküste mit neuen Studienangeboten in Tourismus Management, Wirtschaft und Recht sowie Management und Technik.
- Konzentration der Medizintechnik am Hochschulstandort Lübeck.
- Stärkung der Biowissenschaften an der CAU.
- Ausbau der dualen Studienangebote der Fachhochschulen in enger Kooperation mit der beruflichen Ausbildung und den Unternehmen des Landes.
- Verbesserte Integration der Technischen Fakultät der CAU in die Universität (anwendungsorientiertere Ausrichtung der Informatik).
- Verstärkte Kooperation des Fachbereichs Landbau der FH Kiel mit der Agrarwissenschaftlichen Fakultät der CAU.
- Erhöhung der Drittmitteleinnahmen, Stärkung des Wissens- und Technologietransfers in die Wirtschaft sowie Unterstützung der Patentverwertungsagentur GmbH.
- Ausbau des Weiterbildungsangebotes der Hochschulen für die Unternehmen des Landes sowie verstärkte Anstrengungen im Bereich der Existenzgründungen.

Wissenschaftliche Weiterbildung

Das Wissenschaftsministerium unterstützt die Hochschulen mit zwei Maßnahmen bei einer aktiveren Rolle im Prozess des regionalen Strukturwandels:

- *Wissenschaftliche Weiterbildung und Qualifizierung* (ASH Q 3) und
- *Wissens- und Kompetenztransfer für den regionalen Strukturwandel* (ASH M 1).

Die Maßnahme *Wissenschaftliche Weiterbildung und Qualifizierung* (acht bewilligte Projekte) fördert die online-Weiterbildung, Gründungsmanagement und Kooperationen im Bereich Schule und Naturwissenschaften sowie Weiterbildungsangebote auf akademischen Niveau in den Bereichen Lebensmitteltechnologie, geographische Informations- und Kommunikationssysteme sowie archäologische Forschung.

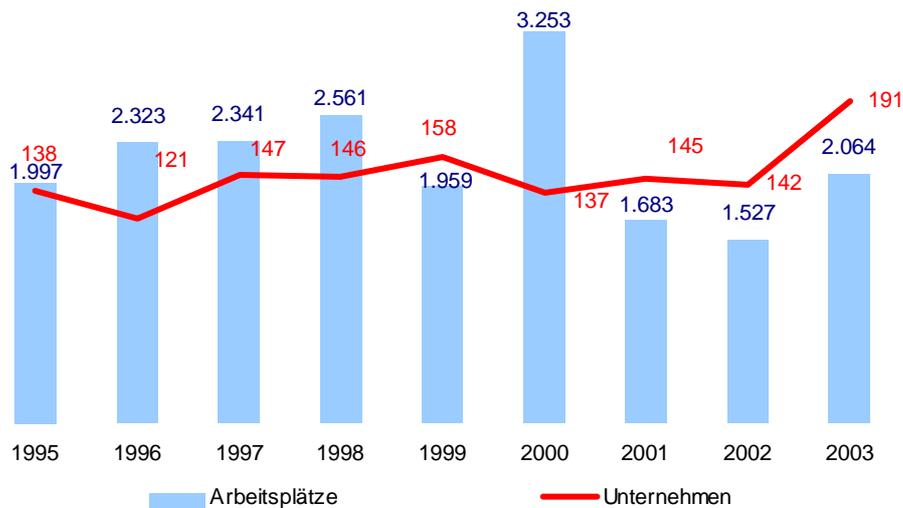
Die Maßnahme *Wissens- und Kompetenztransfer für den regionalen Strukturwandel* (sieben bewilligte Projekte) ist auf den Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft ausgerichtet. Schwerpunkte sind Medizintechnologie, Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Technologie sowie Projekte zur methodischen Verbesserung des Technologietransfers der Hochschulen.

3.4 Ansiedlungspolitik

Ansiedlungserfolge 2003

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaften der Kreise und kreisfreien Städte sowie des Landes haben zusammen mit den Technologiezentren im Jahr 2003 ein Rekordergebnis bei den Unternehmensansiedlungen erzielt: Insgesamt 191 Unternehmen (Vorjahr 142) wählten Schleswig-Holstein als neuen Standort. Das ist das beste Ansiedlungsergebnis der letzten zehn Jahre. Mittelfristig werden damit knapp 2.100 neue Arbeitsplätze im Land entstehen; eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um rund ein Drittel. Das Ergebnis bestätigt die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein.

Unternehmensansiedlungen und Arbeitsplätze¹⁾ in den Jahren 1995 bis 2003



1) Es handelt sich um Ansiedlungsprojekte, die von der WSH und / oder regionalen Wirtschaftsförderern, zum Teil in Zusammenarbeit mit dem MWAV-S.-H. sowie der Investitionsbank Schleswig-Holstein, erfolgreich abgeschlossen wurden.

Quelle: Wirtschaftsförderung SH GmbH; Grafik: MWAV S.-H.

26% der neuen Unternehmen sind Ansiedlungen aus dem Bundesgebiet sowie aus dem Ausland. Diese Neuzugänge sorgen für 53% der neuen Arbeitsplätze. Bei den restlichen Unternehmen handelt es sich um Neugründungen oder Existenzgründungen - allein 85 in den Gewerbe- und Technologiezentren des Landes. Damit erweisen sich die technologieorientierten Gründungen als bedeutende Quelle für neue Arbeitsplätze. Die konsequente Förderung der Unternehmensneugründungen durch die Landesregierung Schleswig-Holstein zahlt sich aus.

Besonders erfreulich hat sich die Zahl der aus dem Ausland kommenden Unternehmen entwickelt. Mit 19 Auslandsansiedlungen und 184 neuen Arbeitsplätzen konnte das Vorjahresergebnis verdoppelt werden - bei den Arbeitsplätzen sogar verdreifacht werden. Allein 12 neue Unternehmen kamen aus China nach Schleswig-Holstein. Dabei entstehen erstmals auch Produktionsstätten (In der Vergangenheit handelte es sich üblicherweise um Handelsbüros und Vertriebsniederlassungen).

Die Ansiedlungsaktivitäten der Wirtschaftsförderungsgesellschaften erhalten durch die Standortmarketingkampagne des Landes im Jahr 2004 weiteren Auftrieb.

Erfolgreiche Investitionsförderung 2003

Die einzelbetriebliche Investitionsförderung ist im Jahr 2003 außergewöhnlich erfolgreich gewesen. Insgesamt 23,9 Millionen Euro wurden aus Mitteln der *Gemeinschaftsaufgabe Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur* (GA) und dem *europäischen Fonds für regionale Entwicklung* (EFRE) an insgesamt 20 Unternehmen bewilligt. Dies ist ein erheblicher Zuwachs

gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt 479 neue Arbeitsplätze entstehen und 1.691 Arbeitsplätze werden gesichert.

Drei Vorhaben haben insbesondere zu diesem Erfolg beigetragen:

- Mit Investitionen von bis zu 70 Millionen Euro baut die Firma SASOL GERMANY in den kommenden vier Jahren ihr Chemiewerk in Brunsbüttel aus und schließt diesen Standort über eine Pipeline nach Stade an das deutsche Ethylen-Pipelinennetz an. Im Rahmen dieses Investitionsvorhabens wird SASOL GERMANY die ethylenbasierten Produktionsanlagen für Alkohole und Tonerden, die Infrastruktur und die Weiterverarbeitungsanlagen modernisieren und erweitern. Die Investition verschafft der Westküste Wachstum und Beschäftigung: langfristig werden 500 Arbeitsplätze gesichert. Das Wirtschaftsministerium fördert die Investitionen in Brunsbüttel aus der Gemeinschaftsaufgabe *Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur* und dem EFRE mit insgesamt 9,2 Millionen Euro.

- 133 Arbeitsplätze und 27 neue Ausbildungsplätze werden im Kurhaus-Hotel Travemünde der AVIDEA-RESORT GmbH, einer Tochter der Deutschen Seerederei entstehen. Das Vorhaben erschließt dem Tourismus in Schleswig-Holstein eine neue Zielgruppe. Avidea wird ein neuartiges Konzept für ein Resort mit 209 Zimmern und Suiten, Restaurant-, Veranstaltungs- und Bankettbereich realisieren. Ein besonderes Highlight ist der 4.350 qm große Wellness- und Fitnessbereich. Diese Investition ist ein klares Bekenntnis des renommierten Betreibers zu den Vorteilen des Tourismus-Standortes Schleswig-Holstein. Das Land Schleswig-Holstein fördert die Investitionen von insgesamt 41 Millionen Euro mit einem Zuschuss von 5,6 Millionen Euro aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe *Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur* sowie dem EFRE.



Modell Kurhaus-Hotel-Travemünde

- CAMPBELLS GERMANY (ERASCO) wird in Lübeck einen zweistelligen Millionenbetrag in die Modernisierung und Rationalisierung seines Werkes investieren. Das Wirtschaftsministerium fördert diese Investitionen mit einer Förderquote von 15 % aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe *Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur* und des EFRE. Ohne die Förderung wäre der Standort durch die Konkurrenz der neuen Bundesländern kurzfristig stark gefährdet gewesen. Jetzt besteht eine langjährige Sicherheit für die Arbeitsplätze der mehr als 500 Mitarbeiter in der Region Lübeck. Der Erhalt des Standortes durch ein US-amerikanisches Unternehmen hat auch mit Blick auf künftige Akquisitionen ausländischer Unternehmen nicht zu unterschätzende Bedeutung als sogenannter Testimonial.

Standortmarketing geht neue Wege

Die Landesregierung begegnet dem härter werdenden Standort-Wettbewerb mit einer optimierten Marketingkampagne. Die Stärken des Wirtschafts- und Technologiestandortes Schleswig-Holstein werden innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen besser kommuniziert und das Image optimiert. Das Wirtschaftsministerium hat dazu im Dezember 2003 die Ausschreibung für ein neues Marketing des Wirtschafts- und Technologiestandortes Schleswig-Holstein gestartet. Im Mittelpunkt der für die Jahre 2004 bis 2005 geplanten Kampagne stehen insbesondere die Bestandspflege und -entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen. Dabei ist keine kostenintensive, klassische Anzeigenkampagne mit breiter Streuwirkung vorgesehen, sondern eine Kommunikationskampagne mit gezieltem Direktmarketing gegenüber Unternehmern und Entscheidern.

Grundlage ist ein argumentatives und dramaturgisches Marketing-Rahmenkonzept. Weitere Bausteine folgen im Rahmen der Kampagne: ein Marketing für die neue zentrale Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holsteins, ein optimiertes Customer Relationship Manage-

ment, eine so genannte „Standortinitiative“ mit Unternehmen aus Schleswig-Holstein als aktiven Partner sowie eine Akquisitionsinitiative, die die Vorzüge des Standortes kommuniziert. Die Kampagne startet im Sommer 2004.

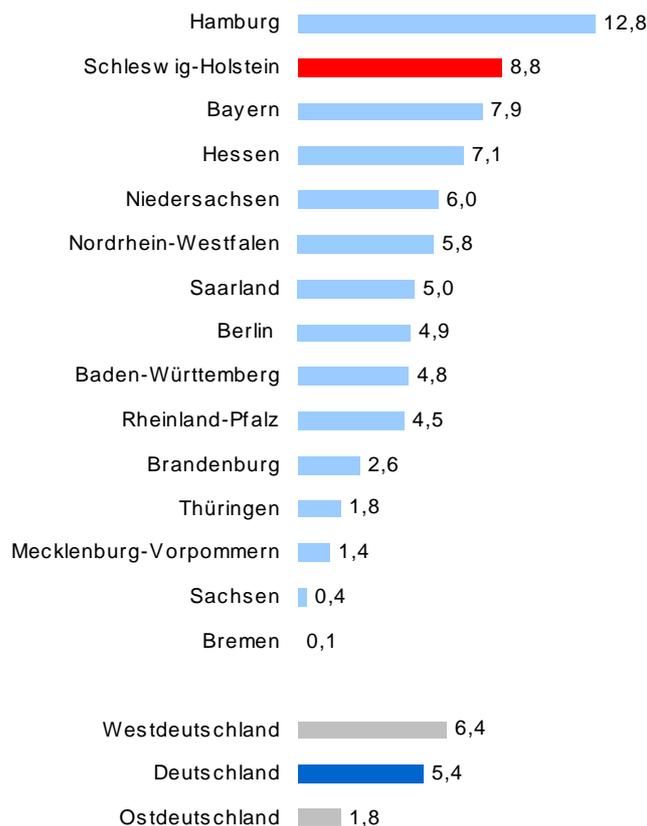
Gründerland Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein konnte auch im Jahr 2003 seine gute Position als Gründerland weiter festigen. Insgesamt hat sich das Gründungsgeschehen in Schleswig-Holstein auf hohem Niveau etabliert. Allerdings ist unverkennbar, dass die gravierenden Veränderungen im Bereich der Unternehmensfinanzierung auch Auswirkungen auf Existenzgründungen haben. Dies wird insbesondere bei den 2003 weiter rückläufigen Bewilligungszahlen der KfW Mittelstandsbank deutlich. Dagegen sind die Gründungszahlen aus der Arbeitslosigkeit erheblich angestiegen.

Schleswig-Holstein hat 2003 seine Position im Ländervergleich trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes noch weiter verbessert. Mit 8,8 Nettoeueintragungen (Nettoeffekt aus Neugründungen und Löschungen im Handelsregister) je 10.000 Einwohner belegt Schleswig-Holstein den Spitzenplatz aller Flächenländer. Das Land konnte bei den Neueintragungen einen Anstieg von 4,1% verzeichnen. In Deutschland lag die Steigerungsrate bei nur 2,7%.

Netto-Neueintragungen im Jahr 2003

Unternehmensneueintragungen abzüglich Unternehmenslöschungen im Handelsregister je 10.000



In Sachsen-Anhalt fiel der Saldo der Eintragungen und Löschungen im Handelsregister negativ aus. Schleswig-Holstein verzeichnet einen Anstieg der Neueintragungen um 4,1 % (Hamburg: -7,5 %; Deutschland: -2,7 %)

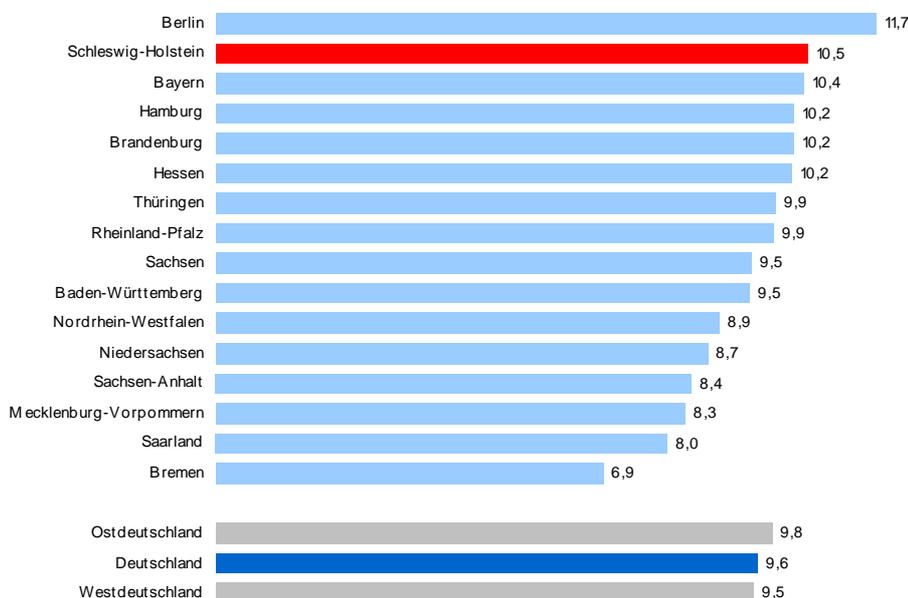
Quellen: Verband der Vereine Creditreform e.V.; Insolvenzen, Neueintragungen, Löschungen vom 04.12.03 - Jahr 2003; Statistisches Bundesamt: Bevölkerung

Überdurchschnittliche Selbständigenquote

Schon traditionell weist Schleswig-Holstein eine deutlich höhere Selbständigenquote als der Durchschnitt der Länder auf. Besonders interessant ist, dass Schleswig-Holstein auch unter Herausrechnung der Selbständigen in den Bereichen Land-, Forstwirtschaft und Fischerei mit 10,5 % die höchste Selbständigenquote nach der Bundeshauptstadt aufweist.

Selbständigenquote 2003

in Prozent aller Erwerbstätigen außerhalb von Land-, Forstwirtschaft und Fischerei



Quelle: Arbeitskreis "Erwerbstätigenrechnungen des Bundes und der Länder"; Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein v. 26.01.2004; Stand: 1. Fortschreibung

„Starthilfe Schleswig-Holstein“ – erleichterter Zugang zu Kapital

Der Zugang zu Kapital und zu den weiter verbesserten Förderkreditprogrammen der KfW Mittelstandsbank ist eines der größten Probleme insbesondere für Gründerinnen und Gründer kleinerer Existenzgründungsvorhaben. Mit Unterstützung des Landes übernimmt die Investitionsbank seit 2003 für Erfolg versprechende kleinere Existenzgründungsvorhaben und Festigungsvorhaben befristet die Hausbankfunktion. Bis 2002 stand diese Möglichkeit mit dem Existenzgründerinnenprogramm nur gründenden Frauen offen. Mit Hilfe des neuen Programms konnten im vergangenen Jahr Existenzgründungsvorhaben begleitet werden, wodurch 118 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die *Starthilfe Schleswig-Holstein* zeichnet sich durch die begleitende Beratung der Gründerinnen und Gründer innerhalb der ersten zwei Jahre aus. Dies ist eine wertvolle Unterstützung der Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer in den schweren ersten Jahren und erhöht die Nachhaltigkeit der Unternehmungen entscheidend.

Bürgschaftsbank

Im Rahmen ihrer Bürgschaftsprogramme hat die Bürgschaftsbank sehr positive Erfahrungen mit Coaching gemacht: Unternehmen mit einem Coaching überleben wesentlich länger als solche ohne Beratung. Deshalb sind die Förderprodukte für Existenzgründungen seit 2003 weitgehend mit einer begleitenden Beratung verknüpft. Nach den Erfahrungen der Bürgschaftsbank mit dem Förderprogramm ERP-Sofort, das mit einem einmaligen Check-up verknüpft ist, konnte die Ausfallwahrscheinlichkeit innerhalb der ersten zwei Jahre um über 50 % reduziert werden.

Existenzgründungsleitfaden erneut überarbeitet / auch online abrufbar

Der bundesweit anerkannte Existenzgründerleitfaden wurde im Jahre 2003 erneut aktualisiert und ist im Internet unter www.wir-helfen-gruenden.de zu finden.

Beratung ist das A + O

Die Förderberatung Wirtschaft bei der Investitionsbank informiert bestehende Unternehmen, Existenzgründerinnen und Existenzgründer kostenlos und wettbewerbsneutral über die vorhandenen Fördermöglichkeiten des Landes, des Bundes und der Förderinstitute. Im Jahr 2003 wurden knapp 2.900 Beratungen (2.500 im Vorjahr) durchgeführt, davon rund 1.900 Beratungen für Existenzgründungsinteressierte und 800 für bestehende Unternehmen.

Auf die spezifischen Fragestellungen zur beruflichen Selbständigkeit von Frauen ist auch das Angebot des Bildungs- und Beratungszentrums **Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V.** ausgerichtet. Es bietet Existenzgründerinnen sowohl in der Orientierungsphase, der Gründungsphase und der Festigungsphase eine auf die individuelle Situation der Gründerin zugeschnittene Beratung und Unterstützung. Die Angebote in Kiel, Lübeck und Husum umfassen Einzel- und Gruppenberatungen, Seminare und das Gründungscoaching. Darüber hinaus vermittelt das Frauennetzwerk Patenschaften zwischen Gründerinnen und Unternehmerinnen und baut tragfähige Vernetzungsstrukturen auf. Unter der Adresse www.fexinet.de stellt das **Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V.** einen Online-Kurs sowie verschiedene Beratungsangebote online zur Verfügung.

Gründungsfinanzierungen der Finanzierungsinstitute in Schleswig-Holstein etabliert

Die dem Land nahestehenden Finanzierungsinstitute - Investitionsbank, Bürgschaftsbank und Mittelständische Beteiligungsgesellschaft - haben im Jahr 2003 an der Finanzierung von annähernd 212 Gründungsvorhaben mitgewirkt. Mehr als 1.880 Arbeitsplätze konnten so geschaffen oder gesichert werden.

Gründer schaffen und sichern Arbeitsplätze

Die KfW Mittelstandsbank hat im Bereich Existenz- und Unternehmensgründungen bis Ende September 2003 459 Gründungsvorhaben unterstützt. Damit wurden über 3.556 Arbeits- und Ausbildungsplätze in Schleswig-Holstein geschaffen oder gesichert. Die Frauenquote betrug 2003 nahezu 28% und lag damit leicht unter dem Vorjahreswert. Fusionsbedingt sieht sich die KfW-Mittelstandsbank derzeit nicht in der Lage, für das abgelaufene Jahr 2003 eine abschließende Statistik zur Förderung von Existenzgründungen vorzulegen.

Neue Perspektiven

Mit den verbesserten Möglichkeiten der Gewährung von Überbrückungsgeld für Existenzgründerinnen und Existenzgründer aus der Arbeitslosigkeit konnte die Bundesagentur für Arbeit in Schleswig-Holstein im Jahr 2003 für 5.555 Personen (im Vorjahr 4.243) neue berufliche Perspektiven eröffnen. Das entspricht einer nochmaligen Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 30,9%. In den strukturschwachen Fördergebieten des Landes (Ziel-2-Gebiet) können diese Hilfen seit dem Spätsommer 2002 zudem durch ESF-Mittel im Rahmen des Förderprogramms Arbeit für Schleswig-Holstein (ASH 34) weiter aufgestockt werden. Im Jahr 2003 wurden nahezu 1.300 Existenzgründungen durch diese europäischen Fördermittel gefördert.

Das neue Instrumentarium der *Ich-AG* der Bundesagentur für Arbeit wird nach anfänglichen Startschwierigkeiten stark nachgefragt. Mehr als 3.500 Förderfälle registrierte die Arbeitsverwaltung im ersten Jahr der Förderung (2003).

In beiden Förderbereichen zeigen die Coachingangebote der Bundesagentur für Arbeit vor der Existenzgründung und während der ersten sechs Monate der Neugründung gute Erfolge. Im Rahmen der Neuausrichtung von ASH 2000 ab 2004 erweitert das Land die Fördermöglichkeiten durch die Beratung von Existenzgründungen in der Gründungs- und Festigungsphase (siehe auch Kapitel 3.2).

Gründungen aus Hochschulen

Im Rahmen des Programms *EXIST-Existenzgründer aus Hochschulen* ist mit Unterstützung des Bundesforschungsministeriums in den Regionen in und um Lübeck sowie in der K.E.R.N.-Region mit insgesamt sieben Hochschulen und deren Forschungseinrichtungen im Jahre 2002 die Initiative KOGGE gestartet worden. Gesteuert wird das Projekt von der Fachhochschule Lübeck. Für die K.E.R.N.-Region betreibt die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel ein Koordi-

nierungsbüro. KOGGE arbeitet für alle Existenzgründer aus Hochschulen des Landes. Die Universität zu Lübeck betreibt im Rahmen des KOGGE-Programms ein Servicezentrum für Existenzgründerinnen „de luex“, das Frauen offen steht.

Das Projekt der *Lübecker Initiative für Existenzgründungen aus Hochschulen* (LIFE) lief Ende 2003 aus. Die Lübecker Hochschulen und ihre Forschungseinrichtungen gründeten daraufhin gemeinsam als Anschlussprojekt das *Kompetenzzentrum für Gründungen und Management*.

An der Christian-Albrechts-Universität besteht im Rahmen der Lehrstühle *Gründung- und Innovationsmanagement* und *Wirtschaftsgeographie* mit dem Schwerpunkt Existenzgründungen ein weiteres Informationsangebot an Gründerinnen und Gründer aus den Hochschulen.

3.5 Technologiepolitik

Die Technologiepolitik der Landesregierung zielt auf die Stärkung der technologischer Kompetenz in Schleswig-Holstein durch die Unterstützung von technologieorientierten kleinen und mittelständischen Unternehmen: Neue Ideen und Erfindungen sollen möglichst schnell in marktfähige Produkte und Dienstleistungen umgesetzt werden. Durch zügige und effektive Innovationsprozesse werden in Schleswig-Holstein Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen.

Die Technologiepolitik des Landes hat sich auch im Jahr 2003 auf Schwerpunktthemen konzentriert. Die wesentlichen Kriterien sind ein hohes Zukunftspotenzial, eine fundierte wissenschaftlich-technische Basis sowie branchenspezifische technologieorientierte und innovative Unternehmen. Zu diesen Schwerpunktbereichen zählen

- die Life Sciences (Medizintechnik, Biomedizin und Biotechnologie),
- die Mikroelektronik und Mikrosystemtechnik,
- die Meerestechnik sowie
- die IuK-Technologien

Life Sciences – Biotechnologie und Medizintechnik

Im Jahr 2003 hat die Landesregierung eine Reihe neuer Initiativen zur Unterstützung einer Clusterbildung in den Life Sciences – Biotechnologie und Medizintechnik – angestoßen:

Auf Basis einer Standortuntersuchung hat das Wirtschaftsministerium im März 2003 das Strategiepapier *Eckpunkte und Perspektiven – Medizintechnik in Schleswig-Holstein* veröffentlicht. Die darin angekündigten Maßnahmen - z.B. der Aufbau einer via Internet zugänglichen medizintechnischen Kompetenzdatenbank, der Ausbau der Netzwerkfunktion der *Arbeitsgemeinschaft Medizintechnik e. V.* (AGMT) sowie der Aufbau von Kompetenzzentren an den Hochschulen des Landes - werden zurzeit umgesetzt. In Kooperation mit dem Wissenschaftsministerium wurden EU- und Landesmittel für den Aufbau von *Kompetenzzentren in den Bereichen Drug Design / Target Monitoring, Tissue Engineering* sowie für ein *Kompetenznetzwerk Medizintechnologie* zur Verfügung gestellt. Die Planungen zum Aufbau eines *Kompetenzzentrums für den Bereich E-Health* sowie eines *Zentrums für Qualitätsprozesse / Systemassessment* konnten konkretisiert werden. An der Schnittstelle zwischen Hochschulen und Wirtschaft sorgen die Kompetenzzentren für eine schnellere wirtschaftliche Verwertung der Forschungsergebnisse und schaffen attraktivere Rahmenbedingungen für die Gründung und Ansiedlung neuer Life Science-Unternehmen.

Einen wegweisenden Schritt zu einer überregionalen Clusterbildung in den Life Sciences stellte 2003 die Initiative zur Gründung einer gemeinsam mit Hamburg betriebenen **Agentur für innovative Medizin** (i-Med) dar. Im April 2003 gaben der Erste Bürgermeister von Beust und Wirtschaftsminister Rohwer den Anstoß zum Aufbau der Agentur. Im Dezember 2003 hat die Stadt Hamburg die i-Med/Nord GmbH gegründet. Schleswig-Holstein ist seit Frühjahr 2004 zu 50 % gesellschaftsrechtlich an der i-Med/Nord GmbH beteiligt. Die Agentur hat die Funktion einer zentralen Koordinierungs- und Anlaufstelle für die Life Sciences in der Region Hamburg

und Schleswig-Holstein. Das inhaltliche Spektrum umfasst die Bereiche der Medizintechnik, der medizinischen Biotechnologie sowie der Pharmazie. Die Agentur wird das Management von Projekten und Pilotinitiativen übernehmen, sich um die Einwerbung von Drittmitteln kümmern, die Vernetzung und den Ausbau der vorhandenen Kompetenzen vorantreiben sowie für eine stärkere Profilierung und Vermarktung des Life Sciences Standortes Norddeutschland sorgen. Mit Gründung der i-Med haben die norddeutschen Länder die Chance, sich besser als bisher im überregionalen und internationalen Wettbewerb zu positionieren.

Der **Bay to Bio Förderkreis Life Sciences e. V.** ist ein von Unternehmen und Einrichtungen der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein gegründetes Informations- und Kommunikationsforum für die norddeutsche Life Science Branche. Der Verein zählt über 60 Mitglieder und bietet Vortragsveranstaltungen, Unternehmerstammtische und nationale und internationale Netzwerkverbindungen an.

Wissenschaftspark

In unmittelbarer Nähe zur Kieler Universität planen die Landeshauptstadt Kiel, die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und die Preussag Immobilien GmbH den *Wissenschaftspark Kiel*. Ziel ist die Forcierung des Wissenstransfers in die Unternehmen. Der Park bietet Raum für Unternehmensansiedlungen in den bedeutenden Kompetenzbereichen der Kieler Hochschulen: Biotechnologie, Molekularbiologie, Ernährungswissenschaften, Gesundheitsökonomie, Medizintechnik, Materialwissenschaften und Sensorik. Als Kristallisationspunkt ist ein Wissenschaftszentrum für zentrale Aufgaben (Verwaltung, Marketing, Durchführung des Technologie-, Forschungs- und Wissenstransfers) vorgesehen. Zugleich werden Räumlichkeiten für Veranstaltungen, Seminare und Tagungen zur Verfügung gestellt und Kooperationsprojekte von Unternehmen und Hochschulen ermöglicht. Die Errichtung des Wissenschaftszentrums wird durch das Regionalprogramm 2000 mit knapp 5 Mio. Euro unterstützt. Der Projektbeginn ist für Ende 2004 vorgesehen.

Meerestechnik

Im Mai 2003 fand in Lübeck die 3. Nationale Maritime Konferenz statt. Ein bedeutendes Ergebnis der Konferenz ist die auf Initiative Schleswig-Holsteins ins Leben gerufene **Strategische Allianz für die Meerestechnik**. Die während der Konferenz entwickelten Ideen, Konzepte und Maßnahmen zur Nutzung der Wachstumspotenziale in der Meerestechnik werden von einer Fachgruppe geprüft, die auch für eine schnellstmögliche Umsetzung sorgt.

Mit der Vorlage des Errichtungs- und Betriebskonzeptes der **Forschungsanlage für die Marikultur** hat das Wirtschaftsministerium gemeinsam mit dem Umweltministerium und dem Wissenschaftsministerium jetzt die planerischen Voraussetzungen zur Schaffung des *Nationalen Kompetenzzentrums für die Marikultur* geschaffen. Die Umsetzung des Errichtungs-konzeptes erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesforschungsministerium sowie den Ländern Bremen, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Die Koordinierung der Arbeiten erfolgt durch die Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein GmbH.

Im Juni 2003 hat mit großem Erfolg die zweite **InWaterTec** in Kiel stattgefunden. Diese Veranstaltung kombiniert Konferenz, Messe und Ausstellung im Bereich Meerestechnik und Meeresforschung und ist in dieser Form einmalig in Deutschland.

Mikroelektronik/Mikrosystemtechnik

Am Mikroelektronik- und Mikrosystemtechnikstandort Itzehoe mit dem Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie (ISiT) und dem Innovationszentrum IZET wurde auch in diesem Jahr die Clusterpolitik des Landes weiter umgesetzt. Die in den letzten Jahren ausgegründeten und angesiedelten Firmen haben sich erfolgreich positioniert und ihre Stellung im Wettbewerb behaupten können. Weitere Firmenansiedlungen und der Bau einer Chipfabrik sind in der konkreten Planung und ermöglichen dem Standort, überregional und international weiter an Bedeutung zu gewinnen und damit neue Firmen zu akquirieren. Insbesondere auch die Europaaktivitäten des IZET zur Förderung der Netzerkennung mit Forschungseinrichtungen und Unternehmen außerhalb von Schleswig-Holstein tragen dazu bei.

Telekommunikation, Internet-, Medienwirtschaft

Die kontinuierliche Weiterentwicklung der schleswig-holsteinische Informations- und Kommunikationswirtschaft trägt maßgeblich dazu bei, den Strukturwandel für den wirtschaftlichen Fortschritt Schleswig-Holsteins zu nutzen. Der Anteil der Beschäftigten in der schleswig-holsteinischen Informations- und Kommunikationswirtschaft steigt stetig an. Schleswig-Holstein liegt bei der Nutzung des Internet unter den Bundesländern auf den vorderen Plätzen. Die Landesregierung unterstützt den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien in vielen Lebensbereichen. Flankierende Maßnahmen helfen den kleinen und mittleren Unternehmen, sich auf diesen Gebieten weiter zu entwickeln.

Mit dem Förderprogramm **Business to Business** (B2B) - fördert die Landesregierung die Umstellung konventioneller Geschäftsprozesse auf den elektronischen Geschäftsverkehr, einschließlich der innerbetrieblichen Ablauf- und Aufbauorganisationen. Das Programm ergänzt die technologieorientierten Förderprogramme und gleicht durch die Realisierung unternehmensspezifischer ganzheitlicher B2B-Lösungen die strukturellen und regionalen Wettbewerbsnachteile der schleswig-holsteinischen Klein- und Mittelbetriebe aus.

Das 2002 gestartete Programm hat eine Laufzeit von drei Jahren, ist mit jährlich 511.000 Euro dotiert und wird aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen des Regionalprogramms 2000 finanziert. Bis Ende 2003 wurden Förderungen in Höhe von gut 630.000 Euro bewilligt. Das damit induzierte Projektvolumen betrug mehr als 1,5 Millionen Euro. Aufgrund der Empfehlungen im Zuge der Halbzeitbewertung des Regionalprogramm 2000 ist beabsichtigt, dieses betriebliche Förderprogramm weiterzuführen und die Laufzeit auf die Jahre 2005 und 2006 auszudehnen. Weitere Informationen unter www.ttz-sh.de.

Wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen investiver und nichtinvestiver Art werden im Bereich der IuK-Technologien im Rahmen des Regionalprogramms 2000 mit Mitteln des EFRE gefördert. Gegenstand der Förderung sind z.B. der Ausbau wettbewerbsneutraler Beratungsinfrastrukturen für KMU, Telearbeit oder die Anwendung moderner IuK-Technologien im öffentlichen Bereich (e-Government), wobei der wirtschaftliche Nutzen für KMU im Vordergrund steht (Einzelheiten unter www.sh-interaktiv.de).

Im Rahmen des **Leitprojekts Hochleistungsnetz Schleswig-Holstein** wurden im Bereich Sprachdienst zwei innovative Projekte in Lübeck und Kiel umgesetzt. Weitere Projekte, die die Breitbandversorgung (VDSL, Kabel) mit neuen Technologien zum Ziel haben, sollen folgen.

Ergänzend zu diesen Fördervorhaben hat die Landesregierung zwei weitere Maßnahmen auf den Weg gebracht, die Pilotprojekte mit besonders innovativem Charakter unterstützen:

- e-Region Schleswig-Holstein
- Initiative New Media

Ziel von **e-Region Schleswig-Holstein** ist die Verbesserung der Kooperation zwischen der Wissenschaft und den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und die Demonstration des Nutzens moderner IuK-Technologien anhand praktischer Beispiele. Gemeinsam mit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein förderte das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein 14 fortschrittliche Qualifizierungsprojekte und innovative Anwendungen zur Weiterentwicklung der Informationsgesellschaft in Schleswig-Holstein (www.e-region-sh.de).

e-Region Schleswig-Holstein wird zu 50% aus dem EFRE kofinanziert und belegte bei einem europäischen Qualitätswettbewerb den ersten Platz in der Kategorie „Informationsgesellschaft“. Bei dem „Wettbewerb regionale Innovation in Europa“ hat das Projekt *IT-Gütesiegel* einen der ersten drei Plätze belegt. Das EU-Förderprogramm *e-Region Schleswig-Holstein* (Programmvolumen: 5,84 Millionen Euro) lief zunächst in den Jahren 2002 und 2003. Im Jahr 2004 wird ein Folgeantrag bei der Europäischen Kommission erarbeitet (e-Region PLUS). Schwerpunkthememen werden neben e-government und e-health unter anderem auch Wissenstransfer und thematische Netzwerke sein, mit deren Hilfe die schleswig-holsteinische Informationsgesellschaft weiter voran gebracht werden soll. Nach Genehmigung durch die EU-Kommission wird e-Region PLUS in den Jahren 2005 und 2006 umgesetzt.

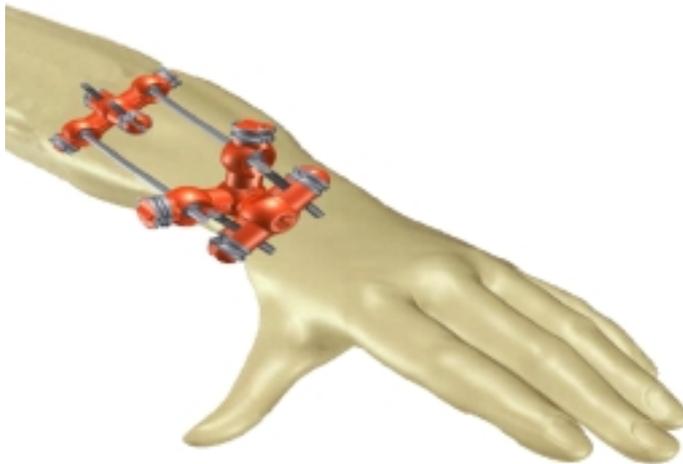
Im Rahmen der **Initiative New Media** wurden gemeinsam mit der Deutschen Telekom AG acht innovative Projekte mit einem beiderseitigen Fördervolumen von rund 4 Mio Euro finanziell unterstützt. Im Bereich eHealth ist das Projekt *medRegioLübeck / Kompetenzzentrum eHealth* am 1. April 2004 gestartet. Es wird mit rund 1,7 Millionen Euro im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogrammes (ZIP) gefördert. Ziel dieses Projekts ist der Aufbau eines Kompetenzzentrums in Lübeck, das insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen eine leistungsfähige Infrastruktur zum Aufbau von e-health-Anwendungen wie z.B. elektronisches Rezept, Online-Terminbuchung, virtuelles Sprechzimmer bieten soll. Eine Kooperation mit dem Leitprojekt der Gesundheitsinitiative des Landes, der *Gesundheitskarte Flensburg*, wird angestrebt.

Angesichts ständig wechselnden Anforderungen im Standortwettbewerb ist auch die Informations- und Kommunikationswirtschaft auf marktnah qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen. Mit dem Multimedia Campus in Kiel sowie der International School of New Media in Lübeck wurde die Infrastruktur im Bereich Aus- und Weiterbildung auf hohem Niveau ausgebaut: Lehre, praxisnahe Weiterbildung, anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung in den Bereichen Internet und neue Medien sind die zentralen Tätigkeitsfelder. In den postgradualen Weiterbildungsstudiengängen Master of Science in Multimedia-Management (MMC) sowie in Digital Media (ISNM) wird Studierenden aus der ganzen Welt das Wissen vermittelt, das den Anforderungen des globalen Marktes und den sich permanent verändernden neuen Medien und Technologien gerecht wird. Weitere Informationen unter: www.Multimedia-campus-kiel.de und www.isnm.de.

Technologietransfer

Technologiemessen

Im Jahr 2003 präsentierte sich Schleswig-Holstein im Rahmen Norddeutscher Gemeinschaftsstände auf fünf Technologiemessen. Die Teilnahme von jungen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen an Gemeinschaftsständen wurde mit insgesamt 350.000 Euro gefördert. Neben der CeBIT und der Hannover Messe Industrie wurden auch führende Fachmessen wie die BIOTECHNICA in Hannover (Biotechnologie, Molekularbiologie), die SYSTEMS in München (Informationstechnik, Telekommunikation) und die MEDICA (in Düsseldorf (Medizintechnik) besucht.



EXTRON Einmal Fixateur Externe zur Fixierung von Knochenfrakturen des Medizintechnik-Unternehmens tantum AG (Neumünster)

Förderung wirtschaftsnaher Forschung

Nach der Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Technologietransfer werden neben Projekten von Forschungs- und Technologietransfereinrichtungen auch Projekte von Hochschulen und im Rahmen von Verbundprojekten auch Unternehmen aus Mitteln des Wirtschaftsministeriums gefördert.

Im Rahmen der **einzelbetrieblichen Technologieförderung** sind im Jahr 2003 535 neue Arbeitsplätze geschaffen und weitere 185 Arbeitsplätze gesichert worden. Hierfür hat die Landesregierung Fördermittel in Höhe von über 4,4 Millionen Euro bereitgestellt. Durch die Zuschüsse soll das Forschungs- und Entwicklungsrisiko für innovative mittelständische Unternehmen gesenkt werden.

PVA SH GmbH

Die Patent- und Verwertungsagentur für die wissenschaftlichen Einrichtungen in Schleswig-Holstein GmbH (PVA SH GmbH) beantragt die Patentierung und verwertet die Erfindung als Dienstleistungsunternehmen der schleswig-holsteinischen Hochschulen und der Technologie-Transfer-Zentrale GmbH (ttz SH GmbH). Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat die PVA SH GmbH mit rund 1,03 Millionen Euro in den Jahren 2002 und 2003 gefördert und stellt weitere Fördermittel für die nächsten drei Jahre zur Verfügung, die von den Hochschulen des Landes kofinanziert werden. Seit ihrer Gründung im Februar 2002 hat die Patentverwertungsagentur über 110 Erfindungsmeldungen bearbeitet, knapp 40 Patente angemeldet, vier Lizenzverträge abgeschlossen sowie Firmengründungen initiiert. Die PVA bearbeitet derzeit weitere konkrete Verwertungsansätze.

Ausgründungs- und Ansiedlungsinitiative für Schleswig-Holstein (Spinoff SH)

Mit der Ausgründungs- und Ansiedlungsinitiative für Schleswig-Holstein etablieren die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein, die Investitionsbank Schleswig-Holstein, das Innovationszentrum Itzehoe (IZET), das Technologiezentrum Lübeck, die Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein, die Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein, die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein, das Forschungsministerium und das Wirtschaftsministerium eine Dienstleistung, die öffentliches Standortmarketing, regionale Ansiedlungsberatung, Prozessbegleitung bei Ausgründungen und öffentliche Förderfinanzierungen aus einer Hand bietet. Mit der Initiative wird das Potenzial technologieorientierter Ausgründungen aus den Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Schleswig-Holstein noch stärker ausgeschöpft. Zugleich werden Ausgründungs- und Ansiedlungspotenziale in anderen Bundesländern identifiziert und für Schleswig-Holstein akquiriert. Nach der erfolgreichen Identifikation und Ansprache der potenziellen Ausgründer und Ansiedler wird der Gründungsprozess durch eine intensive Betreuung gefördert (Coaching-Woche). Eigenständiger Bestandteil der Ausgründungsinitiative ist eine Task Force unter Schirmherrschaft des Wirtschaftsministers, in der Persönlichkeiten aus der Wirtschaft Beratungs- und Betreuungsleistungen für Gründer auf persönlicher Ebene anbieten und sie bei der ersten Orientierung in Schleswig-Holstein unterstützen.

Innovationsberatung Innovations-Audit

Die **Innovationsanalyse** wird als kostenlose Dienstleistung der Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein angeboten. Bisher wurden 18 Unternehmen verschiedenster Branchen analysiert. Drei dieser Unternehmen haben sich entschieden, aufbauend auf den Ergebnissen ihr Innovationsmanagement mit Hilfe von Unternehmensberatern zu optimieren. Die Kosten des Beraters werden zu 50% gefördert.

Für die Suche nach geeigneten Beratern hat die Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein ein Netzwerk von akkreditierten **Innovationsberatern** aufgebaut. Hierdurch wird gewährleistet, dass die Beratung durch qualifizierte, erfahrende Kräfte mit einer ausgewiesenen Kompetenz im Innovationsmanagement erfolgt. Das Netzwerk ist offen und wird fortlaufend ausgebaut.

Das in der Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein erfolgreich entwickelte Analyseinstrument hat Interesse in anderen Bundesländern geweckt: Derzeit werden Gespräche mit Interessenten geführt und die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen, um das Innovations-Audit anderen Technologietransfereinrichtungen in Lizenz zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus wird das Innovations-Audit im Rahmen eines EU-geförderten Projektes gemeinsam mit verschiedenen europäischen Regionen speziell für Unternehmen, die im Bereich Life-Science tätig sind, modifiziert.

Schmidt-Römhild Technologiepreis

Im November 2003 wurde durch Minister Dr. Bernd Rohwer zum sechzehnten Mal der **Schmidt-Römhild-Technologiepreis** verliehen. Der mit 10.000 Euro dotierte erste Preis ging an die Firma CONDIAS GmbH aus Itzehoe für die Entwicklung eines neuartigen Verfahrens zur Abwasserreinigung mit Hilfe von diamantbeschichteten Elektroden. Der ebenfalls mit 10.000 Euro dotierte Technologietransferpreis der Technologiestiftung Schleswig-Holstein ging an Prof. Dr. Reinhard Knöchel von der Technischen Fakultät der Universität Kiel.

Science Center Schleswig-Holstein

Die wissenschaftlich-technologische Leistungsfähigkeit und das Potenzial der Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Unternehmen ist in den letzten Jahren in Schleswig-Holstein immens gestiegen. Diesen Fortschritt für Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins und über die Grenzen des Landes hinaus sichtbar zu machen ermöglicht ein Science Center, das zugleich ein bedeutender touristischer Anziehungspunkt ist. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie wurden die Chancen eines Science Centers in Schleswig-Holstein geprüft. Die Städte Kiel und Flensburg bewerben sich als Standorte für ein Science Center. Eine Standortentscheidung wird voraussichtlich Mitte 2004 getroffen.

Innovationsfond

Ein wichtiger Teil des Hochschulvertrags und Anreiz für einen zusätzlichen Innovationsschub ist die Einrichtung eines auf fünf Jahre angelegten *Innovationsfond für Hochschule und Wissenschaft* (3,1 Millionen Euro im Jahr 2004 und 5 Millionen Euro jährlich ab 2005). Mit seiner Hilfe werden Projekte zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Technologietransfer sowie zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des schleswig-holsteinischen Hochschulsystems durchgeführt.

Förderprogramm Hochschulen - Wirtschaft - Transfer (HWT)

Das Bildungs- und Forschungsministerium und die Technologiestiftung Schleswig-Holstein führen gemeinsam ein Förderprogramm zum Technologietransfer durch. Dafür stellt das Ministerium aus Mitteln des Innovationsfonds jährlich 0,25 Millionen Euro bereit. Der gleiche Beitrag wird von der Technologiestiftung zur Verfügung gestellt. In dem für drei Jahre aufgelegten Programm sollen für die Wirtschaft des Landes wichtige technologische Fragestellungen in Kooperation von Hochschulen und Unternehmen bearbeitet werden. Eine finanzielle Beteiligung der Unternehmen wird vorausgesetzt.

3.6 Regionale Wirtschaftspolitik

Europäische Strukturpolitik

Im Rahmen der Förderperiode der EU-Strukturfonds bis 2006 werden **drei Ziele** und **vier Gemeinschaftsinitiativen** unterstützt.

Unter das Ziel 2 fallen Regionen mit Strukturproblemen, deren wirtschaftliche und soziale Umstellung flankiert werden soll. Ein großer Teil Schleswig-Holsteins gehört zum Ziel 2-Gebiet:

- die Kreise Schleswig-Flensburg, Dithmarschen und Nordfriesland,
- Teile der Landeshauptstadt Kiel sowie der kreisfreien Städte Flensburg und Lübeck,
- weitere strukturschwache ländliche Räume in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde, Ostholstein und Plön,
- die Gemeinde Büttel und die Insel Helgoland.

Das Land profitiert von der EU-Förderung

Aus dem **Ziel 2-Programm Schleswig-Holstein 2000 - 2006** fließen rund 269,6 Millionen Euro nach Schleswig-Holstein. Der größte Teil davon kommt aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Ein kleinerer Teil entfällt auf den Europäischen Sozialfonds (ESF). Die EFRE-Mittel sind wichtigster Bestandteil der Gesamtfinanzierung des **Regionalprogramm 2000** der Landesregierung.



Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung

Erste Änderung des Ziel 2-Programms genehmigt

Im **Einheitlichen Programmplanungsdokument (EPPD)** für die Ziel 2-Förderung in Schleswig-Holstein 2000 – 2006 sind Maßnahmen und Förderstrategie für die Regionalförderung in Schleswig-Holstein festgelegt. Die EU-Kommission hat im April 2004 eine von der Landesregierung im Mai 2003 beantragte erste **Änderung des Ziel 2-Programms genehmigt**. Die Landesregierung hatte mit diesen Mittelumrichtungen frühzeitig Konsequenzen aus der seinerzeit noch laufenden Halbzeitbewertung des Ziel 2-Programms gezogen. Damit können jetzt zusätzliche EFRE-Mittel für den Tourismus in Höhe von 18 Millionen Euro und für die berufliche Aus- und Weiterbildung in Höhe von 1,5 Millionen Euro eingesetzt werden. Im Gegenzug wird die EFRE-Mittelausstattung für die Förderung von Industrie- und Gewerbeflächen sowie Gewerbeparks um 19,5 Millionen Euro reduziert. Darüber hinaus stehen zur Förderung von Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus weitere 2,7 Millionen ESF-Mittel zur Verfügung.

Im Dezember 2003 hat die Landesregierung der EU-Kommission die **Halbzeitbewertung des Ziel 2-Programms** vorgelegt. Die Ergebnisse sind Basis für die inhaltliche und finanzielle Anpassung des Ziel 2-Programms für das letzte Drittel der Förderperiode bis 2006. Der Änderungsantrag ist der EU-Kommission Ende März 2004 zur Genehmigung zugeleitet worden. Diese Nachjustierung beinhaltet neben einer weiteren Erhöhung der Tourismusförderung um 30 Millionen Euro weitere Mittelsteigerungen für die betriebliche Innovationsförderung, den Technologietransfer, die Investitionen für die berufliche Aus- und Weiterbildung und den Ausbau der Hafeninfrastruktur an der Westküste. Außerdem wird ein Fonds zur Bereitstellung von Risikokapital für KMU eingerichtet. Demgegenüber wird vor allem die Förderung der Technologie- und Gründerzentren sowie von Industrie- und Gewerbeflächen deutlich reduziert.

Aus der EU-Gemeinschaftsinitiative **Urban II** erhält die Landeshauptstadt Kiel für das Kieler Ostufergebiet eine Beteiligung des EFRE von 9,913 Millionen Euro. Das Programm wurde am 16. Oktober 2001 genehmigt. Mit Wirkung vom 1. Januar 2004 ist die Funktion der Verwaltungsbehörde auf die Landeshauptstadt Kiel übergegangen.

Zukunft der Strukturfonds noch offen

Mit ihren Vorschlägen zur Finanziellen Vorausschau und dem 3. Kohäsionsbericht hat die EU-Kommission ihre Vorstellungen für die **EU-Strukturpolitik ab 2007** konkretisiert. Sie will u.a. die bisherigen Ziele 2 und 3 in einer neuen Priorität *Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung* mit einer regionalen Komponente und einer nationalen Komponente zusammenfassen und dort die Konzentration der Mittel thematisch und nicht mehr geografisch si-

herstellen. Auch in der Bundesrepublik Deutschland werden zwischen Bund und Ländern intensive Diskussionen darüber geführt, welche Auswirkungen diese Vorschläge auf die Strukturpolitik in einer auf 25 Mitgliedstaaten erweiterten Europäischen Union haben werden. Für Schleswig-Holstein ist wichtig, dass angesichts des strukturpolitischen Handlungsbedarfes weiterhin eine substantielle Förderung nach dem neuen Ziel 2 auf europäischer Ebene erfolgt. Anderenfalls müsste der Bund den Ländern entgehende EU-Mittel angemessen und zweckbestimmt kompensieren.

Regionalprogramm 2000

Das Regionalprogramm 2000 ist eine der drei Säulen der Initiative **ziel: Zukunft im eigenen Land**. Diese Initiative der Landesregierung wurde Anfang 2000 gestartet und bestimmt mit den drei Programmen Zukunft auf dem Land (ZAL), Arbeit für Schleswig-Holstein (ASH) und dem Regionalprogramm (RP 2000) die Förderung der Regionen in Schleswig-Holstein.



Das **Regionalprogramm 2000** bildet das gemeinsame Dach für

- die Ziel 2-Förderung der Europäischen Union aus dem Europäischen Regionalfonds EFRE,
- die Auslaufförderung der EU aus dem EFRE für Teile der ehemaligen Ziel 5b-Gebiete,
- die Infrastrukturförderung aus der GA Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur
- und eine ergänzende Landesförderung.

Regionalprogramm 2000

GA - Infrastruktur		EU - Regionalförderung aus dem EFRE	Land
Land	Bund	nach Ziel 2 	ergänzende Landesmittel
		Auslauffinanzierung ehem. Ziel 5b-Gebiete	

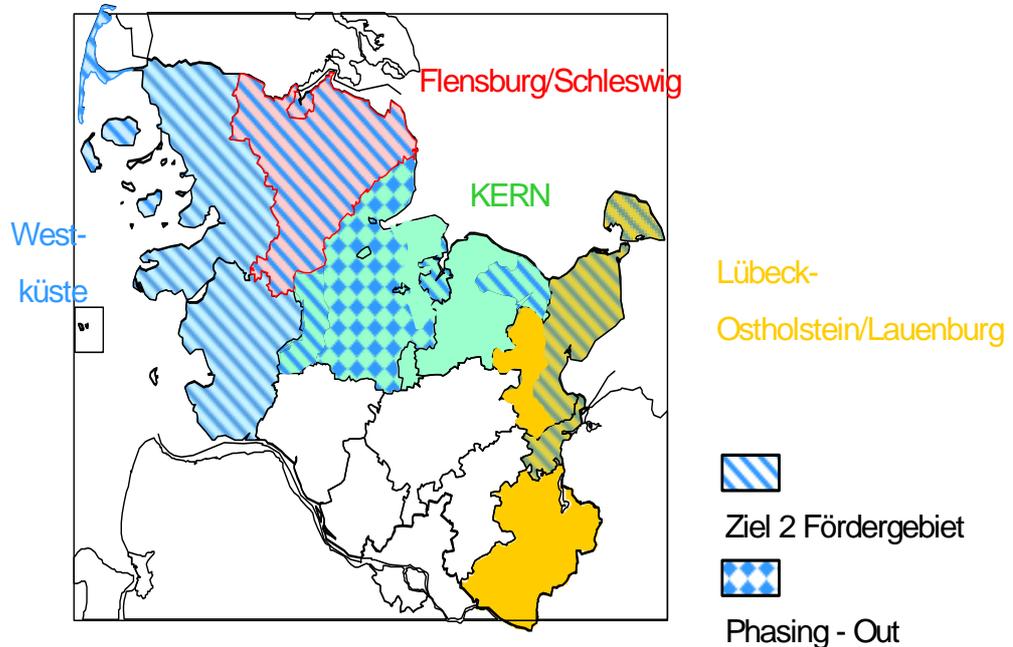
Die **drei Grundprinzipien** des Regionalprogramms:

- **Wirtschaftsnahe Infrastruktur** als Förderschwerpunkt für Innovation, Wachstum und Beschäftigung in den strukturschwachen Regionen.
- **Regionale Partizipation:** Über regionale Beiräte werden die Akteure der Region - unter Einschluss der Kammern, Verbände, Gewerkschaften - am Auswahlverfahren beteiligt.
- **Qualitätswettbewerb:** Förderprojekte müssen sich regional und landesweit mit anderen Projekten messen.

Für die Gesamtlaufzeit des Regionalprogramm 2000 bis zum Ende 2006 hat die Landesregierung ein Fördervolumen von insgesamt 358 Millionen Euro eingeplant. Der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) ist an diesem Mittelvolumen mit rund 222 Millionen Euro

beteiligt. Das Fördergebiet umfasst die Regionen Westküste, Flensburg/Schleswig, Ostholstein/Lübeck/Lauenburg sowie die KERN-Region. Der Kreis Herzogtum-Lauenburg wurde 2004 neu in die Fördergebietskulisse des Regionalprogramms aufgenommen, da der Kreis nach Beschluss des GA-Planungsausschusses seit dem 1.1.2004 zum Fördergebiet der GA gehört.

Fördergebiet des Regionalprogramm 2000



Aus dem Regionalprogramm werden schwerpunktmäßig öffentliche Infrastrukturmaßnahmen gefördert. Die Projekte sollen Innovationen, Wachstum und Beschäftigung vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen stimulieren. Förderschwerpunkt ist der **Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur**. Dazu gehören z.B.:

- Touristische Infrastrukturmaßnahmen einschließlich kulturtouristischer Maßnahmen;
- Erschließung von Industrie- und Gewerbegebieten;
- Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebranchen;
- Errichtung von Gewerbe-, Technologie- und Gründerzentren;
- Maßnahmen im Bereich des Technologietransfers und der Innovationsförderung;
- Informations- und Kommunikationstechnologien;
- Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Qualifizierung;
- Ausbau und Modernisierung der Hafeninfrastruktur.

Daneben werden aus einem begrenzten EFRE-Korridor auch betriebliche Projekte durch die Investitionsbank Schleswig-Holstein und die Technologie-Transfer-Zentrale (ttz) gefördert.

Das Regionalprogramm 2000 wurde parallel zur von der EU vorgeschriebenen Halbzeitbewertung des Ziel-2-Programms einer **Zwischenevaluierung** unterzogen. Nach einer EU-weiten Ausschreibung hat das Land als Gutachter die Firma PLS RAMBØLL Management GmbH beauftragt.

Wesentliche Befunde der Gutachter:

- Das Regionalprogramm 2000 hat sich grundsätzlich als ein geeignetes Instrument zur Unterstützung der wirtschafts-infrastrukturellen Entwicklung in den strukturschwachen Landesteilen in Schleswig-Holstein erwiesen.

- Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre ist in den Förderkreisen recht günstig zu beurteilen. So gab es ein überdurchschnittliches Wachstum in der zweiten Hälfte der 90er Jahre. Nach wie vor sind aber Entwicklungsrückstände vor allem bei der Wirtschaftsstruktur vorhanden.
- Fortschritte im Fördergebiet sind vor allem im Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur zu beobachten.
- Ein Ansatzpunkt zur Verstärkung der Förderung liegt im Tourismussektor, der im Fördergebiet eine große Bedeutung besitzt.
- Beim Innovationspotenzial sind in Schleswig-Holstein noch immer deutliche Defizite festzustellen. Daher sollte der Focus stärker auf die Stärkung bestehender Technologie-Cluster durch Förderung von entsprechenden Infrastrukturen sowie Unternehmen gerichtet werden.
- Die Weiterentwicklung und Förderung von Clusterstrukturen sollte insgesamt intensiviert werden. Branchen und Wirtschaftszweige, mit einer tragfähigen Mindestgröße können als Motor für eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung wirken. Solche Clusterstrukturen, die bereits in der regionalen Wirtschaft verankert sind, sehen die Gutachter z.B. im Bereich der Gesundheitswirtschaft, der Nahrungsmittelproduktion und der maritimen Wirtschaft.
- Die Gutachter empfehlen vor allem die Reduzierung der Fördermittel für die Förderung von „Industrie- und Gewerbeflächen, Gewerbeparks“ und für „Technologie-, Tele-, Innovations- und Gründerzentren“ sowie eine Aufstockung der Tourismusförderung.

Die Bewertungen der Gutachter bestätigen die regionale Förderstrategie der Landesregierung. In seinen Grundstrukturen wird das Regionalprogramm daher unverändert bleiben. Das in Deutschland und Europa vorbildliche Prinzip der regionalen Partizipation, verbunden mit einem Qualitätswettbewerb für Projekte, bilden das entscheidende Erfolgsrezept des Programms. Es sorgt dafür, dass die Projekte von breiten Mehrheiten in den Förderregionen akzeptiert und unterstützt würden. Die veränderten Förderbedarfe führen zu einer Nachjustierung des Programms.

Die wichtigsten **Nachjustierungen im Regionalprogramm 2000** der Landesregierung:

- Die Förderung von Gewerbegebieten und Technologiezentren wird bedarfsgerecht, aber spürbar zurückgefahren. Künftig wird nicht auf Quantität, sondern mehr auf Qualität und ökologische Aspekte, wie z.B. Brachflächensanierungen, gesetzt.
- Die Förderung des Tourismus soll als Schwerpunkt im Regionalprogramm weiter gestärkt werden und der betreffende EFRE-Korridor – ausgehend von der ersten Planung im Ziel-2-Programm - insgesamt um rd. 40 Millionen Euro aufgestockt werden. Hier besteht heute ein sehr viel höherer Bedarf, als zum Zeitpunkt der Programmierung vorhersehbar war. In weiten Teilen der Förderregionen ist der Tourismus einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren.
- Neu in die Förderung werden „Edutainment-Einrichtungen“ aufgenommen.
- Der Förderkorridor für berufliche Qualifizierung erhält ebenfalls mehr Mittel.
- Die betriebliche Innovationsförderung hat sich bewährt und wird deshalb verstärkt fortgeführt.
- Als Ergänzung der betrieblichen Unternehmensförderung wird das Wirtschaftsministerium gemeinsam mit der Investitionsbank einen Beteiligungsfonds für Venture Capital einzurichten.

Seit Programmbeginn wurden bis zum 1. Quartal 2004 mehr als 280 Infrastrukturprojekte mit einem Fördervolumen von rund 234 Millionen Euro und einer Investitionssumme von rund 454 Millionen Euro für eine Förderung ausgewählt. Für mehr als 240 Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von etwa 315 Millionen Euro wurden damit in den ersten vier Programmjahren Fördermittel des Regionalprogramms in Höhe von rund 161 Millionen Euro bewilligt.

Allein im Jahr 2003 wurden mehr als 60 Vorhaben mit rund 39 Millionen Euro unterstützt und damit ein Investitionsvolumen von 70 Millionen Euro angeschoben.

Beispiele für Förderprojekte des Regionalprogramm 2000:

- Technologie- und Gründerzentren:
 - Blumenburg Venture Park in der Gemeinde Selent
- Aufbau und Optimierung der Beratungs- und Dienstleistungsinfrastruktur für KMU:
 - Grenzüberschreitendes Arbeiten des nordfriesischen Handwerks in Dänemark
 - Regionale Qualitätspartnerschaft Westküste der Fachhochschule Westküste
- Förderung Tourismus:
 - Neugestaltung und Attraktivierung des Schwimmbades Pellworm
 - Fernradwanderweg Wikingeroute
 - Fernradwanderweg Nord-Ostseekanal
 - Modernisierung und Neugestaltung von Promenaden in den Gemeinden Scharbeutz, Wrangels (Weißenhäuser Strand) und List sowie in der Stadt Neustadt
 - Neubau und Modernisierung des Kurmittelzentrum St. Peter-Ording
 - Ausbau des Dachgeschosses Schloss Husum zur Kunstgalerie
- Entwicklung des technologischen Potenzials sowie Maßnahmen im Bereich des Technologietransfers:
 - Kompetenzzentrum im MMC für multimediale Kommunikation und multimediale Geschäftsprozesse
 - CC-QS Competence Center Quality-Process and Systems-Assessment in Lübeck
- Maßnahmen im Bereich Qualifizierung:
 - Modernisierung beruflicher Bildungsstätten der Handwerkskammern Flensburg und Lübeck
 - Umbau Akademie Sankelmark
 - Modernisierung der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Malente
- Erschließungen von Gewerbegebieten in den Gemeinden Nordhasted, Scharbeutz, Stockelsdorf, Sierksdorf, Felde, Rantrum, Großenwiehe, Hemmingstedt und Selent sowie in den Städten Kiel, Neumünster und Tönning
- Wirtschaftliche Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien:
 - DigiCult Museen Schleswig-Holstein
 - Hafenlogistik- und Informationssystem Ostuferhafen Kiel
- Hafenmaßnahmen:
 - Erneuerung Südkaje der Anlegestelle Schlüttsiel
 - Neubau des Fähranlegers Hallig Hooge
 - Neugestaltung der Gate-Situation im Ostuferhafen Kiel
- Maßnahmen im Rahmen integrierter Konzepte für städtische Problemgebiete:
 - Dienstleistungszentrum Walzenmühle in Flensburg
 - Städtbauliche Voruntersuchung Konversionsstandort List/Sylt
 - Umbau der Hafenstraße in Husum zu einer Hafenpromenade
 - Existenzgründerinnenzentrum Lübeck-St. Lorenz
 - Obereidergebiet Rendsburg: Erschließung von Gewerbeflächen (Teil 1)
- Sicherheitsrelevante Maßnahmen auf den Flugplätzen Lübeck und Helgoland
- Gutachten, Entwicklungskonzepte, Regionalmanagements:
 - Regionales Entwicklungskonzept Brunsbüttel - Montage- und Umschlagplatz für Offshore-Windenergieanlagen
 - Regionalmanagement Industriepark Brunsbüttel

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA) ist seit 1969 zentrales Instrument für die Regionalförderung von Bund und Ländern. Sie zielt auf den Ausgleich von Standortnachteilen strukturschwacher Regionen und den Abbau regionaler Entwicklungsunterschiede. Bund und Länder beteiligen sich jeweils zu 50 Prozent an der Finanzierung. Der GA-Rahmenplan ist der einheitliche Ordnungsrahmen, der die Förderregeln für die regionale Wirtschaftsförderung in Deutschland festlegt.

Für neue Projekte in den westdeutschen Ländern hat die Bundesregierung ab 2004 keine neuen Haushaltsmittel mehr eingeplant. Gegen diese Austrocknung der GA-West hat die Landesregierung Schleswig-Holstein bei der Bundesregierung und beim Bundestag mit Erfolg interveniert. Der Bundestag hat im Haushalt 2004 die Fortführung der GA-Förderung in den alten Bundesländern ermöglicht. Aus Mitteln der GA-Ost werden im Jahr 2004 bis zu 100 Millionen Euro der GA-West zugeführt. Für die Westländer reduziert sich der bisherige jährliche Bewilligungsrahmen somit um 25 %. Damit kann in Schleswig-Holstein die GA-Förderung zumindest im Jahr 2004 fortgeführt werden.

Fördergebiet der GA

Die Europäische Kommission hat die Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe für den Zeitraum 2004 – 2006 verlängert. Schleswig-Holstein verfügt über drei unterschiedliche Fördergebietskategorien in denen infrastrukturelle und steuerliche Förderung erfolgen kann:

C-Fördergebiet (gewerbliche Förderung bis zu 23 %): Kreise Dithmarschen, Nordfriesland, Ostholstein, Schleswig-Flensburg sowie die Städte Flensburg und Lübeck

D-Fördergebiet (Förderung für kleine und mittlere Unternehmen bis zu 15 %): Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde sowie die Städte Kiel und Neumünster

E-Fördergebiet (Förderung für kleine und mittlere Unternehmen bis zu 15 %) – neu ab 2004: Kreis Herzogtum Lauenburg

Drei Säulen der Förderung

Für die GA-Förderung ist im Jahr 2004 – vorbehaltlich der Mittelzuweisung durch den Bund – ein Bewilligungsrahmen von rund 21,7 Millionen Euro vorgesehen, der auf folgende Bereiche verteilt werden soll:

- Infrastrukturmaßnahmen und Regionalmanagement (über das Regionalprogramm 2000) = 10,5 Millionen Euro
- Investive gewerbliche Maßnahmen (über die Investitionsbank) = 9,7 Millionen Euro
- Nicht-investive Maßnahmen von kleinen und mittleren Unternehmen (über die Technologie-Transfer-Zentrale) = 1,5 Millionen Euro

Förderergebnisse

In den Jahren 2000 bis 2003 wurden aus der Gemeinschaftsaufgabe *Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur* in Schleswig-Holstein Bewilligungen in Höhe von zusammen 140 Millionen Euro ausgesprochen. Davon entfielen 70 Prozent auf Infrastrukturvorhaben. Im Jahr 2003 wurden Bewilligungen in Höhe von 37,8 Millionen ausgesprochen. Das Investitionsvolumen der 2003 geförderten Maßnahmen betrug rund 227 Millionen Euro. Im Zusammenhang mit der gewerblichen Investitionsförderung im Jahr 2003 werden 479 Arbeitsplätze geschaffen (davon 175 Frauenarbeitsplätze) und 1.691 Arbeitsplätze gesichert (davon 522 Frauenarbeitsplätze). Damit hat das Land die verfügbaren Bundesmittel auch in den letzten vier Jahren vollständig gebunden.

Konversionspolitik

Mit dem im April 2001 von der Landesregierung beschlossenen „Konversionsprogramm“ wird die besondere Berücksichtigung von Konversionsprojekten im Rahmen der Initiative „Ziel: Zukunft im eigenen Land“ sichergestellt. Das Programm stuft Großenbrode, Hohenlockstedt, List, Eckernförde, Glückstadt, Leck, Neumünster, Neustadt i.H., Rendsburg, Tarp und Schleswig als besonders stark vom Truppenabbau betroffene Kommunen ein. Im Jahr 2003 kam Eggebek neu dazu (www.landesregierung.schleswig-holstein.de/ Suchbegriff „Konversion“).



Die Folgen der Entscheidung des Bundesministers der Verteidigung vom 2. Oktober 2003, die Bundeswehr konzeptionell neu auszurichten sind noch nicht konkret absehbar. Vorgaben sind neben einer umgestalteten Wehrpflicht vor allem eine Verkleinerung der Bundeswehr. Die Anzahl der Soldaten soll von 280.000 auf 250.000 und die Anzahl der zivilen Mitarbeiter von 125.000 auf 75.000 reduziert werden. Hierzu wird der Generalinspekteur der Bundeswehr voraussichtlich im zweiten Quartal 2004 den ersten Entwurf eines neuen Stationierungskonzeptes vorlegen. Ende 2004 soll entschieden werden, welche Standorte reduziert oder geschlossen werden.

Unabhängig von der Neukonzeptionierung der Bundeswehr hat der Bundesminister der Verteidigung am 27. November 2003 entschieden, die ortsfesten logistischen Einrichtungen der Streitkräfte neu zu ordnen. In Schleswig-Holstein sind durch die damit verbundenen Auflösungen und Umgliederungen zwölf Kommunen mit einem Wegfall von insgesamt 840 Dienstposten betroffen. Die Hauptlast trägt der Kreis Nordfriesland mit einem Abbau von 570 Dienstposten.

Ziel der Landesregierung ist, die regionalwirtschaftlichen Folgen des Bundeswehrrabbaus möglichst gering zu halten. Dabei gilt es, bei der Bundesregierung auch regionalpolitische Argumente durchzusetzen. An vom Truppenabbau besonders betroffenen Standorten werden regionale Konversionsprojekte bevorzugt gefördert.

Konversionsbüro im Wirtschaftsministerium:

Rüdiger Balduhn, Tel. 0431/988-4526, Fax: 0431/988-4812,

E-mail: ruediger.balduhn@wimi.landsh.de

(www.landesregierung.schleswig-holstein.de/ Suchbegriff „Konversion“)

3.7 Norddeutsche Zusammenarbeit

Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg

Zur Metropolregion Hamburg gehören die Freie und Hansestadt Hamburg, in Schleswig-Holstein die Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum Lauenburg, Steinburg und der Wirtschaftsraum Brunsbüttel, in Niedersachsen die Landkreise Harburg, Stade, Lüneburg, Rotenburg (Wümme), Cuxhaven, Soltau-Fallingb., Uelzen und Lüchow-Dannenberg.

Mit Ablauf des Jahres 2003 wurde erstmals ein abschließender Tätigkeitsbericht zur Umsetzung des Operativen Programms 2001-2003 zum Regionalen Entwicklungskonzept (REK) vorgelegt: Die Bedeutung, Wahrnehmung und vor allem die inneren Kooperationsbeziehungen in der Metropolregion sind gewachsen.

Die Metropolregion war 2003 Veranstalterin einer Reihe von Workshops zu ausgewählten Themen:

- Regionale Einzelhandelskonzepte (Januar 2003 Hamburg)
- 2. Zukunftswerkstatt Flächenverbrauch in der Metropolregion Hamburg (Seevetal, November 2003)
- Erste Ergebnisse der Bundesverkehrswegeplanung aus Sicht des Bundes und der Länder (Lüneburg, Mai 2003)
- Cabin Systems- Entwicklung eines regionalen Kompetenz-Cluster Kabinensysteme (Hamburg, Oktober 2003)

Einen Schwerpunkt in der Zusammenarbeit in der Metropolregion bildete im Jahr 2003 der Wettbewerb für neue Leit- und Modellprojekte, der mit 90 Projektanträgen große Resonanz in allen Teilen der Metropolregion fand. 31 Projekte wurden als Leit- bzw. Modellprojekten ausgewählt, von denen diverse auch im schleswig-holsteinischen Teil realisiert werden.

Einen neuen Schwerpunkt bildet das Themenfeld Wirtschaft das mit zahlreichen Leitprojekten vertreten ist. Beispiele sind

- das Projekt Standortinformationssystem MUSIS der Handelskammer Hamburg. Das Multifunktionale Standort-Informationssystem soll geografische Informationen und differenziert selektierbare Wirtschaftsinformationen zu Firmen, Branchen und Clustern gleichzeitig und parzellenscharf darstellen.
- Ein weiteres Projekt ist der Ausbau der Messe EXPANSION zu einer zentralen Veranstaltung im Standortmarketing der Metropolregion. Die Veranstaltung wird von allen Wirtschaftsförderern der Region getragen.
- Ziel des Projektes Clusterentwicklung in der Süderelbe-Region ist der gezielte Aufbau einer auf die Region zugeschnittenen Clusterdynamik, um so eine langfristige und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung herbeizuführen. Ansatzpunkt wird eine gezielte Förderung von regionsspezifischen Wachstumsbranchen sein. Auch für den nördlichen Teil der Metropolregion soll ein entsprechendes, kommunal getragenes Projekt möglichst zügig entwickelt werden.

Ausblick

Das Jahr 2004 wird von der Reorganisation der Arbeits- und Organisationsformen der Metropolregion bestimmt. Zentrale Fragen sind dabei die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion, die Steigerung der Effizienz und die Konzentration auf Schwerpunktthemen. Die Metropolregion muss sich stärker international positionieren, Strategien entwickeln und Kompetenzbereiche aktiv international ausbauen und vermarkten.

Bilaterale Zusammenarbeit mit Hamburg

Aufgrund der zahlreichen und intensiven Verflechtungen bilden die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein einen gemeinsamen, starken Wirtschaftsraum. Beide Länder pflegen seit

Jahren eine erfolgreiche Zusammenarbeit, um gemeinsame Chancen im Standortwettbewerb zu nutzen.

Allein rund 140.000 Arbeitspendler verkehren täglich zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. Tausende von Unternehmen sind mit Kunden, Mitarbeitern und Geschäftspartnern in beiden Ländern geschäftlich eng vernetzt. Etliche Organisationen und Verbände verwalten Hamburg und Schleswig-Holstein als ein gemeinsames Gebiet (Gewerkschaften, Unternehmensverband Nord, Arbeitsverwaltung). Die Landesbanken von Schleswig-Holstein und Hamburg haben zur HSH Nordbank AG fusioniert. Die Landesregierungen Schleswig-Holsteins und Hamburgs treffen sich regelmäßig zu gemeinsamen Kabinettsitzungen.

Zusammenlegung der Eichverwaltungen, Datenzentralen und Statistischen Ämter

Zum 1. Januar 2004 sind die Eichverwaltungen, die Datenzentralen und die Statistischen Ämter der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein in gemeinsame Länderanstalten zusammengeführt worden. Ziel sind Synergieeffekte, der Abbau von Bürokratie und eine Verwaltungsstruktur, die künftige Aufgaben effizienter erfüllen kann.

Gemeinsame Außenwirtschaftspolitik

Das Wirtschaftsministerium des Landes Schleswig-Holstein und die Wirtschaftsbehörde in Hamburg arbeiten auf dem Feld der Außenwirtschaftspolitik eng zusammen. Dies reicht vom Austausch konzeptioneller Ideen über die Gestaltung der Außenwirtschaftspolitik bis hin zu gemeinsamen Aktionen. Im Vordergrund stehen gemeinsame Unternehmerdelegationsreisen ins Ausland.

Die Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH (HWF) und die Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH (WSH) haben eine gemeinsame Akquisitionsstrategie für den Wirtschaftsstandort Norddeutschland erarbeitet, um den Wirtschaftsstandort Hamburg-Schleswig-Holstein international besser zu positionieren.

Kooperative Technologiepolitik

Zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein gibt es vielfältige Aktivitäten, um Norddeutschland als Technologiestandort international besser sichtbar zu machen. Sie reichen von der Zusammenarbeit der beiden Länder bei Messen (Norddeutsche Gemeinschaftsstände) bis zu gemeinsamen Veranstaltungen der Technologietransfereinrichtungen.

Eine herausragende Bedeutung hat die Entwicklung international anerkannter Kompetenz im Bereich ***Life Sciences***:

- Der Förderverein ***Bay to Bio Förderkreis Life Sciences*** ist das intensiv genutzte Informations- und Kommunikationsforum für die norddeutsche Life Science Branche.
- Die ***Initiative i-med*** (Innovative Medizin) beider Länder bündelt die medizintechnischen und biotechnologischen Aktivitäten in Norddeutschland. Die gemeinsame Agentur i-med ist zentrale Koordinierungs- und Anlaufstelle in der Region Hamburg/Schleswig-Holstein für alle Belange der Life Sciences. Sie erbringt Beratungsdienstleistungen und vermittelt Kontakte zu Kooperationspartnern und Kapitalgebern. Im Vordergrund der Tätigkeiten stehen das Management von Projekten und Pilotinitiativen und die Entwicklung eines länderübergreifenden Standortmarketings für den Life Sciences-Standort Norddeutschland.

DESY-Projekt TESLA

Die Landesregierungen von Hamburg und Schleswig-Holstein haben sich für die Re-alisierung der vom Deutschen Elektronen-Synchrotron GmbH (DESY) in Hamburg gemeinsam mit einer internationalen Kollaboration entwickelten TESLA-Projekte ausgesprochen. Die Projekte

- Supraleitender Elektron-Positron Linearcollider (TESLA) und
- TESLA Freier Elektronen Röntgenlaser (XFEL)

wurden vom Wissenschaftsrat positiv evaluiert.

Während das Projekt Linearcollider zunächst zurückgestellt wurde, soll das Projekt Röntgenlaser XFEL verwirklicht werden.

Damit besteht die Chance, ein weltweit einzigartiges Forschungsprojekt im Norden Deutschlands zu realisieren. XFEL eröffnet neue Perspektiven für die Grundlagenforschung und für anwendungsnahe Forschung in verschiedenen Gebieten der Naturwissenschaften. Der drei bis vier Kilometer lange Tunnel soll von DESY in Hamburg-Bahrenfeld bis nach Schenefeld in Schleswig-Holstein reichen.

Wichtige Verkehrsvorhaben

Verkehrspolitik

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur in Norddeutschland ist – nach übereinstimmender Auffassung des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg und der Landesregierung Schleswig-Holstein – zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zwingend erforderlich.

- Hamburg und Schleswig-Holstein werden sich dafür einsetzen, dass die A 20 mit einer Elbquerung bei Glückstadt und die Anbindung an die A 1 bei Sittensen so schnell wie möglich realisiert werden. Auch dem Ausbau der A 7 auf sechs Fahrstreifen zwischen dem Autobahndreieck Bordesholm und Hamburg-Nordwest sowie auf acht Fahrstreifen südlich des Autobahndreiecks Hamburg-Nordwest kommt besondere Bedeutung zu.
- Die Verkehrsverbindungen nach Skandinavien - feste Verbindungen wie Fähr- und Schifffahrtlinien - sind von strategischer Bedeutung: Ihr Ausbau trägt zur Stärkung der Ostseekooperation, zur Optimierung des norddeutschen Verkehrsnetzes und zu einer verbesserten Hinterlandanbindung der Häfen bei. Der Bau einer festen Fehmarnbeltquerung ist Bestandteil des transeuropäischen Verkehrsnetzes.
- Darüber hinaus werden der Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals und die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck einschließlich Ausbau der Strecke Ahrensburg – Hamburg-Horn als bilaterale bedeutsame Infrastrukturprojekte des Bundesverkehrswegeplanes gemeinsam vertreten.

Hamburger Verkehrsverbund / SH Tarif

Ende 2002 sind die vier nördlich an Hamburg grenzenden Kreise vollständig in den Hamburger Verkehrsverbund einbezogen. Damit gilt für alle Bürgerinnen und Bürger der Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg: ein Tarif, eine Fahrkarte und ein integriertes Verkehrsangebot, das für viele Pendler zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg eine wesentliche Verbesserung darstellt. Die Ausweitung des Bedienungsgebietes entspricht zudem der gewachsenen wirtschaftlichen Verflechtung zwischen den schleswig-holsteinischen Umlandkreisen und Hamburg und schafft für alle Einwohner eine attraktive Alternative zum Auto.

Mit der Ausweitung des HVV trat zeitgleich die erste Stufe des Schleswig-Holstein-Tarifs in Kraft. Um den per Bahn von Schleswig-Holstein nach Hamburg reisenden Fahrgästen die Weiterfahrt mit HVV-Verkehrsmitteln zu erleichtern, berechtigen alle Tages- und Zeitkarten zu Anschlussfahrten mit HVV-Verkehrsmitteln. Hierdurch entfällt für etwa 4,5 Millionen Fahrgäste pro Jahr das Lösen einer zweiten Fahrkarte. Für einen späteren Zeitpunkt ist auch der Übergang auf den HVV mit Einzelkarten des Schleswig-Holstein-Tarifs geplant.

Fahrrinnenausbau von Unter- und Außenelbe

Der von Hamburg beim Bund als Träger der Bundeswasserstraßen beantragte weitere Fahrrinnenausbau von Unter- und Außenelbe hat einen hohen verkehrspolitischen Stellenwert für die norddeutsche Verkehrsinfrastruktur. Im Rahmen der bilateralen Kabinettsitzung mit dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg wurde am 4. Februar 2003 festgestellt, dass der Erhalt und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens im Interesse beider Landesregierungen liegt. Ein weiterer Fahrrinnenausbau kommt nur in Frage, wenn die Deichsicherheit in keiner Weise durch das Vorhaben eingeschränkt wird und die Belange des Natur- und Umweltschutzes sorgfältig berücksichtigt werden. Für den weiteren Fahrrinnenausbau müssen deshalb belastbare Aussagen aus dem Beweissicherungsprogramm zu den Auswirkungen der letzten Vertiefung vorliegen.

Verkehrsbeeinflussung auf Autobahnen

Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verkehrsbeeinflussung auf Autobahnen in Planung, Bau und Betrieb besteht bereits und wird intensiviert.

Bestehende Projekte:

- Verkehrsbeeinflussung auf der A 7 / A 23

In der Planung befindliche Projekte:

- Netzbeeinflussung aller Autobahnstrecken südlich des Nordostseekanals über Hamburg hinaus bis nach Niedersachsen.
- Verkehrsbeeinflussung auf der A 1 / A 24
- Erweiterung der Verkehrsbeeinflussung auf der A 7 / A 23

Hafenkooperation

Die Hafenkooperation ist ein weiteres Kooperationsfeld mit beachtlichen Potenzialen: Mit dem Anschluss des Hamburger Hafens an den Lübecker Containerterminal über eine äußerst effektive Bahnverbindung hat Hamburg sich eine viel versprechende neue Pforte in den Ostseeraum erschlossen. Angesichts der erwarteten hohen Zuwachsraten im Ostseehandel ist dies für beide Partner ausgesprochen vorteilhaft. Der systematische und länderübergreifende Ausbau der Hafenkooperationen soll über die bisherige Kooperationen (Hamburg-Lübeck und Hamburg-Brunsbüttel) hinaus fortgesetzt werden.

Weitere norddeutsche Kooperationen

Alle norddeutschen Länder haben gesetzliche Regelungen zur Bildungsfreistellung bzw. zum Bildungsurlaub. Eine Harmonisierung der Regelungen über die Anerkennungsvoraussetzungen in allen fünf Ländern ist ein nachhaltiger Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung. Eine eingesetzte Facharbeitsgruppe aller fünf Länder unter Beteiligung der Sozialpartner stimmt die materiellen Inhalte einer Übereinkunft zwischen den Ländern ab. Ziel ist die Anerkennung von Bildungsfreistellungsveranstaltungen durch eine Stelle statt - wie bisher - von jedem Bundesland gesondert.

3.8 Außenwirtschaftspolitik

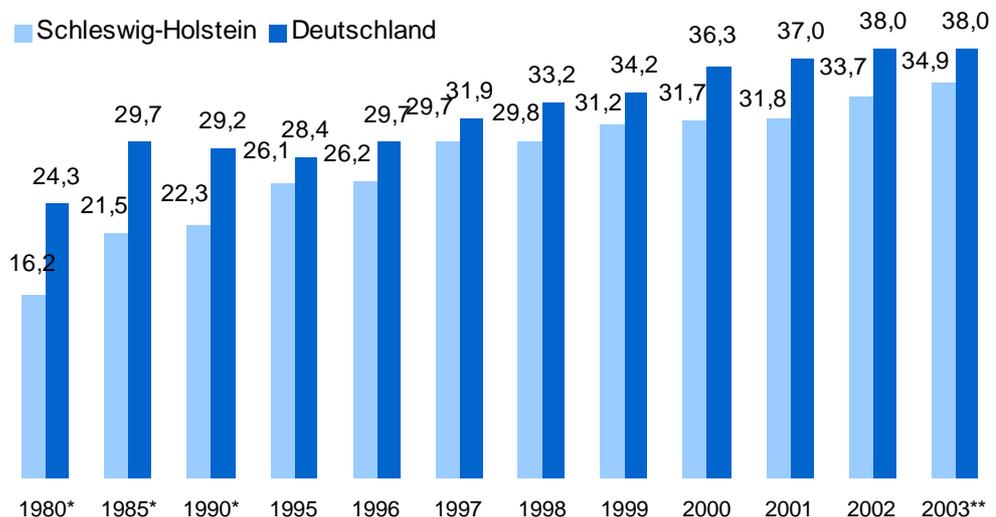
Die Außenwirtschaft Schleswig-Holsteins hat sich im Jahr 2003 positiv entwickelt. Sowohl Ausfuhren als auch Einfuhren des Landes verzeichneten in einem unsicheren weltwirtschaftlichen Umfeld beachtliche Wachstumsraten. Die Exportquote erreichte mit 34,9 % einen neuen Höchststand.

Die schleswig-holsteinischen Ausfuhren stiegen um 5,3 % auf fast 11,5 Milliarden Euro an. Mehr als 70 % des Außenhandelsvolumens gingen in europäische Länder, 60 % in EU-Länder (EU vor dem 1. Mai 2004). Spitzenreiter unter den Zielländern schleswig-holsteinischer Ausfuhren blieben weiterhin Großbritannien, Italien, die Niederlande, Frankreich und Dänemark.

Die schleswig-holsteinischen Einfuhren entwickelten sich noch dynamischer: Sie nahmen um 12,3 % auf fast 13,0 Milliarden Euro zu. Mehr als 70 % des Importvolumens kamen aus europäischen Ländern, mehr als 60 % aus der EU. Die Reihenfolge der Herkunftsländer schleswig-holsteinischer Einfuhren gleicht der der Zielländer; allerdings hat Dänemark den ersten Platz, dicht gefolgt von Großbritannien.

Exportquote Schleswig-Holsteins auch im Jahr 2003 gesteigert

Auslandsumsatz in Prozent des Gesamtumsatzes im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe



Ergebnisse in Betrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

* für 1980, 1985 u. 1990 Früheres Bundesgebiet; ab 1995 Deutschland nach heutigem Gebietsstand;

** 2003 vorläufiges Ergebnis der Monate Januar bis November 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt; Grafik: MWAV S.-H.

Die schleswig-holsteinischen Unternehmen konnten bei ihren Ausfuhren in die Mittel- und Osteuropäischen Länder zweistellige Zuwachsraten realisieren. Besonders dynamisch entwickelten sich die Exporte nach Russland (+ 37,7 %), Ungarn (+19,2 %), in die Tschechische Republik (+ 9,2 %) und die drei baltischen Staaten. Auch die Exporte in die USA stiegen stark an (+ 25,8 %).

Die **Außenwirtschaftspolitik** Schleswig-Holsteins konzentriert sich auf die Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen bei der Erschließung von Auslandsmärkten und auf den bevorstehenden EU-Beitritt der Ost- und Mitteleuropäischen Staaten. Hier bieten sich große Potentiale für die schleswig-holsteinische Exportwirtschaft.

Zusammen mit Unternehmen besuchte der Wirtschaftsminister im Mai 2003 Litauen und Polen sowie die russische Region Kaliningrad. Eine weitere Unternehmerreise im September 2003 zielte auf die Bildung eines Firmenpools und den Ausbau von Transportbeziehungen mit St. Petersburg sowie auf die Intensivierung der Kontakte im Bereich Alternative Energien mit Tallinn.

3.9 Tourismuspolitik

Seit Frühjahr 2003 liegt die Zuständigkeit für die Tourismuspolitik beim Wirtschaftsministerium: Aufbauend auf der Tourismuskonzeption des Jahres 2002 lagen die tourismuspolitischen Schwerpunkte in folgenden Bereichen:



- Weitere Modernisierung der touristischen Infrastruktur durch die bei der EU beantragte Aufstockung des EFRE-Förderkorridors um bis zu 40 Millionen Euro sowie durch Überarbeitung der Förderrichtlinien (verschärfte Förderkriterien zur Schwerpunktsetzung)
- Konzept zum Wassertourismus (in enger Kooperation mit allen Akteuren, insbesondere der Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein TASH)
- Initiative zum Kulturmarketing (gemeinsam mit Kultusministerium, TASH und Sparkassen- und Giroverband)
- Weitere Profilierung im Gesundheits- und Wellnesstourismus, insbesondere durch das Marketing der TASH und der Qualitätsgruppe „Balance.Best of SPA“
- Klassifizierung aller Unterkunftsbetriebe auf Basis des neuen Verfahrens des Deutschen Tourismusverbandes
- Weiterer Ausbau der Buchungsmöglichkeiten auf örtlicher, regionaler und Landesebene
- Fahrradtourismus: Entwicklung weiterer Fernradwege (Nord-Ostsee-Kanal; Wikingeroute; Deutsch-Dänischer-Grenzweg; Elbe-Lübeck-Kanal); Erarbeitung eines „Landesweiten Radverkehrsnetzes“; Radwegeschilderung im Kreis Ostholstein; Initiierung des Verzeichnisses Bett&Bike
- Erfolgreiche Initiative zur Entzerrung der Sommerferien
- Kompromisslösung zum Strandparken in St- Peter-Ording, die den touristischen Belangen stärker Rechnung trägt
- Berücksichtigung touristischer Belange bei den FFH-Nachmeldungen und der weiteren Ausweisung von EU-Vogelschutzgebieten
- Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen v.a. bei der Infrastrukturförderung und Klassifizierung von gewerblichen und privaten Unternehmungen.
- Reittourismus: Entwicklung weiterer touristischer Reitregionen („Grüne Mitte Holsteins“ und Dithmarschen)
- Forcierung der Zusammenarbeit zwischen touristischen Akteuren und Verkehrsunternehmen zur Verbesserung der Anreisemöglichkeiten nach Schleswig-Holstein, Steigerung der Mobilität von Touristen innerhalb des Landes, und Vereinheitlichung von Tarifstrukturen
- Entwicklung der Ostseecard als Instrument zur Attraktivitätssteigerung der touristischen Destination Ostsee
- Verbesserung der Produktqualität im Bereich der Pauschalangebote



Zur **Verbesserung der touristischen Wettbewerbssituation** des Landes hat die Landesregierung vor allem folgende Förderinstrumente eingesetzt:

- Modernisierung und Attraktivitätssteigerung der touristischen Infrastruktur aus dem Regionalprogramm 2000 mit 9,0 Millionen Euro
- Förderung des Tourismusmarketings mit 1,78 Millionen Euro (TASH sowie sieben Touristische Marketingorganisationen)
- Förderung innovativer Tourismusprojekte mit 724.000 Euro. Dazu gehören:
 - o Radfernwege „Wikingerroute“ und „Nord-Ostsee-Kanal“
 - o Projekt „Bed & Bike“ für fahrradfreundliche Beherbergungsbetriebe
 - o Umsetzung der flächendeckenden Klassifizierung von Unterkunftsbetrieben
 - o Fortbildungsagentur im Tourismus
 - o Kulturmarketing
 - o Workshop Wassertourismus
 - o Broschüre „Wirtschaftsfaktor Tourismus“
 - o Machbarkeitsstudie „Online-Buchungsportal der TASH“
 - o Projekt zur Saisonverlängerung an der Ostsee
 - o Entwicklung des Golftourismus an der Ostsee
 - o Strategisches Erfolgskennziffersystem im Tourismus (Fachhochschule Westküste)
- Förderung von drei touristischen Betrieben (zwei Hotels sowie eine Indoor-Einrichtung) mit 6,5 Millionen Euro, die ein Investitionsvolumen von 45 Millionen Euro sowie 189 Arbeitsplätze generieren

3.10 Energiepolitik

Das Wirtschaftsministerium ist seit Frühjahr 2003 für die Energiepolitik zuständig.

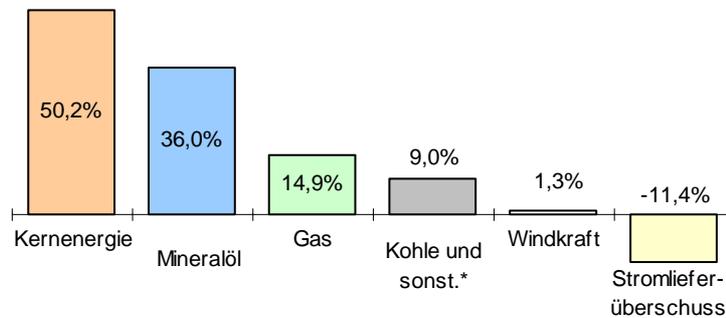
Versorgungssicherheit

Die Energieversorgungsunternehmen stellten auch 2003 die Versorgung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung und Wirtschaft sicher. Alle erforderlichen Energieträger waren in Schleswig-Holstein jederzeit in ausreichender Menge verfügbar. Dagegen hatte es 2003 in den USA und mehreren europäischen Ländern großflächige Ausfälle der Stromversorgung gegeben.

Energieverbrauch in Schleswig-Holstein

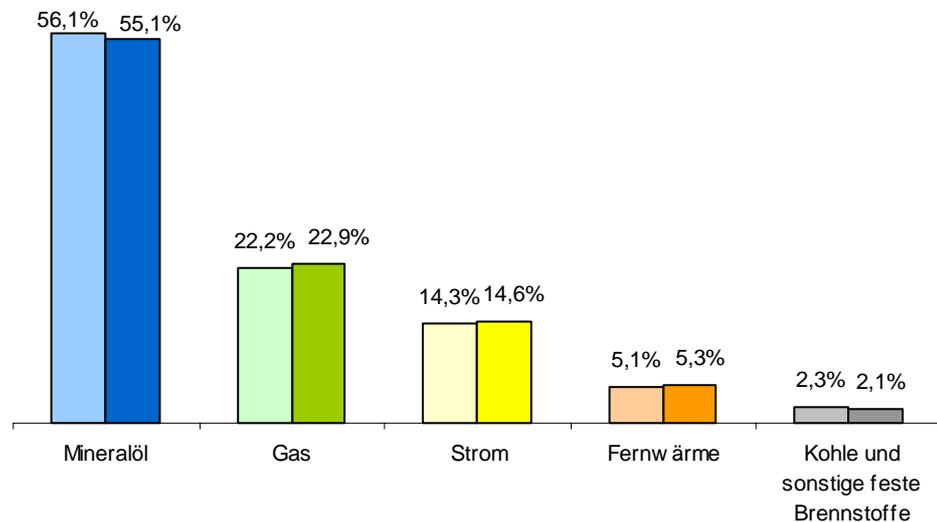
Im Jahr 2000 betrug der **Primärenergieverbrauch** in Schleswig-Holstein rund 595 Petajoule (PJ). Er hat sich gegenüber 1995 nur geringfügig verändert.

Anteil der Primärenergieträger am Energieverbrauch 2000 in %



Der **Endenergieverbrauch** betrug 312 PJ und hat sich ebenfalls gegenüber 1995 nur geringfügig geändert. Während der Endenergieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe gegenüber 1995 um 2 % und im Verkehr um 3 % gestiegen ist, sank er bei Haushalten und Kleinverbrauchern um 4 %.

Anteil der Energieträger am Endenergieverbrauch in % 1995 und 2000



Energieeinsparung

Strategischer Schwerpunkt der Landesenergiepolitik bilden die Bereiche Energieeinsparung und Energieeffizienz. In den 1990er Jahren konnten im Vorfeld der Novellierung der Wärmeschutzverordnung des Bundes etwa 8.000 Wohneinheiten mit Niedrig-Energie-Standard (d.h. deutlich weniger als 8 Liter Heizöl pro Quadratmeter Wohnfläche und Jahr) in Schleswig-Holstein errichtet und bezogen werden. Dieser Niedrig-Energie-Hausstandard wird nunmehr durch den Passivhausstandard ergänzt, mit dem Wohneinheiten energietechnisch autark werden.

Strompreise

Die Strompreise sind im Jahre 2004 gegenüber 2003 um 0,69 Cent pro KWh für die genehmigungsbedürftigen Stromtarife (vornehmlich Haushaltskunden) gestiegen. Der Großteil dieses Anstieges geht auf erhöhte Energieeinstandspreise (0,53/KWh) zurück, dem gegenüber beträgt die Umlage aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz lediglich 0,1 Cent/KWh. Im bundesweiten Vergleich zählen die schleswig-holsteinischen Elektrizitätsversorgungsunternehmen für Tarifkunden, zum Teil auch für Gewerbekunden, zu den jeweils günstigsten Anbietern.

Windenergie

Der Strukturwandel der Stromversorgung in Schleswig-Holstein setzt sich zugunsten der Windenergie weiter fort. Die elektrische Leistung aller Windenergieanlagen betrug Ende 2003 bereits 1.952 Megawatt (MW). Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung um 203 MW. Dabei erhöhte sich die durchschnittliche Anlagengröße von 711 auf 766 KW. Die jetzige Anlagenstruktur wird durch das sogenannte **Repowering** weiter optimiert, mit dem viele kleine durch wenige größere, aber leistungsstärkere Anlagen ersetzt werden. Nach Schätzung der *WindTest Kaiser-Wilhelm-Koog GmbH* werden trotz größerer Abstandsvorgaben für Anlagen von über 100 m Höhe auf den Windeignungsflächen (1 % der Landesfläche) insgesamt 2.500 MW Windleistung nicht überschritten werden.



Windpark Sky 2000 - Quelle: REpower Systems

Die Offshore-Nutzung von Windenergie steht bevor. Zurzeit sind sechs Windparkprojekte in der Nordsee und einer in der Ostsee projektiert.



Insgesamt umfassen diese weitere 2.200 MW Leistung. Damit wird das Stromäquivalent aus Wind an Stromverbrauch noch weiter deutlich ansteigen. An Investitionskosten für die Installation von Offshore-Windenergieanlagen wird mit 500 Mrd. Euro gerechnet. Der *Bürgerwindpark Butendiek* vor Sylt hat bereits eine Genehmigung vom Bundesamt für Hydrologie und Seeschifffahrt erhalten. In ihm sollen 80 Windanlagen mit insgesamt 240 Megawatt errichtet werden. Für den *Windpark Sky 2000* in der Ostsee sind 50 Windenergieanlagen mit bis zu 150 MW sowie 5 Testanlagen mit je 5 MW Leistung beabsichtigt. Für beides konnte das Raumordnungsverfahren bereits abgeschlossen werden.

Die Potentiale aus der Windenergiegewinnung an Land und offshore lassen erwarten, dass bis 2010 bis zu 50 % des Strombedarfs aus Windenergie gewonnen werden kann.

Die Landesregierung unterstützt diese Entwicklung der Offshore-Windenergienutzung. Sie hat die Bundesländer-Steuerungsgruppe als Koordinierungsinstrument initiiert und entwickelt die Offshore-Windenergie als dynamischen Zweig der maritimen Wirtschaft. Die Landesregierung fördert insbesondere die Kooperation der Häfen Brunsbüttel und Husum und die Integration der Werften in dieser Entwicklung. Bei HDW Kiel wird im Frühjahr 2004 der Prototyp der Firma Repower Systems einer Windenergieanlage mit 5 MW fertig montiert. Im Rahmen des Zukunftsinvestitions-Programms (ZIP) wird als eines der größten Projekte der Ausbau des Husumer Hafens zum Offshore-Servicehafen gefördert.

**Erhebliche
Wachstums-
potentiale für
Windenergie
im Offshore-
Bereich**

Schleswig-Holstein ist und bleibt damit Windland Nr.1. Dies hat bereits positive Beschäftigungseffekte ausgelöst. Schon heute arbeiten in der Windbranche Schleswig-Holsteins etwa 4.000 direkt und indirekt Beschäftigte.

Andere erneuerbare Energien

Neben der Nutzung der Windenergie wird als weiterer erneuerbarer Energieträger die energetische Nutzung der Biomasse in Schleswig-Holstein ausgebaut. Die Landesregierung hat zusammen mit der Energiestiftung Schleswig-Holstein im Jahr 2003 die Initiative *Biomasse und Energie* initiiert. Bisher wurden 8 Projekte zur Nutzung von Stroh, Holz und Gülle mit einer Fördersumme von etwa 1,6 Millionen Euro und einem Investitionsvolumen von rund 6,5 Millionen Euro gefördert. Für das Jahr 2004 stehen weitere Mittel - auch aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Landes - zur Verfügung.



Strohheizwerk Seedorf

Effiziente Energieumwandlung

In Schleswig-Holstein werden rund 740 Megawatt Kraftwärme-Kopplungs-Leistung, einschließlich der 34 MW-Leistung vieler kleinerer Blockheizkraftwerke, erbracht, die der Fern-, Nahwärme- bzw. der Objektversorgung und zugleich der Stromerzeugung dienen. Bezogen auf den Stromverbrauch in Schleswig-Holstein produzieren diese Anlagen über 20 Prozent.

Sowohl die Primärenergie- wie die Gesamtemissionsbilanz von Heizsystemen zeigt, dass die inzwischen vorherrschende Gaseinzelversorgung nicht in jedem Fall die umweltschonendste und wirtschaftlichste Nutzwärmeversorgung darstellt. Nah- oder Fernwärmeversorgung aus mit Biomasse betriebenen Heiz- oder Heizkraftwerken und auch aus gasbetriebenen Block-Heiz-Kraft-Werken schneiden deutlich besser ab und sind immer mehr auch wirtschaftlich konkurrenzfähig. Mit dem Aufbau von Wärmenetzen wird zugleich eine zukunftsflexible Wärmeversorgungsinfrastruktur geschaffen, weil auf Dauer unterschiedliche Technologien und Primärenergieträger zum Einsatz kommen können. Dazu gehören fossil oder mit Biomasse betriebene KWK-Motorblöcke, Brennstoffzellen oder Solarenergie. Die Landesregierung erwartet deshalb die Berücksichtigung dieser Technologien bei den siedlungsrelevanten Planungsprozessen.

3.10 Schiffbaupolitik

Die Situation der schleswig-holsteinischen Schiffbauindustrie war im vergangenen Jahr durch die verstärkte Nachfrage im Weltschiffbau gekennzeichnet. Der zunehmende Welthandel hat die weltweiten Auftragseingänge und damit auch die Auftragsbestände auf Rekordniveau gebracht. Die Frachtraten konnten sich in wichtigen Marktsegmenten deutlich erhöhen. Rund 90% des Auftragsvolumens haben die vier führenden asiatischen Schiffbauländer Korea, Japan, China und Taiwan für sich verbuchen können.

Trotz der von den internationalen Märkten ausgehenden positiven Entwicklungen wird das Geschehen in der Werftindustrie weiterhin durch das Marktverhalten der fernöstlichen Werften nachhaltig bestimmt. Vor allem die nach wie vor bestehenden Preisunterschiede bei fast allen Schiffbauprodukten bereiten den deutschen Werften erhebliche Probleme.

Mit der neuen Schiffbauhilfenverordnung vom 27. Juni 2002 gilt in Deutschland ein Beihilfemechanismus, der auftragsbezogene Beihilfen für bestimmte Marktsegmente ermöglicht. Durch Einsatz dieser Hilfen konnten die bestehenden Preisdifferenzen teilweise ausgeglichen werden. Dennoch gelang es der fernöstlichen Schiffbauindustrie, auch dieses Preisniveau - insbesondere in den traditionellen Märkten - noch zu unterbieten und große Teile des weltweiten Nachfragepotentials abzuschöpfen.

Vor dem Hintergrund dieser weltweiten Rahmenbedingungen setzte die Landesregierung ihre Politik für den Erhalt der schleswig-holsteinischen Werftindustrie und deren Zulieferbetriebe fort. Mit Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2004/2005 wurden im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms 18 Millionen Euro für neue Werfthilfen bereitgestellt, die zusammen mit dem Bundesanteil ein Fördervolumen von 27 Millionen Euro ergeben. Damit werden die Werften in die Lage versetzt, Aufträge bis zu 450 Millionen Euro neu zu akquirieren. Seit Beginn des Programms im Jahr 1987 hat das Land somit Werfthilfen von insgesamt 262 Millionen Euro bereitgestellt. Unter Einbindung des Bundesanteils erhöht sich dieser Mitteleinsatz auf 490 Millionen Euro.

Parallel dazu wurden im Rahmen der Absicherung von laufenden Schiffsprojekten in 2003 Landesbürgschaften mit einem Obligo von rund 47 Millionen Euro übernommen. Bezogen auf den Zeitraum 1987 bis Ende 2003 betrug das übernommene Gesamtobligo rund 1,2 Milliarden Euro.

Auf den Werften in Schleswig-Holstein gibt es derzeit etwa 5.400 Beschäftigte. Die Beschäftigtenzahl der Vorjahre konnte nicht gehalten werden. Vom Beschäftigungsabbau betroffen waren vor allem HDW in Kiel sowie die im Jahre 2002 in die Insolvenz geratene Flender Werft in Lübeck. Trotz zahlreicher Bemühungen konnte für den Werftstandort Lübeck zukunfts-trächtiges Konzept mit neuen Investoren gefunden werden. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass sich über die Veräußerung der Betriebsgrundstücke neue betriebliche Aktivitäten entwickeln und zukunfts-sichere Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Die zum Ende des Jahres 2003 vorhandene Auftragssituation der schleswig-holsteinischen Werftindustrie sichert die Beschäftigung für etwa 1,5 Jahre. Der Bereich des Marinegeschäftes trug dazu nicht unerheblich bei.

Hervorzuheben ist die Akquirierung von vier Handelschiffsneubaufträgen bei HDW für eine deutsche Adresse. Das Zustandekommen dieser Aufträge resultierte im Wesentlichen aus dem Abschluss eines Interessenausgleichskonzeptes der Arbeitnehmerschaft und des Anteilseigners. Das Land unterstützt diesen Auftrag umfänglich im Rahmen des Wettbewerbs-hilfeprogramms.

Die Landesregierung bewertet diese Entwicklung als einen Beleg für die Zusage des Anteils-eigners von HDW, das Unternehmen auch künftig als Universalwerft zu erhalten und im Rah-men der weiterhin zu führenden Gespräche zur Schaffung eines Großwerftenverbundes feder-führend zu positionieren. Die schleswig-holsteinische Werftindustrie ist solide aufgestellt und hat beachtliche Perspektiven, wenn sie sich im Spezialschiffbau kostenbewusst und innovativ ausrichtet. Voraussetzung bleiben verlässliche internationale Rahmenbedingungen. Hierzu gehören der erforderliche Abschluss des WTO-Verfahrens wegen verbotener Subventionen durch die koreanische Regierung sowie die zügige Erarbeitung und Umsetzung eines neuen OECD-Schiffbauabkommens.

Die Landesregierung unterstützt die europäischen Bemühungen im Rahmen des Zukunftskonzeptes *LeaderShip 2015*, das die europäischen maritimen Interessen ausgewogen und zukunftsorientiert ausrichten soll.

Zu diesem schiffbaulichen Prozess gehört auch die Fortsetzung der *Nationalen Maritimen Konferenzen*. Anfang 2005 wird diese Veranstaltung in Bremen stattfinden, um damit die maritime Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als wichtigen Standort für Schiffbau, Seeschiff-fahrt, Häfen und Umweltpolitik weiter voranzubringen.

3.12 Gesundheitswirtschaft

Die Gesundheitswirtschaft ist eine bedeutende Wachstumsbranche mit großen Wachstums- und Beschäftigungschancen. Schleswig-Holstein ist ein Kompetenzstandort für viele Bereiche der Gesundheitswirtschaft. Dies bestätigen zahlreiche wissenschaftliche Analysen. Die Chancen dieses Wachstumsfeldes will die Landesregierung im Rahmen der Landesinitiative nutzen.

In der Gesundheitsinitiative arbeitet die Landesregierung mit den Akteuren aus dem Gesundheitswesen sowie aus Wirtschaft, Wissenschaft, Vereinen und Verbänden des Gesundheitsmarktes zusammen. An der Umsetzung der Leitprojekte der Gesundheitsinitiative wirken mittlerweile mehr als 100 Akteure mit. Unter der Federführung des Wirtschaftsministeriums werden folgende Projekte umgesetzt:

- Im Leitprojekt „Gesundheits- und Wellness-tourismus in Urlaubsorten“ werden Qualitätskennzeichen für hochwertige Wellnessangebote entwickelt (Balance.Best of Spa).
- Die bisherigen „Leitprojekte Medizintechnik-Campus“ und „Forum Life Sciences“ wurden in einem neuen länderübergreifenden Leitprojekt „i-med Agentur für innovative Medizin“ zusammengeführt.
- Das Leitprojekt "Internationale Vermarktung der Gesundheitswirtschaft" zielt auf die Ausweitung des Absatzes schleswig-holsteinischer Gesundheitsleistungen.

Für Oktober 2004 ist eine gesundheitswirtschaftliche Veranstaltung mit den Ostseepartnerregionen geplant. Neben der Vorstellung von innovativen Best Practice-Projekten im Ostseeraum sollen der Erfahrungsaustausch der Akteure intensiviert und Möglichkeiten geboten werden, neue Kooperationspartner zu finden.

3.13 Umweltwirtschaft

In der Umweltwirtschaft Schleswig-Holstein erwirtschaften mehr als 13.000 Beschäftigte in 600 Betrieben einen jährlichen Umsatz von knapp 2 Milliarden Euro.

Fördermaßnahmen des Landes

Im Rahmen der Richtlinie für Ökotechnische und Ökowsirtschaftliche Maßnahmen wurden im Jahr 2003 durch 18 Projekte mit einem Fördervolumen von rund 827.000 Euro Investitionen von knapp 2,2 Millionen Euro ausgelöst. Gefördert wurden Pilot- und Demonstrationsvorhaben investiver und nichtinvestiver Art, die richtungsweisend sind oder Modellcharakter aufweisen, z.B. der Umbau des touristischen Informationszentrums auf einer Nordseehallig nach konsequent ökologischen Gesichtspunkten. Die Wärmeversorgung erfolgt hier zukünftig über eine geothermische Heizungsanlage, also durch Nutzung der natürlichen Erdwärme. Die Gefährdung der Natur durch die zuvor installierten Heizöltanks im hochwassergefährdeten Bereich konnte hierfür abgestellt werden. Die Unterstützung der Anlage zur Brauchwassererwärmung erfolgt darüber hinaus durch Installation einer solarthermischen Anlage. Ein Teil des Stromverbrauchs wird durch Einspeisung über Fotovoltaik sicher gestellt. Alle Anlagenteile werden dem Besucher vor Ort auf Visualisierungstafeln anschaulich erläutert.

**Ökotechnik /
Ökowsirtschaft**

**Umwelt-
management**

Die Landesregierung hat die Breitenförderung von Umweltmanagementsystemen eingestellt, fördert aber weiterhin Pilotprojekte. Im Jahr 2003 hat das Umwelt- und Landwirtschaftsministerium über die Investitionsbank Schleswig-Holstein zwei nichtgewerbliche Standorte mit rund 81.000 Euro gefördert. Seit 1995 wurden damit bereits 270 Unternehmen, kommunale Standorte und sonstige Einrichtungen mit Fördermitteln in Höhe von nahezu 3,6 Millionen Euro unterstützt. Gegenwärtig sind 73 Organisationen mit insgesamt 92 Standorten in Schleswig-Holstein nach EMAS (Eco Management and Audit Scheme) registriert. Weitere Standorte beteiligen sich nach der Umweltmanagementsystem-Norm ISO 14.001.

Umweltökonomische Gesamtrechnungen (UGR)

Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen erfassen mit Hilfe aggregierter Daten bestimmte Veränderungen des Naturvermögens, die durch wirtschaftliche Tätigkeiten ausgelöst werden. Zum Einen sind dies Belastungen der Natur durch Materialverbräuche, Emissionen usw., zum Anderen wird auch die Kostenseite und damit die aktuelle Belastung der Wirtschaft durch z.B. durchgeführte Umweltschutzinvestitionen festgehalten.

**Weiterhin
effizienter
Umgang mit
Material im
Wirtschafts-
prozess**

Der Materialverbrauch der schleswig-holsteinischen Wirtschaft an Rohstoffen und Gütern betrug im aktuellen Berechnungsjahr 2001 etwa 33,5 Millionen Tonnen. Im Vergleich zum Vorjahr

war dies ein Rückgang von 5,0 %, im Vergleich zu 1995 (Beginn der Zeitreihe) sank der Materialverbrauch um 5,5 %. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Landes stieg dagegen im Vergleich von 1995 zu 2001 um 12,7 % (jeweilige Preise). Eine Entkopplung von Materialverbrauch und Wertschöpfung ist also weiterhin mit zunehmender Tendenz gegeben und weist auf einen effizienten Umgang mit den Naturressourcen hin.

Klimaschutz wird ernst genommen - CO₂ Emissionen der Wirtschaft rückläufig

Die auf der Grundlage der aktuellsten Energiebilanz Schleswig-Holsteins berechneten CO₂-Emissionen weisen für das Jahr 2000 im Verarbeitenden Gewerbe 4 Millionen Tonnen emittierte CO₂-Emissionen aus. Dies sind etwa 19 % der gesamten CO₂-Emissionen Schleswig-Holsteins. Im Vergleich mit dem für den Klimaschutz bedeutsamen Basisjahr 1990, zeigt sich ein Rückgang von 13,5 %. Der Rückgang im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes ist damit höher als die gesamte Minderung der CO₂-Emissionen in Schleswig-Holstein (-9,9 %).

Wieder Investitionen in den Umweltschutz in Millionenhöhe

Von den in Schleswig-Holstein ansässigen und zur Investitionserhebung Betrieben des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes (ohne Energie- und Wasserversorgung) meldeten 78 Betriebe Investitionen für den Umweltschutz in Höhe von 16,1 Millionen Euro. Dies entspricht 1,7 % der Gesamtinvestitionen. Im Jahr 2001 lag der Schwerpunkt der Umweltschutzinvestitionen beim Gewässerschutz. Gut zwei Drittel der Umweltschutzinvestitionen wurden dafür aufgewendet. Weitere Schwerpunkte der betrieblichen Umweltinvestitionen lagen in den Bereichen Luftreinhaltung (3,2 Millionen Euro) und Abfallwirtschaft (1,2 Millionen Euro).

4. Verkehrspolitik für Schleswig-Holstein

4.1 Europäische und nationale Verkehrspolitik

Neue TEN-Leitlinien

Am 21. April 2004 ist die Revision der Gemeinschaftlichen Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-Leitlinien) nach Zustimmung durch das Europäische Parlament abgeschlossen worden. Die TEN-Leitlinien weisen die wichtigsten Verkehrsachsen und Schnittstellen innerhalb der Europäischen Union aus. Zu den bedeutendsten Änderungen, die Auswirkungen für Schleswig-Holstein haben, zählen:

- Ergänzung der geplanten festen Fehmarnbeltquerung um die Eisenbahnhinterlandverbindungen und Aufnahme als prioritäres Projekt,
- Ergänzung der Hochgeschwindigkeitsseewege der Ostsee um den Nord-Ostseekanal und Aufnahme als prioritäres Projekt,
- Erklärung eines europäischen Interesses für die vorrangigen Vorhaben,
- Ernennung so genannter "europäischer" Koordinatoren,
- Verlängerung des Zeithorizontes zur Verwirklichung der TEN von 2010 auf 2020. Gleichzeitig wurde die Förderung für grenzüberschreitende Abschnitte prioritärer Projekte von 10 auf bis zu 20 Prozent erhöht.



Verkehrsrelevante Aspekte im Arbeitsprogramm 2004 der Europäischen Kommission

Aus dem Arbeitsprogramm 2004 der Europäischen Kommission sind für die schleswig-holsteinische Verkehrspolitik insbesondere die Wochenendfahrverbote und das Thema Seeschifffahrt relevant. Dazu gehören

- das dritte Paket von Maßnahmen für die Sicherheit der Seeschifffahrt (Erika III),
- die Errichtung einer Europäischen Agentur für die Seesicherheit,

- die Richtlinie über die Meeresverschmutzung für Schiffe und
- die Verbesserung der Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen.

Bundesverkehrswegeplan

Die weiträumige Verkehrsplanung in Schleswig-Holstein muss infolge der Verantwortlichkeit des Bundes für seine Schienenwege, Bundesfern- und Wasserstraßen sowohl in verkehrspolitischer als auch in finanzieller Hinsicht mit der Bundesverkehrswegeplanung abgestimmt werden. Der bisherige Bundesverkehrswegeplan aus dem Jahr 1992, dessen Aufstellung und Inhalte eng mit der Wiedervereinigung Deutschlands und der Vollendung des europäischen Binnenmarktes verknüpft waren, zeigte nach mehr als einer Dekade Laufzeit erheblichen Überarbeitungsbedarf. Der neue Bundesverkehrswegeplan, an dessen Aufstellung die Bundesländer mitgewirkt haben, wurde am 2. Juli 2003 von der Bundesregierung verabschiedet. Schleswig-Holstein konnte seine wirtschafts- und verkehrspolitisch wichtigsten Infrastrukturprojekte überwiegend im *Vordringlichen Bedarf* (Umsetzung bis 2015) verankern. Der *Weitere Bedarf* enthält Vorhaben, die gesamtwirtschaftlich vorteilhaft sind, deren Investitionsvolumen aber den Finanzrahmen bis 2015 überschreiten.

Landesverkehrsprogramm

Parallel zum Bundesverkehrswegeplan hat die Landesregierung am 17. Juni 2003 das Landesverkehrsprogramm verabschiedet. Dieses ganzheitliche Programm zeigt längerfristige Perspektiven für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und für eine ausgewogene Verkehrspolitik in Schleswig-Holstein auf. Damit bietet es einen Orientierungsrahmen für alle am Verkehr Beteiligten. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der besseren Vernetzung der einzelnen Verkehrsträger und der Stärkung der Wettbewerbsposition von Schiene, Häfen und Wasserstraßen unter Beachtung der Aspekte des Umweltschutzes und der Verkehrssicherheit.

Das Landesverkehrsprogramm macht die erheblichen Fortschritte deutlich, die in vielen Bereichen der Verkehrsinfrastruktur erzielt worden sind. Beispiele sind der Bau der A 20, der Ausbau von Häfen und Wasserstraßen oder der Schienenpersonennahverkehr. Schleswig-Holstein hat seine Funktion als Drehscheibe für die Ostseeregion in den letzten Jahren deutlich gestärkt.

Die Landesregierung wird sich in den nächsten Jahren für die zügige Realisierung der im Landesverkehrsprogramm verankerten Projekte einsetzen. Ziel ist die Optimierung der Verkehrsinfrastruktur, um so den Standort Schleswig-Holstein zu stärken. Dazu gehören vor allem die Schlüsselprojekte

- Autobahn A 20,
- feste Fehmarnbeltquerung,
- Ausbau der Schienenstrecken nach Skandinavien sowie
- Ausbau der A 7 und der A 21 als Nord-Süd-Achsen.

Feste Fehmarnbeltquerung

Die EU-Kommission verfolgt das Projekt einer festen Fehmarnbeltquerung mit besonderer Priorität und hat das Vorhaben einschließlich der Eisenbahnhinterlandanbindungen für die Aufnahme in die Liste der prioritären Projekte der TEN-Leitlinien vorgeschlagen. Dadurch ist noch keine Vorentscheidung für die Realisierung einer festen Fehmarnbeltquerung getroffen. Die Landesregierung Schleswig-Holstein tritt dafür ein, in die vergleichende Bewertung der Lösungsmöglichkeiten ein optimiertes Fährschiffkonzept einzubeziehen. Die Vorschläge zur Revision der TEN-Leitlinien sind inzwischen mit der Zustimmung des Europäischen Parlamentes am 21. April 2004 beschlossen. Die in den vergangenen Jahren mit Unterstützung der EU durchgeführten umfassenden Untersuchungen, das Markterkundungsverfahren und die Aktualisierung der Prognosen haben Wege zur Realisierung der festen Fehmarnbeltquerung aufgezeigt. Die gegenwärtigen Verhandlungen konzentrieren sich auf Fragen einer privaten Finanzierung als Voraussetzung für die Umsetzung des Projektes. Als günstigste Lösung hat sich das so genannte Staatsgarantiemodell im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft herauskristallisiert: Die Finanzierung des Querungsbauwerks erfolgt über private Kredite und die Refinanzierung über Nutzerentgelte. Die Hinterlandanbindungen werden über die jeweili-

gen Staatshaushalte finanziert. Grundsätzlich kommen für die Schienenanbindungen auch TEN-Zuschüsse in Frage.

Das Staatsgarantiemodell ist in dieser Form für Deutschland ein Novum. Daher ist die Frage noch offen, wie das Risiko für die Staatshaushalte begrenzt werden kann und welche Wege zur Risikobeteiligung der Privatwirtschaft es gibt. Im weiteren Verlauf wird über die Projektorganisation (u.a. Gesellschafterstruktur) entschieden. Danach ist eine Regierungsvereinbarung zwischen Dänemark und Deutschland vorgesehen.

4.2 Straßeninfrastruktur

Neubau der Bundesautobahn A 20

Der Neubau der Bundesautobahn A 20 ist ein prioritäres Projekt der Landesregierung mit europäischer Bedeutung.

Im Dezember 2001 wurde der erste Streckenabschnitt der A 20 zwischen der A 1 und der Landesstraße 92 (Anschlussstelle Genin) dem Verkehr übergeben. Ende 2004 wird der Lückenschluss zwischen Lübeck und Schönberg fertig gestellt, so dass die A 20 von Lübeck bis Rostock durchgehend befahrbar sein wird. Im gleichen Jahr wird auch mit dem Weiterbau in Richtung Westen begonnen. Der Bereich zwischen der A 1 bei Lübeck und Geschendorf ist am weitesten fortgeschritten. Das Planfeststellungsverfahren für diesen Abschnitt ist zu Beginn des Jahres 2003 eingeleitet worden. Baubeginn wird Mitte 2004 sein.

Für den Abschnitt von Bad Segeberg bis zur Landesgrenze mit Niedersachsen ist im Januar und Februar 2003 in Schleswig-Holstein die Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz durchgeführt worden. Zeitgleich wurde in Niedersachsen das Raumordnungsverfahren für den Bereich von der Landesgrenze bis zur A 26 in Niedersachsen eingeleitet. Nach Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen wurde am 22. März 2004 der gemeinsame Antrag beider Länder auf Linienbestimmung beim Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen gestellt. Die förmliche Linienbestimmung wird noch im in diesem Jahr erwartet.

Sechsstreifiger Ausbau der Bundesautobahn A 7

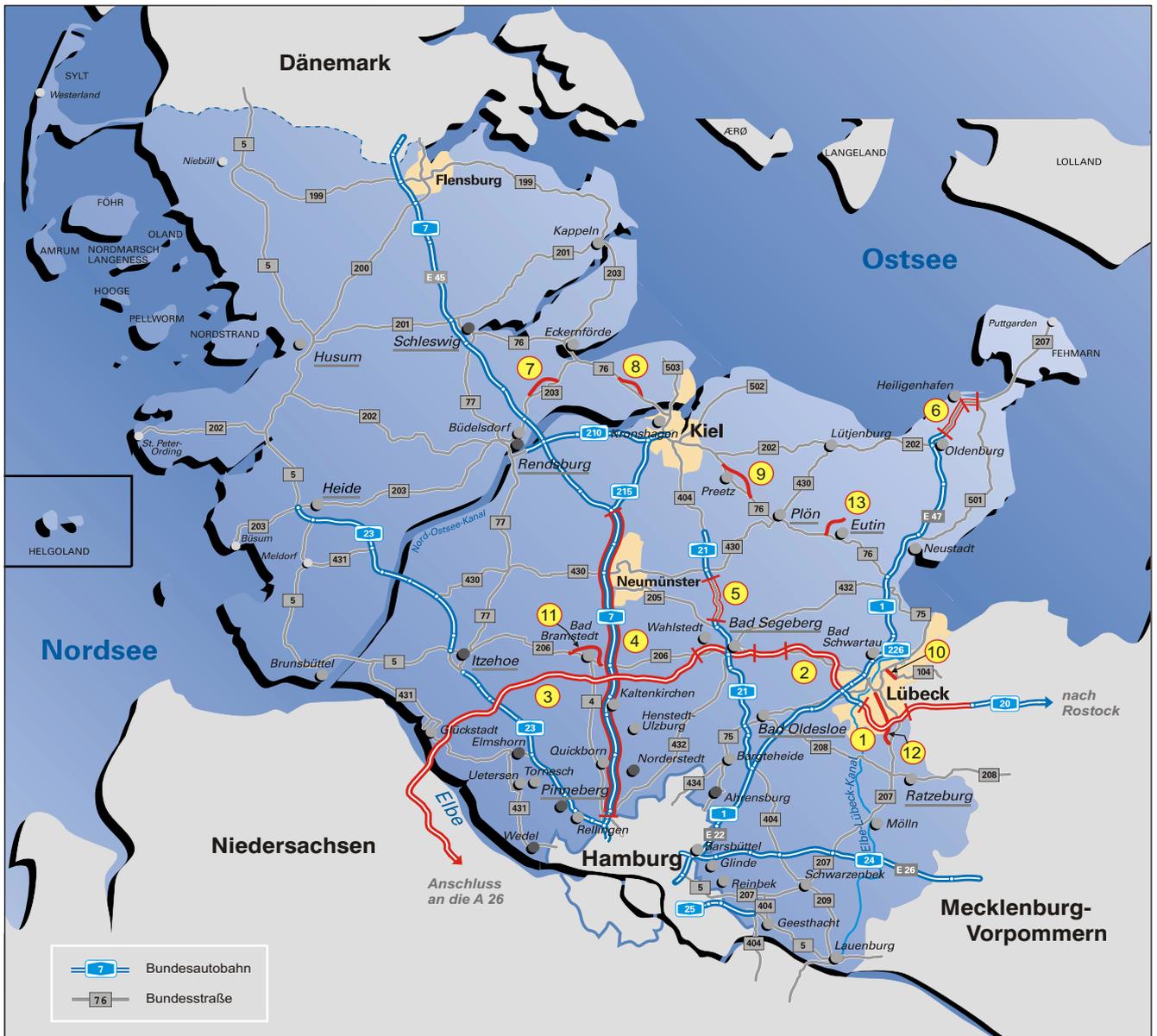
Im Zusammenhang mit dem Maßnahmenkonzept des Bundesverkehrsministeriums *Bauen jetzt – Investitionen beschleunigen* werden für bestimmte Autobahnabschnitte Betreibermodelle eingeführt. Zu den ausgewählten Maßnahmen gehört der sechs- bzw. achtstreifige Ausbau der Bundesautobahn A 7 zwischen Hamburg und dem Autobahndreieck Bordesholm. Mit den Betreibermodellen wird der Ausbau von Autobahnen durch Beteiligung privater Investoren beschleunigt. Die Finanzierung erfolgt anteilig über privates Kapital und den Bundeshaushalt. Die Investoren erhalten zur Refinanzierung und für den Betrieb der Strecken die Einnahmen aus der Lkw-Maut für den jeweiligen Streckenabschnitt. Mitte 2004 wird für das Projekt *Ausbau der A 7* die Realisierungsstudie abgeschlossen.

Ausbau der Bundesstraße B 404 zur Bundesautobahn A 21

Neben der A 7 wird die B 404 als zweite Nord-Süd-Verbindung weiter zur A 21 ausgebaut. Im Bereich zwischen Wankendorf und der A 1 bei Hammoor ist die B 404 bereits jetzt fast durchgehend ausgebaut. Mit dem Bau des noch fehlenden Lückenschlusses zwischen Bornhöved und Negernbötel soll nach Vorliegen der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen im Jahr 2004 begonnen werden.

Weiterbau der Bundesautobahn A 1

Zur Stärkung der Vogelfluglinie als besonders bedeutender Verkehrsachse für die Verkehrsbeziehungen zwischen Dänemark und Mitteleuropa wird der Weiterbau der A 1 zwischen



Maßnahmen an Bundesfernstraßen und Landesstraßen in SH | 2003/2004 | 

Lfd. Nr.	Str. Nr.	Maßnahmenbezeichnung	Planungsstand: Mai 2004
1	A 20	AS Genin (L 92) - Landesgrenze SH/MV	• im Bau → Fertigstellung: Dez. 2004
2	A 20	A 1 - B 206 (westl. Geschendorf)	• im Planfeststellungsverfahren
3	A 20	Bad Segeberg - Landesgrenze SH/NI	• im Linienbestimmungsverfahren
4	A 7	6-streifiger Ausbau von LGR. SH/HH - Bordesholmer Dreieck	• Realisierungsstudie - Vergabe: Sept. 2003
5	A 21	4-streifiger Ausbau der B 404 von Bornhöved - Negernbötel	• Planfeststellungsbeschluss: 24.11.2003
6	A 1	4-streifiger Ausbau der B 207 von Oldenburg - Heiligenhafen	• im Bau
7	B 203	OU - Groß Wittensee und Klein Wittensee	• im Bau → Fertigstellung: 2004
8	B 76	OU - Gettorf	• im Bau → Fertigstellung: 2004
9	B 76	OU - Preetz/Schellhorn	• im Bau → Fertigstellung: 2004
10	B 104	OU - Schlutup	• im Planfeststellungsverfahren
11	B 206	OU - Bad Bramstedt	• im Planfeststellungsverfahren (Abstimmung mit Linienführung A 20)
12	B 207	Verlegung und Neubau zwischen Lübeck - Pogez	• im Planfeststellungsverfahren
13	L 174	Westtangente Eutin	• Baubeginn: Mitte 2004

Oldenburg und Heiligenhafen vorangetrieben. Die Planfeststellungsverfahren für die Gesamtmaßnahme sind bereits abgeschlossen. Mit dem Bau wurde in Teilen bereits begonnen. Der weitere Baufortschritt ist abhängig von der jeweils bereitgestellten Finanzierung durch den Bund.

Bau von Ortsumgehungen

Im Jahr 2004 werden wichtige Ortsumgehungen fertig gestellt. Dazu gehören die Ortsumgehung Groß Wittensee und Klein Wittensee (im Zuge der B 203) zwischen Eckernförde und Rendsburg und die Ortsumgehung Gettorf sowie die Ortsumgehung Preetz / Schellhorn (beide B 76).

Darüber hinaus wird 2004 für die Ortsumgehung Schlutup (B 104), die Ortsumgehung Bad Bramstedt (B 206) sowie die Verlegung der B 207 zwischen Lübeck und Pogeetz mit einem Abschluss des Planfeststellungsverfahrens gerechnet.

Mit dem Bau der Westtangente Eutin (L 174) soll Mitte 2004 begonnen werden.

Ausgaben für Bundes- und Landesstraßen

Bundesfernstraßen: BAB 489 km Unterhaltungslänge
Bundesstraßen 1.600 km Unterhaltungslänge
Landesstraßen: 3.552 km Unterhaltungslänge

Jahr	Verausgabte Gesamtmittel Bundesfernstraßen (in Millionen Euro)	Verausgabte Landesmittel für Neu-, Um- und Ausbau sowie Unterhaltung (in Millionen Euro)
1998	137	42,8
1999	151	47,0
2000	157	47,8
2001	177	44,1
2002	180	41,6
2003	195	36,5

Der Straßenbauplan 2004 des Bundes enthält für Schleswig-Holstein Gesamtmittel in Höhe von rund 168 Millionen Euro. Für das Haushaltsjahr 2004 sind für den Bereich der Landesstraßen in Schleswig-Holstein Ausgaben gemäß Haushaltsplan in Höhe von rund 39,9 Millionen Euro vorgesehen.

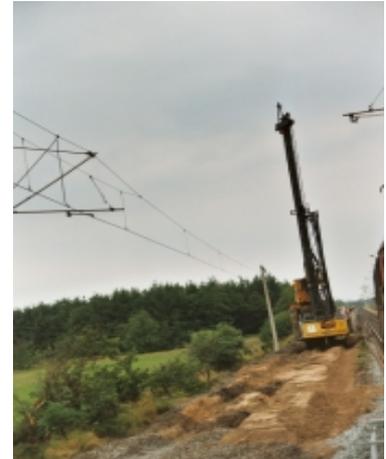
4.3 Schienenwege

Die folgenden Schienenverkehrsprojekte konnten im Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplan 2003 verankert werden:

- die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke *Hamburg – Lübeck/Travemünde* sowie der dreigleisige Ausbau zwischen Hamburg/Wandsbek und Ahrensburg.
- der zweigleisige Ausbau der Eisenbahnstrecke zwischen Neumünster und Bad Oldesloe.
- der dreigleisige Ausbau des Schienenengpasses auf der Jütlandlinie Hamburg-Flensburg-Dänemark zwischen Pinneberg und Elmshorn (erste Baustufe des Ausbausvorhabens Hamburg-Elmshorn). Die sich anschließenden Baustufen, insbesondere auf Hamburger Gebiet, sind in den Weiteren Bedarf des Bundesverkehrswegeplans eingestellt worden.

Neben den im Bundesverkehrswegeplan verankerten Projekten sind in Schleswig-Holstein folgende weitere **Ausbaumaßnahmen** geplant:

- Die Ertüchtigung der Eisenbahnstrecke zwischen Kiel und Lübeck für Geschwindigkeiten bis zu 140 km/h mit zweigleisigen Begegnungsabschnitten zur Einführung eines „Schnell-Langsam-Konzeptes“ im SPNV (mit zwei Zügen pro Stunde und Richtung) sowie dem Einsatz neuer Fahrzeuge.
- Die Modernisierung und Ausbau des Bahnhofes Elmshorn zur Beseitigung eines bestehenden Engpasses im schleswig-holsteinischen Schienenverkehr.
- Der weitere zweigleisige Ausbau der AKN-Stammstrecke zwischen Hamburg und Kaltenkirchen. In diesem Zusammenhang erfolgte im April 2004 die Tieferlegung des Bahnhofs Kaltenkirchen.
- Die Beseitigung weiterer noch bestehender Langsamfahrstellen im schleswig-holsteinischen Schienennetz (z.B. auf den Kanalhochbrücken Hochdonn und Rendsburg).



Sanierung der Bahnstrecke Flensburg - Neumünster - Quelle: MWAV (2003)

Wichtige im Jahr **2003 abgeschlossene Maßnahmen im Bereich Schieneninfrastruktur** sind die Inbetriebnahme des elektronischen Stellwerkes in Lübeck Hbf, des AKN-Stellwerkes in Neumünster Süd (letzte Maßnahme im Zusammenhang mit der Ende 2002 erfolgten Reaktivierung der Strecke Neumünster – Bad Segeberg) sowie die Inbetriebnahme des zweigleisigen AKN-Abschnittes (zunächst auf Hamburger Gebiet), der sich positiv auf die Betriebsqualität im gesamten AKN-Netz auswirkt.

Wichtige Maßnahmen im Jahr 2003 zur Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) waren:

- Mehr Nahverkehrszüge auf der Vogelfluglinie

Das Nahverkehrsangebot auf der Vogelfluglinie hat sich im Sommerfahrplan 2003 (6. April bis 2. November) deutlich verbessert. In dieser Zeit fuhren täglich vier Zugpaare zwischen Lübeck und Puttgarden (gegenüber zuvor je nach Wochentag ein bis drei Zugpaare in Tagesrandlagen). Diese Ausweitung hat sich bewährt. Erste Zahlen belegen, dass die Züge von den Fahrgästen, insbesondere von den Urlaubern, angenommen wurden. Daher wird im Sommerfahrplan 2004 erneut ein erweitertes Zugangebot bei der DB AG bestellt. Gegenüber dem Sommer 2003 wird das Angebot nochmals um ein zusätzliches Zugpaar erweitert. Im Winter 2004/ 2005 soll der Halt Lensahn eröffnet werden.

- Ganzjähriger Personenverkehr auf der Bahnstrecke Niebüll – Tondern

Am 6. April 2003 startete der ganzjährige Personenverkehr auf der Bahnstrecke Niebüll - Tondern. Durch die Wiedereröffnung der Bahnstrecke wird auch die Attraktivität der Tourismusregionen auf beiden Seiten der Grenze erheblich gesteigert. Mit der Nord-Ostsee-Bahn ist auf dieser Strecke ein Unternehmen zum Zug gekommen, dass sich in Schleswig-Holstein bereits bestens bewährt hat. Die NOB pendelt mit ihrem Triebwagen nur zwischen Niebüll und Tondern. Für viele Reisende bedeutet dies ein zweimaliges Umsteigen, was sich derzeit allerdings nicht vermeiden lässt, da auf den weiterführenden Strecken andere Unternehmen den Verkehr durchführen. Dänemark und Schleswig-Holstein sind sich darüber einig, dass das Ziel der umsteigefreien Verbindungen nicht aus den Augen verloren gehen darf.



Triebwagen der Nordbahn - Quelle: MWAV (2003)

- Neuer Verkehrsvertrag mit der Deutschen Bahn AG

Landesregierung und Deutsche Bahn AG haben am 28. April 2003 in Kiel einen neuen Verkehrsvertrag unterzeichnet. Dieser Vertrag regelt unter anderem das Fahrplanangebot, die Qualität der eingesetzten Fahrzeuge sowie die Pünktlichkeit der Nahverkehrszüge in Schleswig-Holstein. Mit diesem Vertrag erhält Schleswig-Holstein Sicherheit für die Übergangszeit bis zum vollständigen Wettbewerb im SPNV. Der Vertrag korrespondiert mit dem Wettbewerbskonzept, welches bereits im Dezember 2001 veröffentlicht wurde: Bis zum Ende der Vertragslaufzeit 2004 werden alle SPNV-Leistungen stufenweise in den Wettbewerb vergeben.



Nahverkehrszüge der DB AG und NOB - Quelle: MWAV (2003)

- Entscheidung bei Ausschreibung der Strecke Westerland – Hamburg

Die Nord-Ostsee-Bahn GmbH (NOB) hat den Zuschlag für den Schienenpersonennahverkehr auf der Bahnstrecke Hamburg – Westerland ab Dezember 2005 für zehn Jahre erhalten. Vorausgegangen war eine europaweite Ausschreibung über die bundesweit zweitgrößte Vergabe von Verkehrsleistungen. Für die jährlich 4,1 Millionen Zugkilometer erhält die NOB rund 18 Millionen Euro an Ausgleichszahlungen. Dadurch erzielt das Land gegenüber dem Status-quo-Angebot deutliche Einsparungen. Die Einsparungen werden genutzt, um das Bahn- und Busangebot in Schleswig-Holstein weiter zu optimieren. Die NOB wird künftig mehr Zugbegleiter einsetzen als es der derzeitige Betreiber geplant hatte. Die Fahrgäste können von Dezember 2005 an auf der so genannten Marschbahn in vollkommen neuen Fahrzeugen reisen. Gleichzeitig wird bundesweit erstmals auch in Regionalzügen eine Platzreservierung angeboten. Darüber hinaus findet sich in jedem Zug eine Vorinstallation für Internetanschlüsse.

- Fortführung der FLEX-Verkehre durch die NOB

Die früheren InterRegio-Leistungen auf der Strecke Padborg – Flensburg - Hamburg wurden seit dem 14. Dezember 2002 von der FLEX AG auf der Grundlage eines Verkehrsvertrages mit dem Land erbracht. Die FLEX AG musste am 12. August 2003 Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens stellen. Der im Verkehrsvertrag vereinbarte Ausgleichsbetrag hatte sich als wirtschaftlich nicht ausreichend erwiesen. Vom 1. November 2003 an hat die Nord-Ostsee-Bahn GmbH (NOB) die Verkehre für zwei Jahre übernommen. Aus verkehrlichen, wettbewerbspolitischen sowie wirtschaftlichen Gründen erfolgte die Vergabe nur für eine kurze Laufzeit bis Dezember 2005.

Bereits am 11. Dezember 2003 hat die Landesweite Servicegesellschaft LVS die Ausschreibung für den Zeitraum ab Dezember 2005 gestartet. Die Angebote der Verkehrsunternehmen müssen bis Ende Februar 2004 eingehen. Die Entscheidung über die Vergabe wird im Sommer 2004 getroffen. Der neue Betreiber wird den Verkehr von Dezember 2005 bis Dezember 2014 übernehmen.



Triebwagen der Nord-Ostsee-Bahn - Quelle: MWAV (2003)

- Durchgehender Zugverkehr von Büsum bis nach Neumünster

Mit modernen Triebwagen können die Fahrgäste seit dem 15. Dezember 2003 alle zwei Stunden zwischen Neumünster und Büsum Züge nutzen, ohne in Heide umsteigen zu müssen. Gleichzeitig wurde an den Wochenenden zwischen Heide und Neumünster der Zwei-Stunden-

Takt eingeführt. Dies bestätigt erneut, dass vom Wettbewerb auch die Fahrgäste profitieren. Mit der Vergabe an die Schleswig-Holstein-Bahn kann das Land gegenüber dem Status-quo-Angebot zugleich deutliche Einsparungen erzielen. Die Ausschreibung der Strecke *Neumünster – Heide – Büsum* wurde durch die Landesregierung vor rund zwei Jahren gestartet. Die AKN Eisenbahn AG führt den Betrieb auf der Strecke *Neumünster – Heide - Büsum* für die Jahre 2004 bis 2011 durch. Sie hat hierfür die „Schleswig-Holstein-Bahn“ (100prozentige Tochtergesellschaft) gegründet.



Triebwagen der AKN - Quelle: MWAV (2003)

- Wiedereröffnung des Bahnhofes in Horst

Die Reaktivierung von Bahnstationen ist bahnpolitischer Bestandteil der Verkehrspolitik der Landesregierung. Der Bahnhof Horst ist bereits die 16. Station, die in Schleswig-Holstein wiedereröffnet wird, seit dem die Landesregierung im Jahr 1996 mit der Regionalisierung die Verantwortung für den SPNV übernommen hat.

Für die Bahnkunden wurde am Bahnsteig in Richtung Elmshorn/Hamburg ein moderner kombinierter Fahrgast- und Fahrradunterstand gebaut. Außerdem hat die Gemeinde Horst eine Park- and Ride-Anlage mit 38 Pkw-Stellplätzen errichtet. Im Umfeld der neuen Station wurden aus Sicherheitsgründen neue Gehwege angelegt und eine zusätzlich Fußgängerschrankenanlage gebaut. Zudem ist die Station mit einer neuen Haltestelle auch an den Busverkehr angebunden. Das Land Schleswig-Holstein, die Deutsche Bahn AG und die Gemeinde Horst tragen gemeinsam die Kosten von rund 2,3 Millionen Euro.

4.4 Güterverkehr

Aufgrund der ständig wachsenden Güterverkehre unterstützte das Land auch 2003 den Ausbau intermodaler Verkehre, insbesondere den Bau von Güterverkehrszentren: Das Güterverkehrszentrum 1 in Lübeck erhält zur Leistungsertüchtigung der Hafenbahn insgesamt 5,3 Millionen Euro an Zuwendungen des Landes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz wovon in 2003 ca. 400.000 Euro ausgezahlt wurden.

Im Bereich des Schienengüterverkehrs wird auch nach der Insolvenz der Nordfriesischen Verkehrs Betriebe AG im Jahr 2003 der aufgebaute Güterverkehr fortgeführt. Damit ist in Schleswig-Holstein - insbesondere im nördlichen Landesteil - auch nach dem Rückzug der DB Cargo aus der Flächenbedienung im Jahr 2002 weiterhin ein hochwertiges Güterbahnangebot gewährleistet.

4.5 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Im Rahmen der Qualitätsoffensive für den ÖPNV (Bus und Bahn) sind 2003 insgesamt 230 Millionen Euro in den öffentlichen Personennahverkehr in Schleswig-Holstein geflossen.

• Gesamtkonzept Bahn und Bus:

Vernetzung des Fern- und Regionalschienenverkehrs mit dem Busverkehr im Rahmen des Integralen Taktfahrplans (ITF).

• Umsetzung der Ergebnisse einer Marktforschungsstudie zum ÖPNV:

Im Rahmen einer fortlaufenden Imagekampagne ist es gemeinsames Ziel der Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen durch abgestimmte und einheitliche Informationen und Kommunikation vorhandene Fahrgäste enger an den ÖPNV zu binden und neue zu gewinnen. In Verbindung damit ist unter anderem ein schleswig-holsteinisches Markenzeichen für den ÖPNV

geschaffen worden: „*Mein Weg. Der Nahverkehr in Schleswig-Holstein*“. Mit der Informationszeitung „nah-sh“ der Landesweiten Servicegesellschaft LVS werden Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen in regelmäßigen Abständen über die aktuelle Entwicklung im ÖPNV unterrichtet.

• **HVV-Erweiterung**

Die Erweiterung des Hamburg-Verkehrsbundes auf die Bereiche der vier Hamburg-Randkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg erfolgte mit dem Fahrplanwechsel am 15. Dezember 2002. Das erweiterte Verkehrsangebot wurde durch strategisches Marketing begleitet und führte im ersten Jahr zu 30.000 Neukunden.

Durch ein Qualitätssteuerungsverfahren und weitere Angebotsoptimierung soll das bisher - auch im Erweiterungsgebiet - positive Image des HVV noch weiter gestärkt werden.

• **Schleswig-Holstein – Tarif**

Ziel eines landesweiten Tarifkonzeptes ist eine kundenfreundliche Harmonisierung der Tarife in allen Landesteilen und auch nach Hamburg für alle Verkehrsmittel des ÖPNV. In einer ersten Stufe ist für den SPNV Ende 2002 der neue Schleswig-Holstein-Tarif eingeführt worden. Eine Ausweitung auf den Busverkehr wird im Jahre 2004 erfolgen.

• **Fahrplanauskunft „Scout“**

Die landesweite Fahrplanauskunft „SCOUT“ wird in die deutschlandweite Fahrplaninformation (DELFI) eingebunden und um eine Tarifauskunft zum SH-Tarif ergänzt.

Fortschreibung des landesweiten Nahverkehrsplans (LNVP)

Der LNVP wird alle fünf Jahre fortgeschrieben und wurde 2002 überarbeitet. Im Rahmen dieser Fortschreibung erfolgte eine intensive Abstimmung zwischen den Planungsebenen Land und Kommunen. Die Landesregierung hat den *LNVP 2003 bis 2007* im April 2003 verabschiedet. Zu den Eckpunkten des LNVP im Bereich SPNV wie auch für den übrigen ÖPNV gehören insbesondere:

- die Optimierung des Angebots durch Taktverdichtung,
- die Vernetzung der Verkehrssysteme Bus und Bahn,
- die Modernisierung der Fahrzeuge und Stationen,
- die Verbesserung von Qualität und Service sowie
- die Einführung des Wettbewerbs im Schienenverkehr.

Barrierefreiheit im ÖPNV

Die Barrierefreiheit ist ein wichtiges langfristiges Ziel der Verkehrspolitik des Landes Schleswig-Holstein. In Zusammenarbeit mit Bund und Kommunen sowie mit den Verkehrsunternehmen und deren Verbänden konnten in den vergangenen Jahren bereits gute Erfolge für die umfassende Integration mobilitätseingeschränkter Fahrgäste im ÖPNV erzielt werden.

4.6 Schifffahrtspolitik

Zur Verbesserung der schwierigen internationalen Wettbewerbsposition der deutschen Seeschifffahrt wird in Deutschland seit 1999 erfolgreich ein Paket schifffahrtspolitischer Maßnahmen umgesetzt. Hierzu gehört insbesondere die Tonnagesteuer und der Lohnsteuereinbehalt. Zwischenzeitlich haben mehr als 1.750 Schiffe für die Tonnagesteuer optiert.

Auf der 3. Nationalen Maritimen Konferenz im Mai 2003 in Lübeck hat der Bundeskanzler betont, dass die Bundesregierung an der Tonnagesteuer festhalten und zunächst für die Dauer von zwei Jahren die Möglichkeit des Lohnsteuereinhalts von 40 % auf 80 % erhöhen wird. Im Gegenzug wird von den Reedern bis Ende 2005 die Rückkehr von 100 bis 200 Schiffen in

das deutsche Register erwartet. Die wesentlichen Inhalte des Maßnahmenpakets, insbesondere die Beibehaltung der Tonnagesteuer, wurden im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zur Steuerreform Ende 2003 bestätigt.

Anlässlich der 3. Nationalen Maritimen Konferenz haben sich die Beteiligten des Maritimen Bündnisses für Ausbildung und Beschäftigung (Bund, Küstenländer und Sozialpartner) darauf verständigt, die Zukunftsperspektiven der Seeschifffahrt unter deutscher Flagge zu verbessern und dem nationalen maritimen Arbeitsmarkt neue Impulse zu geben: Innerhalb der EU besteht ein akuter Mangel an Schiffsoffizieren mit deutscher oder EU-Staatsangehörigkeit. Dem zusätzlich entstehenden Bedarf an Schiffsoffizieren im Zuge der Rückflaggung von bis zu 200 Schiffen wird durch eine Lockerung der restriktiven Bestimmungen der Schiffsbesetzungsordnung über die Staatsangehörigkeit begegnet. Die „konditionierte Öffnungsklausel“ eröffnet den Reedern die Möglichkeit, Schiffsoffiziere aus Drittstaaten in größerer Anzahl als bisher auf Schiffen unter deutscher Flagge zu beschäftigen, wenn die benötigten deutschen oder europäischen Schiffsoffiziere auf dem deutschen Arbeitsmarkt nachweislich nicht zur Verfügung stehen. Gleichzeitig intensivieren die Reeder die Ausbildung des seemännischen Nachwuchses, insbesondere die Berufsausbildung zum Schiffsmechaniker, nachhaltig.

Schiffssicherheit

Die weitere Verbesserung der Schiffssicherheit, des Unfallmanagements und der Terrorabwehr in Häfen bleibt für das Küstenland Schleswig-Holstein eine wichtige Aufgabe.

Im Zusammenwirken mit dem Bund wurde zur Verbesserung der Schiffssicherheit ein Notfallkonzept für Nord- und Ostsee erstellt. Die Umsetzung dieses Konzeptes (Havariekommando, Notschlepper, Notliegeplätze, Einsätze von Rettungsdiensten) wurde 2003 fortgeführt. Zur Verbesserung der Sicherheit im Seeverkehr sind in der Ostsee drei Notfallschlepper und in der Nordsee ein Notfallschlepper stationiert. Die derzeitigen Charterverträge des Schleppers „Oceanic“ in der Nordsee und des in der Ostsee stationierten Schleppers „Fairplay 26“ laufen bis Oktober 2005. Verlängerungen dieser Charterverträge sind möglich.

Zusätzlich sind die Mehrzweckschiffe des Bundes (zwei Schiffe in der Nordsee und ein Schiff in der Ostsee) im Einsatz. Das Notschleppkonzept der Bundesregierung trägt dabei den unterschiedlichen Einsatzgebieten in Nord- und Ostsee und den dortigen Verkehren Rechnung. Das Ziel der Einrichtung einer einheitlichen Deutschen Küstenwache, das die vorhandenen Einsatzkräfte auf See zusammenführt, wird weiter verfolgt.

Die Bestrebungen zur Verbesserung der Schiffssicherheit auf See - speziell vor unseren Küsten - werden durch die Landesregierung aktiv vorangetrieben. Dazu zählen u. a. die Unterstützung der von der EU beschlossenen beschleunigten Einführung von Doppelhüllentankern, das Einlaufverbot von alten Einhüllentankern mit schwerem Heizöl als Ladung in EU-Häfen, die Verbesserung und Harmonisierung der Hafenstaatkontrollen und die Haftungsausdehnung der Schiffsklassifikationsgesellschaften.

Maritime Sicherheit

Um die internationale Schifffahrt besser vor Terror zu schützen, haben die USA Vorschläge zur Ergänzung des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum *Schutz des Menschlichen Lebens auf See* (SOLAS) bei der Internationalen Schiffssicherheitsorganisation (IMO) in London eingebracht. Im Dezember 2002 wurde ein entsprechendes internationales Regelwerk verabschiedet, das spätestens bis zum 1. Juli 2007 in nationales Recht umzusetzen ist. Hierzu wurde in Deutschland bereits im Dezember 2002 ein Bund-Länder Arbeitskreis *Maritime Sicherheit* (BLAMS) zur präventiven Gefahrenabwehr für die Seeschifffahrt und deren Hafeneinrichtungen gebildet. In Schleswig-Holstein sind etwa 70 Hafenanlagen von den Maßnahmen zur Abwehr terroristischer Gefahren für Schiffe und Hafenanlagen betroffen. Die Überwachung der Umsetzung dieser Maßnahmen in den Häfen erfolgt unter Beteiligung des MWAV durch eine bei der Wasserschutzpolizeidirektion neu eingerichtete Behörde für Hafensicherheit.

Nord – Ostsee – Kanal

Der Nord – Ostsee – Kanal (NOK) ist mit über 39.000 Schiffen mit rund 70 Millionen Tonnen Ladung im Jahr 2003 die meist befahrene künstliche Wasserstrasse der Welt. Diese dem internationalen Seeverkehr dienende Bundeswasserstrasse erspart den Schiffen den Umweg um Skagen. Dies ist eine Verkürzung des Seewegs um etwa 250 Seemeilen. Die Öffnung der osteuropäischen Länder und ihre europäische Integration – und damit verbunden steigende Schiffsverkehre – haben die Bedeutung des Kanals noch gesteigert.

Die Abmessungen der Schiffe, die den NOK passieren, steigt stetig. Einige Feederschiffreedereien setzen schon jetzt Schiffe in der Ostseefahrt ein, die aufgrund ihrer Abmessung den NOK nicht mehr passieren können. Daher besteht Handlungsbedarf für einen Ausbau der Oststrecke des NOK zwischen Kiel und Königsförde. Die Planungen für die Kurvenbegradigung dieser Strecke sind angelaufen: Von der WSD Nord wurde bereits eine interne Untersuchung der Verkehrsentwicklung auf dem NOK durchgeführt. Mitte November 2003 wurde ein Gutachten zur Ermittlung der Kosten und Nutzen nach den Kriterien des Bundesverkehrswegeplanes vergeben. Die Ergebnisse werden bis Anfang 2005 vorliegen. Durch die Aufnahme in die dreißig prioritären Projekte im Rahmen der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN) können für die Kanalmodernisierung auch EU-Mittel in Anspruch genommen werden.

Entwicklung der Häfen

Die deutsche Hafenwirtschaft hat sich 2003 positiv entwickelt und unter Beweis gestellt, eine Wachstumsbranche zu sein. Innerhalb Schleswig-Holsteins verlief die Entwicklung allerdings etwas differenzierter:

Der Umschlag im Hafen **Kiel** ist gegenüber dem Vorjahr – trotz Ladungsverlust an konkurrierende Häfen – annähernd konstant geblieben. Vor dem Hintergrund der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung in Osteuropa hat sich Kiel mit dem erweiterten Ostuferhafen bereits heute auf den prognostizierten Umschlagszuwachs eingerichtet. Bis Ende des Jahres 2004 wird auch der Bau eines Terminals für den Kombinierten Verkehr (KV) abgeschlossen sein. Mit einem Zuwachs von 5 % hält die positive Entwicklung im Personenverkehr in der Fähr- und Ausflugsschiffahrt weiterhin an. Besonders erfreulich verlief die Kreuzfahrtschiffahrt mit 80 Anläufen und über 90.000 Passagieren. Für das Jahr 2004 liegen bereits 110 Anmeldungen von Kreuzfahrtschiffen vor. Damit ist Kiel der führende deutsche Ausgangs- und Zielhafen für Kreuzfahrten.



Norwegenkai 2003

Auch im Jahr 2003 konnte **Lübeck** erneut seine Spitzenposition als größter Ostseehafen behaupten. Der Umschlag ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,9 Prozent gestiegen. Insgesamt wurden 25,4 Millionen Tonnen umgeschlagen. Die Steigerung resultiert in erster Linie aus der äußerst positiven Entwicklung im Fährverkehr nach Osteuropa einschließlich Finnland. Die großen Ausbauprojekte wie die Erweiterung des Skandinavien- und Schlutupkais werden weiter mit Nachdruck verfolgt. Sie festigen die Position des Lübecker Hafens als internationale Drehscheibe im Transitverkehr und bauen sie weiter aus. Neben dem im vergangenen Jahr in Betrieb genommenen Containerterminal Lübeck (CTL) ist besonders der Umbau eines Massenguthafens in ein modernes RoRo-Terminal durch das private Hafenunternehmen Lehmann GmbH hervorzuheben. Die Zusammenarbeit mit Hamburg, das bereits heute rund 30 % des Überseecontainerverkehrs mit dem Ostseeraum abwickelt, lässt weitere Impulse für den Hafenstandort Lübeck erwarten.



Güter- und Personenverkehr in den Häfen Schleswig-Holsteins im Jahr 2003

	Güterumschlag (Mio. t brutto)			Passagiere (Anzahl)		
	2002	2003	Änderung in %	2002	2003	Änderung in %
Kiel	4,95	4,94	- 0,3	1.223.401	1.285.185	+ 5,1
Lübeck	24,41	25,37	+ 3,9	619.718	617.325	- 0,4
Brunsbüttel	8,27	8,10	- 2,4	-	-	-
Puttgarden	3,31	3,39	+ 2,4	6.612.993	6.421.490	- 2,9

Erstmals nach Jahren zweistelliger Zuwachsraten im Reiseverkehr verzeichnete **Puttgarden**, der größte deutsche Fährhafen, mit -2,9 % rückläufige Passagierzahlen. Der Güterumschlag konnte dagegen um 2,4 % auf 3,4 Millionen Tonnen gesteigert werden.

Im Zuge des konjunkturell bedingten rückläufigen Umschlags von Öl und Kohle musste der Industrie- und Massenguthafen **Brunsbüttel** mit einem Umschlag von 8,1 Millionen Tonnen im Jahr 2003 einen leichten Rückgang von 2,4 % gegenüber dem Vorjahr hinnehmen. Bis zum Jahr 2005 soll der KV-Terminal weiter ausgebaut und Brunsbüttel als internationale Drehscheibe in Container-Verkehr positioniert werden. Nach Fertigstellung des Terminals wird eine Verdreifachung des Umschlags auf 75.000 Container pro Jahr prognostiziert.

4.7 Luftverkehr

Die Ereignisse des 11. September 2001 haben zu einer unvorhersehbaren Wachstumspause insbesondere im überregionalen Luftverkehrsmarkt geführt. Nach den Erfahrungen aus zurückliegenden Krisen wird sich der Luftverkehr von diesen Rückschlägen wieder erholen. Luftfahrt bleibt langfristig ein Wachstumsmarkt. Die Nachfrage nach Luftverkehrsleistungen wird weiterhin von der ungebrochenen Internationalisierung der Wirtschaft, dem stark expandierenden Tourismusmarkt und vom zunehmenden Wettbewerbsdruck durch Low-Cost-Carrier profitieren.

Entwicklung des Regionalflughafens Kiel

Um entfallene Linienverbindungen zum Regionalflughafen Kiel-Holtenau zu ersetzen und neue Ziele zu erschließen, ist die Flughafengesellschaft intensiv bemüht, neue Luftverkehrsgesellschaften und Fluglinien zu akquirieren. Neu gewonnen wurde die *EUROPEAN AIR EXPRESS* (E.A.E.): Seit August 2003 werden an Wochentagen zweimal täglich Flüge nach Köln/Bonn angeboten.

Verlängerung der Start- und Landebahn Kiel-Holtenau

Die von der Landeshauptstadt Kiel im Jahr 2002 beschlossene Ausbauplanung ist inzwischen in das Stadium konkreter Planungen getreten. Im Dezember 2003 wurde der Vertrag mit einem Projektmanager unterzeichnet, der die Entwurfsplanung durchführt und die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren vorbereitet. Die öffentliche Auslegung der Planunterlagen erfolgt im Frühjahr 2005. Die Landesregierung fördert den Ausbau aus dem Regionalprogramm 2000. Vor einer endgültigen Bauentscheidung werden die Kosten- und Verkehrsprognosen präzisiert.

Verkehrsflughafen Lübeck-Blankensee

Das Verkehrsaufkommen des Verkehrsflughafens Lübeck/Blankensee ist geprägt durch seine europäischen Linienanbindungen insbesondere zu europäischen Ferientzielen. Dabei setzt sich der positive Trend der Vorjahre fort: Die Entwicklung der Fluglinienverbindungen nach London (Stansted), Mailand (Bergamo), Stockholm (Skavsta) und Pisa haben im Jahr 2003 mit 500.000 Passagieren die Prognose (360.000 Passagiere) deutlich überschritten. Um auch künftig moderne, leisere und größere Jets abfertigen zu können, wird von der Hansestadt Lübeck zurzeit das Planfeststellungsverfahren zur Verlängerung der Start- und Landebahn

Positive Entwicklung der Fluggastzahlen

betrieben. Der Planfeststellungsbeschluss wird im Herbst 2004 vorgelegt. Die vom Flughafen unabhängig davon geplante Einrichtung eines Instrumentenanflugsystems der Betriebsstufe II (ILS CAT II) und die im Zusammenhang mit dem Startbahnausbau vorgesehene Verlängerung des Rollweges "C" werden vom Land als Sicherheitsmaßnahmen finanziell unterstützt.

Wirtschaftsförderung von A bis Z

Aus- und Weiterbildung

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) (sog. „Meister-Bafög“)	Handwerker und andere Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung	www.meister-bafog.info www.ib-sh.de	Finanzielle Unterstützung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Maßnahmen der beruflichen Aufstiegsfortbildung	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de - Silke Jahn Tel. (0431) 9905-3485 E-Mail: silke.jahn@ib-sh.de - Siegfried Erber Tel. (0431) 9905-3238 E-Mail: siegfried.erber@ib-sh.de	Die Förderung ist an bestimmte persönliche, qualitative und zeitliche Anforderungen geknüpft. Beratung und Antragstellung: Investitionsbank Schleswig-Holstein und durch Beratungsstellen vor Ort (siehe www.ib-sh.de)
„Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur investiven Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten der Aus- und Weiterbildung“ vom 24.7.2002	Gemeinnützige und öffentliche Träger und Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung Mittelbar: Auszubildende, Beschäftigte und Arbeitslose, die an Aus- und Weiterbildung teilnehmen	Amtsbl. Schl.-H. 2002 S. 454	Modernisierung von Berufsbildungsstätten (Bau, Umbau, Ausstattung)	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein: www.landestregierung.schleswig-holstein.de -Edda Hamer, Tel. (0431) 988-4646 E-Mail: edda.hamer@wimi.landsh.de -Wiebke Foss, Tel. (0431) 988-4524, E-Mail: wiebke.foss@wimi.landsh.de	Die Förderung beträgt max. 50% der zuwendungsfähigen Investitionskosten.
Förderung der regionalen Weiterbildungsverbünde	Weiterbildungsinstitutionen sowie KMU und Bürgerinnen und Bürger	Fördergrundsätze im Rahmen von ASH2000	Förderung der Weiterbildungsverbünde mit dem Ziel, die Kooperation und Koordination, die Information und Beratung sowie die Qualitätssicherung in der Weiterbildung zu verbessern	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein: www.landestregierung.schleswig-holstein.de - Birca Behling Tel. (0431) 988-4648 E-Mail: birca.behling@wimi.landsh.de Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein (BSH) mbH - Frank Latzel Tel. (04321) 97720 E-Mail: latzel@bsh.sh	Antragsberechtigt sind die eif regionalen Weiterbildungsverbünde in Schleswig-Holstein
Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen	Wiedereinsteigerinnen	Fördergrundsätze im Rahmen von ASH2000	Förderung von beruflichen Orientierungskursen für Frauen	Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein (BSH) mbH - Ingrid Krebs Tel. (04321) 9772-445, E-Mail: krebs@bsh.sh	Antragsberechtigt sind Institutionen der Weiterbildung

Außenwirtschaftsförderung

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen an mittelständische Unternehmen zur Förderung der Markterschließung im Ausland (Außenwirtschaftsförderungsrichtlinie – AWR)	Kleine und mittlere Unternehmen mit Sitz oder Betriebsstätte in Schleswig-Holstein	Amtsblatt für Schleswig-Holstein 2002, S. 616 ff Änderung im Amtsblatt 2004, S. 234	Erstmalige Beratung zur Beurteilung von Exportchancen Beteiligung an Messen im Ausland Gemeinschaftliche Beteiligung an Messen und Ausstellungen im Ausland Beteiligungen an Firmengemeinschaftsbüros im (außereuropäischen) Ausland	Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH (WSH), www.wsh.de - Frau Krigar, Tel. (0431) 5 93 39 – 26 E-Mail: krigar@wsh.de	

Beteiligungen

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Sonderdarlehen (Mezzaninkapital)	Verbesserung der Eigenkapitalausstattung kleiner und mittlerer Unternehmen (Mezzaninkapital) sowie wachstumsorientierter Unternehmen (incl. Handwerksunternehmen)		Einsatz des Sonderdarlehens zur Wachstumsfinanzierung und Festigung der Existenz von Unternehmen. Im einzelnen gewährt zur Mitfinanzierung: - investiver Maßnahmen (Vorangig) - des Umlaufvermögens - von Nachfolgeregelungen, - Unternehmensübernahmen - von Außenwirtschaftsaktivitäten, wenn hierdurch zusätzliche Märkte neu erschlossen oder verstärkt bearbeitet werden und damit die Ertragskraft des in Schleswig-Holstein ansässigen Unternehmens nachhaltig gestärkt wird.	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de - Harald Bock Tel. (0431) 9905-3321 E-Mail: harald.rock@ib-sh.de - Klaus Siegmund Tel. (0431) 9905-3475 E-Mail: klaus.siegmund@ib-sh.de	Antragstellung über die Hausbank
Stille Beteiligungen (im Ausnahmefall offene Beteiligungen der MBG)	- Innovative, technologie- und ökologieorientierte kleine und mittlere Unternehmen und Existenzgründungen - Innovative Dienstleistungsunternehmen - Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft in Wachstumsbranchen einschl. Handwerksbetriebe		Bereitstellung von Beteiligungskapital für: - mittelständische Unternehmen - innovative Existenzgründer - Markteinführung und Wachstum - Unternehmensfortführungen und Nachfolgeregelungen - Unterstützung von Außenhandelsaktivitäten	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG) www.mbg-sh.de - Dr. Gerd Rüdiger Steffen Tel. (0431) 9905-3580 E-Mail: gerd.ruediger.steffen@mbg-sh.de - Uwe Thomsen Tel. (0431) 9905-3585 E-Mail: uwe.thomsen@mbg-sh.de	Antragstellung über die Hausbank oder direkt an die MBG

Initiative „Biomasse und Energie“

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Richtlinie zur Förderung der energetischen Nutzung von Biomasse im ländlichen Raum durch das Land Schleswig-Holstein	Träger öffentlicher Verwaltungen (Gemeinden, Kreise, Ämter, Zweckverbände); Natürliche und juristische Personen des privaten Rechts	Amtsblatt für Schleswig-Holstein 2001, S. 232	<ul style="list-style-type: none"> - Errichtung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Biomasse und Biogas- Gemeinschaftsanlagen ohne oder in Verbindung mit der Errichtung von Wärmenetzen inkl. Hausanschlussleitungen, Netz- und Steuertechnik, Ubergabestationen in Netz- und Anschlussstationen; - Peripherieaufwendungen (u.a. Lagerraum, Spezial- und Transportmaschinen, Pumplogistik bei Biomasseanlagen) in Verbindung mit Anlagen zur Nutzung von Biomasse und Biogas; - Maßnahmen und Vorhaben zur Brennstoffbeschaffung, -aufbereitung und -logistik in Verbindung mit Anlagen zur Nutzung von Biomasse und Biogas 	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de - Energieagentur Erik Brauer Tel.: (0431) 9905-3660 E-Mail: erik.brauer@ib-sh.de - Städtebau- und Kommunalförderung Erwin Christiansen Tel.: (0431) 9905-3234 E-Mail: erwin.christiansen@ib-sh.de	Gemeinsames Förderprogramm des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein und des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft des Landes Schleswig-Holstein

Bürgschaften des Landes

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Bürgschaften des Landes Schleswig-Holstein	Förderung der gewerblichen Wirtschaft in besonderen Fällen		Bürgschaften für Investitions-, Betriebsmittel- und Avalkredite.	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr www.landesregierung.schleswig-holstein.de - Michael Kopp Tel. (0431) 988-4582 E-Mail: michael.kopp@wimi.landsh.de - Rolf Kraemer Tel. (0431) 988-4583 E-Mail: rolf.kraemer@wimi.landsh.de	Antragstellung über Hausbank.

Bürgschaften für Unternehmen

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Bürgschaften der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH	Kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, Freiberufler, Existenzgründungen		Bis zu 80 %-ige Ausfallbürgschaften für Investitions-, Betriebsmittel- und Avalkredite. Garantien für Beteiligungen an Unternehmen bis zu 70 % des Beteiligungsbetrages/-entgeltes. Bürgschaftsmäßige Hilfestellung für mittelständische Unternehmen mit befriedigender und guter Bonität.	Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH www.bueorgschaftsbank-sh.de - Jürgen Wilkniss Tel. (0431) 5938-133 E-Mail: jueorgen.wilkniss@bueorgschaftsbank-sh.de	Antragstellung über Hausbank.

Business-to-Business (Elektronischer Geschäftsverkehr)

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Einführung des elektronischen Geschäftsverkehrs - Business to Business - B2B-Richtlinie vom 06.03.2002	KMU	Amtsbl. Schl.-H. 2002, S. 205	<p>Die Beratung, Konzeptentwicklung und Umsetzung bezüglich:</p> <ul style="list-style-type: none"> - der externen und internen Kommunikationsprozesse, - der Verflechtung und der Verfahrensabläufe hinsichtlich Lieferanten und Geschäftskunden, - der Ablauf- und Aufbauorganisation für den elektronischen Geschäftsverkehr, - der Logistik, des Marketing, des Vertriebs, der Kundenbeziehungen und -bindungen (Customer Relations Management = CRM) unter maßgeblicher Verwendung von Internet und/oder Mobilkommunikation - der Datensicherheit, der Verschlüsselung, der elektronischen Signatur und der elektronischen Zahlungssysteme <p>Die Schulung, Qualifizierung und Evaluierung.</p>	<p>Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de</p> <p>- Günter Stelck Tel.: 0431/988-4639 E-Mail: guenter.stelck@wimi.landsh.de</p>	<p>Abwicklung durch die Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein GmbH, Kaija Täubert Tel.: 0431/51962-97 E-Mail: taeubert@ttzsh.de</p>

Darlehen

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Kooperationsdarlehen	Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft bis Ratingklasse 3 (maßgebend ist das von der Investitionsbank ermittelte Rating)		Mitfinanzierung von Investitionen (harte und weiche) sowie von Vorräten (Neugeschäft) und Übernahme von Kreditbeständen (Bestandsgeschäft) Das Kooperationsdarlehen trägt zur Eigenkapitalschonung und Risikofreisetzung der Banken und der Sparkassen bei.	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de - Harald Bock Tel. (0431) 9905-3321 E-Mail: harald.bock@ib-sh.de - Klaus Siegmund Tel. (0431) 9905-3475 E-Mail: klaus.siegmund@ib-sh.de	Antragstellung erfolgt durch die Hausbank
Investitionsdarlehen	Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft		Mitfinanzierung von Investitionen im Rahmen von Existenzgründungen, Neuansiedlungen, Verlagerungen, Erweiterungen, Rationalisierungsmaßnahmen und Reinvestitionen	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de - Harald Bock Tel. (0431) 9905-3321 E-Mail: harald.bock@ib-sh.de - Klaus Siegmund Tel. (0431) 9905-3475 E-Mail: klaus.siegmund@ib-sh.de	Antragstellung über Hausbank
Umfinanzierungsdarlehen	Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft		Langfristige Mit- und Umfinanzierung eines Teils der Vorräte (Bodensatz) und langfristige Umschuldung bisher kurzfristig finanzierter Investitionen, um das Zinssteigerungsrisiko zu verringern	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de - Harald Bock Tel. (0431) 9905-3321 E-Mail: harald.bock@ib-sh.de - Klaus Siegmund Tel. (0431) 9905-3475 E-Mail: klaus.siegmund@ib-sh.de	Antragstellung über Hausbank

Energiewirtschaft

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Richtlinie für die Förderung von Maßnahmen im Energiebereich im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms (ZIP)	u. a. Wohnungsunternehmen, Kommunen, Hausbesitzer, Krankenhäuser	Amtsblatt für Schleswig-Holstein 2004, S. 155	<ul style="list-style-type: none"> - Nachträgliche Wärmedämmmaßnahmen im Geschloßwohnungsbereich mit Verblendmauerwerk - Neubauten und Modernisierungen im Passiv-Haus-Standard - Umstellung von elektrischer Warmwasserbereitung auf zentrale nichtelektrische Warmwasserbereitung in Verbindung mit thermischen Solarkollektoranlagen im Geschloßwohnungsbereich - Stromsparmaßnahmen im kommunalen Bereich - Entwicklungs-, Pilot- und Demonstrationsvorhaben - Anlagen zur rationalen Energieumwandlung - Energietechnische Maßnahmen in Krankenhäusern 	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de Städtebau- und Kommunalförderung - Claus Kühne Tel.: (0431) 9905 – 3670 E-Mail: claus.kuehne@ib-sh.de	Die Richtlinie gilt bis Ende 2006.

Ernährungswirtschaft

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse	<ul style="list-style-type: none"> - Vermarktungseinrichtungen, Erzeugergemeinschaften - Unternehmen der Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse 	Amtsbl. Schl.-H. 2000, S. 746	<ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung und Rationalisierung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung der schleswig-holsteinischen Agrarwirtschaft. Dies kann insbesondere erreicht werden durch: - Ausrichtung der Erzeugung an der voraussichtlichen Marktentwicklung oder Entwicklung neuer Absatzmöglichkeiten für landwirtschaftliche Erzeugnisse - Verbesserung oder Rationalisierung der Erzeugung 	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de - Herr Tiedemann Tel.: 0431/988-5228; E-Mail: Heinz.Tiedemann@wimi.landsh.de - Herr Wehking Tel.: 0431/988-5236 E-Mail: Dietmar.Wehking@wimi.landsh.de	

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
<p>Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung ökologisch oder regional erzeugter landwirtschaftlicher Produkte</p>	<p>- Vermarktungseinrichtungen, Erzeugergemeinschaften - Unternehmen der Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse; u.a. im Sinne der EG-Öko-VO 2092/92</p>	<p>Richtlinien vom 8. März 2001 VIII 406/7392.12 (nicht im Amtsblatt veröffentlicht)</p>	<p>sierung der Vermarktungswege - Verbesserung der Präsentation und Gestaltung der Erzeugnisse - Verbesserung der Nutzung oder Entsorgung der Neben-erzeugnisse und Abfälle - Anwendung innovativer Techniken - Erhöhung der Verarbeitungstiefe - Verbesserung und Überwachung der Hygienebedingungen und der Qualität - Sicherung bestehender bzw. Schaffung neuer Arbeitsplätze - Schutz der Umwelt</p>	<p>Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de - Herr Tiedemann Tel.: 0431/988-5228, E-Mail: Heinz.Tiedemann@wimi.landsh.de - Herr Wehking Tel.: 0431/988-5236 E-Mail: Dietmar.Wehking@wimi.landsh.de</p>	

Existenzgründungsberatung und -finanzierung

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Beratungsstelle für Existenzgründerinnen	Existenzgründerinnen		Beratungsleistungen für den besonderen Beratungsbedarf von Gründerinnen Hilfestellung bei der Optimierung von Businessplänen im Vorfeld von Beratungsgesprächen	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de - Katharina Preusse Tel. (0431) 9905-3364 Fax. (0431) 9905-63364 e-mail: Katharina.Preusse@ib-sh.de - Ulrike Kiehne Tel. (0431) 9905-3363 Fax. (0431) 9905-63363 e-mail: ulrike.kiehne@ib-sh.de	
Förderberatung Wirtschaft bei der Investitionsbank (Förderlotse)	Existenzgründerinnen und Existenzgründer		Wettbewerbsneutrale und unentgeltliche Beratung über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten aus Programmen des Bundes und des Landes Hilfestellung bei der Optimierung von Businessplänen im Vorfeld von Bankgesprächen	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de - Norman Stahl Tel. (0431) 9905-3368 Fax (0431) 9905-63368 e-mail: Norman.Stahl@ib-sh.de - Dr. Kurt Puls Tel. (0431) 9905-3367 Fax. (0431) 9905-63367 e-mail: Kurt.Puls@ib-sh.de	
Starthilfe Schleswig-Holstein	Existenzgründerinnen und Existenzgründer		Übernahme der Hausbankfunktion durch die Investitionsbank SH für Gründungsvorhaben mit einem Fremdfinanzierungsbedarf für Investitionen bis 100.000 EUR und einem Betriebsmittelbedarf bis 50.000 EUR; begleitende Beratung Kennzahlen-Reporting und Existenzaufbauberatung	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de Antragsentgegennahme und Finanzierungsbearbeitung: - Daniela Schmidtke Tel. (0431) 9905-3461 Fax (0431) 9905-3529 e-mail: Daniela.Schmidtke@ib-sh.de - Thomas Fleischer Tel. (0431) 9905-3203 Fax (0431) 9905-3529 e-mail: Thomas.Fleischer@ib-sh.de	
Bildungs- und Beratungsstelle für Existenzgründerinnen	Existenzgründerinnen	Unterstützung und Beratung von Frauen bei den spezifischen Fragestellungen zur Unternehmensgründung, sowie Begleitung der Existenzgründerinnen von der Idee an bis in die berufliche Selbstständigkeit.		Frauen Netzwerk zur Arbeitssituation e.V.: www.frauennetzwerk-sh.de - Steffi Harms Tel: (0431) 678830 Fax (0431) 665206 e-mail: kontakt@frauen-netzwerk-sh.de	

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Auf weitere Hilfestellung bei der Finanzierung von Existenzgründungen durch Bürgschaften der Bürgschaftsbank und Darlehen der Investitionsbank und Beteiligungen der MBG wird verwiesen.					

Fischwirtschaft

Programm/Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Finanzinstrument zur Ausrichtung der Fischerei (FI AF), Gemeinschaftsprogramm „Fischerei“ Deutschland außerhalb Ziel 1 2000 - 2006	Unternehmen der Kutter- und Küstenfischerei, der Binnenfischerei und Aquakultur sowie der Fischwirtschaft	Verordnung (EG) Nr. 2792 / 1999 des Rates vom 17. Dez. 1999 (EU-Abl. L 337/10 v. 30.12.1999), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2369/2002 des Rates vom 20.12.2002 (EU-Abl. L 358/49 v. 31.12.2002)	<ul style="list-style-type: none"> - Neubau und Modernisierung von Fischereifahrzeugen der Kutter- und Binnenfischerei - Investitionen von Verarbeitungsbetrieben der Fischwirtschaft - Investitionsvorhaben der Aquakultur - Ausbau von Fischereihäfen - Innovative Maßnahmen / Pilotvorhaben der Fischerei und Aquakultur 	Amt für ländliche Räume Kiel, Abt. Fischerei - Herr Momme, Tel.: 0431/72080-17 E-Mail: Martin.Momme@Fischerei.ALR-Kiel.landsh.de	Die für die Kofinanzierung durch Landesmittel geltenden Landesrichtlinien sind unter www.landwirtschaftsministerium.m.schleswig-holstein.de abrufbar. Neu: www.landesregierung.schleswig-holstein.de "Förderprogramm/Fischerei"

Förderberatung

Siehe auch Existenzgründungsberatung und –finanzierung

Forschung und Entwicklung / Technologietransfer

siehe Innovationsförderung

Gründerjobs

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
TSH-Gründerjobs	Absolventen und Mitarbeiter an Hochschulen, Fachhochschulen und Forschungsinstituten	Internet www.tsh.de und www.sh-interaktiv.de	<ul style="list-style-type: none"> - Gründungsstipendien für die ersten sechs Monate einer Existenzgründung zur Unterstützung von Existenzgründungen aus Hochschulen heraus 	Technologiestiftung Schleswig-Holstein www.tsh.de - Mareike Harms Lorentzendammm 21 24103 Kiel Tel.: 0431/519 37 30 E-Mail: m.harms@tsh.de	

Investitionsdarlehen

siehe Darlehen

Innovationsförderung

Programm/Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung betrieblicher Innovationen	<p>Unternehmen mit Sitz oder Betriebsstätte in Schleswig-Holstein, die</p> <ul style="list-style-type: none"> - weniger als 500 (bei Innovationsberatungen 250) Arbeitskräfte beschäftigen und entweder - einen Vorjahresumsatz von höchstens 80 (bei Innovationsberatungen 40) Millionen Euro oder - eine Vorjahresbilanzsumme von höchstens 54 (bei Innovationsberatungen 27) Millionen Euro erreichen und - sich zu höchstens 25 % im Besitz eines diese Definition nicht erfüllenden Unternehmens befinden. Diese Definition nicht erfüllenden Unternehmen befinden. Davon ausgenommen sind öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften und institutionelle Anleger, die weder einzeln noch gemeinsam Kontrolle ausüben. <p>Verbundene Unternehmen, die zusammen diese Kriterien nicht erfüllen, sind von der Förderung ausgeschlossen.</p>	<p>Amtsblatt Schleswig-Holstein 2003, S. 2</p>	<p>Gefördert werden Vorhaben der industriellen Forschung und vorwettbewerblichen Entwicklung, die</p> <ul style="list-style-type: none"> - sich durch Umfang und Komplexität der zu lösenden Aufgaben deutlich von routinemäßigen Tätigkeiten des Unternehmens unterscheiden, - in innovative Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen umgesetzt werden sollen, - auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens abzielen und - dadurch die Schaffung und Sicherung qualifizierter Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein erwarten lassen. <p>(Basisinnovationen)</p> <p>Bevorzugt gefördert werden Vorhaben der industriellen Forschung und vorwettbewerblichen Entwicklung, die</p> <ul style="list-style-type: none"> - auf die erstmalige Anwendung besonders zukunfts-trächtiger Technologien und die Realisierung von Technologieführerschaften ausgerichtet sind oder - auf die erstmalige Umsetzung technischer Lösungen in international wettbewerbsfähige Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen und die Erlangung der Marktführerschaft abzielen und 	<p>Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein GmbH www.tzsh.de</p> <ul style="list-style-type: none"> - Reinhold Pientak Tel.: (0431) 519 62-90 E-Mail: pientak@tzsh.de - Martin Eckhard Tel. (0431) 519 62-95 E-Mail: eckhard@tzsh.de 	<p>Mindestprojektvolumen 150.000 Euro bei Basis- und Spitzeninnovationen, 10.000 Euro bei Innovationsberatungen</p> <p>Förderhöchstvolumen 500.000 Euro bei Basisinnovationen, 12.500 Euro bei Innovationsberatungen</p> <p>Förderanträge aus dem Bereich der Life Sciences sind einzureichen bei</p> <p>i-Med / Nord GmbH Falkenried 88 20251 Hamburg</p> <p>Ansprechpartner: - Dr. Kai Zwingenberger Telefon: 040 47196-411</p>

Programm/Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Technologietransfer	<ul style="list-style-type: none"> - Hochschulen, - öffentliche, nicht gewinnorientierte Forschungs- und Transfer Einrichtungen sowie - Unternehmen, die per Kooperationsvereinbarung in Verbundprojekte eingebunden sind, mit Sitz oder Betriebsstätte in Schleswig-Holstein. 	<p>Amtsbl. Schl.-H. 2001 S. 206 Änderungen Amtsbl. Schl.-H. 2003 S. 5</p>	<ul style="list-style-type: none"> - dadurch die Schaffung zukunftsorientierter Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein erwarten lassen (Spitzeninnovationen) Gefördert werden Vorhaben der innovationsunterstützenden externen Beratung, die <ul style="list-style-type: none"> - unabhängig von Forschungs- und Entwicklungsprojekten zur Optimierung von Innovationsprozessen beitragen und sich deutlich von routinemäßigen Tätigkeiten des Unternehmens unterscheiden oder - im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsprojekten nach Maßgabe der Richtlinie erfolgen und die Umsetzung in innovative Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen unterstützen (Innovationsberatungen) Gefördert werden Vorhaben der industriellen Forschung, die <ul style="list-style-type: none"> - die technisch-wissenschaftliche Voraussetzungen für die Entwicklung neuer Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen schaffen, - dem Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft dienen oder - auf den Auf- und Ausbau der Forschungskompetenz von Hochschulen und Forschungseinrichtungen abzielen. 	<p>Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landestregierung.schleswig-holstein.de</p> <ul style="list-style-type: none"> - Dr. Bernd Roß Tel.: (0431) 988-4546 E-Mail: bernd.ross@wimi.landsh.de - Kirstin Folger Lüdersen Tel.: (0431) 988-4650 E-Mail: kirstin.folger-luedersen@wimi.landsh.de 	<p>Förderanträge aus dem Bereich der Life Sciences sind einzureichen bei</p> <p>i-Med / Nord GmbH Falkenried 88 20251 Hamburg</p> <p>Ansprechpartner: - Dr. Kai Zwingenberger Telefon: 040 47196-411</p>

Investitionsförderung (einzelbetrieblich)

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)	Unternehmen; Schwerpunkt: Kleine und mittlere Unternehmen Amtsblatt Schl.-H. 2004, S. 401 ff.	GA-Rahmenplan in der jeweils geltenden Fassung; Ergänzende Grundsätze für die einzelbetriebliche Investitionsförderung im Rahmen von GA und EFRE; Die neue Richtlinie wird in Kürze veröffentlicht www.ibank-sh.de/wfoerder/	Errichtung, Erweiterung, Erweiterungsverlagerung einer Betriebsstätte; Umstellung / Rationalisierung; Erwerb einer stillgelegten oder aus betriebswirtschaftlichen Gründen von der Stilllegung bedrohten Betriebsstätte	Investitionsbank Schleswig-Holstein www.ib-sh.de - Erhard Jureit Tel. (0431) 9905-3215 Fax (0431) 9905-3255 E-Mail: erhard.jureit@ibank-sh.de	Die Förderung erfolgt nur in bestimmten Regionen des Landes. Anträge sind vor Beginn des Investitionsvorhabens zu stellen. Näheres unter der Internetadresse. Dort auch download von Antragsvordrucken.

luK-Technologien

Programm/Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Förderung von Informations- und Kommunikationstechnologien luK-Richtlinie vom 02.09.2002	Öffentliche Träger oder gleichgestellte natürliche / juristische Personen	Amtsblatt Schl.-H. 2002, S. 522 geändert: Amtsblatt Schl.-H. 2003, S. 80 www.sh-interaktiv.de	- Ausbau wetbewerbsneutraler öffentlicher Beratungsinstrukturen für KMU - Anwendungen moderner luK-Technologien im öffentlichen Bereich mit Nutzen für KMU - Schaffung von Telearbeitsplätzen in strukturschwachen Regionen - neue luK-Anwendungen, z.B. im Bereich Mobilkommunikation - luK-Anwendungen zur Verringerung schädlicher Auswirkungen auf die Umwelt und zur Förderung der Gleichstellung weiblicher Beschäftigter	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de - Karl-Heinz Steudte Tel.: 0431/988-4537 E-Mail: Karl-Heinz.Steudte@wimi.landsh.de	Förderung im Rahmen des Regionalprogramm 2000 (siehe unten)

Regionalprogramm 2000 (Infrastrukturförderung)

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
<p>Wachstum und Beschäftigung – das <i>Regionalprogramm 2000</i></p> <p>Auswahl- und Fördergrundsätze für das Regionalprogramm 2000 – AFG-RP 2000</p>	<p>Öffentliche Träger, Organisationen der Wirtschaft, Gemeinden und Gemeindeverbände, unter bestimmten Bedingungen auch natürliche und juristische Personen, die nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind.</p> <p>Die Fördergebietskulisse des Regionalprogramm umfasst die Regionen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Westküste (Kreise Nordfriesland und Dithmarschen sowie die Gemeinde Büttel und die Insel Helgoland) - Flensburg/Schleswig (Stadt Flensburg, Kreis Schleswig-Flensburg) - K.E.R.N. (Städte Kiel und Neumünster, Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde) - Ostholstein/Lübeck/ Lauenburg (Kreis Ostholstein und Stadt Lübeck – sowie ab 2004 der Kreis Herzogtum Lauenburg) 	<p>1. Amtsblatt Schleswig-Holstein: Auswahl- und Fördergrundsätze für das Regionalprogramm 2000 vom 19. Juli 2002 (Amtsbl. Schl.-H. S. 446) in der Fassung vom 11. November 2002 (Amtsbl. Schl.-H. S. 744). Anfang 2. Quartal 2004 wird eine Änderung im Amtsblatt erscheinen.</p> <p>2. Im Internet auf der Homepage der Landesregierung: www.landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Aktueller_20_Bestand/MVA/Information/Regionalprogramm_202000.html</p>	<p>Projekte zur Unterstützung des Strukturwandels in den strukturschwachen Regionen Schleswig-Holsteins.</p> <p>Förderbereiche:</p> <ol style="list-style-type: none"> (1) Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen einschließlich Gewerbeparks (2) Maßnahmen im Bereich der Qualifizierung (3) Errichtung oder Ausbau von Technologie-, Tele-, Innovations- oder Gründerinnen- und Gründerzentren sowie Gewerbehöfen (4) Aufbau und Optimierung der Beratungs- und Dienstleistungsinfrastruktur für kleine und mittlere Unternehmen (5) Förderung des Tourismus (6) Entwicklung des technologischen Potenzials sowie Maßnahmen im Bereich des Technologietransfers (auch im Hinblick auf umwelt- und energiepolitische Ziele) (7) Wirtschaftliche Nutzung von Informations- und Kommunikations-Technologien (8) Hafenbaumaßnahmen (9) Maßnahmen im Rahmen integrierter Konzepte im ländlichen Raum sowie - vorzugsweise in Verbindung mit Städtebauförderungsmaßnahmen - für städtische Problemgebiete, soweit damit die wirtschaftliche Entwicklung gefördert wird (10) Multifunktionale Einrichtungen zur Verbesserung 	<p>Die Anträge für Infrastrukturprojekte sind bei den regional zuständigen Geschäftsstellen für das Regionalprogramm einzureichen. Eine Liste der regionalen Ansprechpersonen ist über das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und auch im Internet (s. Fundstelle des Programms) verfügbar.</p> <p>Programmkoordination: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein Düsterbrook Weg 94 24105 Kiel</p> <ul style="list-style-type: none"> - Volker Kruse Telefon: 0431/988-4520 Telefax 0431/988-4812 - Region KERN: Jutta Behrend Telefon 0431/988-4722 E-Mail: Jutta.Behrend@wimi.landsh.de - Region Ostholstein/Lübeck Silke Rieger Telefon 0431/988-4721 E-Mail: Silke.Rieger@wimi.landsh.de - Regionen Westküste und Flensburg/Schleswig Angelika Behlig Telefon 0431/988-4608 E-Mail: Angelika.Behlig@wimi.landsh.de 	<p>Das Regionalprogramm 2000 bildet das Dach für die regionale Wirtschaftsförderung in den strukturschwachen Regionen Schleswig-Holsteins für</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Förderung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) nach dem Ziel 2, - die Phasing-Out-Förderung aus dem EFRE für Teile der bisherigen Ziel 5b-Gebietskulisse, - die Infrastrukturförderung und die Förderung von Regionalmanagements aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) und - eine ergänzende Förderung mit Landesmitteln.

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
			<p>der lokalen Wirtschaftsstruktur</p> <p>(11) Flughäfen (12) Gutachten zu Maßnahmen der o.a. Maßnahmenbereiche 1 bis 11, Entwicklungskonzepte, Regionalmanagements</p>		

Schiffbau/Schifffahrt

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Wettbewerbshilfen für den Schiffbau	Schiffbaubetriebe	Richtlinien des BMWA zu befristeten Schutzmaßnahmen für den Schiffbau vom 24.10.2002	Schiffbauaufträge der Werften zum Bau von Containerschiffen, Produkten-, Chemikalien- und Flüssiggastankern	<p>Kreditanstalt für Wiederaufbau Palmengartenstraße 5-9 60325 Frankfurt am Main</p> <p>- Wolfgang Pfisterer Telefon: 069/7431-2139 Telefax: 069/ 7431/2944</p> <p>Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de</p> <p>- Bernd Schriewer Telefon: 0431/988-4541 Telefax: 0431/988-4812</p> <p>- Renate Petersen Telefon: 0431/988-4744 Telefax: 0431/988-4812</p>	Antragstellung bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau
Landesbürgschaften für Schiffbau/Schifffahrt	Schiffbaubetriebe und Schifffahrtsunternehmen in Schleswig-Holstein.	Richtlinien für die Übernahme von Bürgschaften des Landes Schleswig-Holstein vom 1.2.1991, Amtsblatt 1991, Seite 95	Bürgschaften können insbesondere zur Besicherung von Investitions-, Betriebsmittel- und Avalkrediten übernommen werden. Das Bürgschaftsinstrumentarium wird ferner für Kredite zur Finanzierung von Schiffsneubauten und größeren Umbauten eingesetzt.	<p>Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de</p> <p>- Bernd Schriewer Telefon: 0431/988-4541 Telefax: 0431/988-4812</p> <p>- Günther Loob Telefon: 0431/988-4596 Telefax: 0431/988-4812</p>	

Technologiestandortdarstellung

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Darstellung Schleswig-Holsteins als Technologiestandort	Mittelständische Unternehmen mit einer Betriebsstätte in Schleswig-Holstein und für die gewerbliche Wirtschaft tätige freie Berufe, soweit sie im Durchschnitt der letzten zwei Jahre jeweils nicht mehr als 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen und der Jahresumsatz 40 Mio.€ nicht übersteigt. Private und öffentliche Forschungsinstitute sowie Hochschulen mit Sitz in Schleswig-Holstein, Technologie-Transfer-Einrichtungen.	Amtsbl. Schl.-H. geplant	Gefördert werden - Beteiligung an Technologieausstellungen und Technologieausstellungen (Es werden ausschließlich Gemeinschaftsbeiträgen auf Veranstaltungen gefördert, die vom Ministerium ausgewählt worden sind) - Herausgabe von Katalogen, Dokumentationen und anderen Publikationen, die das Innovationspotential in Schleswig-Holstein darstellen und Anknüpfungsmöglichkeiten für einen Technologietransfer eröffnen. - Durchführung von Veranstaltungen, Kongressen, Tagungen etc., die das Innovationspotential in Schleswig-Holstein darstellen und Anknüpfungsmöglichkeiten für Technologietransfer bieten.	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein www.landesregierung.schleswig-holstein.de - Rainer Wolff Tel.: (0431) 988-4697 E-Mail: rainer.wolff@wimi.landsh.de	Bei den Förderungen von Messen und Ausstellungen sind die Anträge für jeweils ein Vorhaben zusammengefasst von der organisierenden Einrichtung, die vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr bestimmt wird, einzureichen.

Tourismus (Infrastruktur)

Programm / Fördergrundlage	Zielgruppe der Förderung	Fundstelle des Programms	Fördergegenstand	Ansprechpartner	Besondere Hinweise
Förderung öffentlicher touristischer Infrastruktureinrichtungen	Gemeinden	Amtsblatt Schl.-H. vom 25.02.2004	Kurmittel- und Wellnesseinrichtungen, Häuser des Gastes, Promenaden, Hallen- und Freibäder, Kurparkanlagen, Rad-, Reit- und Wanderwege, Hard- und Software für Informationssysteme und Reservierungssysteme, u.a.	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein - Rainer Helle Tel. (0431) 988-4544 E-Mail: rainer.helle@wimi.landsh.de - Birgit Kemter Tel. (0431) 988-5075 E-Mail: birgit.kemter@wimi.landsh.de	Die Förderung erfolgt im Rahmen des Regionalprogramm 2000.

Anlagen

- 1 Nominales Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein und in Deutschland
- 2 Reales Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein und in Deutschland
- 3 Strukturveränderung in der Wirtschaft
- 4 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen
- 5 Arbeitsplatzentwicklung nach Bundesländern
- 6 Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe
 - 6.1 Umsätze
 - 6.2 Beschäftigte
 - 6.3 Betriebe
- 7 Auslandsumsätze
- 8 Selbständigenquote
 - 8.1 unbereinigt (mit Land-, Forstwirtschaft und Fischerei)
 - 8.2 bereinigt (ohne Land-, Forstwirtschaft und Fischerei)
- 9 Wirtschaftsdaten der Planungsräume
- 10 Bildungsfreistellung und BFQG
 - 10.1 Anerkennungsverfahren für Bildungsfreistellungsveranstaltungen
 - 10.2 Anerkannte Veranstaltungen nach Themengebieten
 - 10.3 Teilnehmende an anerkannten Bildungsfreistellungsveranstaltungen
 - 10.4 Nach dem BFQG anerkannte Träger und Einrichtungen
- 11 Wichtige einzelbetriebliche Förderprogramme

Nominales Bruttoinlandsprodukt

Anlage 1

(in jeweiligen Preisen)

Jahr	Schleswig-Holstein		Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Mio. Euro	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mio. Euro	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mio. Euro	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mio. Euro	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
1991	49 475	-	1502 200	-	1336 258	-	165 942	-
1992	52 258	5,6	1613 200	7,4	1412 248	5,7	200 952	21,1
1993	53 149	1,7	1654 200	2,5	1418 656	0,5	235 544	17,2
1994	55 003	3,5	1735 500	4,9	1472 477	3,8	263 023	11,7
1995	57 251	4,1	1801 300	3,8	1523 086	3,4	278 214	5,8
1996	58 535	2,2	1833 700	1,8	1548 200	1,6	285 500	2,6
1997	59 640	1,9	1871 600	2,1	1582 502	2,2	289 098	1,3
1998	60 655	1,7	1929 400	3,1	1636 238	3,4	293 162	1,4
1999	61 749	1,8	1978 600	2,6	1678 308	2,6	300 292	2,4
2000	63 142	2,3	2030 000	2,6	1726 695	2,9	303 305	1,0
2001	64 649	2,4	2073 700	2,2	1767 032	2,3	306 668	1,1
2002	65 456	1,2	2110 400	1,8	1799 115	1,8	311 285	1,5
2003	65 700	0,3	2129 800	0,9	1813 700	0,8	316 100	1,5

Bemerkungen:
vorläufige Ergebnisse ab 2001

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein; Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder"

Reales Bruttoinlandsprodukt

(in Preisen von 1995)

Jahr	Schleswig-Holstein		Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Mio. Euro	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mio. Euro	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mio. Euro	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mio. Euro	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
1991	55 341	-	1710 800	-	1495 400	-	215 400	-
1992	56 326	1,8	1749 100	2,2	1520 326	1,7	228 774	6,2
1993	55 625	-1,2	1730 100	-1,1	1481 353	-2,6	248 747	8,7
1994	56 125	0,9	1770 700	2,3	1501 843	1,4	268 857	8,1
1995	57 251	2,0	1801 300	1,7	1523 086	1,4	278 214	3,5
1996	57 857	1,1	1815 100	0,8	1532 314	0,6	282 786	1,6
1997	58 532	1,2	1840 400	1,4	1556 064	1,5	284 336	0,5
1998	58 992	0,8	1876 400	2,0	1591 509	2,3	284 891	0,2
1999	59 937	1,6	1914 800	2,0	1624 763	2,1	290 037	1,8
2000	61 453	2,5	1969 500	2,9	1675 644	3,1	293 856	1,3
2001	62 101	1,1	1986 200	0,8	1693 828	1,1	292 372	-0,5
2002	62 147	0,1	1989 700	0,2	1697 857	0,2	291 843	-0,2
2003	61 800	-0,6	1987 400	-0,1	1695 200	-0,2	292 200	0,1

Bemerkungen:
vorläufige Ergebnisse ab 2001

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein; Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder"

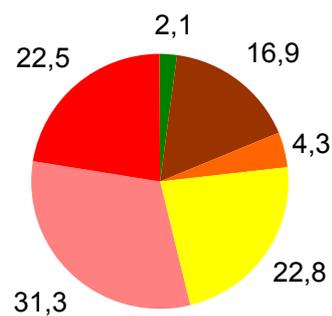
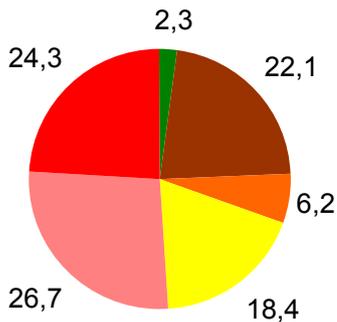
Strukturveränderung der Wirtschaft

Prozentanteile der Wirtschaftsbereiche an der realen Bruttowertschöpfung (in Preisen von 1995)

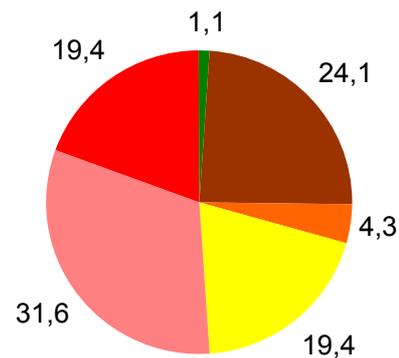
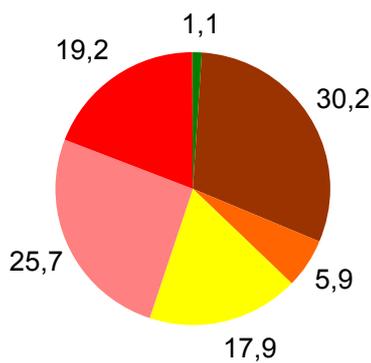
1991

2002

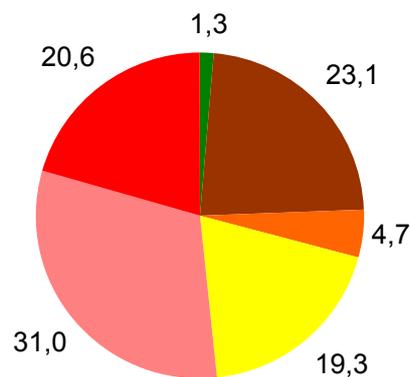
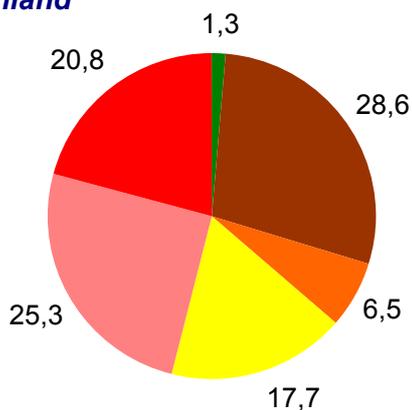
Schleswig-Holstein



Westdeutschland



Deutschland



- Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei
- Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)
- Baugewerbe

- Handel, Gastgewerbe und Verkehr
- Finanzierung, Vermietg., Unternehmensdienstleister
- Öffentliche u. private Dienstleister

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein; Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

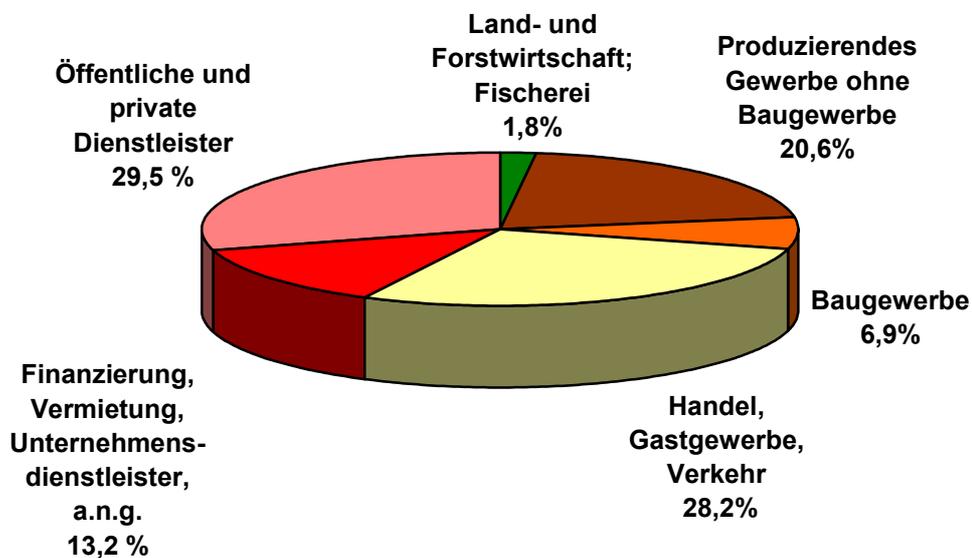
Grafik: MWAV S.-H.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen

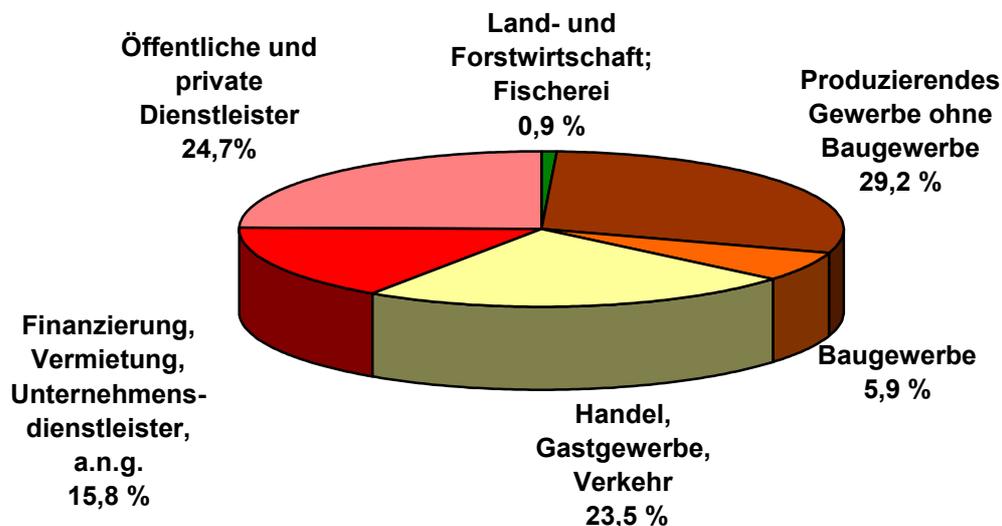
Anlage 4

Prozentanteil an den Bereichen am 30.06.2003¹⁾

Schleswig-Holstein



Westdeutschland

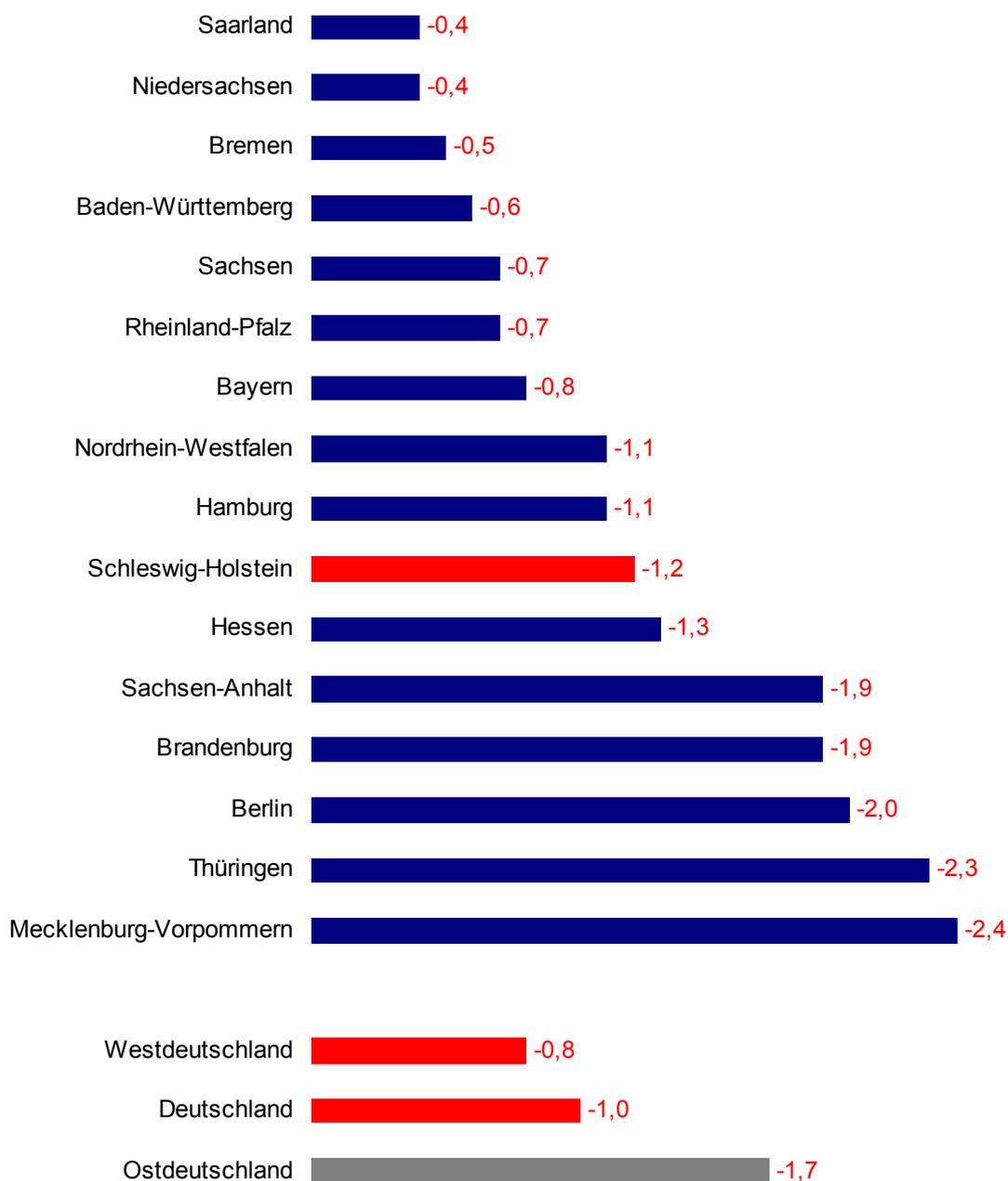


Quelle: Bundesagentur für Arbeit 1) vorläufige Ergebnisse nach Wirtschaftsabschnitten (WZ 03) / 6-Monatswerten
eigene Berechnungen und Grafik: MWAV Schleswig-Holstein

Arbeitsplatzentwicklung in den Bundesländern

Anlage 5

Prozentuale Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen 2003 gegenüber 2002



Quelle: Arbeitskreis "Erwerbstätigenrechnungen des Bundes und der Länder"; Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein; Stand: 22.01.2004

Grafik: MWAV S.-H.

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Schleswig-Holstein

Anlage 6.1

Umsatzentwicklung in Milliarden Euro 2000 bis 2003

Unterabschnitte WZ93 und WZ03	WZ93			WZ03	Veränderung 2003 ¹⁾ gegenüber 2002 in Prozent	Exportquote ²⁾ in % 2003 ¹⁾
	2000	2001	2002			
Vorleistungsgüterproduzenten	11,0	10,8	10,8	6,8	-3,0	35,4
Investitionsgüterproduzenten	9,4	9,3	9,6	10,3	1,8	52,7
Gebrauchsgüterproduzenten	0,8	0,8	0,8	0,8	-4,7	43,9
Verbrauchsgüterproduzenten	6,9	7,0	6,7	7,9	-0,1	17,2
Energie	-	-	-	1,9	-10,0	10,6
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	28,1	27,9	27,9	27,7	-1,0	35,1
Verarbeitendes Gewerbe	27,8	27,6	27,5	27,3	-1,0	35,7
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	4,3	4,5	4,4	4,4	0,3	13,9
Textil- und Bekleidungsgewerbe	0,2	0,1	0,1	0,1	-0,8	29,6
Holzgewerbe (ohne Herst. v. Möbeln)	0,3	0,3	0,3	0,2	-3,9	29,0
Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	2,6	2,6	2,5	2,5	-0,7	21,4
Kokerei, Mineralölverarbeitung, etc.	2,0	1,8	1,8	1,6	-10,4	12,4
Chemische Industrie	4,0	4,0	3,8	3,7	-3,5	37,8
Herstellung v. Gummi- u. Kunststoffwaren	1,2	1,1	1,0	1,0	-2,9	39,2
Glasgewerbe, Keramik, Verarb.v. Steinen u. Erden	1,0	1,0	0,9	0,8	-7,5	16,9
Metallerzeugung u. -bearbeitg., Herstellung v. Metallserzeugnissen	1,2	1,3	1,1	1,1	-1,5	21,3
Maschinenbau	3,6	3,7	3,8	3,6	-3,4	57,7
Herstellung v. Büromasch.,DV-geräten u. einrichtungen, etc.	5,2	5,1	5,5	5,5	1,0	51,0
Fahrzeugbau	1,8	1,7	1,8	2,1	14,5	48,4
Herst. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Recycling, etc.	0,5	0,5	0,5	0,5	1,0	38,9

Bemerkungen:

- 1) kumulierte Ergebnisse der Monate Januar bis November des jeweiligen Jahres
- 2) Auslandsumsatz in Prozent des Gesamtumsatzes

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein u. eigene Berechnungen

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Schleswig-Holstein

Anlage 6.2

Entwicklung der Beschäftigung 2000 bis 2003

Ergebnisse in Betrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

	WZ93			Veränderung 2003 ¹⁾ gegenüber 2002 in Prozent
	2000	2001	2002	
Unterabschnitte WZ93 und WZ03	2000	2001	2002	WZ03 2003
Vorleistungsgüterproduzenten	53.252	53.081	51.208	37.647
Investitionsgüterproduzenten	52.583	51.604	49.354	50.238
Gebrauchsgüterproduzenten	4.773	4.768	4.752	4.779
Verbrauchsgüterproduzenten	30.375	29.888	29.993	38.058
Energie	-	-	-	1.021
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	140.983	139.341	135.307	131.743
Verarbeitendes Gewerbe	140.056	138.647	134.610	131.035
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	19.557	19.235	19.496	19.701
Textil- und Bekleidungsgewerbe	1.430	1.361	1.308	1.275
Holzgewerbe (ohne Herst. v. Möbeln)	2.695	2.385	2.071	1.927
Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	15.564	15.561	15.135	14.648
Kokerei, Mineralölverarbeitung, etc.	903	897	887	881
Chemische Industrie	13.128	13.255	12.930	13.354
Herstellung v. Gummi- u. Kunststoffwaren	7.211	7.330	6.886	6.496
Glasgewerbe, Keramik, Verarb.v. Steinen u. Erden	6.178	5.859	5.322	5.160
Metallerzeugung u.-bearbeitg., Herstellung v. Metallerzeugnissen	10.000	10.419	9.845	9.778
Maschinenbau	23.064	22.897	22.070	21.468
Herstellung v. Büromasch., DV-geräten u. einrichtungen, etc.	23.698	23.071	23.193	21.965
Fahrzeugaufbau	13.610	13.305	12.452	11.808
Herst. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Recycling, etc.	3.018	3.072	3.016	2.575
				-2,0
				-4,4
				-7,4
				-0,2
				-0,4
				-2,6
				-2,7
				1,1
				-2,5
				-7,0
				-3,2
				-0,7
				3,3
				-5,7
				-3,0
				-0,7
				-2,7
				-5,3
				-5,2
				-14,6

Bemerkungen:

1) Vorläufiges Jahresergebnis 2003 nach der Wirtschaftszweigsystematik (WZ) 2003 - vorherige Jahresergebnisse auf Basis der WZ 1993.

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Schleswig-Holstein

Anlage 6.3

Entwicklung der Betriebe 2000 bis 2003

Ergebnisse in Betrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

	WZ93			Veränderung 2003 ¹⁾ gegenüber 2002 in Prozent
	2000	2001	2002	
Unterabschnitte WZ93 und WZ03	2000	2001	2002	WZ03 2003¹⁾
Vorleistungsgüterproduzenten	651	651	634	524
Investitionsgüterproduzenten	434	434	430	425
Gebrauchsgüterproduzenten	32	30	33	40
Verbrauchsgüterproduzenten	377	365	353	416
Energie				8
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1.494	1.480	1.450	1.414
Verarbeitendes Gewerbe	1.437	1.426	1.398	1.360
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	312	302	288	276
Textil- und Bekleidungsindustrie	19	16	17	15
Holzgewerbe (ohne Herst. v. Möbeln)	42	39	35	33
Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	152	153	150	145
Kokerei, Mineralölverarbeitung, etc.	5	5	5	5
Chemische Industrie	62	62	61	62
Herstellung v. Gummi- u. Kunststoffwaren	79	82	80	76
Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	122	122	116	115
Metallerzeugung u. -bearbeitg., Herstellung v. Metallserzeugnissen	186	189	180	166
Maschinenbau	182	185	179	183
Herstellung v. Büromasch., DV-geräten u. -einrichtungen, etc.	194	194	203	206
Fahrzeugbau	43	39	41	41
Herst. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Recycling, etc.	40	39	42	37

Bemerkungen:

1) Vorläufiges Jahresergebnis 2003 nach der Wirtschaftszweigsystematik (WZ) 2003 - vorherige Jahresergebnisse auf Basis der WZ 1993.

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

Auslandsumsätze und Exportquoten

Anlage 7

Verarbeitendes Gewerbe Schleswig-Holstein Exportquoten

Entwicklung des Auslandsumsatzes und der Exportquote¹⁾
des Verarbeitenden Gewerbes²⁾ in Schleswig-Holstein

Jahre	Gesamtumsatz in Mio. €	Auslandsumsatz	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	Export- quote ^{1,2)} in Prozent
1995	25.042	6.533	+13,6	26,1
1996	24.089	6.319	-3,3	26,2
1997	25.430	7.598	+20,2	29,9
1998	25.912	7.712	+1,5	29,8
1999	27.232	8.509	+10,3	31,2
2000	28.121	8.926	+4,9	31,7
2001	27.933	8.885	-0,5	31,8
2002	27.945	9.421	6,0	33,7
2003 ³⁾	27.653	9.733	3,3	35,2

1) Prozentanteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz

2) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein in Betrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

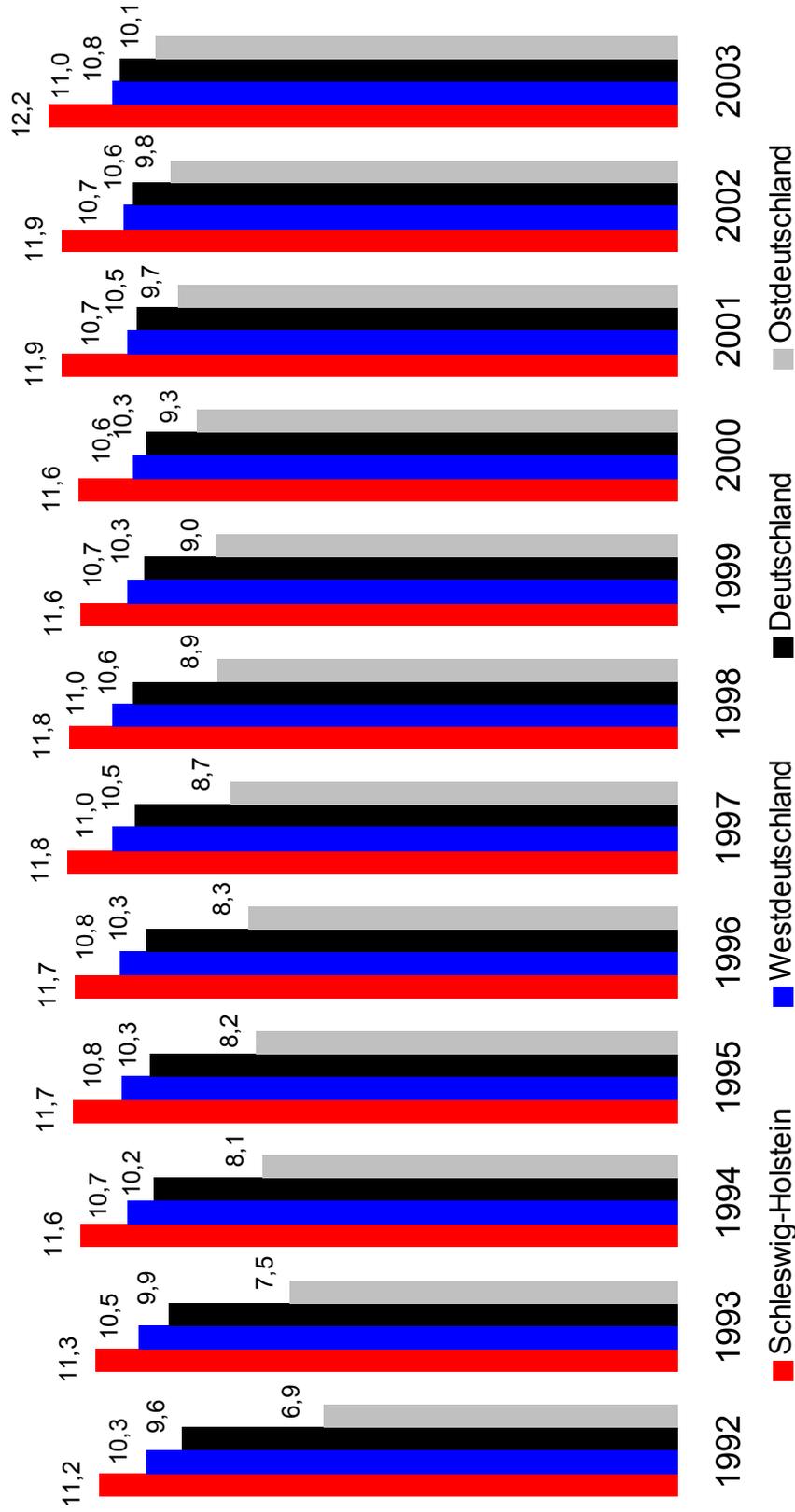
3) Ergebnisse auf Basis der Wirtschaftszweigsystematik (WZ) 2003, vorjährige Ergebnisse auf Basis der WZ 1993.

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

Selbständigenquote 1992 bis 2003

Anlage 8.1

Selbstständige u. mithelfende Familienangehörige (Inland) in Prozent der Erwerbstätigen insgesamt (Inland)

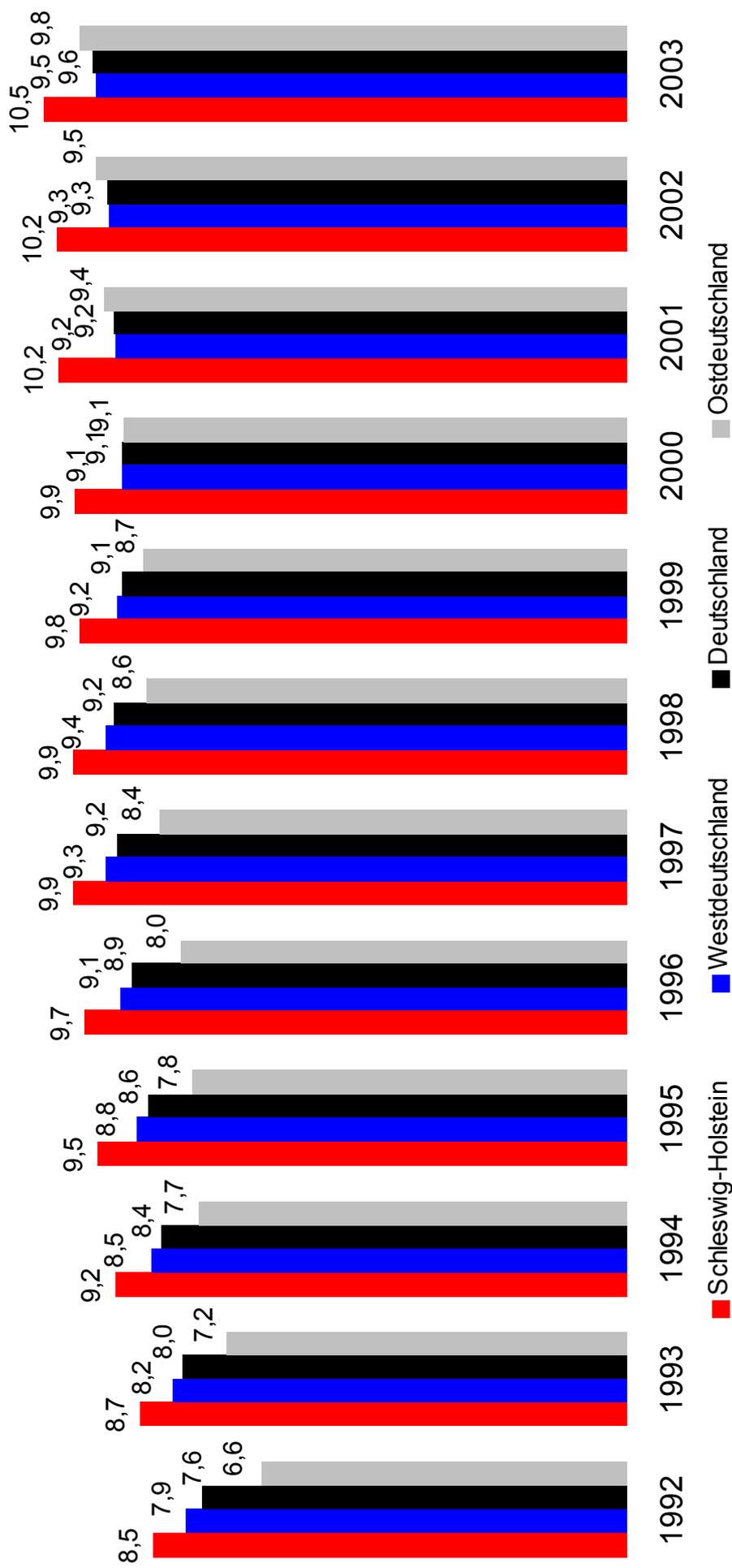


Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein - Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ - Stand: Januar 2004
Eigene Berechnungen und Grafik: MMVA S.-H.

Bereinigte Selbständigenquote 1992 bis 2003

Anlage 8.2

Selbständige und mithelfende Familienangehörige (Inland) ohne
 Selbständige in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei in Prozent der
 Erwerbstätigen insgesamt (Inland)



Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein - Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ - Stand: Januar 2004
 Eigene Berechnungen und Grafik: MWAV S.-H.

Wirtschaftsdaten der Planungs- räume in Schleswig-Holstein

Anlage 9

Kreise/ Planungsräume	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ¹⁾³⁾			Arbeitslosenquoten ²⁾						Industrie- dichte ⁴⁾
				2003 ³⁾			2002			
	Arbeitslose in % der jeweiligen Erwerbspersonen									2003 ³⁾
	30.06. 2003	Veränderg. z. Vorjahr in %	Anteil an SH in %	alle	abh. zivile insg.	Frauen	alle	abh. zivile insg.	Frauen	
Hzgt.Lauenburg	39.116	-0,7	4,9	8,6	9,6	8,5	7,8	8,6	7,7	41
Pinneberg	76.523	-1,8	9,6	8,8	10,0	9,0	7,9	9,0	8,3	56
Segeberg	75.239	-2,6	9,5	8,0	8,9	8,2	7,1	7,9	7,4	59
Stormarn	64.277	-1,6	8,1	6,9	7,7	7,3	6,3	7,1	6,7	78
Planungsraum I	255.155	-1,8	32,2	8,1	9,1	8,3	7,3	8,1	7,5	59
Lübeck	78.881	-1,8	9,9	13,7	14,9	12,0	12,6	13,8	11,3	60
Ostholstein	50.673	-2,6	6,4	9,6	11,0	9,4	8,6	9,9	8,5	30
Planungsraum II	129.554	-2,1	16,3	11,7	13,1	10,7	10,6	11,9	10,0	45
Kiel	100.941	-2,4	12,7	13,4	14,5	10,7	11,7	12,6	9,4	55
Neumünster	30.206	-2,0	3,8	13,3	14,5	11,9	12,0	13,1	10,8	74
Plön	22.783	-3,1	2,9	9,0	10,1	9,0	7,7	8,7	7,7	16
Rendsburg-Eckernf.	63.738	-5,1	8,0	8,0	9,1	7,6	7,4	8,3	7,1	27
Planungsraum III	217.668	-3,2	27,4	10,6	11,7	9,3	8,3	9,4	8,5	39
Dithmarschen	33.539	-4,4	4,2	10,5	12,0	9,5	9,2	10,6	8,7	43
Steinburg	33.038	-2,9	4,2	10,4	11,6	10,0	9,2	10,3	9,0	46
Planungsraum IV	66.577	-3,6	8,4	10,5	11,8	9,8	9,2	10,4	8,8	45
Flensburg	36.094	-3,6	4,5	13,6	14,8	11,1	12,0	13,2	9,7	96
Nordfriesland	46.243	-3,0	5,8	9,1	10,8	8,7	12,0	9,4	7,7	21
Schleswig-Flensburg	42.113	-0,9	5,3	8,6	10,0	8,0	7,8	9,0	7,1	21
Planungsraum V	124.450	-2,5	15,7	9,8	11,3	8,8	7,7	8,7	7,6	35
Schleswig-Holstein	793.404	-2,5	100,0	8,4	9,4	9,2	8,7	9,8	8,3	47

1) sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort, Stand 30.06.2003 - letztverfügbares Ergebnis

2) Berechnung der auf Basis Arbeitslosenquoten der jeweiligen Erwerbspersonengruppen

3) vorläufige Ergebnisse

4) Beschäftigte im Bergbau u. Verarbeitenden Gewerbe (in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten) je 1.000 Einwohner; vorläufiges Ergebnis des Monatsdurchschnittes von Jan. - Nov. 2003 der Beschäftigten - berechnet mit dem Bevölkerungsstand am 30.06.2003

Quellen: Statisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen des MWAV-S.-H.

Anerkennungsverfahren für Bildungsfreistellungsveranstaltungen 2003

	anerkannt	noch nicht anerkannt	zurückgenommen	gesamt
Einzelveranstaltungen	485	32	12	529
Typenveranstaltungen	2276	155	13	2444
gesamt	2761	187	25	2973

Anerkannte Veranstaltungen nach Themengebieten 2003

insgesamt 2.761

davon:

Agrarbereich	31	Arbeitswelt	15
Arbeitsrecht	14	Tarifrecht/Tarifpolitik	17
Betriebsverfassung	22	Arbeitsschutz	11
ÖfD	28	Arbeitsmarkt	3
Sonst. Bereich Arbeitswelt	47	Dienstleistungen	31
EDV	455	Familie	9
Frauen	53	Gesellschaft / Geschichte	120
Gesundheit / Gesundheitswesen	268	gewerbl.-techn. Bereich	67
Innenpolitik	42	Pol. Themen sonstiges	80
Kaufm. Bereich / Betriebswirtsch.	110	Kultur, Kunst, Literatur, Musik	37
Landes- und Länderkunde	23	Pädagogik / Psychologie	172
Mathematik, Naturwissensch., neue Technologien	6	Philosophie / Religion	8
Recht	5	Rhetorik	173
Zweiter Bildungsweg	7	Schulabschlüsse Senioren	6
Soziales / Sozialwesen	32	Umwelt	137
Europa	49	Sonstige Themen	65
Wirtschaft (Unternehmensführung, Mitarb. Führung)	52		

Sprachen insgesamt 599

davon:

Englisch	184
Französisch	55
Spanisch	151
Italienisch	82
Dänisch	15
Türkisch	5
Russisch	13
sonstige	61

Teilnehmende an anerkannten Bildungsfreistellungsveranstaltungen 2003 (1.1.2003 bis 31.10.2003)

aufgeschlüsselt nach Alter und Geschlecht

Alter	Geschlecht	Teilnehmende mit und ohne Bildungsfreistellung	Teilnehmende mit Bildungsfreistellung nach BFQG S.-H.	Teilnehmende mit Bildungsfreistellung anderer Bundesländer
bis 20	<i>m</i>	1.878	63	103
	<i>w</i>	2.463	45	78
21 - 25	<i>m</i>	2.293	180	260
	<i>w</i>	2.972	151	312
26 - 30	<i>m</i>	3.262	364	422
	<i>w</i>	3.726	319	426
31 - 40	<i>m</i>	7.177	1.007	1.495
	<i>w</i>	6.206	685	1.034
41 - 50	<i>m</i>	7.348	886	1.760
	<i>w</i>	5.998	607	1.079
51 - 60	<i>m</i>	3.889	386	868
	<i>w</i>	3.469	254	460
61 - 65	<i>m</i>	1.580	57	136
	<i>w</i>	1.810	20	105
über 65	<i>m</i>	1.181	0	40
	<i>w</i>	1.416	3	40
alle Altersgruppen	<i>m</i>	28.308	2.943	5.084
	<i>w</i>	28.060	2.085	3.534
	<i>ohne Angabe</i>	11.987	88	390
	gesamt	68.655*	5.115	9.008

* davon 17.000 Teilnehmende am Ökumenischen Kirchentag 2003

Nach dem BFQG anerkannte Träger und Einrichtungen 2003

	Anzahl
Träger	37
Einrichtungen	35

Wichtige einzelbetriebliche Förderprogramme in Schleswig-Holstein

Ergebnisse im Jahr 2003 und 2002

Programme	Fälle		Maßnahmenvolumen in tausend Euro		Zuschüsse in tausend Euro		Neue Dauerarbeitsplätze		Gesicherte Arbeitsplätze		herausgelegtes Obligo in tausend Euro	
	2003	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002
IndustrieförderungGA ^{1) 2)}	15			69.356,8		7.075,7		239		1.539		-
Existenzgründerinnenprogramm ³⁾	31			1.237,4		-		36		-		759,7
Gesamtsumme	46			70.594,2		7.075,7		275		1.539		759,7

¹⁾ GA: Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"

²⁾ einschl. gewerbliche Tourismusförderung aus der GA

³⁾ Förderung erfolgt durch Übernahme von Ausfallrisiken und teilweise der Kosten des Bearbeitungsaufwandes